

Öffentliche Erziehung und Erziehungsziele in den
Reformentwürfen zu einem neuen Jugendhilfegesetz

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Erziehungswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

Vorgelegt von
Erhard Grigull

aus
Adenstedt

Marburg 1980

1981
1

Öffentliche Erziehung und Erziehungsziele in den
Reformmentwürfen zu einem neuen Jugendhilfegesetz

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Erziehungswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

Vorgelegt von
Erhard Grigull

aus
Adenstedt

Marburg 1980

Vom Fachbereich Erziehungswissenschaften der
Philipps - Universität Marburg als Dissertation
angenommen am : 4.3.1981

Abschluß der mündlichen Prüfung : 23.03.1981

Hauptberichterstatter : Prof. Dr. K. Rehbein

Mitberichterstatter : Prof. Dr. L. Froese



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S. I - III
1. Entwicklungs- und Diskussionsstand der Reform	S. 1 - 14
2. Jugendhilfe - Zur Konstitution und Bewertung einer sozialen Institution	S. 14 - 21
2.1. Jugendhilfe als gesellschaftliches Subsystem	S. 21 - 29
2.2. Jugendhilfe als Institut sozialer Kontrolle	S. 29 - 35
2.3. Jugendhilfe als soziale Interaktion	S. 36 - 45
3. Die Organisation in der Jugendhilfe	S. 46 - 53
3.1. Die Organisationsstruktur des Jugend- amtes	S. 53 - 58
3.2. Das Subsidiaritätsprinzip in der Jugendhilfe	S. 59 - 76
4. Die Rechtsstellung des jungen Menschen im Gesamtrechtssystem	S. 77 - 82
4.1. Die Rechtsstellung junger Menschen unter der Geltung des Grundgesetzes	S. 83 - 93
4.2. Die Rechtsstellung junger Menschen im Familienrecht	S. 94 - 117
4.3. Die Rechtsstellung des jungen Menschen in einem neuen Jugendhilferecht	S. 118-123
4.4. Zum Verhältnis von Jugendhilferecht und Jugendgerichtsgesetz	S. 124-152

5. Zum Verhältnis von Erziehung und Sozialisation	S. 153-173
5.1. Die Gewährleistung des Rechts auf Erziehung durch die Jugendhilfe	S. 174-197
5.2. Leistungen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie	S. 198-216
5.3. Leistungen im Bereich der Erziehung außerhalb der eigenen Familie	S. 217-234
6. Jugendhilferechtsreform - Ansätze zu einer offensiven Jugendhilfe	S. 235-251
Literaturverzeichnis	S. 252-278

Einleitung

Das Verhältnis von öffentlicher Erziehung und gesellschaftlicher Öffentlichkeit scheint dazu angetan, gesellschaftliche Erwartungen und Vorstellungen von "normaler" Erziehung sichtbar werden zu lassen. Die Vorstellung, daß neben dieser "normalen" Erziehung "Ersatzformen" in der Jugendhilfegesetzgebung formuliert sind, leitet hin zu den Fragen, welche Erziehung durch die öffentliche Erziehung "ersetzt" wird, ob sie Ersatz für "eigentliche" private Erziehung ist, oder ob das "Private" höher als das "Öffentliche" eingeschätzt wird.

Für die Analyse von "öffentlicher Erziehung" im Rahmen der sich anschließenden Ausführungen gilt als Definition die Maßgabe des § 1 Abs. 3 JWG. "Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendhilfe ein" (1) sowie des § 2 Abs. 2 JWG: "Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Jugendfürsorge)" (2) der Diskussionsentwurf, die Referentenentwürfe und der Regierungsentwurf zu einem neuen Jugendhilfegesetz.

Der gegenwärtige Zustand der öffentlichen Erziehung "ist durch einen Verlust an Öffentlichkeit gekennzeichnet. Gesetze und Verlautbarungen betonen die Subsidiarität der öffentlichen Erziehung gegenüber der Familien-erziehung, regen aber nicht dazu an, den Begriff

(1) § 1 Abs. 3 JWG

(2) § 2 Abs. 2 JWG

'Öffentlichkeit' selbst zu problematisieren. Da 'Öffentlichkeit' meist nur im formalen und verwaltungstechnischen Sinne gemeint ist, wird die Frage, inwieweit im Begriff 'Öffentliche Erziehung' eine auf gesellschaftliche Öffentlichkeit bezogene Konzeption steckt, kaum noch gestellt" (1).

Die Diskussion zur Schaffung eines neuen Jugendhilfrechts scheint einen Zuwachs an Forschungsergebnissen, die eine Rückkehr zur "Familie" nahelegen, mit sich gebracht zu haben. Mit diesem "naiven Rückgriff" (2) auf die Familie wird die gesellschaftliche Problematik Öffentlicher Erziehung unterschätzt und ihre Möglichkeit als prophylaktische Instanz überschätzt (3).

Mögliche Nachteile und Nebenwirkungen familialer Sozialisation sind teilweise systematisch, teilweise nur in soziologischen und sozialpsychologischen Einzelaspekten angeführt (4). Bei der Neugestaltung der Öffentlichen Erziehung, insbesondere der Reform des Jugendwohlfahrtsgesetzes mit den Aspekten der Förderung der Erziehung in der Familie und Erziehung außerhalb der Familie wird in den entsprechenden Entwürfen und Vorschlägen das "Recht des Kindes" betont. "Indem aber unsere interpretierte Grundrechtsordnung in Art. 6 GG die familienideologische Grundeinstellung (n a t ü r l i c h e s Recht der Eltern)

(1) H. Kupffer (Hrsg.), Aufgabe, S. 9

(2) ib., S. 38

(3) vgl. dazu auch B. Gutenberger, V. Sprau-Kuhlen, Erziehungshilfen, S. 16f

(4) vgl. dazu z.B. D. Claessens, Familie; W.J. Goode, Familie; D. Haensch, Familienpolitik; K. Mollenhauer u.a., Familienerziehung; F. Neidhardt, Sozialisation

rechtlich basiert hat, ist im Bereich Herrschaft, Recht, Pädagogik eine Vorentscheidung zu Lasten der Pädagogik...gefallen" (1).

Die Schwierigkeiten, die angeführte traditionelle Grundrechtsinterpretation zugunsten eines realitäts-gerechteren Verständnisses von öffentlicher Erziehung mit entsprechenden Bestimmungen im Familie-, Jugendhilfe- und Jugendkriminalrecht zu verändern, zeigen sich bei der aktuellen Auseinandersetzung um die Schaffung eines neuen Jugendhilfegesetzes. Rechtliche und ideologische Barrieren wirken als Barrieren für Reformen zusammen.

Im folgenden soll untersucht werden, wie sich die öffentliche Erziehung unter Berücksichtigung der angesprochenen restriktiven Rahmenbedingungen auf dem Hintergrund der Reform zu einem neuen Jugendhilferecht als konstitutives und offensives Moment von Sozialisations- und Jugendpolitik verhält.

(1) K. Rehbein, Erziehung, S. 102f



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554015_0005

1. Entwicklungs- und Diskussionsstand der Reform

Im Juli 1970 hatte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine Sachverständigenkommission zur Vorbereitung der Reform des Jugendhilferechts einberufen. Diese Reformbemühung kann als Folge einer Entwicklung angesehen werden, in deren Verlauf die Bevölkerung der BRD größeres politisches Engagement und Reformbewußtsein zeigte. Für den Bereich der Jugendhilfe bedeutete dies u.a. "Basisinitiativen" und "Heimkampagnen", die dazu beigetragen haben, die Vorschläge der Arbeiterwohlfahrt für ein erweitertes Jugendhilferecht (1. Ausgabe 1967) ⁽¹⁾, die Leitsätze der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge (heute: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe) für ein neues Jugendhilferecht von 1970 ⁽²⁾ und die Grund- und Einzelthesen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ⁽³⁾ zu einem neuen Jugendhilferecht von 1970 auf eine verbindlichere politische Ebene zu stellen.

Die Zusammensetzung dieser Kommission bedeutete, obwohl der Eindruck bestehen konnte, fachliche Kompetenz soll der in Aussicht genommenen Gesetzgebung zugute kommen, die Schaffung eines politischen Gremiums - sind die Mitglieder doch auf Vorschlag der Organisationen der öffentlichen und verbandsgebundenen Jugendhilfe und Jugendverbände berufen worden.

Das Fehlen von Sozialwissenschaftlern und die vorhandene Abhängigkeit vom Bundesministerium für Jugend,

(1) Arbeiterwohlfahrt, Vorschläge

(2) Arbeitsgemeinschaft, Leitsätze, S. 35-37

(3) Deutscher Verein, Grundthesen, S. 145-156;
ders., Einzelthesen

Familie und Gesundheit, lassen außerdem die grundsätzliche Bewertung zu, daß die Arbeitsergebnisse auch dieser Kommission abhängig waren von der Chance des den Ausschuß einsetzenden Ministeriums, die Ergebnisse entweder kraft politischer Kompetenz oder kraft öffentlichen Ansehens zu realisieren.

Im März 1973 wurde vom BMJFG der Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes (DE) vorgelegt ⁽¹⁾. Aus seinen Begründungen wird deutlich, daß sich die Kommission in großem Maß von den bereits vorliegenden Reformentwürfen hat leiten lassen, wobei sie seit langem bestehende Forderungen aufgegriffen hat und den, in den vorangegangenen Fachdiskussionen eingeschlagenen Weg nicht verlassen hat ⁽²⁾. Inhaltlich sind damit zugleich gravierende Mängel dieser Diskussion übernommen worden, wobei an erster Stelle die Dominanz administrativ-juristischer Aspekte genannt werden muß. Verbesserungen der Praxis sollten durch eine Veränderung der Gesetze erreicht werden, unter Ausschluß der Frage nach dem grundsätzlichen Stellenwert einer Reform als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses. "Auf eine kurze Formel gebracht, läßt sich das Vorgehen der Kommission dadurch charakterisieren, daß sie Reform und Veränderung der Jugendhilfe weniger als einen politisch-gesellschaftlichen Prozeß betrachtet, sondern vielmehr als ein Ersetzen derzeitiger Regelungen durch andere, für besser gehaltene, ohne den sozialen Prozeß, auf den sich dies alles bezieht, selbst ins Auge zu fassen" ⁽³⁾.

(1) Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.), Diskussionsentwurf (DE)

(2) ders., Begründung Diskussionsentwurf, S. 59f

(3) W. Hornstein, Einleitung, S. 9

Der Entwurf (1. Diskussionsphase), versehen mit einer umfangreichen Begründung, wurde von den in der Jugendhilfe tätigen Fachleuten mit großem Interesse entgegengenommen. Im Verlauf der Diskussionen, die sich auf den Kreis eingeweihter und interessierter Personen und Institutionen beschränkte, wurden ca. 150 schriftliche Stellungnahmen von öffentlichen und privaten Trägern der Jugendhilfe und aus dem Bereich der Wissenschaft abgegeben. Dabei wurden die Auseinandersetzungen im wesentlichen durch die Bereiche Elternrecht, Subsidiarität, Einheit der Jugendhilfe und der Einbeziehung von Teilen des JGG bestimmt. Das Interesse der jeweiligen Ministerien lag auf den Gebieten Besitzstandswahrung und Bundeskompetenz, die öffentlichen Träger waren besonders an der finanziellen und administrativen Umsetzung des neuen Leistungskatalogs und die Wohlfahrtsverbände an ihren Beteiligungsmöglichkeiten und der Sicherung der Elternrechte interessiert.

Die Diskussionsschwerpunkte aus dieser Zeit lassen sich in folgende Bereiche zusammenfassen:

1) Gesetzgebungskompetenz des Bundes § 1 DE

§ 1 des DE, in dem das Recht auf Erziehung und Bildung festgelegt ist, wurde u.a. vom BayVK, BMBW, BMW und BMJ als verfassungsrechtlich bedenklich angesehen, in der Annahme, daß dafür keine hinreichende Bundeskompetenz besteht. Im Gegensatz dazu wurde die Kompetenz des Bundes im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung gemäß Art. 74, Abs. 7 GG - "öffentliche Fürsorge" - angeführt (1).

(1) vgl. dazu E. Jordan (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 34

- 2) Die Rechtsstellung junger Menschen §§ 7,25, 101,
117, 124 DE

Während einerseits die weiter bestehende Dominanz des Elternrechts gegenüber dem Recht des jungen Menschen auf Erziehung und Bildung kritisiert und eine Verstärkung der Rechtsposition gefordert wurde, haben die Parteien mit gegensätzlichem Standpunkt die Schwächung der Stellung der Eltern kritisiert. Die Argumentation stützte sich dabei auf die Ansicht, daß das Verhältnis von Eltern und Kindern, geregelt in Art. 6,2 GG, sofern es überhaupt einer Interpretation zugänglich sei, nicht in einem Jugendhilfegesetz, sondern allenfalls im BGB neu geregelt werden dürfte (1).

- 3) Allgemeine Förderung der Jugend

Zu diesem Punkt wurde in vielen Stellungnahmen die Diskrepanz zwischen dem umfangreichen Katalog der individuellen Erziehungshilfen zu Lasten Bestimmungen des DE zur allgemeinen Jugendförderung moniert. Man war allgemein der Ansicht, daß diese Ungewogenheit, verbunden mit der ungenügenden rechtlichen Sicherung der allgemeinen Jugendförderung dazu führen würde, die traditionelle Zweigleisigkeit fortzuschreiben.

- 4) Zusammenarbeit von öffentlichen Trägern und freien
Vereinigungen §§ 14, 14a und 14b DE

Die Positionen der sehr kontrovers geführten Diskussionen bestanden einerseits in der Forderung nach einem weitgehenden Betätigungsverbot des öffentlichen Trägers zugunsten der Wohlfahrtsverbände (§ 14b, Abs. 2 DE). Andererseits hielten andere Ver-

(1) E. Jordan, (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 34

bände diese Schutzklausel für nicht erforderlich, da § 14,2 DE ihrer Ansicht nach kein Betätigungsmonopol darstellt. Jordan (S. 35) ⁽¹⁾ beschreibt hier den Vorschlag der Victor-Gollancz-Stiftung, die die freien Träger als Institutionen ansieht, die neue Modelle zu entwickeln und besonderen Bedarf zu befriedigen hätten, als den am weitestgehenden. Außerdem ließen sich dabei Handlungsspielräume extensiver nutzen, wobei die Gefahr abnähme, die Wohlfahrtsverbände als ausschließliche Empfänger und Verwalter öffentlicher Geldmittel betrachten zu müssen.

5) Anwendung des JGG § 11 DE

Die Begründungen der Stellungnahmen, die sich gegen eine Einbeziehung des JGG in das JHG ausgesprochen haben, sind teilweise verschieden und teilweise gegensätzlich. Eine ersatzlose Streichung des § 11 und die Heraufsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre wurde darum gefordert, weil man glaubt, nur so völlige Entkriminalisierung jugendlicher Dissozialität erreichen zu können (Berliner Senator für Familie, Jugend und Sport). Andere Verbände forderten das gleiche, weil sie befürchteten, Jugendhilfe bekomme so einen teilweise repressiven Charakter und der Bildungsaspekt verliere zugunsten der Fürsorge an Gewicht. Das Argument, besonders der Justizministerien dazu, verwies darauf, daß es zu einer Zunahme von Straftaten Jugendlicher kommen könne, zumal auf das Instrument Strafe mit seinen individual- und generalpräventiven Zielsetzungen verzichtet würde. Dort, wo der Ansatz akzeptiert worden ist, JGG und JHG unter pädagogischen Gesichtspunkten zusammenge-

(1) E. Jordan, (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 35

faßt zu sehen, werden die Übernahme des aus dem JGG stammenden "Verantwortungsreife-Kriterium" und die geforderte Erzwingungshaft für "uneinsichtige" junge Menschen moniert (§ 48,3 DE) ⁽¹⁾.

6) Einbeziehung von Erziehungshilfen für behinderte junge Menschen in das JHG §§ 42-46 DE

Die kontroversen Standpunkte innerhalb der Diskussion zu diesem Komplex lassen sich aufteilen in die Gruppe der Institutionen, die Hilfen für behinderte junge Menschen weiterhin im BSHG angesiedelt sehen wollen und die Gruppe, die davon ausging, daß neben der technisch-medizinischen Betreuung die pädagogisch-therapeutische Betreuung im Vordergrund zu stehen habe und diese angemessen nur von den Einrichtungen der Jugendhilfe zu leisten ist. Im weiteren Verlauf der Diskussion, deren Inhalt sich auf Kritik an einzelnen Paragraphen und auf Verbesserungsvorschläge im Detail beschränkte, kamen Erwartungen und Fragestellungen hinzu, die den bisherigen Diskussionsstand um neue Kritikebenen erweiterten. Die Mitarbeiter des deutschen Jugendinstituts haben eine deutliche, ausführliche und weitreichende Thematisierung der Funktionalität struktureller Barrieren und der ideologischen Ausprägung der Jugendhilfe erarbeitet ⁽²⁾. Die zentrale These ist, "daß der Entwurf zu einem neuen Jugendhilfegesetz, der hier zur Diskussion steht, zwar einerseits punktuell und stellenweise auf neuere Entwicklungen, die gleichsam in der Luft liegen, reagiert, andererseits jedoch versucht, diese Entwicklungen und Anforderungen in den Rahmen der her-

(1) vgl. dazu E. Jordan (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 35

(2) Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Reform

kömmlichen institutionell-politischen Verfassung und Struktur der Jugendhilfe zu zwingen"⁽¹⁾.

Verbunden mit dieser grundsätzlichen Einschätzung wird dem DE Innovationspotential im Hinblick auf eine "emanzipatorische" Jugendhilfe abgesprochen⁽²⁾. Die Verfasser begründen dieses Urteil, weil der DE

- die vorhandenen Organisationsstrukturen der Jugendhilfe völlig vernachlässigt
- die unberührt gebliebene bürokratische Organisation der Jugendhilfe die wissenschaftlich begründete Sozialarbeit unmöglich macht
- die Interventionsverpflichtung des Jugendhilfeprozesses als dominant bestehen läßt
- die Fiktion von der Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Trägern der Jugendhilfe aufrechterhält
- mit der Beibehaltung des Individualisierungsprinzips die sozioökonomische Funktion für die Entstehung von Dissozialität kaum berücksichtigt und damit die Neuformulierung von Arbeitszielen und Inhalten vermindert
- durch das Konstrukt "helfende Beziehung" Abhängigkeit bei den Betroffenen konstituiert und so Partizipation und Mitbestimmung ausgeklammert werden.

Die Reaktionen auf diese Bewertung des DE reichten von dem Vorwurf, daß "eine totale Konfliktstrategie zum höchsten gesellschaftlichen Wert erhoben wird"⁽³⁾, bis zu der Feststellung, daß mit so einer Beurteilung nur Disparitäten festgestellt würden, "die durch entsprechende, im wesentlichen sich auf die Organisa-

(1) W. Hornstein, Einleitung, S. 11

(2) vgl. dazu L. Böhnisch, U. Dickerhoff, V. Kuhlen, Jugendhilfegesetz

(3) H. Junge, F. Klein, H. Mösberger, Jugendhilfe, S.171

tion eines separaten gesellschaftlichen Bereichs beschränkende Reform zu beheben seien (...)" ⁽¹⁾.

Dieser Standpunkt, der einerseits den Legitimationsbedarf des Sozialstaates und die kompensatorischen Programme, die sich aus dem Funktionsverlust der Familie ergeben, als reformbegünstigend betrachtet, weist gleichzeitig auf Kontrollfunktion der Jugendhilfe hin und deren marginalen gesellschaftspolitischen Standort. Die Bemerkungen P. Mollenhauers zur eingeschränkten Tauglichkeit des Jugendhilfesystems unter Beibehaltung der vorgegebenen Strukturen, ein neues JHG werde "durch die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse insofern begrenzt, als ein JHG keine grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen bewirken kann, es abhängig ist vom Stand der Kenntnisse und Interpretationen des zu regelnden sozialen Sektors und abhängig ist von anderen, den Bereich Jugendpolitik betreffenden oder berührenden Gesetzen" ⁽²⁾ müssen ergänzt werden um die Feststellung, "daß es bis heute keine empirisch hinreichend geprüfte, operationalisierbare und damit auch in die Praxis umsetzbare Theorie der Jugendhilfe gibt" ⁽³⁾.

Im März 1974 hat das BMJFG in einer Auflage von 1.500 Exemplaren den Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes an Bundes- und Landesministerien, die obersten Landesjugendbehörden und an die Dachverbände und Bundeszentralen der Träger und Fachorganisationen gesandt ⁽⁴⁾.

(1) H. Dieckmann, A. Siepl, Reform, S. 154

(2) P. Mollenhauer, Gesetze, S. 346

(3) E. Jordan, (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 40

(4) Bundesminister f. Jugend, Familie u. Gesundheit (Hrsg.), Referentenentwurf (RE), 1974

Ist der Diskussionsentwurf schon deutlich als Kompromiß zu verstehen, so gilt das in noch weit größerem Umfang für den Referentenentwurf 1974. Die Substanz der materiellen Verbesserungen wurde an wesentlichen Punkten eingeschränkt:

- die Erweiterung des § 1 auf Erziehung und B i l -
d u n g wurde nicht beibehalten ⁽¹⁾,

(1) In der Begründung zu § 1 DE heißt es:

"Erziehung und Bildung sind einander ergänzende Faktoren im Prozeß der Persönlichkeitsbildung und Sozialisation des jungen Menschen. Das eigene Recht auf Persönlichkeitsentfaltung des jungen Menschen i.S. der Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 24, 119 (144)) muß daher gleichermaßen das Recht auf Erziehung und Bildung umfassen."

In der Begründung zu § 1 des RE 77, dessen Fassung nahezu identisch mit § 1 der Fassung aus 1974 ist, heißt es: "Das Gesetz verwendet den Begriff, 'Erziehung' in einem weitgefaßten Sinne und versteht darunter sowohl Personalisation und Sozialisation als auch Betreuung und Bildung. Diese sind in unterschiedlicher Ausprägung Teil jeder Leistung von Jugendhilfe. Erziehung ohne Bildung wäre nicht Erziehung, die das Grundrecht des Kindes und des Jugendlichen auf Achtung seiner Menschenwürde und Entfaltung seiner Persönlichkeit verwirklichen könnte, sondern Verweigerung einer solchen Erziehung; sie würde den Erziehungszweck schlechthin verfehlen."

Vgl. dazu auch D. Greese, Bildung, S. 129-133

- die Einbeziehung der Erziehungshilfen für straffällige junge Menschen sowie das Heraufsetzen des Strafmündigkeitsalters auf 16 Jahre durch eine Änderung des JGG wurde nicht übernommen (§ 11 DE)
- die Erziehungshilfen für behinderte junge Menschen sind weggefallen (§§ 42, 42a DE)
- die Organisation des Jugendamtes als eigenständige Fachbehörde wurde verworfen (§ 106 DE)
- die vorrangige Förderung selbstorganisierter Zusammenschlüsse und Aktivitäten junger Menschen ist weggefallen (§ 25 Abs. 2 DE).

Außerdem wurde die allgemeine Gewährleistungspflicht eingeschränkt. Sie sollte demnach nur im Rahmen der schon im Haushaltsplan ausgewiesenen Mittel wirksam werden. Darüberhinaus sollten die Leistungen vorrangig in Anspruch genommen werden, bei denen ein individueller, subjektiv-öffentlicher Rechtsanspruch besteht. Aus der "Grundausrüstung" DE § 106 wurde eine "ausreichende Ausrüstung" RE § 17,3 und die Kostenregelung wurde zu Lasten der jungen Menschen und deren Eltern sogar durch sonstige Unterhaltspflichtige verschärft.

Es gab auch verbesserte Regelungen, die allerdings den Rahmen der geführten, grundsätzlichen Problematik nicht überschritten; so z.B. der transparentere, formale Aufbau, die Verstärkung der Mitwirkungsrechte von jungen Menschen in Einrichtungen der Jugendhilfe und im Jugendhilfeausschuß sowie ein differenzierteres Leistungsangebot auf dem Gebiet der außerschulischen Jugendbildung. Insgesamt gesehen waren aber die gleichen gravierenden Mängel vorhanden, die auf den DE zutrafen, wobei der Wegfall konkreter Rechtsansprüche für junge Menschen, einschließlich der mangelhaften Gewährleistungspflichten, den RE in noch weitere Ferne zu einer längst fälligen sozialwissenschaftlichen Neuorientierung gerückt haben.

Die Internationale Gesellschaft für Heimerziehung schreibt in einer Stellungnahme zum RE: "Die Hoffnungen, die sich an den DE geknüpft haben, daß nämlich im zukünftigen Jugendhilferecht der junge Mensch als Träger von eigenen Rechten stärker in den Mittelpunkt des Gesetzes gestellt wird und ihm neben der Zuerkennung von Teilhaberrechten und Rechtsansprüchen mit zunehmendem Alter auch weitgehende Antrags- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, haben sich durch den RE nicht erfüllt."

Er "entspricht dem Diskussionsstand von 1961 ⁽¹⁾, genügt jedoch in keiner Weise dem Anspruch, eine doch eminent wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe für die 70er und 80er Jahre zu programmieren" ⁽²⁾.

Der DE war für die um Reformen bemühte Gruppe ein erster Schritt auf dem richtigen Weg, der RE hat sie in ihren Erwartungen enttäuscht; auch die Vertreter konservativer Positionen standen diesem Entwurf ablehnend gegenüber.

Am 15.8.1974 ist vom BMJFG noch ein Referentenentwurf veröffentlicht worden. Neben einigen verbesserten Vorschriften - Einbeziehung der behinderten Kinder und Jugendlichen, Gleichrangigkeit der Jugendarbeit mit den individuellen, durch Rechtsanspruch gesicherten Erziehungshilfen, Ausdehnung von Diagnose und Gesamtplan auf alle Hilfen außerhalb der Familie und verbesserten Fachlichkeitsbestimmungen - wurden mit Rechtsansprüchen ausgestattete Leistungen zurückgenommen, Fristen für das Inkrafttreten einzelner Rechts-

-
- (1) 1961 wurde das RJWG durch eine Neufassung aller Änderungen sowie der Novellen von 1953 und 1961 durch das JWG BGBL. I 1205 abgelöst; E.G.
- (2) JGFH: Stellungnahme zum DE. In: Materialien zur Heimerziehung 1973, 2, S. 1ff

ansprüche noch weiter ausgedehnt, Teile der Mitwirkungsrechte junger Menschen entfernt und die Stellung der Erziehungsberechtigten sowie der etablierten Jugendhilfe und Verbände gestärkt.

Dieser, insgesamt gesehen, weiter leistungseinschränkende Entwurf wurde "mit Rücksicht auf die Haushalts-situation der Gebietskörperschaften" ⁽¹⁾ (Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage zur Situation der Kinder in Deutschland, BTDr 7 3340, S. 21), im Einvernehmen mit den Ministerpräsidenten der Länder und dem Deutschen Städtetag zurückgestellt. Die angenommenen Investitionskosten von ca. 1,5 bis 1,8 Milliarden Mark in den ersten 8-10 Jahren nach Verabschiedung des Gesetzes sowie die Folgekosten von ca. 800 Millionen Mark stehen den tradierten gesellschaftspolitischen Prioritäten, gerade auch wegen der verstärkten öffentlichen Investitionen in volkswirtschaftliche Prozesse, entgegen.

Durch zunehmende Staatstätigkeit wird die Legitimationsbasis gesellschaftlicher Verhältnisse, die angenommene Gleichheit aller und der Markt als Regulativ einzelner Leistungen, in Frage gestellt. Legitimations-erzeugung ist ein zentrales Problem staatlichen Handelns, da nur ausreichend gesicherte Legitimität die Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse sichern kann. Insbesondere wird im Rahmen dessen versucht, sozialpolitischen Konflikten durch Integration Einhalt zu gebieten.

Der Reformverlauf läßt sich allerdings nicht mit nur dieser einen Dimension erklären. Maßnahmen wie der Aufbau des Kindergartenbereichs mit der Absicht, Frauen und Mütter in den Produktionsprozeß einzubeziehen einer-

(1) Antwort der Bundesregierung, S. 21

seits und der Rückgang der Geburtenziffer als bevölkerungspolitisches Problem andererseits, zeigen deutlich den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und machen auf Interventionszwänge des Staates aufmerksam.

Ein weiterer wesentlicher Bezug stellt die Erwartung an die verbesserte Qualifikation von Arbeitskräften dar, die sich u.a. auch im Ausbau von Kindergärten niederschlägt. Diese Forderung nach einer Verbesserung der Grundqualifikation ist im wesentlichen nur vor Beginn der Schulpflicht möglich, da das 9. und z.T. das 10. Schuljahr schon eingeführt ist und darüberhinaus z.B. mit dem Berufsgrundschuljahr dieser Zeitraum für die Anhebung der Qualifikation zunächst ausgeschöpft ist. Abgesehen von dem Bereich des Kindergartens ist die übrige Jugendhilfe für den Aspekt der Kapitalverwertung nicht bedeutsam. So gesehen, sollen die Reformentwürfe erst die Konzeption sein, mit deren Hilfe staatliche Aktivitäten in diesem Sinn erst ermöglicht werden können. Die Entscheidung darüber, ob der Prozeß der Vergesellschaftung von Erziehung über die Ebene der staatlich bornierten Form hinausgeht und zu einer Angelegenheit der Betroffenen selbst wird, fällt nicht nur auf der Ebene einer inhaltlichen Neugestaltung der Jugendhilferechtsform, sondern ist entscheidend abhängig von gesamtgesellschaftlichen Machtkonstellationen. Innerhalb dieser Auseinandersetzung können Reformen nur Modalitäten für bessere oder schlechtere Bedingungen darstellen.

Die offenen Fragen und die Kritik, die sich aus der Betrachtung der Reformentwürfe ergeben, machen es leicht, die endgültige Verabschiedung des Gesetzes vertagt zu sehen. Die RE vom 27.3.1974, vom 15.8.1974 (unveröffentlicht), vom 31.10.1977, der RegE vom 8.11.1978, der Gesetzentwurf des Bundesrates - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Jugendhilfe - vom 1.6. 1979 und die Vorschläge der Bundesregierung zur Schaffung und

Vereinfachung des Regierungsentwurfs (Deutscher Bundestag - 13. Ausschuß - Ausschußdrucksache 8/112) geben kaum etwas von der intensiven Diskussion wieder, deren zukunftsweisende Elemente dazu beigetragen haben, zunächst wenigstens konzeptionell die Diskrepanz zwischen Bedürfnissen und Ansprüchen junger Menschen einerseits und der Rechtsgrundlage andererseits zu verringern. Kritische Stellungnahme zum DE, zu den RE und zum RegE lassen deutlich erkennen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt, der Anspruch, Sozialisationshilfe ohne Stigmatisierungseffekte zu schaffen, nicht eingelöst werden kann.

Aus dieser Sicht eröffnet die gegenwärtige Stagnation im Gesetzgebungsverfahren und der damit verbundene Aufschub der JH Reform die Möglichkeit, in Wissenschaft und Praxis die Erarbeitung alternierender Ansätze voranzutreiben. Auch wenn mögliche Alternativen nicht alle wichtigen Strukturprobleme lösen und gravierende Reformbarrieren abbauen können, sind sie doch durchaus in der Lage, in kritischer Form zu weitergehenden Verständigungsprozessen beizutragen. Reformpolitik hätte so die Möglichkeit, zunehmend mehr die Grundgesetzforderung nach Chancengleichheit zu verwirklichen.

2. Jugendhilfe - Zur Konstitution und Bewertung einer sozialen Institution

Staatliche Aktivitäten des liberalen Staates im 19. Jahrhundert beschränken sich auf das Gebiet der Erziehung von Waisenkindern und die damit verbundenen privaten Initiativen sowie auf die Verabreichung notdürftigster materieller Unterstützung der Betroffenen. Die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kinder zu Beginn des Frühkapitalismus hatte im Anschluß an militärische Überlegungen (1) zur Folge, daß der Staat unter dem Aspekt

(1) Im Jahr 1819 wies ein Generalleutnant "auf die vielen militäruntauglichen Jugendlichen der rheinischen Industriegebiete" und "als Begründung auf die Kinderarbeit in den Fabriken" hin. Vgl. dazu A. Wolf, Sozialpädagogik, S. 65

der Wehrtüchtigkeit, der Arbeitskrafterhaltung und der Vermeidung "sittlicher Verwahrlosung" sich zum Erlaß dem vorbeugender Vorschriften sah (vgl. dazu (und vorher) und zum folgenden H. Scherpner, 1966, S. 158ff) ⁽¹⁾.

Gesetze gegen die Ausweitung von Kinderarbeit wurden eingeführt sowie, verursacht durch die ungenügende Versorgung der zumeist unehelichen Pflegekinder, wurde die Aufnahme von "Haltekindern" auch von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht, um das Arbeitsvermögen dieser Kinder sicherzustellen.

Auch nach der Gründung des Deutschen Reiches von 1871 wurde die Einheitlichkeit der Kinder- und Jugendfürsorge nicht erreicht, sie verblieb weiter in der Gesetzgebungskompetenz der Bundesstaaten. Lediglich dort, wo die soziale Ordnung als am bedrohtesten angesehen wurde, bei straffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen, wurden reichseinheitliche Regelungen angestrebt. So wurde im Reichsstrafgesetzbuch von 1871 Kindern unter 12 Jahren Strafunmündigkeit konzedierte, den Zwölf- bis Achtzehnjährigen unter Heranziehung des Kriteriums der Einsichtsfähigkeit eine beschränkte Strafmündigkeit zugeschrieben und in einer ergänzenden Novelle 1876 wurde die Zwangserziehung als Vorgängerin der heutigen Fürsorgeerziehung eingeführt.

Soziale Spannungen, ausgelöst durch die Zeit wirtschaftlichen Wachstums am Ende des 19. Jahrhunderts, verstärken die Bemühungen um Vereinheitlichung der zersplitterten Jugendfürsorge und Jugendpflege. Dem wurde Rechnung getragen durch Erlasse zur Förderung der "normalen Jugend", wobei die finanzielle Ausstattung für damalige Verhältnisse erstaunlich hoch ausfiel. Zunächst

(1) Vgl. dazu u. zum folgenden auch H. Scherpner, Geschichte, S.158ff; Chr. Sachße/F. Fennstedt, Armenfürsorge

wurde ausschließlich die männliche, arbeitende Jugend mit Blick auf die Einhaltung von gesellschaftlicher Normkonformität gefördert, 5 Jahre später, 1913, wurde auch die weibliche Jugend in diese Maßnahme einbezogen ⁽¹⁾.

Durch die gegebene Zersplitterung der Jugendfürsorge boten weder staatliche Jugendpflege noch Jugendfürsorge, gerade auch unter den Umständen des 1. Weltkrieges, immer weniger auch nur eine minimale Form der Hilfe für die Probleme der betroffenen Jugend. Verschiedene Behörden wie Polizei, Fürsorgeerziehungsbehörden, Gewerbeaufsichtsbehörden, Armen- und Waisenhäuser, Gesundheitsämter, Vormundschafts- und Strafgerichte begünstigten Kompetenzstreite, so daß auf dem Jugendfürsorgetag 1918 ein Reichsjugendamtsgesetz gefordert wurde, das die öffentliche Jugendfürsorge einheitlich regeln sollte. Das Kriegsende mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches verhinderte diese Bemühung.

Das am 14. Juli 1922 vom Deutschen Reichstag verabschiedete Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt (RJWG) - (RGBl. I/54 S. 633) stellte den ersten entscheidenden Schritt zu einer einheitlichen Jugendhilfegesetzgebung dar. Nach Hasenclever waren dabei von besonderer Bedeutung:⁽²⁾ „das in § 1 kodifizierte Recht jedes (deutschen) Kindes auf Erziehung (§ 1,1 RJWG); die Zusammenfassung von Jugendpflege und Jugendfürsorge für alle Altersklassen unter dem Oberbegriff Jugendhilfe (§2); die Konzentration der öffentlichen Jugendhilfe im Jugendamt, das in allen Stadt- und Landkreisen eingerichtet werden sollte;

(1) Vgl. dazu Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 38

(2) vgl. dazu Chr. Hasenclever, Jugendwohlfahrtsgesetz, S. 97-106

die Regelung des Verhältnisses von öffentlicher und freier Jugendhilfe (§ 9), wonach das Jugendamt freie Vereinigungen an der Ausführung zu beteiligen hatte. Die Abstimmung und Planung sollte sich im Jugendamt selbst - in einem Verwaltungsausschuß - vollziehen."

Entgegen diesen sehr allgemein gehaltenen Bestimmungen zur Jugendpflege wurden die Aufgaben der Jugendfürsorge sehr viel konkreter geregelt. Ein gleichzeitig zum RJWG verabschiedetes Einführungsgesetz bestimmte als Zeitpunkt für das Inkrafttreten den 1.4.1924. Durch die Wirtschaftskrise verursacht, wurde dann allerdings eine Neuordnung über das Inkrafttreten des RJWG erlassen, die wesentliche Bestimmungen "bis auf weiteres" aussetzte. 1932 wurden in der "Verordnung über Jugendwohlfahrt" weitere einschränkende Sparmaßnahmen erlassen.

Das RJWG wird heute als für damalige Verhältnisse sehr fortschrittlich angesehen. Doch dem kodifizierten Recht des Kindes auf Erziehung wurde nicht entsprochen⁽¹⁾. An die Stelle konkreter Leistungen und Rechtsansprüche wurden Modalitäten des Eingriffs und der Verwaltung gesetzt. Die Bestimmung des Verhältnisses von öffentlicher und freier Jugendhilfe stärkte und legitimierte ihre Konfessionalisierung. Durch die Festschreibung der unterschiedlichen Zuständigkeit "verwahrloster" und "krimineller" Jugendlicher im Reichsjugendgerichtsgesetz (RJGG) 1923 wurde auch die schon damals bestehende Forderung, das RJGG in ein einheitliches Jugendgesetz einzugliedern, nicht berücksichtigt (Reichstagsprotokoll vom 13./14.6.1923, S. 7793, in: Deutscher Verein (Hrsg.), Materialien zum RJWG, 2. Bd., 1961. In der Zeit von 1933-1945 ist durch den Einfluß der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und der Hit-

(1) vgl. dazu Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 63ff

(2) vgl. dazu E. Jordan, Jugendhilfe, S. 23

lerjugend (HJ) eine wesentliche Veränderung von Zielen und Inhalten der Jugendhilfe eingetreten. Da die HJ nur überwiegend Aufgaben der Jugendhilfe übernahm und weite Bereiche der Jugendfürsorge von der NSV übernommen wurden, beschränkte sich das Arbeitsfeld der Jugendämter kaum mehr als auf die Amtsvormundschaft und die Sorge für "minderwertige" und weniger "wertvolle" Kinder und Jugendliche ⁽¹⁾.

Die einschränkenden Notverordnungen wurden im wesentlichen 1953 in einer ersten Novelle wieder aufgehoben ⁽²⁾, die Verpflichtung zur Errichtung von JÄ und LJA vorgeschrieben und die Verfassung des JA, bestehend aus Jugendwohlfahrtsausschuß und Verwaltung, neu geregelt. Nachdem der Bereich der Jugendhilfe 1957 vom Bundesinnenministerium in die Zuständigkeit des damaligen Familienministeriums überwiesen wurde, hat das Ministerium in der Zeit von 1958-1960, aufgefordert durch den "Aktionsausschuß beim Bundeskuratorium für Jugendfragen", mehrere Rohentwürfe entwickelt.

Die Ablehnung dieser Entwürfe ließ lediglich eine neue Novelle entstehen (BTDr 2226 vom 14.11.1960), die ihrerseits auch sehr umstritten war, u.a., weil der, von der Fachöffentlichkeit geforderte, einklagbare Rechtsanspruch auf Erziehung dem Grunde nach, sowie Bestimmungen über eine Umstrukturierung des Jugendamtes und der Ausbau allgemeiner und spezieller Erziehungshilfen keine Berücksichtigung fand ⁽³⁾.

In der Kritik des vorgelegten Entwurfes ist nachgewiesen worden, daß er "ganz eindeutig auf zwei Grundprinzipien der katholischen Soziallehre - auf dem Eltern-

(1) Hasenclever, Jugendwohlfahrtsgesetz, S. 101

(2) vgl. dazu Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 174

(3) vgl. dazu Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 193

recht und dem Subsidiaritätsprinzip" basiere ⁽¹⁾. An dieser Stelle setzte nun deutlich die grundsätzliche Diskussion über den Vorrang freier Träger gegenüber den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe ein. Nachdem von 1959 bis 1960 drei Vorentwürfe eines Jugendhilfegesetzes durch das zuständige Ministerium vorgelegt wurden und in den jeweiligen Begründungen auch schon die Neuordnung der Jugendhilfe "mit dem gewachsenen gesellschaftlichen und familiären Erziehungsdefizit" ⁽²⁾ begründet wird, stand die, "durch den Sozialstaatsgedanken des Grundgesetzes angeblich gebotene Verstärkung des Elternrechts und des Subsidiaritätsprinzips" ⁽³⁾ im Vordergrund.

"Die in den Vorentwürfen enthaltene Diskriminierung der öffentlichen Jugendhilfetätigkeit, der die Legitimation zur Erziehung geradezu abgesprochen wird" ⁽⁴⁾, wird von kommunalen Spitzenverbänden und anderen Fachgremien vehement abgelehnt. Die "Heftigkeit der Gegensätze zwischen den Unionsparteien (CDU und CSU) und den Oppositionsparteien (SPD und FDP),...die vornehmlich um die Vorrangstellung kreist, die der Entwurf den Verbänden "bewußt einräumen will" ⁽⁵⁾, ließ die konkreten Sachfragen meist in den Hintergrund treten.

(1) Hasenclever, Reform, S. 345

(2) Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 199

(3) ib.

(4) ib.

(5) ib., S. 200

Nachdem dem Bundestagsausschuß für Familie und Jugendfragen Rechtsgutachten sowohl für als auch gegen die Vereinbarkeit des Entwurfs mit dem Grundgesetz vorgelegen haben, wird die Novelle "auf Grund einer Ermächtigung des Bundestages am 11. August 1961 als 'Gesetz für Jugendwohlfahrt' (JWG) in neuer Paragraphenfolge verkündet und damit unversehens doch in den Rang eines neuen Gesetzes erhoben, wenn auch nicht in den eines neuen Jugendhilfegesetzes" (1).

Die so entstandene kontroverse Situation hatte zur Folge, daß trotz eines auf völlige Ablehnung der Novelle zielenden Antrags der Bundesländer Niedersachsen, Hamburg und Bremen bereits einige Monate später mehrere Städte und Länder Verfassungsbeschwerde bzw. Normenkontrollklage einlegten.

In dem fünf Jahre später erfolgten Urteil des BVG wurde zum Verhältnis von öffentlichen Trägern und freien Vereinigungen festgestellt, daß letzteren durch insbesondere § 5,3 JWG kein absoluter Vorrang eingeräumt werden kann (2).

"Vielmehr solle durch den koordinierten Einsatz öffentlicher und privater Anstrengungen der größtmögliche Erfolg erzielt werden" (3).

Novellierungen von 1967 - Einführung einer Kommission, die der Bundesregierung alle vier Jahre einen Jugendbericht vorzulegen hat, 1970 - Anpassung der Vormundschaftsgerichtshilfe an das neue Nichtehelichenrecht, 1973 - Regelung des Adoptionsverfahrens unter Mitwir-

(1) Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 201

(2) Deutscher Verein, Verfassungsmäßigkeit, S. 23ff; vgl. dazu auch J. Münder, Jugendrecht, S. 154f

(3) Chr. Hasenclever, Jugendhilfe, S. 204

kung des Jugendamtes und 1974 - Angleichung des JWG an die neue Volljährigkeitsregelung und das Inkrafttreten der Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge zum 1.1.1980 ergeben den bis heute geltenden Gesetzesstand.

2.1. Jugendhilfe als gesellschaftliches Subsystem

Jugendhilfe hat sich als spezifische gesellschaftliche Tätigkeit entwickelt. Ihre Handlungen finden innerhalb eines eigens dafür geschaffenen, institutionellen Rahmens statt. Sie bekommen einen habituellen Charakter, wobei sie sich wiederholen und verfestigen und ihre Strukturierung einer Aufgabenverteilung mit dem Ziel, bedürftigen Kindern und Jugendlichen Hilfe zu gewähren, verdanken. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt in eigens dafür eingerichteten Institutionen und Organisationen. Der überwiegende Anteil der Jugendhilfemaßnahmen wird als öffentliche Aufgabe von den Gebietskörperschaften und subsidiär von den freien Trägern der Jugendhilfe wahrgenommen.

Diese relativ unproblematisch erscheinende Bestimmung von Jugendhilfe ist lange Zeit als ausreichende Beschreibung anerkannt worden. Die Inhalte von "Pluralismus" und "Subsidiarität", tragende Elemente der Aufgabe, Jugendhilfe in demokratischer Konkurrenz zu leisten, haben in der Praxis diesem Anspruch nicht entsprechen können. Öffentliche und freie Jugendhilfe haben sich zu einem, ihren institutionellen Interessen entsprechendem Gleichgewicht arrangiert und so den status quo etablierter Jugendhilfe materiell und konzeptionell befestigt.

Die Veränderung der objektiven Wirklichkeit der Adressaten der Jugendhilfe, dargestellt in der ansteigenden Kriminalität, dem ansteigenden Drogenkonsum, der Ju-

gendarbeitslosigkeit hat im Verein mit der Kritik am Sozialstaatspostulat ⁽¹⁾ die grundsätzliche Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Definition und Funktion von Jugendhilfe aufgeworfen. Die strukturelle Krise, in der sich die Institutionen mit dem gesellschaftlichen Auftrag zur Jugendhilfe befinden, läßt sich exemplarisch darstellen am "strikt indivi-

(1) Vgl. dazu insbesondere H. Ridder,
Grundordnung, S. 35ff; J. Münder Erziehung, S.32

"In der Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips spiegeln sich "unterschiedliche verfassungs- und gesellschaftspolitische Auffassungen wider. Das zeigt sich etwa daran, wenn das Sozialstaatsprinzip nur als allgemeiner Programmsatz ohne konkreten Inhalt, nur als Staatszielbestimmung angesehen wird, oder wenn ihm, weitergehend aber doch sehr einschränkend, die Fähigkeit zugesprochen wird zwar soziale Leitlinien für den Gesetzgeber zu zeichnen, 'aber keine sozialen Leistungsver-schaffungsansprüche gegen den Staat' zu verbürgen, oder wenn aus ihm die Forderung nach staatlichen Leistungen abgeleitet wird, da sich der Grundrechtsschutz nicht im Schutz gegen Eingriffe der öffentlichen Gewalt erschöpfe, sondern weil daneben die 'komplementäre Forderung nach grundrechtlicher Verbürgung an staatlichen Leistungen' trete".

J. Münder, Die Kosten von Erziehung und Aufziehung,
S. 32

dualgenetischen Verständnis von Dissozialität und Devianz" (1).

Gerade in den Entwürfen zur Reform des Jugendhilferechts wird deutlich, daß die Erscheinungen, die den Einsatz von Jugendhilfe veranlassen, durch die Sozialstruktur der Gesellschaft hervorgerufen werden. Dementsprechend soll auch, wie in den Reformentwürfen zum Ausdruck kommt, der Einsatz von Jugendhilfe eine vergesellschaftete Intervention darstellen.

Soweit wissenschaftliche Bestimmungen zur Funktion von Jugendhilfe als Teil von Sozialarbeit vorliegen, stimmen diese mindestens darin überein, daß sich die Funktionen in den letzten Jahren erweitert oder einen neuen Schwerpunkt erhalten haben.

Der Wandel in der Einschätzung von Jugendhilfe als "Instanz einer gesetzlich fixierten Integrationshilfe", die "in die Nähe eines Herrschafts- und Disziplinierungsinstrumentes gerät" (2), hat dazu beigetragen, die Institution Jugendhilfe, die sich durch ihre Praxis darstellt, in Frage zu stellen. Die Entstehung von neuen Bedürfnissen, die mit den vorhandenen Mitteln der Jugendhilfe nicht mehr befriedigt werden können, die veränderten Interpretationen des Auftrags von Jugendhilfe und die außerinstitutionelle Kritik haben das Institut Jugendhilfe in eine Legitimationskrise versetzt.

(1) L. Böhnisch, Staat, S. 291

(2) H.U. Otto, Professionalisierung, S. 416f

Das Sozialstaatsprinzip und die Verpflichtung zu seiner Verwirklichung ist unmittelbar in den Artikeln 20 und 28 und mittelbar in Artikel 79 des Grundgesetzes verankert. Niclauß bemerkt dazu grundsätzlich, "daß es sich hier nicht um ein Einzelproblem der Verfassungsauslegung, sondern um den allgemeinen Charakter des Grundgesetzes" handelt⁽¹⁾. Der dadurch begründeten Zuständigkeit des Staates, der sozialen Ordnung Geltung zu verschaffen, werden von Seiten der Kritik des herrschenden Sozialstaatsverständnisses Versäumnisse und Unterlassungen vorgeworfen.

Jugendhilfe, als Aspekt sozialstaatlicher Intervention, leistet Eingriffe in das sozioökonomische System insofern nur auf quantitativer Ebene, als sie, meist nachträglich, Einzelkorrekturen vornimmt, die unabhängig vom sozioökonomischen status quo bleiben. Die Reformdiskussion um das neue Jugendhilferecht ist von Beschwerden über den individualistischen, reaktiven, defizit- und symptomorientierten Charakter der Jugendhilfe begleitet worden. Mit "Individualisierung" und "Isolierung" werden in der Diskussion zwei wesentliche Bereiche benannt, die Tätigkeiten der Jugendhilfe einleiten.

Kritik an der Interpretation des Sozialstaatspostulats wird in diesem Zusammenhang auf zwei Ebenen geäußert.

Zum einen wird davon ausgegangen, daß die Stigmatisierungsprozesse im sozialpolitischen Bereich dem Grunde nach vorgegeben sind. Dieser Argumentation weiter zufolge, ist potentiell die Revidierbarkeit dieses

(1) K.H. Niclauß, Sozialstaatspostulat, S. 33

Systems dadurch gegeben, daß die strukturstiftenden Elemente bestimmte politische Machtverhältnisse darstellen. Eine offensivere Verfassungsinterpretation wäre demnach möglich ⁽¹⁾.

Zum anderen wird eben dieser Auffassung vorgeworfen, sie verkenne das wirkliche Verhältnis von Sozialstaat und Ökonomischem System. Dieser Ansatz begreift die Leistungen des Sozialstaats als "Funktion der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise" ⁽²⁾, wobei weiter dieser Erklärungszusammenhang aus der Erkenntnis, Jugendhilfe erfülle gesellschaftliche Reproduktionsleistungen durch eine Sicherung des Kapitalverwertungsprozesses, gesellschaftlich bedingte Mängel und Konflikte und deren kompensatorisch individuelle Behebung der Jugendhilfe als Aufgabe zuweist ⁽³⁾.

Diese, der Jugendhilfe und weitergehend auch der Sozialarbeit zugeschriebene Funktion geht von der Annahme aus, "daß sich der spätkapitalistische Staat im Automatismus ökonomisch-technischer, sozialintegrativer und repressiver Funktionen für die langfristige Sicherung der Bedingungen der Kapitalverwertung bewegt" ⁽⁴⁾.

Veränderte Produktionsbedingungen machen komplexe Planungs- und Steuerungsaufgaben notwendig, die wegen ihres Umfangs nur vom Staat geleistet werden können. "Die veränderte Stellung der Staatsbürokratien in der spätkapitalistischen Industriegesellschaft ist...vor allem dadurch charakterisiert, daß sie nicht nur von

(1) H.H. Hartwich, Sozialstaatspostulat, S. 362

(2) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 156

(3) Vgl. dazu Hollstein, Hilfe, S. 167-207

(4) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 157

Fall zu Fall unter dem Druck wechselnder Interessengruppierungen in die Wirtschafts- und Sozialprozesse eingreifen, sondern immer mehr in die Position zentraler gesellschaftlicher Planungs- und steuerungsinstanzen einrücken, deren fortlaufende Aktivität zur grundlegenden Voraussetzung für das Funktionieren des Kapitalverwertungsprozesses ist" (1).

Für die beschriebene Funktionsbestimmung stellt der Legitimationsdruck des Staates, verstanden als Bemühung, die Unterstützung der gesellschaftlichen Gruppen zur Herrschaftsausübung zu erlangen, einen Faktor dar, der, entsprechend den Notwendigkeiten, die sich aus dem ökonomischen System ergeben, eingesetzt werden soll. Der Versuch, diesen Wirkungszusammenhang als ein geschlossenes System mit "ökonomisch-technischer, sozial-integrativer und repressiver Form...von vorneherein der Logik der kapitalistischen Entwicklung zuzuordnen, trägt allerdings die Gefahr mit sich, daß damit möglicherweise innovatorisches Potential verkannt wird" (2).

Wenn Randgruppeninitiativen im weitesten Sinne einerseits von der sozialpolitisch verantwortlichen Administration auch nur als Teil eines "Frühwarnsystems" begriffen werden, so geht mit dem doch eine erhöhte Aufmerksamkeit bezogen auf diese Problemfelder einher. Die dadurch sich ausbildenden Erwartungen können dem von Habermas formulierten Bereich der "nichtintendierten Nebenfolgen" zugeordnet werden, der darauf verwiesen hat, daß Systemstabilität nicht durch einen ökonomisch-administrativen Automatismus gewährleistet wird (3).

(1) J. Hirsch, System, S. 55f

(2) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 159

(3) vgl. dazu J. Habermas, Legitimationsprobleme, S. 73

Eine für diesen sozialpolitischen Wirkungsbereich geltende, differenzierte Staatsanalyse müßte, will sie über grundsätzliche Funktionsbestimmungen hinauskommen, neben der Frage nach dem Einfluß ökonomischer Strukturen auf den Staat, auch die Frage nach den Möglichkeiten staatlicher Intervention auf ökonomische Strukturen stellen.

Auf dem Gebiet der Jugendhilfe hat die demokratische Verpflichtung des Gesellschaftssystems im Zusammenhang mit "innovatorischen Erwartungen" über eine Legitimationskrise von einer teilweisen Durchbrechung der geschlossenen administrativen Strukturen geführt. Trotz der, bei weitem noch überwiegenden Anzahl der Arbeitsfelder in der Jugendhilfe, deren Tätigkeit die Betroffenen diszipliniert und stigmatisiert, zeichnen sich Umrisse ab, die nicht dieser disqualifizierenden Bewertung zugeordnet werden können.

Mit Hilfe dieser Feststellung läßt sich sagen, daß Jugendhilfe nicht notwendig einem "staatlichen Repressionsautomatismus" ⁽¹⁾ zugewiesen werden kann. Der strukturelle Konflikt, in dem staatliche Interventionen zwischen unmittelbaren und mittelbaren ökonomisch organisierten Interessen stehen, kann für die Jugendhilfe im wesentlichen auf drei Ebenen beschrieben werden:

Jugendhilfe, soweit sie disziplinierende und stigmatisierende Wirkung ausübt und damit stabilisierendes Moment des bestimmten gesellschaftlichen status quo darstellt, kann durch den Legitimationsdruck des Staates nur begrenzt diese Funktionen einnehmen. Die vorhandenen nicht repressiven Praxisfelder und darüber hinausgehende Erwartungen können nicht beliebig zurückgenommen werden.

(1) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 161

Durch die Ausweitung und Zunahme der Probleme wird die Jugendhilfeadministration zusätzlich auch mit Planungsfunktionen und Problemlösungsverfahren konfrontiert, die ihre bisherige Verwaltungsstruktur überfordern. Diese Perspektive deutet darauf hin, daß die Komplexität der Wirkungszusammenhänge eine Öffnung der Jugendhilfeadministrationsstrukturen notwendig macht und diese "mit außerinstitutionellen Initiativen in ein praktisches Interaktionsverhältnis" treten ⁽¹⁾.

Der Legitimationszwang einerseits und die Innovations-
erwartung andererseits können Koalitionen bewirken,
die mit ihrem jeweiligen Problembewußtsein zu einem
veränderten Praxisverständnis führen.

Die angestellten Überlegungen, ob das Sozialstaatsprinzip "als allgemeine Leitorientierung und gesellschaftlicher Bezugnahmen für Entstigmatisierungstendenzen" auf dem Gebiet der Jugendhilfe begriffen werden kann, müssen, bei dem Vergleich mit der bisher geleisteten Verwirklichung, verneint werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, "daß der Verfassungsgesetzgeber den Sozialstaatsgrundsatz und die mit ihm zusammenhängenden Verfassungselemente im Rahmen der Grundrechte und Gesetzgebungszuständigkeiten als 'offen' zur Disposition des einfachen Bundesgesetzgebers gestellt hat." Diese Offenheit meint, "daß die verschiedenen denkbaren Sozialstaatsmodelle im Rahmen der Verfassung nicht für sich in Anspruch nehmen können, die einzige nach dem Grundgesetz mögliche Art der Ausgestaltung des Sozialstaatsgrundsatzes zu sein" ⁽²⁾. Eine alternative Sozialstaatsinterpretation ist demnach verfassungskonform, damit legitim und forderbar ⁽³⁾.

(1) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 161

(2) vgl. dazu H.H. Hartwich, Sozialstaatspostulat, S. 362ff

(3) ib., S. 362f

Eine Zuwendung in die Richtung der Forderung, daß Sozial- und Gesellschaftspolitik nicht bedingungslos dem Kapitalverwertungsprozeß untergeordnet werden darf, muß einhergehen mit der Bemühung um eine offensive Verfassungsinterpretation. Neben diesem normativen Bezug müßte eine veränderte Sozialstaatskonzeption praktische Handlungsperspektiven und -räume bereitstellen. Mit der "Erprobung nicht ökonomisch definierter Handlungsspielräume" (1) und der Bereitstellung entsprechender Praxissituationen können Erfahrungen gewonnen werden, die in der Lage sind, in den Praxisfeldern der Sozial-, Jugend- und Bildungspolitik und deren politisch-administrativen Systemen strukturelle Veränderungen zu provozieren.

2.2. Jugendhilfe als Institut sozialer Kontrolle

Maßnahmen und Aktivitäten der Jugendhilfe können auf dem Hintergrund einer sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise auf zwei Ebenen angesiedelt werden.

Die devianztheoretische Literatur stellt das Jugendamt als den Ort, an dem die Umsetzung von Jugendhilfemaßnahmen in die Praxis erfolgt, in eine Reihe mit Polizei und Justiz (2).

Beide Instanzen haben die empirisch belegte Funktion (s.o.) als Institute sozialer Kontrolle, "unerwünschtes Verhalten" zu kontrollieren bzw. zu verhindern. Dieser Betrachtungsweise zufolge, richtet das Jugendamt seine Maßnahmen weitgehend auf junge Menschen ab, die gegen Gesetze verstoßen haben, die bürgerliche

(1) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 162

(2) vgl. z.B. F. Peters, Erziehung; H. Peters, Fürsorge; Haferkamp/Meier, Sozialarbeit; Brusten, Kriminalisierung; Aich, Verwahrlosung; Malinowski/Münch, Kontrolle

Eigentumsnormen schützen (1).

"Insbesondere Vertreter eines die Diskussion der letzten Jahre dominierenden Definitionsansatzes lenkten das Schwergewicht ihrer Analysen über den Nachvollzug der Lebenswelt regelverletzender Personen und Gruppen...in besonderem Maße auf die normsichernden Organisationen,...die man dann aber, der Absicht zu Interaktionsanalyse Rechnung tragend, in personale Verhaltensweisen, Motivationen und Interpretationen auflöste", (2) was darauf hinauslief, "eine Stigmatisierung (vorgeblich) handlungsinkompetenter Unterschichtsjugendlicher zu konstatieren (3)."

Die zweite Betrachtungsweise, getragen von der Mehrheit der in der Jugendhilfe tätigen Mitarbeiter, bezieht ihr Selbstverständnis aus der Auffassung, erzieherisch-emanzipatorische Arbeit zu leisten. Zu der Annahme, Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen in den jeweiligen Institutionen zu sein, die "Dienst" an den "Klienten" leisten, gesellt sich die Überzeugung, zur Verwirklichung der Chancengleichheit, gemäß dem Ausspruch des Grundgesetzes beizutragen (4).

Beide Standpunkte verkürzen die Realität, als sie "Jugendhilfe vorschnell terminologisch auf einen Teilbereich festschreiben und ihren organisationsspezifischen, staatlichen Charakter dethematisieren und aus dem Blickwinkel verlieren. Beides scheint jedoch konstitutiv für Öffentliche Jugendhilfe: ihr wider-

(1) Haferkamp/Meier, Sozialarbeit, S. 107

(2) F.W. Stalberg, Kriminalsoziologie, S. 166

(3) F. Peters, Erziehung, S. 41f

(4) E. Fluk, Jugendhilfe

sprüchlicher Handlungsbereich und ihr Charakter als staatliche Einrichtung" ⁽¹⁾.

Die Berücksichtigung von wesentlichen Ergebnissen aus staatstheoretischen und definitionstheoretischen Überlegungen soll im folgenden dazu beitragen, die kontrollierende und damit politische Dimension des Handelns der Jugendhilfe darzustellen.

Jugendhilfe findet nicht in einer gesellschaftlichen Situation statt, die mit dem Begriff "tabula rasa" beschrieben werden kann. Das praktische Handeln der Beteiligten - Verhalten in Verhältnissen - darf nicht dazu beitragen, entweder Jugendhilfe unter einem funktionalistischen oder aber unter einem handlungstheoretischen Aspekt zu analysieren. Unterstützende wie auch kontrollierende Tätigkeiten sind als "staatliche Interventionen" ⁽²⁾ zu begreifen, "mit denen der Staat über das Verhalten von Personen auf die ökonomisch-sachlichen Prozesse der Kapitalverwertung zielt" ⁽³⁾.

Dennoch kann nach Peters ⁽⁴⁾ "das Jugendamt als staatliche Institution n i c h t eindeutig als Instanz sozialer Kontrolle aufgefaßt werden, da berücksichtigt werden muß, daß die erzieherischen in bezug auf Familie und Schule subsidiären Tätigkeiten durchaus im Interesse der Kinder und Jugendlichen sind, s o w e i t sie ihren zukünftigen Status als Revenuequellenbesitzer betreffen und auf die Ausbildung ihrer Revenuequelle (ihrer Arbeitskraft) gerichtet sind. Dies liegt auch im Interesse der Eltern dieser Kinder und Jugendlichen, insofern eine solche gesellschaftlichallgemeine Qualifikationsvermittlung ihre Erziehungsleistungen in zeitlicher

(1) F. Peters, Erziehung, S. 42

(2) L. Böhnisch, Staat, S. 291

(3) F. Peters, Erziehung, S. 42

(4) ib., S. 45

und finanzieller Hinsicht entlastet."

Um seine Reproduktion zu gewährleisten und die staatlichen Hilfsangebote dazu nutzen zu können, lassen sich für das Rechtssubjekt Qualifikationsmerkmale allgemeiner Art formulieren (1).

- 1) Das bürgerliche Rechtssubjekt benötigt, um in dieser abstrakt gesellschaftlichen Eigenschaft tätig zu sein, bestimmte Verhaltensdispositionen wie: Kommunikationsfähigkeit, das Vermögen, gesellschaftliche Inhalte zu abstrahieren und sich mit gesellschaftlichen Zwecksetzungen zu identifizieren, die Selbstidentifikation als Person und der Rollentrennung, Fähigkeiten zum Wahl- und Willkürverhalten und zur Anerkennung und eventuellen immanenten Kritik von Regeln.
- 2) Die Merkmale Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft erfordern physische und psychische Leistungsfähigkeit, funktionelle Aufmerksamkeit, allgemeines Ordnungsverhalten und Fertigkeiten symbolisch und technisch vermittelter Kommunikation.
- 3) Das Vermögen, individuelle Reproduktionsbedürfnisse innerhalb der gesellschaftlich vorgegebenen Grenzen zu befriedigen oder aber mangelnde Bedürfnisbefriedigung auszuhalten, wird durch die familiäre Sozialisation und durch die allgemeine Ausbildung hergestellt.

Im wesentlichen tragen dazu die Konsumerziehung, die Verstärkung emotionaler Bedürftigkeit in Form der Innerlichkeit und durch Fixierung persönlicher Abhängigkeit, die Fähigkeit, zwischen Leistungsabgabe und Reaktion reibungslos wechseln zu können, die Be-

(1) vgl. dazu J. Gröll, Grenzen, S. 33-40, S. 38

reitschaft zur Übernahme "persönlicher" Verantwortung im privaten Bereich (Sexualerziehung, auf familiäre und geschlechtsspezifische Rollen), die Herausbildung von "Ich-Stärke" und die Einstellung auf kleingruppenhafte Sozialformen bei ⁽¹⁾.

Das geltende JWG und besonders die Entwürfe zur Schaffung eines neuen Jugendhilfegesetzes nehmen Bezug auf diese Qualifikationsforderungen. "Sie spiegeln die Grundanforderungen, die das bürgerliche Individuum erfüllen muß, um Moment des übergreifenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sein zu können, und zwar in den unterscheidbaren Ebenen der Produktions-, Zirkulations- und Konsumationssphäre; pointiert ausgedrückt: sie reflektieren die Notwendigkeit der unumgänglichen Selbstinstrumentalisierung der Individuen unter den Bedingungen des Warentausches, da speziell die zukünftigen Lohnarbeiter als Träger von Arbeitsvermögen, sich zu sich selbst als Besitzer von Ware verhalten (können) müssen" ⁽²⁾.

Die soziale Kontrolle der Jugendhilfeinstanz Jugendamt und der faktische Stigmatisierungs- und Kommunalisierungseffekt seiner Maßnahmen ist vorgegeben durch das Jugendhilferecht, das auslösende Ursachen und die nachfolgenden Handlungen und Entscheidungsverfahren angibt. Wenn über geeignet erscheinende Mittel entschieden worden ist, beginnt ein Prozeß, der deskriptiv Informationsverdichtung konstruiert, nach eigenen Bedingungen und Bedürfnissen der Instanzen und weitgehend unabhängig vom Verhalten und der Interpretation dieses Verhaltens durch den Betroffenen bleibt.

(1) J. Gröll, Grenzen, S. 38

(2) F. Peters, Erziehung, S. 46

Voraussetzung für die Subsumtionen bestimmter Handlungen unter Tatbestände macht Anwendungsregeln notwendig, die darauf hinweisen, ob "eine Subsumtion einer bestimmten und immer konkreten Handlung unter einem bestimmten und immer allgemeinen juristischen Tatbestand sinnvoll ist" und aussagen "was 'erheblich' ist und was nicht" (1).

"Diese Anwendungsregeln knüpfen an Merkmalen der Person und der Lebensumstände an, wobei die Alltagstheorien, die in ihnen zum Ausdruck kommen, die Erfahrung reflektieren - und hierin pragmatisch orientiert -, daß der bürgerlichen Gesellschaft bestimmte Handlungsimperative entsprechen, die nach dem stofflichen Charakter der Revenuequellen variieren: Personen, die nichts besitzen außer ihrer Arbeitskraft, müssen arbeiten und bedürfen dazu bestimmter Vergesellschaftungsqualifikationen, um im kapitalistisch formbestimmten Arbeitsprozeß angewandt werden zu können - Voraussetzung für die 'selbständige' Reproduktion des freien Lohnarbeiters und zugleich der kapitalistischen Produktionsweise" (2).

Unter diesem Aspekt stellt sich Jugendhilfe als Bereich dar, in dem in definierten Situationen Handlungen stattfinden, die wiederum von den Beteiligten definiert werden. Die Rekonstruktion gemachter Erfahrungen, Selektion, Organisierung und Akzentuierung der jeweiligen Situation und die damit verbundenen Projektionen als allgemeine Bedingungen von Handeln können auch Geltung für die konkreten Handlungen in der Jugendhilfe beanspruchen. Es erscheint dennoch überzogen, wenn interaktionstheoretische Ansätze bei

(1) F. Peters, Erziehung, S. 47

(2) ib., S. 47

"der B e g r ü n d u n g von Entscheidungen wie soziale Kontrolle diese faktisch auf die Interventionen, durch welche die Individuen sich wechselseitig aufeinander beziehen und auf die sinngebenden Aktivitäten des Bewußtseins und der Sprache, mittels derer die Beteiligten die Ereignisse und Objekte ihrer Wahrnehmung und "Bearbeitung" identifizierend und strukturierend sich aneignen, reduzieren" (1).

Die vorausgegangenen Überlegungen lassen zwei Ergebnisse zu: die ausgesprochenen Bedingungen des allgemeinen Handelns gehen auch in die Situation ein, in der Jugendhilfe geschieht, wobei die Aktivitäten der Jugendhilfe bezogen werden müssen auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der Politikbereich Jugendhilfe, verstanden als Eingriff in das Verhalten von Individuen zugunsten ökonomischer und sachlicher Anforderungen des Produktionsprozesses, ergibt so gesehen, eine widersprüchliche Einheit von Integration und Ausschließung. Mit anderen Worten: "die Interventionen des bürgerlichen Staates im Sozialisationsbereich setzen sich 'hinter dem Rücken' der Beteiligten, d.h. relativ unabhängig davon, was die handelnden Sozialarbeiter in konkreten Handlungen an Vorstellungen einbringen, durch: sowohl in den unterstützenden erzieherischen Leistungen wie in der (selektiven) Kriminalisierung/Kontrolle bleiben die sozialpädagogischen Handlungen auf die Funktionserfordernisse des kapitalistischen Verwertungsprozesses bezogen und stellen sich in dieser Hinsicht (beide!) als Ausübung von Herrschaft dar" (2).

(1) F. Peters, Erziehung, S. 48

(2) ib., S. 49

2.3. Jugendhilfe als soziale Interaktion

Die nahezu unübersehbaren Praxisprobleme der Jugendhilfe einerseits, die jeweiligen Interessen von politischen Instanzen, der Jugendhilfeadministration und der Praxis andererseits sind alternativ und die Konzeptionen von z.B. Verwaltungswissenschaft, Psychoanalyse und Kriminologie einschließlich deren methodologischen Konsequenzen sind unterschiedlich.

Eine gebotene Beschränkung bei der Erörterung der Praxisfelder der Jugendhilfe auf Probleme, die im Zusammenhang des als auffällig geltenden Verhaltens von Kindern und Jugendlichen stehen und die Einschränkung auf einen kritisch revidierten interaktionistischen Ansatz ist insofern problematisch, als sie die mittlerweile betonte Einsicht in die fließenden Grenzen zwischen abweichendem und nicht abweichendem Verhalten, so wie die ihr entsprechenden Bemühungen um die Einheit der Jugendhilfe, zu unterlaufen scheint. Da aber die Probleme in der Jugendhilfe nur arbeits- teilig gelöst werden können, stellt die Einschränkung keine prinzipielle, sondern nur eine ökonomische Vorgabe dar.

Die Beschränkung auf den interaktionistischen Ansatz ist trotz des Theoriedefizits bei diesem Aspekt von Jugendhilfe gleichfalls problematisch. Die Entstehung von schwierigem Verhalten einschließlich der entsprechenden Hilfen kann nur mit einer weit gefaßten Sozialisationstheorie geklärt werden.

Nachdem im folgenden einige Prämissen der Interaktionstheorie beschrieben werden, soll im Anschluß daran versucht werden, Probleme der Definition abweichenden

Verhaltens im Zusammenhang mit interaktionistischen Annahmen zu problematisieren.

In Anlehnung an H. Thiersch können vier allgemeine Vorbemerkungen zu Eigenart, Entwicklung und Stellenwert des interaktionistischen Ansatzes gemacht werden.

- 1) "Interaktionismus bezeichnet keine fest umrissene Lehrmeinung; verschiedene Autoren akzentuieren unterschiedlich ja gegensätzlich innerhalb eines gleichen Horizonts" (Thiersch bezieht sich dabei auf W.J. Thomas: "Person- und Sozialverhalten", Neuwied/Berlin, 1965; G.H. Mead: "Geist, Identität und Gesellschaft", Frankfurt, 1968; A. Strauss: "Spiegel und Masken", Frankfurt, 1968; E. Goffman: "Stigma", Frankfurt, 1967; ders.: "Interaktionsrituale", Frankfurt, 1971; ders.: "Wir alle spielen Theater", München, 1969; H. Gerfinkel: "Studies in Ethnomethodology", Prentice Hall, New York, 1967; A.V. Cicourel: "The Social-Organisation of juvenile Justice", Wiley, New York, London, 1968).
- 2) "Interaktionismus ist keine bündige Theorie, wie z.B. Lernpsychologie oder Psychoanalyse ein schlüssiger Zusammenhang von generellen und speziellen Sätzen. Interaktionismus versteht sich als ein plausibles Raster allgemeiner Problemstellungen, die zur Entdeckung und Strukturierung konkreter Probleme hilfreich sind, als ein "sensibilisierendes Konzept". Dieses interaktionistische Konzept hat sich in den letzten Jahren innerhalb der verschiedensten Verhaltensweisen durchgesetzt angesichts von Problemen, die innerhalb der je eigenen Voraussetzungen nur befriedigend präzisiert und weitergeführt werden konnte, z.B. in der Lerntheorie, der Soziologie und Kriminalsoziologie und in der Kommunikationstheorie".

- 3) "Interaktionismus wird so als sensibilisierendes, weitspannendes Konzept verstanden, das sich im Kontext der Entwicklung der verschiedenen Verhaltenswissenschaften bewährt. Er bietet sich damit als ein Ansatz an, gleichsam in einer Art von Sekundärinterpretation, verschiedene vorliegende Forschungsergebnisse, die unter speziellen anderen Prämissen erhoben worden sind, aufzunehmen."
- 4) "Für das Konzept des Interaktionismus sind folgende Annahmen wichtig:
- Interaktionismus hat zum Gegenstand Situationen im Alltag, also die vielschichtig komplexe Struktur der unmittelbaren Erfahrungswelt in ihren zugleich unbewußten und bewußten und selten einfach konvergenten Momenten. Verkürzungen in der Analyse solcher alltäglich komplexen Situationen entstellen den Gegenstand..." (1).

"Interaktionismus betont, um noch einmal zusammenzufassen, die Komplexität von Feld, Institution, Definition und Verhalten, die Dialektik des bestimmten und doch nicht prognostizierbaren Verhaltens. - Interaktionismus geht von Wertungen aus, er ist parteilich für die Vielfältigkeit, Offenheit, Schwierigkeit der Alltagserfahrungen, parteilich ebenso für Recht und Reichtum der Selbstdarstellung und von da aus parteilich für Probleme geschädigter Identität, parteilich also gegen jene Definitionszwänge und Unzulänglichkeiten, die Identität unterdrücken" (2).

Die Praxisfelder der Jugendhilfe, wesentlich geprägt von materiellen Vorgaben wie Armut, Verdienstmöglichkeit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, stellen ein

(1) H. Thiersch, Aspekte, S. 241f

(2) ib., S. 245

Konfliktpotential dar, das nicht beliebig ist, sondern verstanden werden muß als Widerspiegelung der ideologischen, politischen und ökonomischen Gesellschaftsstruktur. Gelungene Identität ist in ihr genauso vorgegeben wie mißlungene als Ergebnis von unterdrückten Machtverhältnissen.

Jugendhilfe als Teil der Jugendfürsorge wird als Institut beschrieben, das im Rahmen der sozialstaatlichen Verpflichtung dort zum Einsatz gelangen müßte, wo abweichendes Verhalten von Kindern und Jugendlichen bekannt wird. Diese Funktionsbeschreibung und das Selbstverständnis ist in den letzten Jahren zunehmend verunsichert worden. Eine wichtige Ursache dafür ist die Diskussion über das, was als normal und abweichend zu gelten hat.

Mit der erneuten Aufnahme der Diskussion um den Verwahrlosungsbegriff ⁽¹⁾ und im Anschluß und im Zusammenhang damit die Problematisierung der Rezeption des labeling approach ⁽²⁾ sowie der Darstellung der Umstände, unter denen Jugendhilfe tätig wird ⁽³⁾, wurde der Charakter der Definitionsvorgänge von auffälligem Jugendverhalten aufgedeckt. Auch die im Anschluß daran geführten Untersuchungen lassen erkennen, "daß Jugendhilfe mit ihren Definitionen z.Z. primär auf Ordnung und Arbeitshaltung dringt, schichtspezifisch selektiert und, indem sie die Öffentlichkeit entlastet, die Familie und den Einzelnen belastet und zudem Verhaltensschwierigkeiten, in denen sie helfen soll, bestärkt" ⁽⁴⁾.

(1) Vgl. dazu E. Fluk, Jugendhilfe, S. 191-230

(2) vgl. dazu F. Sack, Definition, S. 3-31

(3) vgl. dazu H. Haferkamp/G. Meier, Sozialarbeit, S. 100-114

(4) H. Thiersch, Aspekte, S. 252

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und Veröffentlichungen lassen die Dringlichkeit einer Jugendhilfereform und der sie flankierenden Forschung erkennen, weisen aber auch darauf hin, daß Reformbestrebungen nur legitimatorischen Charakter beanspruchen können, wenn in ihnen nur die Bereiche Planung, Kontrolle und Effizienz von Institutionen und Methoden angesprochen werden. Der Gesichtspunkt der Definition schwierigen Verhaltens unter Beachtung der, die Definition ausgehenden Institution einschließlich des dazugehörenden Mechanismus, bedeutet für den Anspruch, diesen Bereich der Jugendhilfe an das skizzierte Raster des interaktionistischen Ansatzes zu legen, auch die Heranziehung der von Lemert eingeführten Begriffe primäre und sekundäre Deviation ⁽¹⁾.

In diesem Zusammenhang ergeben sich Fragen nach dem Verhältnis dieser beiden Begriffe zueinander. Es gilt zu klären, welche Reichweite primäre Deviation, verstanden als "real" auffälliges Verhalten, und sekundäre Deviation, verstanden als unangemessene Definition und Stigmatisierung dieses auffälligen Verhaltens zueinander einnehmen, d.h. wieweit sie sich überlappen. Weiterhin erfordern die, dieser Frage zugrunde liegenden Kriterien Beachtung, insofern, als sie selbst abweichendes Verhalten produzieren können.

Es wäre voreilig, primäre und sekundäre Definitionen den Bereich der Jugendhilfe betreffend, den gesellschaftlichen Spannungspolen, der strukturellen Gewalt und der Selbstverwirklichung zuzuschreiben. Vielmehr gilt es, die "spezifische Verschiebung beider Momente zwischen Jugendhilfe und Alltagserfahrung"

(1) dazu ausführlich: E.M. Lemert, Deviance, 1967

als "von zentraler Bedeutung für die Funktionsbestimmung der Jugendhilfe" ⁽¹⁾ zu erkennen.

Wenn Alltags- und Selbsterfahrungen in ihrem spezifisch gesellschaftlichen Status verstanden werden, abweichen- des Verhalten also als Merkmal und Kritik der strukturellen Gewalt, die es bedingt, erkannt wird, müssen Interpretationen geleistet werden, die anzeigen, wie hoch der Anteil der Konflikte ist, damit diese Ursache abgebaut oder doch wenigstens als solche erkannt wird. "Die Frage nach dem Verhältnis sekundärer und primärer Definition, zwischen Jugendhilfe und Alltagswelt, muß also verstanden werden als Frage danach, ob Jugendhilfedefinitionen den im Alltag angelegten Chancen der Selbstrealisierung entsprechen und Gefährdungen der Täuschung aufheben können" ⁽²⁾.

Bei der Darstellung des Forschungsstandes, der die Stigmatisierung und strukturelle Gewalt in der Jugendhilfe beschreiben soll, werden methodologische Probleme sichtbar. Die vorhandenen Untersuchungen und Aussagen sind nicht häufig und außerdem weitgehend nur auf Teilaspekte dieses Prozesses bezogen, z.B. also auf das Definitionsrepertoire der Definierenden, das Selbstverständnis von Definierenden und Definierten und auf die Ebene der allmählichen Verfestigung von Definitionen in Akten, Berichten und Gutachten ⁽³⁾.

Ein weiterer Nachteil dieser Aussagen besteht in der ungenügenden Differenzierung der Ergebnisse wie z.B. bei der Personalstruktur, der Organisationsstruktur, der Größe der Gebietskörperschaft, den Adressaten der Jugendhilfe selbst.

(1) H. Thiersch, Verhalten, S. 356

(2) ib., S. 356

(3) vgl. dazu z.B. Bohnstedt, Verfestigung; M. Brusten, Kriminalisierung; H.E. Colla, Fall; Steinvorth, Verwahrlosung; Müller, Aktenleben; Rehbein, Erzieh.

Diese Untersuchungen auf Aktenunterlagen und Fallstudien beschränkt, lassen auch die grundsätzliche Besorgnis zu, ob dadurch überhaupt das Definitionsrepertoire der Jugendhilfe repräsentiert wird.

Die aufgewiesene Problematik verdeutlicht, daß die Definitionspraxis der Jugendhilfe, als Moment struktureller Gewalt begriffen werden muß, die sich in einschränkender, strafender und vernachlässigender Form präsentiert. "Die Definitionspraktiken zielen auf die Einhaltung von besonders systemrelevanten Normen, auf Zuverlässigkeit und Anpassung, beschreiben die einzelnen als zuständig, typisieren sie aber und vernachlässigen so den Kontext ihrer Eigenerfahrungen. In solchen Definitionspraktiken zeigt sich unterdrückende Devianz zwischen Amt und Adressat, zwischen offizieller, sekundärer und alltäglicher, primärer Definition; diese Distanz bestätigt den minderen gesellschaftlichen Status der Adressaten. Das in dieser Definitionspraxis liegende gesellschaftliche Problem wird neutralisierend verdeckt, indem die Schwierigkeiten der Adressaten individualisiert werden" (1).

Dieser behauptete Zusammenhang, verstanden als eine, auf Plausibilitätsebene angesiedelter Strukturanalogie, verweist in seiner Vorläufigkeit auf den derzeitigen Forschungsstand, der bisher Fragen nach Definitionsmustern und Interessen ideologischer und ökonomischer Herkunft in detaillierter Form nicht einbezogen hat.

Bei der Erörterung von Anhaltspunkten, die sich auf eine Entstigmatisierung der Definitionspraxis in der Jugendhilfe beziehen, muß es darum gehen, mehr als binnenstrukturelle Korrekturen innerhalb der Organisation der Jugendhilfe vorzunehmen. Zu bearbeiten

(1) H. Thiersch, Verhalten, S. 366

wäre, im Zusammenhang mit den grundlegenden Konstitutionsprinzipien der Jugendhilfe die Möglichkeiten der Einlösung ihres Anspruchs, mit Hilfe von Definitionsverfahren reale Nöte zu beheben oder zu mildern. Böhnisch ist in seiner Einschätzung zuzustimmen, daß die vorhandenen problemrelevanten Interpretationsmuster, "kaum praxisbezogene Impulse für eine Durchbrechung dieses Rezeptionszusammenhanges" abgeben ⁽¹⁾.

Für den Ansatz von Seibert ⁽²⁾, der Jugendhilfe in kontrollierende und helfende Funktionen teilen möchte, muß auch die Kritik am "labeling approach" gelten, der "die genetischen Bedingungen...kriminalisierungs-fähigen Handelns und die daraus ableitbaren Konsequenzen für strukturelle Veränderungen nicht berücksichtigt" ⁽³⁾.

Solange die Ansätze, Jugendhilfe zu entstigmatisieren, nicht darüberhinaus gelangen "das zum Merkmal 'Auffälligkeit' geronnene Definitionskonstrukt 'abweichendes Verhalten'" als Ausgangsposition anzunehmen ⁽⁴⁾, wird es ihnen nicht gelingen, den "institutionell genormten Interventionstext" ⁽⁵⁾ aufzudecken und 'abweichendes Verhalten' als Ausdruck

(1) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 152

(2) U. Seibert, Jugendhilfe, S. 301-310

(3) Bohnsack, Handlungskompetenz, S. 131

(4) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 153

(5) ib.

einer Konfliktlage des Betroffenen zu beheben.

Grundlegend andere Neuorientierungen, die sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, als nur "technisches" Praxisverständnis gelten zu können ⁽¹⁾, müßten in dem Sinn neu formuliert werden, als die Fixierung auf einseitige Reaktionen aufgegeben werden sollte und ersetzt werden durch eine komplexe "Konfliktorientierung" ⁽²⁾, die "sowohl eine sozialisationsbezogene als auch eine politische Dimension aufweisen" müßte ⁽³⁾.

Bedingungen der Problemerzeugung müßten ebenso wie Wahrnehmungsprozesse der Betroffenen einschließlich

(1) Habermas teilt die Rezeption wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gruppen der "praktischen" und "technischen" Rezeptionsweisen. Unter "technischen" Rezeptionsweisen versteht er Veränderungen, die innerhalb unveränderter Strukturierungsprinzipien in einem Interaktionsfeld vorgenommen werden. "Praktisch" ist für ihn eine Rezeptionsweise dann, wenn im Praxisfeld das Interaktionssystem im Hinblick auf Gleichgewichtung und Offenheit problematisiert wird.

Vgl. dazu J. Habermas, Legitimationsprobleme, S.73

(2) Lofland nach L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 153

(3) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 153

des "übergreifenden politischen Stellenwertes der institutionellen Reaktion und Intervention sichtbar" gemacht werden ⁽¹⁾.

Ein solcher Konfliktansatz darf in seinem Bemühen um neue Definitionen aber dennoch nicht aus "Angst vor Mißbrauch" und Normunsicherheit der Aufgabe, Verhaltensschwierigkeiten neu zu definieren, ausweichen. "Es braucht den Mut, sie an der Vorstellung eines gelungenen Lebens zu messen, um es, wo es für Einzelne oder Gruppen verschüttet ist, neu zu aktualisieren... ."

"Derartige, nicht-stigmatisierende Definitionen von Schwierigkeiten haben institutionelle Voraussetzungen" ⁽²⁾.

(1) L. Böhnisch, Sozialpolitik, S. 154

(2) H. Thiersch, Verhalten, S. 371

3. Die Organisation in der Jugendhilfe

Die aufgewiesene Bedeutung von Organisationsstrukturen für Möglichkeiten, Qualität und Ziele sozialpädagogischen Handelns weist darauf hin, daß gerade der Bereich der Organisation Handlungsmöglichkeiten für die Jugendhilfe festlegt. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß gerade in diesem Bereich "organisationsimmanente Faktoren die Tendenz (haben), sich an die Stelle inhaltlicher Zielbestimmungen zu setzen" (1).

In diesem Zusammenhang ist P. Mollenhauer zuzustimmen, der feststellt, daß "in dem Maße, in dem die Möglichkeit einer inhaltlichen Bestimmung des Bestandes und der Leistungen von Jugendhilfe fragwürdig ist" und "in dem Maße, in dem ein einheitlicher, professioneller Konsensus über Ziele, Mittel und Methoden richtiger Jugendhilfe fehlt", die Bedeutung formaler Organisations- und Verfahrensbestimmungen zunimmt (2). "Organisationsbestimmungen sind nicht nur Funktion inhaltlicher Ziel- und Mittelbestimmungen, ihre Bedeutung kann auch darin bestehen, durch die Regelung des Verfahrens, wie Entscheidungen zu finden sind, inhaltliche Aussagen entbehrlich zu machen" (3).

Die Absicht, strukturelle Veränderungen in der Jugendhilfe durch eine Reform des "spezifischen 'institutionell-organisatorischen' Kontext" herbeizuführen, befindet sich auf der Ebene der Betrachtungsweise, deren Repräsentanten glauben, Strukturbedingungen und

(1) L. Böhnisch, U. Dickerhoff, V. Kuhlen, Jugendhilfegesetz, S. 26

(2) P. Mollenhauer, Gesetze, S. 351

(3) ib.

Handlungsabläufe der Jugendhilfe seien so zu reformieren, daß eine Verwirklichung sozialpädagogischer Zielsetzungen möglich wird ⁽¹⁾.

Zentrale Bedeutung innerhalb dieses Ansatzes wird dem Konflikt zwischen sozialpädagogischen Zielsetzungen und der organisatorisch-institutionellen Wirklichkeit beigemessen. Versehen mit dem Begriff des "doppelten Mandats" wird dieses Spannungsverhältnis als Anspruch an die Mitarbeiter der Jugendhilfe verstanden, "ein stets gefährdetes Gleichgewicht zwischen den Rechtsansprüchen, Bedürfnissen und Interessen des Klienten einerseits und den jeweils verfolgten sozialen Kontrollinteressen seitens öffentlicher Steuerungsagenturen andererseits aufrechtzuerhalten" ⁽²⁾.

Als exponierte Vertreter dieses Ansatzes können die Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts angesehen werden. Deren Beschreibung der Organisationsstruktur der Jugendhilfe läßt sich in drei Aspekte gliedern.

- 1) "Standardisierung und aktenmäßige Zubereitung komplexer sozialer Probleme zu 'Fällen' sowie... Individualisierung der Klienten bis zur Parzellierung eines Falles und seiner 'Bearbeitung' durch verschiedene Abteilungen der Jugendhilfe - Behörde. Damit werde die fürsorgerische Tradition eines individualisierenden Hilfeverständnisses fortgeschrieben und das Eindringen neuer Methoden der Sozialarbeit...verhindert; bestenfalls werden nach Ansicht des DJI Modellversuche mit neuen Ju-

(1) L. Böhnisch, Handlungsverständnis, S. 21

(2) ib., S. 28

gendhilfe-Methoden zu Legitimationszwecken außerhalb des institutionellen Rahmens zugelassen" (1).

Weiter werden die Bereiche der getrennten Zuständigkeit (Außendienst-Ermittlungstätigkeit; Innendienst-Entscheidungsbereich) als dysfunktionale Auswirkung traditioneller Verwaltungsform, und "quantitative Bemessungsgrundlagen als Gradmesser für Effektivität und als Kontrollinstrument bürokratischer Sozialarbeit" genannt (2). Schließlich wird als hervorragende Eigenschaft der bürokratischen Organisation der Jugendhilfe ihre Neigung betont, soziale Wirklichkeit ihren eigenen immanenten Strukturerefordernissen anzupassen.

- 2) Die Ebene der Arbeitssituation der in der Jugendhilfe arbeitenden Fachkräfte ist charakterisiert durch den Konflikt zwischen Fach- und Verwaltungsautorität. "Die hierarchische Befehls-, Kontroll- und Kommunikationsstruktur und das mit ihr korrespondierende Prinzip der Dienst- und Fachaufsicht bewirken eine starke Dominanz der nach Bürokratie- und Verwaltungsstandards getroffenen Regelungen und Entscheidungen gegenüber den fachlichen, an sozialpädagogischen Erkenntnissen orientierten Einsichten" (3).

Wenn Konfliktverarbeitung innovatives Potential darstellen kann, so kann gefolgert werden, ist bei dieser hierarchischen Organisationsstruktur mit ihrem gestaffelten Verantwortungsbereich und der Neigung, Konflikte zu vermeiden, die Möglichkeit, solche Gelegenheiten wahrzunehmen, sehr gering einzuschätzen.

(1) E. Beneke, M.K. Müller, H. Zander, Einführung, S. 22

(2) ib.

(3) ib., S. 23

- 3) Durch die Dysfunktionalität der bürokratischen Organisation wird nach Ansicht der Autoren des DJI im Hinblick auf die Adressaten der Jugendhilfe zweierlei aufgedeckt. Die Anonymität und Undurchschaubarkeit des Jugendhilfeapparates erzeugt Abwehr und Frustration, "die das Bild vom Jugendamt als einer eingreifenden und kontrollierenden, ja 'gegnerischen' Instanz verstärkt. Zweitens bewirke", so die gleichen Autoren, "die bürokratisch-administrative Organisationsstruktur, daß das Jugendamt, entgegen seinem Anspruch einer Instanz repressiver sozialer Kontrolle wird" (2).

Die Kritik an den dominanten Organisationsstrukturen und die Beschreibung ihrer Auswirkungen wird von den Vertretern dieser Richtung ergänzt um die Perspektive, diese Situation mit Hilfe komplexer Organisationssysteme zu verändern. Damit wird der Anspruch erhoben, durch die Schaffung von horizontal strukturierten Arbeitsgruppen, informellen Kommunikationsstrukturen und Einrichtungen zur Konfliktbewältigung einerseits ein besseres Problembewußtsein zu schaffen und andererseits die "Fachlichkeit" der Jugendhilfe zu sichern und die "Beteiligung" der Betroffenen zu gewährleisten. Eine organisationssoziologische Betrachtungsweise der Organisationsformen von Jugendhilfe ist geeignet, "das Spannungsverhältnis des sozialarbeiterischen Handelns zwischen fachlichen, am Hilfebegriff orientierten und bürokratischen, am Interventionsbegriff orientierten Standards"

(1)E. Beneke, M.K.Müller, H.Zander, Einführung, S. 23

aufzuzeigen ⁽¹⁾. Eine Beschränkung darauf müßte allerdings in Kauf nehmen, daß "Verkürzungen, die die gesellschaftlichen, historischen, ideologischen und politischen Bedingungen und Funktionszuschreibungen, die das gegenwärtige System der Jugendhilfe prägen", nicht berücksichtigt werden ⁽²⁾.

Die Beschränkung auf der Jugendhilfe immanente Strukturen bei Problemlösungsversuchen, mithin das verkürzte Verständnis gesellschaftlicher Probleme, die in diesen notwendig unzureichenden Rahmen gezwängt werden, wirft auch in diesem Zusammenhang die Frage nach der Funktion von Jugendhilfe auf. Die sich als dilemmatisch erweisende Situation des "doppelten Mandats" beschreibt zwar das Spannungsverhältnis der Handlungsbedingungen der professionellen Mitarbeiter in der Jugendhilfe ⁽³⁾, ist aber nicht in der Lage, Fragen nach den leitenden Interessen der Jugendhilfe zu beantworten. In diesem Zusammenhang muß überprüft werden, ob und wie die Organisation der Jugendhilfe übereinstimmt mit den Formen der Alltagserfahrung und -bewältigung von Kindern und Jugendlichen. Diese Fragestellung muß als wesentliches Kriterium für die Geltung von Funktionalität und Rationalität der Jugendhilfeorganisation angesehen werden.

Die gesellschaftlichen Erwartungen an Organisation und Planung in der Jugendhilfe machen die Diskrepanz zwischen den jeweiligen Ansprüchen der Jugendhilfe und ihren tatsächlichen Möglichkeiten gerade auf dem Gebiet der von ihr beanspruchten Sozialisationsfunktion deutlich. Erst wenn "ungenügende Sozialisationsleistungen" bei den als vorrangig eingestuften In-

(1) E. Beneke, M.K.Müller, H.Zander, Einführung, S. 24

(2) ib.

(3) F. Wohlerst, Organisation, S. 177ff

stitutionen Familie, Schule, Ausbildung oder Beruf moniert werden, wenn also "die Vermittlung der den Nachgeborenen jeweils abverlangten Anpassungsleistungen und Qualifikationsanforderungen" nicht mehr garantiert ist, geraten diese Stationen in den Mittelpunkt des Interesses ⁽¹⁾.

Bei der Einschätzung des "bitteren, nichtsdestoweniger aber auch lieb gewordenen und kultivierten Loses der Jugendhilfe, ihre soziale Randständigkeit mit gesenktem Haupt zutragen", scheinen nun die Faktoren Planung und Organisation neue Bedeutung gewinnen zu können ⁽²⁾. Organisation und Planung werden auf diesem Hintergrund als Qualitäten angesehen, mit denen mindestens die mangelnde Leistungsfähigkeit auf funktionaler Ebene aufgehoben werden soll. Beide Komponenten, verstanden als tragende Elemente einer mehr oder weniger zur Disposition stehenden "Problemlösungstechnologie, die als erlernbares Know-how die Jugendhilfe methodisch-instrumentell zu entschlacken wie auch politisch-praktisch zu profilieren verspricht", geraten so in die Situation, Garanten eines neuen Selbstbewußtseins werden zu sollen. ⁽³⁾ Die "realistische Wende" in der Jugendhilfekonzeption und -planung schickt sich so an, "nunmehr mit einem anders synthetisierten Garn - der Jugendhilfe neue Kleider zu weben" ⁽⁴⁾.

Es kann nicht verwundern, daß in diesem Zusammenhang die Träger der Jugendhilfe mit Größen wie "wachsender Bedarf an Jugendhilfe", "rationeller Einsatz von Kapazitäten" oder "planungsrelevante Problemlagen"

(1) H. Funk, H. Lösch, Jugendhilfeplanung, S. 416

(2) ib.

(3) ib., S. 417

(4) ib.

versuchen, eigenen Interessen und denen ihrer Adressaten gleichsam in Stellvertretung den Anschein von Kongruenz zu verleihen. Die Kategorie "Bedarf" erscheint dabei als nicht mehr zu befragende Größe, bei der nur Fachleuten die Richtigkeit der in sie eingehenden Faktoren zu überprüfen erlaubt zu sein scheint. Statistik als System zur quantitativen und qualitativen Erfassung sozialer Wirklichkeit darf aber nicht der Fiktion erliegen, bürokratische Entscheidungen der Jugendhilfeadministration und Interessen der von Jugendhilfemaßnahmen abhängigen Betroffenen seien identisch.

Es erscheint notwendig, die für Jugendhilfeplanung und -Organisation wesentlichen Größen "Bestand" und "Bedarf" unter dem Aspekt ihres jeweiligen Erhebungs- und Bewertungszusammenhanges auf die jeweiligen Interessen hin zu überprüfen, die in Bestands- und Bedarfsfeststellungen der Träger der Jugendhilfe enthalten sind. Dieser Hinweis enthält sein Gewicht durch die Feststellung, "daß gesellschaftliche Ist-Soll-Festlegungen in der Regel stellvertretend zustandekommen und somit nicht unbedingt immer als Resultat eines 'herrschaftsfreien Diskurses' zwischen den jeweils betroffenen Gruppen und ihren jeweiligen Advokaten angesehen werden können" (1).

Neben der Kritik an der stellvertretenden Problembe-stimmung bedarf auch die planerische Größe "wachsender Bedarf" einer Problematisierung. Die Frage, welche Funktion Jugendhilfe gerade auch innerhalb einer länger befristeten Sozialplanung einzunehmen habe, muß als ungelöst angesehen werden, ganz abgesehen davon, ob die Diskussion darüber in sozial- und jugendpolitisch relevanter Form geführt werden kann. "Wachsender Bedarf" als nicht hinterfragte Behauptung für Defizite an Jugendhilfe kann in diesem Zusammenhang zunächst

(1) H. Funk, H. Lösch, Jugendhilfeplanung, S. 419

nur als "Besitzstandswahrung" der Träger der Jugendhilfe qualifiziert werden.

Die Problematik von Organisation und Planung in der Jugendhilfe wird deutlich an der, scheinbar nur in Stellvertretung zu leistenden Bestimmung dessen, was unter "Bedarf" zu verstehen sei. Über den Vorwurf, Planungsleerformeln würden als Legitimationsinstrumente benutzt, kann auch nicht der Anspruch, durch Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit für den Bereich der Jugendhilfe wirksam planen zu können, hinweghelfen ⁽¹⁾. "Wenn nämlich die Erkenntnis der gesetzmäßigen Entwicklung der gesellschaftlichen Realität auf sich warten läßt - und dies ist zu befürchten - besteht die Gefahr, daß auch eine wissenschaftliche Bestimmung des objektiven Bedarfs an Jugendhilfe - ähnlich wie bei Trägern und Institutionen wiederum nur eine stellvertretende Setzung bleibt" ⁽²⁾.

3.1. Die Organisationsstruktur des Jugendamtes

Der Versuch, den gegenwärtigen Problematisierungsstand des Handlungsfeldes Jugendamt zu beschreiben, muß von der Feststellung begleitet werden, daß, abgesehen von häufiger zu verzeichnenden Praxisberichten, nur wenig systematische Untersuchungen zur Verfügung stehen, die ihrerseits zum Teil auch keine theoretische Begründung aufweisen.

Der 3. Jugendbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1972 wird von H. Thiersch als "z.Z. umfassendste Darstellung und Erörterung des Jugendamtes und seiner Probleme" ange-

(1) H. Funk, H. Lösch, Jugendhilfeplanung, S. 419

(2) ib., S. 420

sehen ⁽¹⁾. Andere Stellungnahmen kritisieren den Bericht wegen seiner Ausblendung von historischen, politischen und ökonomischen Bedingungen und beklagen diese Form eingeengter Reflexion ⁽²⁾, wobei besonders H. Thiersch die Unzulänglichkeit des statistischen Materials moniert. Als andere Mängel werden vom gleichen Autor die spärliche deutschsprachige Literatur, die in den Bericht eingeht und der geringe Umfang empirischer Untersuchungen genannt ⁽³⁾.

Dennoch kann der 3. Jugendbericht insbesondere mit dem, ihn vorbereitenden Forschungsbericht von E. Fluk als Material angesehen werden, das die Strukturbedingungen der Jugendämter deutlich werden läßt.

Markierungspunkte in einer Theoriebildung, deren Mittelpunkt das Jugendamt ist, stellen zweifellos die Arbeiten von Chr. Klumker und G. Bäumer dar ⁽⁴⁾. Bei Chr. Klumker steht der Begriff der "Erziehungsleitung" im Mittelpunkt. Damit sollte hervorgehoben werden, daß die Organisation der äußeren Bedingungen von Erziehung, originärer Auftrag des Jugendamtes sei ⁽⁵⁾.

G. Bäumer geht darüber weit hinaus. Ihr Beitrag "ist bezogen auf alle diejenigen Erziehungsbedürfnisse und Probleme, die im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Prozessen der Neuzeit an den Nahtstellen zwischen gesellschaftlichem Prozeß und Erziehung auftauchen" ⁽⁶⁾.

(1) H. Thiersch, 3. Jugendbericht, S. 245

(2) M.R. Vogel, 3. Jugendbericht, S. 263

(3) H. Thiersch, 3. Jugendbericht, S. 251

(4) vgl. dazu Chr. Klumker, Erziehungsgedanke und G. Bäumer, Sozialpädagogik

(5) Chr. Klumker, Erziehungsgedanke

(6) W. Hornstein, Bezugspunkte, S. 157

W. Hornstein geht davon aus, daß sich die Tätigkeit des Jugendamtes unter Berücksichtigung der impliziten Traditionen und Intentionen in zwei Bereiche gliedern läßt: Sicherung elementarer Erziehungsleistungen und "Vertretung der Interessen der Kinder und Jugendlichen im Konflikt mit anderen Interessen und Ansprüchen" ⁽¹⁾.

L. Böhnisch versucht den Entwurf W. Hornsteins um den Aspekt der "institutionellen Umsetzung" mit Hilfe von Bedingungsfaktoren zu erweitern, "welche die Möglichkeit der Umsetzung sozialwissenschaftlich ermittelter Handlungsziele in konkrete Handlungsstrategie innerhalb des Jugendamtes bestimmen" ⁽²⁾.

Die Absicht von F. Wohlerst den "Äquivalenz-Funktionalismus" N. Luhmanns in eine soziologische Theorie des Jugendamtes einzubringen ⁽³⁾, wie auch der Versuch von Küchler, auf dem Hintergrund evaluations-theoretischer Überlegungen den Anspruch auf dem Gebiet sozialer Interventionen "die Rolle eines Bindegliedes zwischen Theorie und Praxis" einlösen zu können, stellen nur fragmentarische Beiträge für eine zufriedenstellende Theoriebildung dar ⁽⁴⁾.

Die These, das Jugendamt mit seiner Aufgabe, öffentliche Jugendhilfe zu vermitteln, sei nur ungenügend in der Lage, seinen Anspruch, sozialpädagogisches Handlungsfeld darstellen zu können, soll im folgenden durch eine Problematisierung seiner Stellung im staatlichen Verwaltungssystem gestützt werden.

(1) W. Hornstein, Bezugspunkte, S. 168

(2) L. Böhnisch, Jugendamt, S. 187f

(3) F. Wohlerst, Vorüberlegungen, S. 250-262

(4) M. Küchler, Vorwort, S. 11-18

Die zuständige Behörde zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe ist das Jugendamt.

H.J. Wolff sagt zum Begriff der Behörde: "Als Staat s o r g a n ist die Behörde ein durch organisatorische Rechtssätze gebildetes, vom Wechsel seiner persönlichen Walter unabhängiges (institutionelles) Subjekt von transitorischen Wahrnehmungszuständigkeiten, das unter eigenem Namen entscheidungskräftig für den Staat handeln kann" (1).

W. Thieme formuliert für Behörden folgende Strukturmerkmale:

Kompetenzbeschränkung untereinander, Verbot der Überschreitung und Übertragung,

Bindung der Tätigkeit an Gesetz und Recht,

Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht der übergeordneten Behörde,

gesetzliche Verpflichtung zur Loyalität und Amtshaftung aller Beschäftigten, besonders der Beamten (2).

Idealtypische Konstruktionen in der Bürokratie werden von R. Mayntz besonders wegen der ungenügenden Berücksichtigung von Zielsetzungen und Umweltbeziehungen kritisiert (3). Die Folgen eines "hierarchisch-monokratischen" Grundmodells von Bürokratie werden so beschrieben: "Als eine historisch entwickelte Struktur manifestiert die bürokratische Organisation gesellschaftliche Ungleichheiten, Abhängigkeits- und Unterordnungsbeziehungen, kurz: bestimmte gesellschaftliche Machtverhältnisse, sie setzt sie voraus, bildet sie nach und verstärkt sie. Die bürokratische Organisation ist Herrschaftsmittel, das zuerst im gesellschaftlichen

(1) H.J. Wolff, Verwaltungsrecht, S. 80

(2) W. Thieme, Verwaltungslehre, S. 150, 50, 88ff, 47ff

(3) R. Mayntz, Organisation, S. 29

Herrschaftsapparat selbst, der Verwaltung, entstand ...und dann von der Industrie und anderen Arten von Betrieben übernommen wurde ⁽¹⁾.

Formen öffentlicher Tätigkeit, geronnen als Verwaltungshandeln, können unterschieden werden als Eingriffsverwaltung, bei der dem Staat "allein aufgrund eines Gesetzes gestattet (wird), die Freiheit und das Eigentum des einzelnen anzutasten..." und als Leistungsverwaltung, die eine Teilhabe an öffentlicher Leistung hervorhebt. ⁽²⁾

H. Schneider bemerkt dazu, daß dieses "doppelschichtige" Verhältnis des Bürgers zur Verwaltung die andauernde Gefahr birgt, "daß ihm die öffentliche Verwaltung Leistungen der Versorgung oder der Sozial- oder Jugendhilfe, die zu gewähren sie gesetzlich verpflichtet ist, unrechtmäßig vorenthält" ⁽³⁾.

Für den Bereich der Jugendhilfe muß der Anspruch des Jugendamtes, Leistungsverwaltung zu sein, gemessen an Kriterien wie transparenter Kommunikation, spontanem Handeln oder Kreativität, zurückgewiesen werden. Obwohl dem Typus der Eingriffsverwaltung rechtliche Organisationsformen zugeordnet sind, die Vielzahl der Organisationsstrukturen im Bereich der Leistungsverwaltung aber juristisch nicht mehr einheitlich zu erfassen sind, wird die Möglichkeit einer verhältnismäßigen Organisationsfreiheit nicht ausgenutzt ⁽⁴⁾.

I. Schmitz stellt denn auch zutreffend fest, daß "der Gedanke der Leistungsverwaltung...kaum Eingang in die Rechtsgrundlagen der Jugendhilfe gefunden (hat);

(1) R. Mayntz, Organisation, S. 13

(2) E. Forsthoff, Verwaltungsrecht, Bd.1, S. 31ff

(3) H. Schneider, Jugendhilfe, S. 5

(4) F. Barabas u.a., Jahrbuch 1976, S. 124ff

nach wie vor bestimmt" 'einseitig - obrigkeitliches Denken' die Gestaltung der Jugendhilfegesetze und der Organisationsform des Jugendamtes" (1).

Ansätze und Vorstellungen von Neustrukturierungen des Handlungsfeldes Jugendamt werden mittlerweile erprobt und diskutiert (2). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß weniger die Organisationssoziologie als vielmehr politische Soziologie und Politikwissenschaft "kritische Einschätzungen der bürokratischen öffentlichen Verwaltung vornehmen und damit zur Klärung der Voraussetzungen sozialpädagogischer Arbeit im Handlungsfeld Jugendamt beitragen" (3).

Insgesamt gesehen darf allerdings nicht verkannt werden, daß die Veränderung bürokratischer Strukturen nur eine Komponente des Prozesses darstellen kann, in dem Funktionen und Ziele von Jugendhilfe neu bestimmt werden müssen.

(1) I. Schmitz, Erziehung, S. 107

(2) vgl. dazu z.B. V.M. Dolls, U. Hammeter, Veränderung, S. 203-209; D.Dreisbach, Organisation, S. 41-53;

F. Haag, Sozialarbeit, S. 187-215; R.Groell, Jugendhilfe

(3) I. Schmitz, Erziehung, S. 107

3.2. Das Subsidiaritätsprinzip in der Jugendhilfe

Die bisher angestellten Überlegungen gelten der Frage, wie die institutionell-organisatorische Struktur der Jugendhilfe und dabei insbesondere die Administration des Jugendamtes Voraussetzungen für sozialpädagogische Handlungsvollzüge schaffen kann.

In den Entwürfen zu einem neuen Jugendhilfegesetz wird Jugendhilfe nicht von öffentlichen Trägern allein geleistet. Verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen, die auch in den Entwürfen weiter als "freie Träger" bezeichnet werden, sind auch weiterhin in der Jugendhilfe tätig, unbeschadet der Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger, die verantwortlich für die Zielsetzung und die Durchführung von Jugendhilfe bleiben.

Wenn auch die innere Verfassung privater Vereinigungen die Jugendhilfe leisten, wegen ihrer privatrechtlichen Organisationsform nicht Gegenstand öffentlich rechtlicher Bestimmungen sein kann, so ist es dennoch legitim und notwendig, den gesellschaftlichen Bedingungenzusammenhang, die Art und Weise, in der sie Jugendhilfe leisten und das Verhältnis zum öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu erörtern ⁽¹⁾.

(1) In diesem Zusammenhang steht auch die Problematik der Beteiligung der privaten Vereinigungen der Jugendhilfe an der Schaffung eines neuen Jugendhilfegesetzes. Ihre Arbeit an Alternativentwürfen und in der Jugendhilferechts-Kommission erscheint gerechtfertigt. Auf die Frage, ob die Beteiligung solcher Interessengruppen an der Schaffung eines sie selbst betreffenden Gesetzes einhergeht mit distanzierter und kritischer Betrachtung, oder ob manche Problematik gar nicht erst aufgegriffen wurde, kann nicht näher eingegangen werden.

"Sozialstaatsprinzip und Gesetzgebungskompetenz können...nicht als Wegweiser zum Aufbau einer allumfassenden und allzuständigen Wohlfahrts- und Versorgungsapparatur verstanden werden. ...öffentliche(r) Sozialleistungen und freie(r) Wohlfahrtspflege, die Gewährleistung einer gleichmäßigen Versorgung aller Regionen des Gemeinwesens und die Bereitstellung eines umfassenden und zugleich dichten Netzes von Diensten und Einrichtungen sind für den Gesetzgeber nur als Teilaspekt einer Gesamtproblematik relevant, die mit dem Ziel der Gewährleistung individueller Freiheit geordnet und gestaltet werden muß. Individuelle Freiheit ist aber zuerst und vor allen Dingen, auch wenn sie sich in verschiedenen Dimensionen niederschlägt, Abwehr jeder Totalität...⁽¹⁾.

"Diese Freiheitsproblematik moderner Staatlichkeit, daß in der sozialen Realisierung und Erfüllung Gewährleistung und Gefährdung der Chancen individueller Selbstverwirklichung vielfach fast stufenlos ineinanderfließen, ist, nachdem der im ersten Jahrzehnt des Grundgesetzes vorherrschende Streit um Vorrang und Antinomie im Spannungsverhältnis Rechtsstaat - Sozialstaat keine zukunftsweisenden Ergebnisse gezeitigt hatte, in dessen zweitem Jahrzehnt durch den Rückgriff auf das schon sehr viel ältere, 'Subsidiaritätsprinzip' zu lösen versucht worden, dessen primäre Aussage, die größere Einheit dürfe dann nicht eingreifen, wenn die kleinere Einheit ihre Aufgaben selbst erfüllen könne"⁽²⁾, sowohl in der verfassungsrechtlichen Diskussion als auch insbesondere im Sachbereich Jugend- und Sozialhilfe zu einem Schlüsselbegriff geworden ist⁽³⁾.

(1) R. Wegener, Staat, S. 133f

(2) ib., 134

(3) Die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzipes insbesondere in der katholischen Soziallehre, wie auch in der organisch-föderalistischen Gesellschaftslehre u. in der liberalen Staatstheorie wird umfassend bei J. Isensee, Subsidiaritätsprinzip, S. 18ff, 35ff, 44ff dargestellt.

T. Rendtorff bezeichnet das Subsidiaritätsprinzip als eine Kategorie sozialen Handelns ⁽¹⁾. Es ist in der katholischen Soziallehre entwickelt worden und umfaßt allgemein gesehen "die Wahrnehmung der aktiven Teilhabe der einzelnen und sozialen Gruppen am politischen Gemeinwesen" ⁽²⁾. Als naturrechtliches Denkmodell geht es davon aus, daß Staat und Gesellschaft, immer synonym mit Gemeinschaft gesetzt, wesensverschiedene Gebilde darstellen, die "deutlich abgrenzbar und mit qualitativ unterschiedlichen Aufgabenbereichen und Handlungsorientierungen versehen" sind ⁽³⁾.

Nach H.F. Zacher besagt es, "daß dem Einzelnen von der Gesellschaft nicht abgenommen werden soll, was er selbst bewältigen kann, daß die Gemeinschaft ihm aber Hilfe gewähren muß, wo er ohne diese nicht mehr auskommen kann; und ferner soll danach die jeweils engere Gemeinschaft selbst erledigen, was im Rahmen ihrer Fähigkeiten liegt, während die jeweils weitere Gemeinschaft einzutreten hat, wenn eine Aufgabe die Kräfte der eigenen Gemeinschaft übersteigt" ⁽⁴⁾.

E. Jordan u.a. führen dazu weiter aus, daß "die Gemeinschaft in diesem Kontext ein System von Funktions-, Wert- und Handlungszusammenhängen (ist), das dem staatlichen und politischen Handeln vorge-lagert ist." Sie stellt das "Koordinatensystem jeder konkreten Lebensordnung" dar, wobei dem Staat nur die Aufgabe zukommt, "diesen autonomen Binnenbereich

(1) T. Rendtorff, Subsidiaritätsprinzip, S. 406-430

(2) ib., S. 428

(3) E. Jordan, J. Markmann, R. Osswald, D. Wagner, Sozialverantwortung, S. 443

(4) H.F. Zacher, Wohlfahrtspflege-Rechtsgutachten, S. 73

zu schützen, nicht aber die Aufgabe, auf diesen selbst gestaltend und Werte setzend einzuwirken." Der Staat erscheint in diesem Zusammenhang als "gemeinschafts- und personenferne Einrichtung mit lediglich organisatorisch-bürokratischer Regelfunktion", dem die Fähigkeit, originäre Werte repräsentieren zu können, abgesprochen wird ⁽¹⁾.

Durch die Sozialenzyklika Quadragesimo Anno aus dem Jahre 1931 wurde das Subsidiaritätsprinzip in seiner allgemeinsten Bestimmung, daß nämlich jede gesellschaftliche Tätigkeit ihrem Wesen nach subsidiär sei, in die Soziallehre der katholischen Kirche aufgenommen.

Die Geltung des Subsidiaritätsprinzips als Kategorie sozialen Handelns verändert sich allerdings in dem Moment, in dem es Feststellungen darüber treffen soll, wie Einzelne und soziale Gruppen an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. "Statt einer Kategorie sozialen Handelns, deren Geltung durch die gesellschaftliche Verfassung der Handlungen bestimmt ist, wird es zu einem abstrakten, beliebig verwendbaren normativen Prinzip" ⁽²⁾.

Im Vordergrund der nachfolgenden Erörterung soll das Verhältnis von öffentlichen Trägern und privaten Vereinigungen der Jugendhilfe sowie die gesellschaftliche Verflechtung staatlicher und privater Positionen stehen ⁽³⁾.

(1) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 443

(2) E. Beneke u.a., Einführung, S. 74

(3) vgl. dazu ausführlich J. Matthes, Konzeptionen

Das Verhältnis öffentlicher und privater Jugendhilforganisationen ist seit der gesetzlichen Regelung der Reichsverordnung über Fürsorgepflicht und den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß öffentlicher Fürsorge aus dem Jahr 1924 immer spannungsreich gewesen ⁽¹⁾. Es handelt sich dabei im wesentlichen um den Vorwurf, daß im Handlungsfeld Jugendhilfe beim Subsidiaritätsprinzip der öffentliche Träger seine Einflußmöglichkeiten über ein vertretbares Maß ausdehnt und damit die "freien gesellschaftlichen Kräfte" in diesem Staat unterdrückt.

"Auch wenn es den Verfechtern des Subsidiaritätsprinzipes heute nicht mehr in erster Linie darum geht, daß sich der Staat der Förderung der "Wohlfahrt" seiner Bürger gänzlich enthalten solle - insoweit wurde auch von dieser Position die historische Erfahrung der Ausbeutung und Verelendung weiter Bevölkerungsgruppen im liberalen Staat verarbeitet - so bleibt doch eine deutliche Ambivalenz und Reserve bezüglich der Einschätzung des Staates und seiner Funktionen im Sozialbereich erhalten" ⁽²⁾.

Prägend für die Furcht vor staatlicher Kompetenzerweiterung nach 1945 waren sicher auch die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus. Allerdings deuten keine Zeichen darauf hin, daß der Verdacht, öffentliche Instanzen neigten auch weiterhin grundsätzlich dazu, solche Bestrebungen in Gang zu setzen, gerechtfertigt ist.

Es bleibt festzustellen, daß die Bemühung, Gegenpositionen im "vorstaatlichen Raum" zu errichten und

(1) vgl. dazu H. Peters, Fürsorge, S. 27

(2) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 444

zu erhalten, jeder Grundlage entbehrt ⁽¹⁾.

Die sich abzeichnende Linie von der Forderung nach sozialpolitischer Beschränkung bis hin zur Behauptung, staatliche Hilfe enge persönliche Freiheit ein, läßt den Sachverhalt unberücksichtigt, "daß soziale Notlagen nicht allein und nicht in erster Linie im gesellschaftlichen Mikrobereich produziert werden, noch in erster Linie von dort her kompensiert und neutralisiert werden können, sondern problemadäquate Lösungsversuche auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, unter Regie und Kontrolle der politischen Instanzen, als Strukturreform konzipiert werden müssen" ⁽²⁾.

Die sich an dieser Stelle ergebende Frage nach den individuellen Freiheitsrechten wird nach dem traditionellen Rechts- und Verfassungsverständnis durch die Institution der Grundrechte rechtstechnisch als gelöst angesehen. Neben der faktisch vorhandenen, schichtspezifisch allerdings variierenden Möglichkeit, diese Rechte konkret auf dem Weg der Beschwerde und der Klage einzulösen, bedarf es der Ergänzung durch Gewährleistungen institutioneller Art, wenn in den Grundrechten zum Ausdruck kommende gesellschaftspolitische Ziele erreicht werden sollen. Bei dieser Betrachtungsweise verlieren die Grundrechte ihren Charakter als ausschließliche Freiheitsrechte, sie können vielmehr auch "als demokratische Teilhaberechte, als rechtliche Verbürgung von Einflußchancen und als Aufforderung an staatliches Handeln verstanden werden" ⁽³⁾.

Der Staat hat sich nicht mehr nur auf Erhaltung und Bewährung zu beschränken, vielmehr treten punktuelle

(1) H. Peters, Fürsorge, a.a.O., S. 28

(2) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 444

(3) ib.

Eingriffe "in zunehmendem Maße hinter der umfassenden planerischen, gestaltenden 'Leistungsverwaltung' zurück" ⁽¹⁾, wobei sich diese Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips als problematisch erweist, unter dem Aspekt, die Ordnung nach dem Grundsatz menschenwürdig und sozial zu gestalten ⁽²⁾.

Wenn etwa das Sozialstaatsprinzip nur als Programmsatz ohne konkreten Inhalt als Staatszielbestimmung angesehen wird ⁽³⁾, oder ihm zwar die Fähigkeit zugesprochen wird, soziale Leitlinien zu ziehen, "aber keine sozialen Leistungsveranschaffungsansprüche gegen den Staat" zu ermöglichen ⁽⁴⁾ bzw. aus ihm die Forderung nach staatlichen Leistungen abgeleitet wird ⁽⁵⁾; wird deutlich, daß Grundrechte sich nicht nur im Schutz gegen Eingriffe der öffentlichen Gewalt erschöpfen dürfen. So hat das BVerwG in einer seiner ersten Entscheidungen über die Reichsgrundsätze über die Fürsorge unter Bezugnahme auf Art. 2 und Art. 20 GG festgestellt, daß unter der Geltung des Grundgesetzes ein Rechtsanspruch auf Fürsorge bestehe ⁽⁶⁾, wobei diese Entscheidung gerade auch für die Jugendhilfe von Bedeutung ist.

(1) J. Münder, Kosten, S. 29-42, S. 32

(2) Vgl. dazu Hesse, Grundzüge, S. 86ff; H. Ridder, Ordnung, S. 35ff; W. Abendroth, Begriff, S. 64ff

(3) E. Forsthoff, VVDStR, H 12, S. 23ff, S. 35

(4) F. Ossenbühl, Grundrechte, S. 210off

(5) P. Häberle, VVDStR, H. 30, S. 90ff, S. 136ff

(6) BVerwGE 1, S. 159

Die Effektivität von Grundrechten hängt insbesondere auch ab von der Interpretation "s t a a t l i c h e r Funktionen, vor allem neben der grundrechtsausgestaltenden Gesetzgebung die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit..." (1).

Wenn Teile der Gruppen, die das Subsidiaritätsprinzip extensiv verfechten, in völliger Verkennung der gesellschaftlichen Wirklichkeit behaupten, daß öffentlich - rechtliche Ansprüche auf Jugend - oder Sozialhilfe zur Unfreiheit des Einzelnen beitragen, damit also ausblenden, daß erst durch die Sicherung dieser Ansprüche die Voraussetzungen zur Realisation freiheitlicher Sinngehalte gegeben sind, tragen sie zur Dichotomisierung von Staat und Gesellschaft bei (2). Erst die wirksam ausgeübte parlamentarische Kontrolle kann den wachsenden Einfluß des politischen Systems auf ursprünglich private Bereiche so beeinflussen, daß der Staat nicht identisch mit dem Staatsapparat ist, sondern eine Einheit von politischen, gestaltenden und administrativen Elementen darstellt.

Es ist davon auszugehen, daß demokratische Werte wie Freiheit, Selbstverwirklichung, Partizipation und Mitbestimmung zunächst über das jeweilige politische Gemeinwesen verwirklicht werden. "Welche Funktionen in diesem Zusammenhang private Verbände und Interessengruppen haben, kann prinzipiell, d.h. unter Vernachlässigung der jeweils gegebenen konkreten Verhältnisse, nicht entschieden werden" (3).

Die Bindung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe an Grundsätze wie Überprüfbarkeit, Öffentlichkeit

(1) P. Häberle, Grundrechte, S. 579-588, S. 587

(2) vgl. dazu M. Breitbach/F. Hase, Verfassungsrecht, insbes. S. 145ff

(3) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 445

und Berechenbarkeit von Verwaltungsvollzügen ergeben zusammen mit dem dezentralisierten Staatsaufbau und der im Grundgesetz verankerten selbständigen Stellung der Kommunen eine transparente Ebene, die einem Mißbrauch entgegensteht.

Diese Auffassung läßt erkennen, daß die Einbeziehung des Subsidiaritätsprinzips in das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1961 "lediglich Ausdruck einer bestimmten gesellschaftspolitischen Konzeption und Produkt einer besonderen, historisch eigentlich schon überholten, Macht- und Interessenkonstellation" darstellte, zumal auch das RJWG das Subsidiaritätsprinzip in dieser hervorragenden Position nicht beinhalten (1). Das Subsidiaritätsprinzip ist sowohl in der juristisch fixierten Form des noch geltenden JWG als auch in den vorliegenden Reformentwürfen zu einem neuen JHG "weder ein Verfassungsgebot noch ein dem gesellschaftlichen Wandel entzogener Grundwert" (2).

Zu der gesellschaftspolitischen Problematik, ausgedrückt als Frage nach der "Freiheitlichkeit der 'freien' Wohlfahrtspflege...in dem Sinne, als wäre die "freie" Wohlfahrtspflege freiheitlich, die 'öffentliche' dagegen weniger oder nicht freiheitlich", von der H.F. Zacher in seinem Rechtsgutachten sagt, daß das Wort "frei" keine inhaltliche Aussage erlaube, bringen Vertreter des Subsidiaritätsprinzips vor, daß öffentliche Institutionen nicht in der Lage seien, erzieherisch tätig zu werden (3).

Da Erziehung, so diese Argumentation, nur wertgebunden von weltanschaulichen Gruppen geleistet werden

(1) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 445

(2) ib.

(3) H.F. Zacher, Wohlfahrtspflege, S. 59

könne, öffentliche Jugendhilfe aber an eine wertneutrale Haltung gebunden sei, wird damit die Fiktion eines neutralen Staates entwickelt. "Träfe es...zu, daß nur die weltanschaulich gebundenen gesellschaftlichen Gruppen soziale Hilfe und Erziehung leisten könnten, so wäre auch subsidiäres Handeln des Staates/der Kommune nicht denkbar und prinzipiell unmöglich. Tatsächlich können jedoch dem Staat Erziehungsrechte und -pflichten nicht abgesprochen werden" (1).

Die durch das Grundgesetz vorgegebene plurale Ordnung und das Subsidiaritätsprinzip verbergen einen Gegensatz, dessen Bedeutung durch seine staats- und gesellschaftstheoretische Entwicklungsgeschichte erschlossen wird.

"Das Subsidiaritätsprinzip fußt staats- und gesellschaftstheoretisch auf dem 'Ordo' des organisch gegliederten und hierarchisch geordneten Gemeinwesens, wie es in der scholastischen Lehre Thomas von Aquinas vorgebildet und in der Ständeordnung des ausgehenden Mittelalters verwirklicht war: hier ist das Subsidiaritätsprinzip als Seins- und Sollenssatz, als materiale Aufgabenzuordnung und formale Zuständigkeitsbestimmung noch in sich schlüssig.

Mit dem Wandel dieser hierarchischen Ordnung zu dem Dualismus von Staat und Gesellschaft unterliegt das Subsidiaritätsprinzip...einer grundlegenden Transformation seines transzendental begründeten Gehalts" (2). Die durch diesen Wandel entstandene Problematik ist gerade auch im Bereich Jugendhilfe deutlich zu erkennen:

(1) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 447

(2) R. Wegener, Staat, S. 137

Staat und Verbände stehen sich im Bereich Jugendhilfe "nicht als homogene Einheiten gegenüber, die in einem hierarchischen Über- und Unterordnungsverhältnis stehen und deren Aufgabengebiete kongruent sind"⁽¹⁾. Vielmehr entsteht durch unterschiedliche formale und inhaltliche Organisationsstrukturen eine "Lücke" im Subsidiaritätsprinzip⁽²⁾, die auch mit einer "personalistisch(n) Wende" nicht kompensiert werden kann⁽³⁾.

Die Selbsteinschätzung der "freien Kräfte" in der Jugendhilfe behauptet, daß der Nachweis ihrer Notwendigkeit auch darin liege, daß "aus der Art ihrer Hilfe, insofern, als sie in der pluralistischen Gesellschaft oft allein in der Lage ist, eine ganzheitliche bis in die innersten Schichten der Person hineinreichende Hilfe zu leisten, nämlich dort, wo diese Hilfe auch das Eingehen auf jene seelischen Konflikte des Betroffenen erfordert, auf die sich eine wertneutrale Behörde nicht einlassen kann, die ihre Arbeit auf die äußeren Schichten der Not begrenzen muß"⁽⁴⁾. Zusammen mit der Behauptung, die Menge der vorhandenen gesellschaftlichen Gruppen erfordere ein plurales Angebot erzieherischer Einrichtungen und Dienste wird ein Pluralismuskonzept suggeriert, das den Anspruch erhebt, innerhalb seiner, es tragenden Vereinigungen würden das Wahlrecht des Hilfesuchenden, Spontaneität, Personennähe und Menschlichkeit besser als beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe gewährleistet sein, werden aller-

(1) R. Wegener, Staat, S. 138

(2) H. Zacher, Wohlfahrtspflege-Rechtsgutachten, S. 75

(3) Zur Bedeutung dieses "Personalismus" im Zusammenhang des Subsidiaritätsprinzipes vgl. J. Isensee, Subsidiaritätsprinzip, S. 25f

(4) F. Spiegelhalter, Wohlfahrtspflege, S. 229

dings Schwierigkeiten und Probleme dieses Pluralismus-Verständnis ausgeklammert. Im folgenden soll auf die Fragwürdigkeit dieser Konzeption anhand von 5 Bereichen hingewiesen werden.

- 1) Die Selbstdarstellung der Verbände freie gesellschaftliche Gruppierungen innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft zu sein, kollidiert mit der Wirklichkeit insofern als nämlich im wesentlichen die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege eine Monopolstellung einnehmen. Ihre Machtposition begründet sich historisch gesehen aus ihrer Entwicklung von Verbänden mit einer "fürsorgerischen" Tradition heraus zu Großorganisationen ⁽¹⁾ und der "keineswegs in beliebiger Anzahl unabhängig" praktizierten Behauptung ihres Terrains "gegenüber außenstehenden Gruppen durch das Ausbalancieren gemeinsamer Interessen, was zugleich den Verlust einer gegenseitigen Kontrolle zur Folge hat" ⁽²⁾.
- 2) Der privatrechtliche Status dieser Organisationen erlaubt den "etablierten und finanzstarken Verbänden", die "weitgehend öffentlicher Kontrolle entzogen sind, ein großes Maß an Freiheit..." ⁽³⁾. Allerdings kommt diesem freiheitlichen Moment eine ideologische Funktion zu, "da die Verbände selbst nur in engen Grenzen Institutionen darstellen, in denen sich die Willensbildung demokratisch vollzieht und echte Partizipationschancen für die Mitglieder bestehen" ⁽⁴⁾.

(1) L. Böhnisch u.a., Jugendhilfegesetz, S. 48

(2) ib., S. 52

(3) ib.

(4) W.D. Narr, Gesellschaft, S. 258

- 3) Die großen Wohlfahrtsverbände haben aufgrund ihrer Größe und ihres Einflusses in nur sehr geringem Maß die Aussicht Legitimationsnachweise leisten zu müssen. Das Vertrauen, das ihnen von der Öffentlichkeit und den Institutionen öffentlicher Jugendhilfe entgegengebracht wird, stellt einen Freiraum für innovatorisches Handeln dar, der aber durch Tradition, Weltanschauung und Konfession eingeengt, bzw. kaum nennenswert ausgeschöpft wird. "Ideologische Prägung wirkt sich...bei den Wohlfahrtsverbänden unter anderem auch als ein Filter gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen aus, die den im sozialen und sozialpädagogischen Bereich tätigen Organisationen eigentlich als Basis ihrer Arbeit dienen sollten" (1).

Diese Barrieren tragen mithin dazu bei, daß sozialwissenschaftliche Forschungsansätze mit innovatorischem Charakter "häufig gerade bei denjenigen Verbänden abgewehrt (wird), die sich kraft ihrer Position ein gewisses Maß an Autonomie bewahren könnten" (2).

- 4) Die Menge der Eigenmittel, die den privaten Vereinigungen der Jugendhilfe zur Verfügung steht, wird, um Qualität und Ausmaß der Leistungen neuen Erfordernissen anzupassen, zunehmend mehr um die Subventionen aus dem Bereich der öffentlichen Hand ergänzt werden müssen. Die hier entstehenden Abhängigkeiten zeigen sich besonders deutlich in bestimmten Bereichen der von privaten Vereinigungen geleisteten Jugendhilfe: Da der Erhalt von Subventionen an Arbeitsnachweise in statistisch

(1) L. Böhnisch u.a., Jugendhilfegesetz, S. 53

(2) ib.

aufbereiteter Form gebunden ist, werden individualisierende Maßnahmen aus dem Bereich der "Einzelfallhilfe", die den Vorzug der statistisch-freundlichen Zubereitung haben, auch vorrangig als Arbeitsfelder und Dokumentationsebene zum Nachweis von Förderungswürdigkeit ausgewählt. Der Bereich der Heimerziehung ist dementsprechend hervorragend geeignet, den Verbänden "als Legitimationsbasis zu dienen, weil sie (die Heimerziehung, E.G.) sich statistisch als eine Auflistung von Heimplätzen niederschlagen kann, sie ist zugleich von der Tradition der Verbände her eines ihrer charakteristischen Tätigkeitsfelder" (1).

Dabei läßt sich auch erkennen, warum die Heimerziehung, allen gesicherten sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz, einen qualitativ und quantitativ bedeutsamen Platz in der Jugendhilfe einnimmt. "Wird ein Heim nämlich nicht nach der Anzahl der vorhandenen, sondern der belegten Plätze subventioniert, so wird der Träger darauf bedacht sein, nicht nur das Heim an sich...zu erhalten, sondern auch alle Plätze zu belegen bzw. die Kapazität des Heimes nach Möglichkeit auszunutzen" (2). Solange also monetäre Faktoren Leistungen der privaten Vereinigungen die Jugendhilfe leisten vorrangig bestimmen und Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe auf diesem Gebiet nach gleichen Prinzipien erbracht werden, müssen alternative Leistungsangebote eine Ausnahme bleiben.

(1) L. Böhnisch u.a., Jugendhilfegesetz, S. 55

(2) ib.

- 5) Der Hinweis darauf, daß nur ein "pluralistisches Angebot von sozialen Einrichtungen und Diensten"⁽¹⁾ die Wahlmöglichkeiten des zu fördernden Individuums ermögliche, unterstellt ein wirkliches Wahlrecht des Einzelnen. Tatsächlich ist aber dieses Wahlrecht prinzipiell schon reduziert auf einige wenige abgrenzbare und in sich homogene Wert- und Weltanschauungsgruppen, wobei unter dem Diktat von Angemessenheits- und Kostenvorbehalten der Anspruch des Hilfebedürftigen auf ein institutionsbezogenes Auswahlrecht reduziert wird.

Gerade auch auf diesem Gebiet gilt es darauf hinzuweisen, daß Jugendhilfe bei Leistungen, die den Bereich "Erziehung außerhalb der eigenen Familie" berühren, eine wirkliche Wahlbeteiligung der Betroffenen dringend notwendig wäre, zumal diese, wegen zunächst quantitativer Vorgaben nie berücksichtigt wurde. Im Zusammenhang mit regional ganz fehlenden Jugendhilfeeinrichtungen erscheint es gerechtfertigt, wenn von einer "Perversion des Wahlrechts" gesprochen wird⁽²⁾.

Der Streit um das Subsidiaritätsprinzip in der Jugendhilfe mit seinen implizit oder explizit damit verbundenen gesellschaftspolitischen Konzeptionen, ist nicht nur in der Entwicklung der Reform des Jugendhilferechts die Beschreibung von normativen Regelungen sozialpolitischer Vor- und Nachrangigkeit. Allerdings scheint sich die Ansicht, "daß das Subsidiaritätsprinzip in der staats- und verfassungsrechtlichen Diskussion eine größere Rolle nicht mehr spielt"⁽³⁾, durch die Fortschreibung

(1) L. Böhnisch, u.a., Jugendhilfegesetz, S. 55

(2) P. Weiss, Subsidiaritätsdebatte, S. 161

(3) D. Giese, Subsidiaritätsprinzip, S. 1

des Subsidiaritätsprinzips in den Entwürfen zu einem neuen Jugendhilfegesetz, zuletzt im Gesetz der Bundesregierung vom 8.11.1978 nicht zu betätigen ⁽¹⁾.

Der Appell an die "partnerschaftliche Zusammenarbeit" vermag jedoch nicht die aufgewiesene Problematik zwischen öffentlichen und "anerkannten freien Trägern" der Jugendhilfe zu beheben, ebenso wenig wie die Einsicht, daß "Konkurrenzdenken (und) Verteidigung erreichter Positionen und Strukturen" geeignet ist, partnerschaftliche Zusammenarbeit zu ermöglichen ⁽²⁾. "Der Partnerschaftspassus bietet nämlich so lange keine wirkliche Alternative, als nicht verdeutlicht werden kann, was denn unter 'Partnerschaft', einem für die Sprache der Jugendhilfe typischen Euphemismus, zu verstehen sei" ⁽³⁾.

Die vorangegangene Erörterung des Subsidiaritätsprinzips konnte innerhalb des vorgegebenen Rahmens viele Aspekte nicht berücksichtigen. So mußte z.B. auch eine Darstellung der Möglichkeiten privater, Jugendhilfe leistender Vereinigungen unterbleiben und eine angemessene Gesamtbetrachtung verkürzt werden.

Es muß daher noch betont werden, daß es nicht das Ziel der vorangegangenen Ausführungen war, private Jugendhilfe grundsätzlich in Frage zu stellen. Deren bedeutsame Funktion kann insbesondere darin gesehen werden, daß private Vereinigungen, insbesondere kleinere örtliche Gruppierungen, die "trotz des gesetzlich verankerten Subsidiaritäts-

(1) Gesetzesentwurf ESGBJ vom 8.11.1978

(2) BMFJG, Begründung zum RE 1977, § 98, S. 319

(3) L. Böhnisch u.a., Jugendhilfegesetz, S. 59

prinzips wesentlich geringere Chancen der Entfaltung als die großen Verbände" ⁽¹⁾ haben, "eher als öffentliche Träger auf neue soziale Problemsituationen reagieren und innovativ (wegweisend) wirken, modellhaft neue Wege zeigen, als Anwalt der Betroffenen Mängel und Defizite unumwunden aufzeigen und...an deren Beseitigung arbeiten (Prinzip der Parteilichkeit)" können ⁽²⁾.

Dieses Verständnis privater Jugendhilfe ist jedoch unlösbar verbunden mit dem Verweis auf die "kommunale und staatliche Verantwortung bei der Erfüllung des Anspruchs auf soziale Hilfen, Erziehung und Bildung sowie für die Planung und Durchführung eines zeitgerechten Systems sozialer Leistungen und Einrichtungen" ⁽³⁾. Es steht allerdings zu befürchten, daß die Bemerkung des Abgeordneten Lüders bei der Debatte über eine Novellierung des JWG im Jahr 1961 auch bei der Neufassung eines Jugendhilfegesetzes bis auf die terminologische Veränderung weiterhin Aktualität beanspruchen kann:

"Als ehemals Verantwortlicher des Gesetzes in der alten Fassung (1923, E.G.)...bin ich erstaunt, über die Mühe, die man sich...gegeben hat, den wahren Zweck des Gesetzes (der Novelle von 1961, E.G.) unter einem guten alten Namen zu verbergen. Es handelt sich nicht um bessere Möglichkeiten für die Wohlfahrt der Jugend, sondern es handelt sich um die möglichst weitgehenden Möglichkeiten für die Wohlfahrt der Verbände" ⁽⁴⁾.

(1) F. Barabas u.a., Jahrbuch 78, S. 276

(2) E. Jordan u.a., Sozialverantwortung, S. 449

(3) ib.

(4) F. Barabas u.a., Jahrbuch 1978, S. 274

Solange die Stellung der privaten Vereinigungen in der Jugendhilfe als dogmatische "Gegenüberstellung unterschiedlicher Legitimationsmuster" ⁽¹⁾ behandelt wird, "die Lösung der hier angeschnittenen Fragen...in einem abstrakten und generellen Votum für oder gegen eine bestimmte Form der Trägerschaft" ⁽²⁾ gesucht wird, solange werden jeweils vorhandene und zu ermittelnde Bedürfnisse der Adressaten der Jugendhilfe sowie Mängel in deren Lebensräumen zugunsten "rigider Abgrenzungen" ⁽³⁾ vernachlässigt.

Sowohl die Träger der öffentlichen Jugendhilfe wie auch die privaten Vereinigungen können im Einzelfall geeignet sein, "unter Sicherung der Partizipation der Betroffenen...nach Mitteln und Wegen zu suchen, die den Akteuren Toleranzspielräume sichern, flexible Arbeitsformen ermöglichen und damit einer offensiven und konfliktorientierten Jugendhilfe Raum geben" ⁽⁴⁾.

(1) E. Jordan/D. Sengling, Jugendhilfe, S. 213

(2) ib., S. 214

(3) ib.

(4) ib.; vgl. dazu auch R. Wegener, Staat, S. 143ff

4. Die Rechtsstellung des jungen Menschen im Gesamtrechtssystem

Der Versuch, die Reformansätze zu einem neuen Jugendhilfegesetz als Aspekt des gesellschaftlichen Subsystems Recht zu begreifen, macht den Vergleich mit den Rechtsgebieten, die in diesem Bereich Maßstäbe setzen, notwendig. Jugendhilferechtsimmanente Kritik vermag zwar Widersprüche innerhalb der Referentenentwürfe zu einem neuen Jugendhilfegesetz oder auch im Vergleich mit dem Grundgesetz als einem, gewöhnlichen Recht vorgeordneten Normensystem bzw. dem Familienrecht oder dem Jugendgerichtsgesetz zu entdecken, ist aber nicht in der Lage, gleichzeitig auch das Entstehen solcher Widersprüche klären zu können.

Eine Darstellung und Reflexion von Theorien der Gesetzgebung sowie der Gesetzgebungswirklichkeit mit ihren jeweiligen Funktionen verspricht am ehesten, die Funktion der Gesetze als ihr Produkt zu erkennen und somit Widersprüche und Kritik leisten zu können.

Damit eine Kritik der Gegenwart auch zu einer Kritik der Vergangenheit werden kann, ist es erforderlich, auf Grundaxiome der Gesetzgebungstheorie von Savignys einzugehen. Dafür spricht auch eine Bemerkung von W. Schönfeld: "Die moderne Rechtswissenschaft beginnt mit F.C.v. Savigny und seinen Mitarbeitern und Gegnern, weil alles, was vorausgegangen war, durch ihn vermittelt ist" ⁽¹⁾. Wesentlich für den Bezug auf Savigny ist aber dessen Begriff des "organisch gewachsenen Rechtsinstituts", der einen zentralen Platz in seinem Werk einnimmt und auch nach 1945 von der Rechtstheorie

(1) K. Larenz, Methodenlehre, S. 7

aufgegriffen und in erstaunlichem Ausmaß von ihr rezipiert wurde ⁽¹⁾.

Eine Rechtsnorm ist nach v. Savigny der Bezug auf die "konkreten und typischen Verhaltensweisen, die von den Rechtsgenossen im Bewußtsein einer inneren Notwendigkeit im allgemeinen beobachtet werden, d.h. die in ihrer rechtlichen Bedeutung erkannten Lebensverhältnisse selbst" ⁽²⁾. Lebensverhältnisse, gefaßt als "Rechtsinstitute" wie Vertrag, Besitz, Eigentum, Ehe und Familie, die in dieser Reihenfolge ein "politisches Moment" bei der Entstehung des BGB darstellten ⁽³⁾, werden für v. Savigny zum "Ausgangspunkt und zur Grundlage der Rechtsentwicklung" ⁽⁴⁾.

Rechtsinstitute werden von ihm verstanden als "ein sich in der Zeit wandelndes, sinnvolles Ganzes als typisch verstandener menschlicher Beziehungen, das als solches niemals durch die Summe der einzelnen, darauf bezüglichen Rechtsregeln erschöpfend dargestellt werden kann" ⁽⁵⁾. Diese "organische Gewachsenheit...nicht einmal als Gewohnheitsrecht gewachsen" ⁽⁶⁾ muß aber als Abstraktion angesehen werden, als "durch einen künstlichen Prozeß aus der Totalanschauung der Rechtsinstitute in ihrem organischen Zusammenhang herausgelöste" Momente ⁽⁷⁾.

(1) Vgl. dazu E. Forsthoff, Rechtserneuerung, S. 679ff; Th. Würtemberger, Naturrecht, S. 1ff; E. Forsthoff, Verwaltungsrecht, S. 148f; H. Dombois, Institutionen; E. Wolff, Rechtsauffassung

(2) K. Larenz, Methodenlehre, S. 11ff

(3) W. Müller-Freienfels, Kodifikation, S. 126-131

(4) K. Larenz, Methodenlehre, S. 11

(5) ib.

(6) E. Bloch, Naturrecht, S. 105

(7) K. Larenz, Methodenlehre, S. 12

An dieser Stelle ist es notwendig, auf zwei, sich durch diese Sichtweise ergebende, bedenkliche Momente hinzuweisen.

Wenn zum einen der organische Zusammenhang von Rechtsinstituten als Totalität nur durch unmittelbare Anschauung erfahrbar ist, "ohne, daß Anschauung und Kategorien im Prozeß dieser Erfahrung bereits verbunden sind, so kann aus der bloßen Anschauung niemals die abstrakt-logische Form des Gesetzes destilliert werden, der Rückbezug auf die Totalanschauung in der Rechtsanwendung wäre auf wissenschaftliche, d.h. begrifflich nachvollziehbare Weise unmöglich" ⁽¹⁾. Die Folge wäre ein in der Totalanschauung erfaßtes Rechtsinstitut, "das Rechtsanwendung der Irrationalität und damit der Willkür ausliefert" ⁽²⁾.

Da zum anderen das lediglich in unmittelbarer Anschauung erfahrbare Rechtsinstitut nur abstrakte Reproduktion eines organisch gewachsenen Ganzes ist, entzieht es sich begrifflicher Fixierung und Planung. Der Begriff "wird zum bloßen Verweis auf immer schon historisch Gewachsenem und selbst dieser Verweis bleibt folgenlos, legitimiert sich der Begriff nicht durch den Vollzug jener unmittelbaren Anschauung des Rechtsinstitutes, die selber unbegreifbar ist" ⁽³⁾.

Als Beispiel für die Fortschreibung dieses juristischen Selbstverständnisses kann die Aussage von E. Scheffler über die Rechtsinstitutionen "Ehe" und "Familie" genommen werden: "Der Grundgesetzgeber hat

(1) M. Grieser, Recht, S. 326

(2) ib.

(3) ib., S. 327

Ehe und Familie nicht nur als gesellschaftliche Gegebenheiten vorgefunden, sondern auch als Institutionen des Rechts mit einem Ordnungskern von Geboten und Verboten, der für das allgemeine Rechtsbewußtsein unantastbar ist, mag man ihn als göttlich offenbartes oder vernunftmäßig erschlossenes Naturrecht betrachten oder seine erhöhte Geltung aus der Bedeutung für die Einheit der Verfassung ausgeprägten Kultursystems herleiten" (1). Dieses institutionenrechtliche Denken, in dem "Familie als vorrechtliches und daher unantastbares Institut" (2) fortgeschrieben wird, befriedigt zwar "die Kontinuitätsbedürfnisse der Gesellschaft" (3), trägt aber auch dazu bei, den als "Erziehungsgesetz" proklamierten Anspruch der RE zu einem JHG durch das Insistieren auf den "originären Vorrang" der Eltern bei der Erziehung nur zu einem Ersatz mangelhafter elterlicher Erziehung werden zu lassen.

In diesem "institutionellen" Verständnis sind "einzelne Rechtsnormen...lediglich Abbilder einer vorgegebenen institutionellen Ordnung" (4). Bei der Betrachtung der JHG-Entwürfe wird im einzelnen zu zeigen sein, "wie auf eine rechtliche Regelung, die bewußt steuernd in Erziehungsprozesse eingreift und Recht als Veränderungspotential gesellschaftlicher Prozesse begreift, verzichtet" wird.

Eine Theorie, nach der die "Macht des Faktischen" mit

(1) E. Scheffler, Familie, S. 249

(2) M. Grieser, Kritik, S. 205

(3) ib.

(4) S. Simitis, Situation, S. 18

ihren Ausformungen "soziale Faktizität" und "sachlogische Struktur" eine Bindung für den Gesetzgeber darstellt, nimmt in Anspruch, daß Recht, in sich fixiert, der Disposition des Gesetzgebers entzogen ist ⁽¹⁾.

In Wirklichkeit hat aber auch der Gesetzgeber schon immer soziale Ordnungen geändert oder beseitigt. Ohne auf die Determinanten des Verhältnisses von gesetzgeberischer Macht und dem Beharrungsvermögen des Faktischen als wesentlichem Element der gesetzgeberischen Tatsachenanalyse und Prognosestellung einzugehen, wird jedoch bei dieser Erörterung davon ausgegangen, daß "soziale Faktizität dem Gesetzgeber verfügbar bleibt" ⁽²⁾ und als "Objekt von Normen nicht zur übergeordneten Norm" ⁽³⁾ wird.

Der Hinweis, daß Recht als Mittel zur Steuerung sozialer Prozesse, als in diesem Sinn "entwicklungsgeschichtlich geplante Ursache" ⁽⁴⁾ gesehen werden kann, ist auch nicht durch Verweise auf Verpflichtungen durch Grundrechte, verfassungsrechtliche Verfahrensvorschriften, Bund-Länder Kompetenzen oder materielle Maßnahmen Maßgaben hinwegzudenken, "diese Bindungen sind zwar anzuerkennen, gleichwohl ist der Wesensgehalt der Grundrechte im Kontext der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu interpretieren" ⁽⁵⁾.

Dieses muß insbesondere für alle normativen Regelungen, die das Eltern-Kind-Verhältnis betreffen,

(1) A. Kaufmann, Begründung

(2) M. Grieser, Kritik, S. 209

(3) P. Noll, Gesetzgebungslehre, S. 100

(4) N. Luhmann, Rechtssoziologie, S. 12

(5) M. Grieser, Kritik, S. 210

gelten, da die Stellung von Kindern und Jugendlichen im Rechtssystem...nicht Gegenstand einer eigenen Rechtssphäre ist, sondern sich durch die Problematisierung des Verhältnisses Eltern-Staat, das normativ geregelt und mit institutioneller Garantie versehen, seinen Ausdruck in Art. 6 GG findet, ergibt.

Im folgenden wird zu erörtern sein, ob Kindern Rechte aus dem GG gegen ihre Eltern zustehen und welche Interpretationsspielräume sich "aus dem Ganzen der gegenwärtigen Lebensordnung und der verfassungsmäßigen Wertkonstellation" ⁽¹⁾ ergeben.

(1) E. Scheffler, Familie; S. 249

4.1. Die Rechtsstellung junger Menschen unter der Geltung des Grundgesetzes

Art. 6 Abs. 2, Satz 2 und Art. 6 Abs. 3 GG dienen nach einhelliger Ansicht in jedem Fall dem materiell-rechtlichen Schutz des jungen Menschen. Nach ungeteilter Auffassung können jedoch aus diesen Normierungen keine Rechtspositionen abgeleitet werden. Diese Bestimmungen werden übereinstimmend als Rechtsreflex angesehen, der für das Kind kein subjektives Recht auf Schutz darstellt, mithin auch keine Möglichkeit beinhaltet, Rechte des Kindes gegen die Eltern oder gegen den Staat auf Schutz des Staates gegenüber den Eltern im Rechtsweg einzulösen ⁽¹⁾.

Seit 1956 wird, ausgelöst durch eine Veröffentlichung von H. Krüger, eine Diskussion darüber geführt, ob sich aus dem Persönlichkeitsrecht des Kindes aus Art. 2 Abs. 1 GG Rechte gegen die Eltern ergeben ⁽²⁾. Die Auseinandersetzung darüber wurde un-

(1) So H. Peters in Bettermann, Nipperdey, Scheuner, Grundrechte, S. 378; H. Göppinger, Jugendwohlfahrtsgesetz, S. 23; Staudinger/Göppinger, BGB, Vorbemerkung § 1666 R; H. Hampel, Probleme, S. 545

(2) H. Krüger, Grundrechtsmündigkeit, S. 329-335; Dieser von Mangoldt-Klein geprägte, aber nicht in dem von Krüger verwendeten Sinn gebrauchte Begriff, stellt sich allerdings als mißverständlich heraus, da er zunächst zutreffend für die Frage, wann Minderjährige ihre Grundrechte selbständig ohne Mitwirkung der Eltern gegenüber dem Staat geltend machen können, verwandt werden kann, dann aber auch unzutreffend für die Problematik, ob Kinder aus Art. 2 Abs. 1 GG Rechte gegen ihre Eltern ableiten können.

Vgl. dazu Mangoldt-Klein, Vorbemerkung B XV 26

ter dem Begriff "Grundrechtsmündigkeit" geführt. Den Kern dieser Auseinandersetzung bildet die Frage, ob Grundrechte, die zunächst Abwehrrechte gegen den Staat darstellen, auch gegenüber Privatpersonen wirksam werden können, die Frage also nach der Drittwirkung von Grundrechten.

Die herrschende Meinung geht davon aus, daß Grundrechte nur mittelbar wirksam werden können (1). Wenngleich auch von den Vertretern dieser Auffassung erkannt wird, daß Interessengegensätze ausgehend vom Persönlichkeitsrecht des Kindes und dem Recht der Eltern unvermeidlich sind, so werden einer Lösung dieses Konflikts nur mittelbare Möglichkeiten in der Form zugestanden, in denen der Gesetzgeber durch wertausfüllungsfähige und wertausfüllungsbedürftige Generalklauseln oder normative Begriffe keine grundsätzliche Entscheidung vorgenommen hat (2).

Im Grundsatz bleibt die Regelung dieser Konflikte den Vorschriften des BGB über die elterliche Sorge vorbehalten (3), was die Vertreter der mittelbaren Drittwirkung von Grundrechten zu dem Ergebnis kommen läßt, daß Art. 2 Abs. 1 GG kein Recht des Kindes gegen die Eltern beinhaltet (4).

(1) H. Ibsen, Gleichheit, S. 143ff; G. Dürig, Grundrechte, S. 157ff; G. Dürig, Art. 1, R. 1

(2) G. Dürig, Art. 1, R. 1

(3) G. Dürig, Art. 19, R 24ff; G. Kuhn, Grundrecht, S. 61

(4) So H. Peters, Elternrecht, in: K.A. Bettermann, H.C. Nipperdey, U. Scheuner, Grundrechte, S. 393f; G. Dürig, Kommentar, Art. 19, R. 21; Staudinger/Donau, BGB, § 1626 R 81; Staudinger/Göppinger, BGB, Vorbemerkung § 1666 R 34; G. Kuhn, Grundrecht, S. 60,66

Das Verständnis, die Bewertung und die Interpretation des Umfanges, des Inhaltes und der Dauer der elterlichen Gewalt läßt die Vertreter der angeführten Richtung zu unterschiedlichen Resultaten kommen. G. Kuhn geht davon aus, daß es im Eltern-Kind-Verhältnis darauf ankomme, den "Wertentscheidung(en) der Freiheitsrechte" größtmöglichen Raum zu geben, nimmt zugleich aber auch eine Bestimmung des Umfanges der elterlichen Gewalt vor, von der er sagt, daß "elterliche Maßnahmen dann nicht mehr von Art. 6 Abs. 2 GG gedeckt sind, wenn sie subjektiv nicht in der Absicht, Erziehung und Pflege zu dienen, getroffen werden" (1).

Obwohl hier eine weitgehende Berücksichtigung des Persönlichkeitsrechtes des Kindes und eine dem gemäße Einschränkung des Elternrechtes festgestellt werden kann, bewertet H. Peters, ebenfalls Vertreter der unmittelbaren Drittwirkung, das Elternrecht in der Weise, daß das Erziehungsrecht der Eltern über die Kinder als zum Bereich des Persönlichkeitsrechtes der Eltern gehörend, betrachtet wird (2). Eine Einschränkung des Persönlichkeitsrechtes der Eltern, nach Peters das Recht, "ihre eigene Persönlichkeit in ihrer Nachkommenschaft fortentwickelt" zu sehen, ist nach ihm nur durch die Schrankentrias des Art. 2 Abs. 1 GG gegeben (3).

Zwischen beiden Positionen sind noch andere Meinungen vorhanden, die für sich in Anspruch nehmen, die Grundrechtsmündigkeit differenzierter zu be-

(1) G. Kuhn, Grundrecht, S. 65, 67

(2) H. Peters, Elternrecht, S. 382, 385

(3) ib., S. 391

handeln, wie etwa G. Dürig, der für eine vorgelagerte Grundrechtsmündigkeit in den Fällen plädiert, in denen das BGB Minderjährigen selbständige Handlungen in Rechtsgeschäften, wie z.B. in den §§ 112, 113 BGB, erlaubt ⁽¹⁾.

Dagegen leiten die Vertreter der Auffassung von der unmittelbaren Drittwirkung von Grundrechten Rechte des Kindes gegen die Eltern aus Art. 2 Abs. 1 GG ab. ⁽²⁾ Bei Konflikten zwischen dem Persönlichkeitsrecht des Kindes aus Art. 2 Abs. 1 GG und dem Elternrecht aus Art. 6 Abs. 2 GG soll der jeweilige Einzelfall durch das Prinzip der Güter- und Interessenabwägung geklärt werden ⁽³⁾. Am wenigsten angefochten ist dabei die Auffassung, daß die Grundrechte der Kinder insoweit einzuschränken sind, wie es das pflichtgebundene Elternrecht erfordert.

Insgesamt gesehen hat sich aber die Theorie der unmittelbaren Drittwirkung von Grundrechten bisher nicht durchsetzen können. ⁽⁴⁾

Die sich in diesem Zusammenhang ergebende Frage nach förmlichen Rechtsmitteln ist abhängig von der Einstellung zu dem oben angeführten Problemfeld. Als im Hinblick auf die Verstärkung von Rechtspositionen von Kindern an weitestführenden, erweist sich der Ansatz von H. Krüger. Da nach ihrer Auffassung Kindern und Jugendlichen aus Art. 2 Abs. 1 GG ein Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit zusteht, plädiert sie für Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Eltern in Form von Antragsrechten ⁽⁵⁾.

(1) G. Dürig, Art. 19 Abs. III, R 26

(2) H. Krüger, Grundrechtsmündigkeit, S. 329; H. Krüger, Einleitung, R 281ff; H. Krüger § 1632 R 8; J. Anders, Inhaber, S. 475

(3) H. Krüger, Grundrechtsmündigkeit, S. 331

(4) vgl. dazu G. Dürig, Art. 1, R 128

(5) H. Krüger, Grundrechtsmündigkeit, S. 334

Sie bezieht sich dabei auf § 89 Einl. ALR dessen Rechtsgedanke davon ausgeht, daß ein Gesetz, das Rechte gewährt, auch Mittel zur Verfügung zu stellen hat, mithilfe derer es ausgeübt werden kann. Auf diesem Weg entstehen bei ihr Antragsrechte von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen des Vormundschaftsgerichtes in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4 GG und §§ 1612 II BGB, 3 III EheG ⁽¹⁾.

D. Reuter, G. Kuhn und A. Leuschner vertreten ebenfalls die Ansicht, daß Kindern förmliche Rechtsmittel zustehen sollten, wohingegen H. Peters bestehende Rechte abgebaut sehen möchte ⁽²⁾.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß trotz des gleichen Ausgangspunktes, das Recht der Eltern und das der Kinder unterschiedlich interpretiert werden. Die herrschende Meinung vertritt sehr deutlich die Ansicht, daß Ansprüche von Kindern gegen ihre Eltern auf keiner materiell verbindlichen Grundlage stehen. "Es zeigt sich, daß bei dieser Frage weitgehend der Wille, die Auffassung und das Recht der Eltern berücksichtigt werden, und daß sie somit bei der Persönlichkeitsgestaltung des Kindes eine ausschlaggebende Rolle einnehmen. ...Eine rechtliche Fixierung der Pflichten der Eltern gegenüber den Kindern in dem Sinne, daß ein Recht der Kinder gegen die Eltern anerkannt wird, ist auch heute noch nicht an die Stelle des moralischen Appells von Lehre und Rechtsprechung getreten" ⁽³⁾.

(1) H. Krüger, Grundrechtsmündigkeit, S. 334

(2) vgl. dazu D. Reuter, Kindesgrundrechte; ders. Grundrechtsmündigkeit; A. Leuschner, Recht, S. 77; G. Kuhn, Grundrecht, S. 65ff

(3) J. Münder, Kindererziehung, S. 36

Rechtslehre und Rechtsprechung befinden sich in dem Zustand, in dem trotz ergangener Entscheidungen des BVerfG, "...das Kind ist ein Wesen mit eigener Menschenwürde und dem eigenen Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit im Sinne des Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG" ⁽¹⁾, bei einer Abwägung der Rechtsgüter von Eltern und Kindern, die Interessen letzterer hintangestellt werden. Der Widerspruch zwischen dem "natürlichen Recht der Eltern" und dem Rechtsgut des Kindes wird in der Rechtswissenschaft in nur ungenügender Weise problematisiert bzw. überhaupt zur Kenntnis genommen.

Wenn etwa geäußert wird, daß "das Elternrecht aus dem Grundtatbestand des Elternstandes" abzuleiten ist und dieses Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen, "auf der biologischen, sittlichen und religiösen Ordnung der Familie" fuße, dann ist nicht zu erkennen, wo eine problemadäquate Rezeption erziehungswissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse des Spannungsfeldes Kinder-Eltern-Staat stattgefunden hat ⁽²⁾.

Eine wissenschaftliche Begründung des Elternrechts ist auch dann nicht geleistet, wenn behauptet wird, daß Kindererziehung "im Wesen des Elternstandes und in der biologischen, sittlichen und religiösen Seinsordnung" ⁽³⁾ begründet sei. Auch der Versuch von H. Peters, das Elternrecht "als Bestandteil der rational einsehbaren Naturrechtsordnung" ⁽⁴⁾ anzusehen, mithin dem Naturrecht zuzuordnen, von dem A.

(1) BVerfG E 24, 144

(2) E. Stein, Grundlagen, S. 10

(3) H. Dölle, § 91 I

(4) H. Peters, Elternrecht, S. 373

Leinweber sagt, daß deren Vertreter durch "ihr eigenes Unterbewußtsein...hinter das Licht (ge)führt (werden), weil es ihnen angeblich fehlerfrei auffindbare 'Oberste Rechtsgrundsätze' und 'sachlogische Strukturen' vorgaukelt" ⁽¹⁾, kann nicht als gültige wissenschaftliche Begründung des Elternrechtes angesehen werden.

Leinweber ist zuzustimmen, wenn er konstatiert, daß der Begriff Naturrecht "nichts anderes als Verwirrung zu stiften" ⁽²⁾ vermag, und daß die "irrlieh-ternde zweite Worthälfte 'Recht' " ⁽³⁾ mit den "unscharfen Vorstellungen, welche man unter seinem Begriff zusammenfaßt", die Gefahr mit sich bringt, "am Ende lediglich Affekt und Herz darüber entscheiden zu lassen, was Recht ist, mit der unerquicklichen Folge, daß das Naturrecht dann abglitte 'in die Subjektivität des Erlebens' " ⁽⁴⁾.

Ausgehend davon, daß die Erziehung der Kinder nicht ein natürliches Recht der Eltern darstellt, sondern sich vielmehr durch bestimmte sozio-kulturelle Entwicklungen herausgebildet hat ⁽⁵⁾, erscheint die Behauptung, niemand könne sich "dieser Begründung des Elternrechtes als natürliches" entziehen ⁽⁶⁾, als dem Sachverhalt nicht angemessen.

In diesem Zusammenhang darf auch die Aussage von Staudinger-Donau, daß eine "natürliche Vermutung" dafür spricht, daß die Eltern "ihre elterliche Gewalt im Interesse und entsprechend dem Wohle des

(1) A. Leinweber, Naturrecht, S. 269

(2) ib., S. 271

(3) ib., S. 272f

(4) ib., S. 273

(5) vgl. dazu B. Malinowski, Gesellschaften

(6) H. Peters, Elternrecht, S. 374

Kindes ausüben" ⁽¹⁾ nicht unwidersprochen bleiben. Wohl könnte hierin der Versuch einer Begründung des Elternrechtes und des Erziehungsrechtes der Eltern gesehen werden, doch ist J. Münder zuzustimmen, der diese Begründungen transzendentalen oder spekulativen Bereichen zuweist, da sie "wissenschaftlich und empirisch, auf jeden Fall aber nicht untersuchbar und nachprüfbar" sind ⁽²⁾.

Stein beschreibt das problematische Verhältnis zutreffend, wenn er ausführt, daß "das Elternrecht... nicht rational-konstruktiv abgeleitet oder vernunftgemäß begründet werden (kann). Es ist nicht als Naturrecht aus einer neben dem positiven Recht stehenden natürlichen Rechtsordnung herzuleiten, die unmittelbare Geltung hätte" ⁽³⁾. Damit macht er aber deutlich, daß Elternrecht gesellschaftlich bedingt und nicht natürlich ist, sondern vielmehr kodifiziertes positives Recht darstellt.

Die Stellung der Eltern zu ihren Kindern und der staatlichen Gemeinschaft ist mithin abhängig "von der jeweiligen geschichtlichen Situation, den in ihr herrschenden Ideal- und Realfaktoren und vor allem von den nach Ursprung, Gliederung, Funktion und Zweck zu unterscheidenden Gebilden Familie und Staat" ⁽⁴⁾.

Die Rechtswissenschaft ist sich zwar überwiegend der Bedingtheit zwischen Elternrecht, Erziehung und Gesellschaft klar, doch die Rezeption erziehungswissenschaftlicher, psychologischer und soziolo-

(1) Staudinger/Donau § 1626 R2

(2) J. Münder, Kindererziehung, S. 121

(3) E. Stein, Grundlagen, S. 9

(4) ib., S. 18

gischer Befunde findet nur in ungenügendem Maße statt ⁽¹⁾.

Erste deutliche Ansätze zu einer veränderten Grundrechtsinterpretation finden sich außer bei Mündler ⁽²⁾, bei Rehbein ⁽³⁾.

Ausgehend davon, daß das natürliche Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder vom Verfassungsgeber als vorkonstitutionelles Menschenrecht vorgefunden und lediglich verbalisiert worden ist sowie unter Bezugnahme auf die Feststellung des BVerfGE ⁽⁴⁾ mit seiner wertentscheidenden Grundsatznorm kommt Rehbein zu dem Ergebnis, daß Eltern " - auch durch die Erziehung ihrer Kinder - ihr Grundrecht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit gem. Art. 2 (1) GG (verwirklichen). Im Erziehungsereignis durch die Eltern ist aus erziehungswissenschaftlicher Sicht das Recht der Kinder auf Erziehung begrifflich notwendig mit-enthalten. Dem Grundrechtsanspruch der Eltern auf ihre ungestörte Erziehungsleistung für ihre Kinder und dem Grundrechtsanspruch der Kinder auf Erziehungsverwirklichung durch ihre Eltern kommt beiden der status negativus als Abwehrschranke gegenüber dem Staat zu. Der Grundrechtsanspruch der Kinder auf Erziehung ist in dem, den vorkonstitutionellen Erziehungsanspruch der Eltern verbalisierenden Art. 6 (II) GG in Verbindung mit Art. 6 (I) GG mitenthalten, wenn die Formulierung des Art. 6 (I) GG: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staat-

(1) Vgl. dazu H. Dölle, § 91 I; J. Gernhuber, Familienrecht, § 2 II 2

(2) vgl. dazu J. Mündler, Jugendrecht, S. 152

(3) vgl. dazu K. Rehbein, Grundgesetz, S. 268-274; ders., Jugendhilfe, 1980; ders. Methodenfragen, S.92ff

(4) BVerfGE 24, 144

lichen Ordnung, einen sich auf konkrete Lebenssachverhalte beziehenden Sinn haben soll und keine unverbindliche Begriffsspielerei ist" (1).

Nach Rehbein "ist das Recht des Kindes auf Erziehung selbst ein vorkonstitutionelles, als subjektives, öffentlich-rechtlich strukturiertes Menschenrecht Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung bindendes Grundrecht, das zwar der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich mitgenannt hat. Rechtssystematisch bedarf es aber auch der Nennung für seine Existenz und Rechtsbindung logischerweise nicht, wenn anders die Diskussion um das vorkonstitutionelle und lediglich im GG verbalisierte Natur- und Menschenrecht der Eltern auf Erziehung einen Sinn haben soll. Entsprechend der Formulierung: 'bekannt sich damit zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft' (Art. 1 (2) GG) liegt mit den nachfolgend genannten Grundrechten kein Abschluß, sondern ein Anstoß zur Rechtsfindung im Rahmen der 'Konkurrenzen und Kollisionen innerhalb der Verfassung' vor.

Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit im Sinne eines subjektiv-öffentlichen Rechtes ist ein durch die folgenden Grundrechte konkretisiertes Hauptfreiheitsgrundrecht, das als Auffanggrundrecht immer in Betracht kommt, 'wenn eine menschliche Betätigung durch ein spezielles Freiheitsrecht nicht erfaßt wird'. Das heißt, Art. 2 Abs. 1 GG wird unter der Bedingung von Minderjäh-

(1) K. Rehbein, Jugendhilfe, S. 2

rigkeit sind Art. 2 (1) GG und das Grundrecht auf Erziehung synonyme begriffliche Fassungen desselben Sachverhaltes. Die konkrete, personengerichtete Ausfüllung dieses abstrakten Rechts- und Freiheitskreises zur Entwicklung einer historisch je einmaligen personalen Identität durch ein prozeßhaftes geschehen ist, damit zugleich die gesellschaftsbezogene und individuelle Ausfüllung der Wörterfolge: Die Würde des Menschen ist unantastbar, als „Erziehungsgeschehen“ (1).

Die Erarbeitung von Aussagen über Inhalte, Aufgaben und Formen der Erziehung nach dem Modell des bürgerlichen Rechts unterbleibt bis auf die angeführten Ausnahmen vorerst noch zu Lasten des mit seinen Rechten in einem Konkurrenzverhältnis zu den Eltern stehenden Kindes. Die Fixierung der Institution Familie als "vorrechtliches Institut" einschließlich des dafür verantwortlichen institutionellen Rechtsverständnisses betrachtet Familie als jenen "Spiegel der Wirklichkeit, der die Reproduktion der Charaktere entsprechend den Bedürfnissen einer Veränderung vermeidenden Gesellschaft leistet" (2).

(1) K. Rehbein, Jugendhilfe, S. 2f

(2) M. Grieser, Kritik, S. 233

4.2. Die Rechtsstellung junger Menschen im Familienrecht

Das Grundgesetz garantiert Eltern und Kindern den Schutz und die Wahrung ihrer Grundrechte innerhalb des vorgegebenen, oben beschriebenen Bereiches. Das konkurrierende Verhältnis der Rechte von Kindern mit denen der Eltern, wird auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung durch das Familienrecht näher bestimmt. Dabei stellt die in §§ 1626ff BGB vorgenommene Regelung der "elterlichen Sorge" (1) einen wesentlichen Teil des Familierechts dar (2).

(1) Gesetz zur Neuregelung der elterlichen Sorge vom 18. Juli 1979 (BGBl I S. 1061)

(2) Allerdings ist das Hauptanliegen der Reform des Rechts der elterlichen Sorge - ein besseres Grundrechtsverständnis in der Eltern-Kind-Beziehung - mit der Umschreibung in § 1626 BGB nicht erfolgreich beendet worden. Die schon seit längerem geforderte und nun auch erfolgte Preisgabe des Begriffs "elterliche Gewalt" ist aber nur ein Schritt auf dem Weg, den Begriff der "elterlichen Sorge" mit neuem Sinngehalt, vor allem durch die Betonung der Grundrechtsfähigkeit und Grundrechtsmündigkeit zu füllen. "So wird die elterliche Sorge verbal zwar weitgehend als Pflichtrecht bezeichnet, in ihrer Ausgestaltung aber ist sie inhaltlich durchaus ein Recht an der Person des Minderjährigen, sie ist in der Tat der letzte Rest eines Beherrschungsrechts von Personen über Personen im System des Privatrechts und das Verhältnis Eltern-Kinder ist in seiner juristischen Grundstruktur durch die Abhängigkeit und Fremdbestimmung des Kindes gekennzeichnet", J. Münder, Jugendrecht, S. 89

Die folgenden Ausführungen und die sie stützenden Quellen und Kommentare - soweit sie sich auf das alte Recht beziehen - gelten insoweit auch für das reformierte Recht der elterlichen Sorge.

Traditionelle familienrechtliche Vorstellungen der elterlichen Sorge wecken Assoziationen an dingliche Rechte. Da die elterliche Sorge nach allgemeiner Auffassung subjektives Recht der Eltern ist und damit als absolutes Recht gegenüber jedermann wirksam ⁽¹⁾, haben Eltern bei einer Behinderung ihrer Ausübung der elterlichen Sorge einen Anspruch auf Unterlassung genauso, wie Anspruch auf Schadenersatz aus § 823 Abs. 1 BGB, da die elterliche Sorge ein "sonstiges Recht" im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB darstellt ⁽²⁾.

Diese Auffassungen lassen erkennen, "daß in diesem Bereich das Kind, wenn auch nicht verbal, so doch inhaltlich als Gegenstand, d.h. als Objekt von möglichen Auseinandersetzungen angesehen wird" ⁽³⁾. Bei dieser Einschätzung darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß "die absolute Priorität der elterlichen Entscheidung durch die Überzeugung gerechtfertigt (wird), niemand anders als die Eltern sei(en) in der Lage, die Bedürfnisse des Kindes zu kennen und deshalb auch die für seine Entwicklung erforderlichen Maßnahmen zu treffen" ⁽⁴⁾.

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages hat zur Begründung der Ersetzung des Begriffs "elterliche Gewalt" folgendes ausgeführt:

-
- (1) f. viele: Palandt-Lauterbach, Einführung, § 1626, Anmerk. 2; diese Auffassung kann auch für die Neuregelung des Rechts d. elterlichen Sorge in Anspruch genommen werden
 - (2) Palandt-Lauterbach, Einführung, § 1626, Anmerk. 2
 - (3) J. Münder, Kindererziehung, S. 16
 - (4) S. Simitis, Gewalt, S. 66

Einmütig empfiehlt der Rechtsausschuß, mit dem Gesetzentwurf den Begriff der 'elterlichen Gewalt' durch den Begriff 'elterlichen Sorge' zu ersetzen. Damit soll das Wesen der Eltern-Kind-Beziehung klarer und allgemeiner verständlich als bisher zum Ausdruck gebracht werden. Während die traditionelle Bezeichnung mehr darauf hinweist, daß es sich hier um einen Bereich handelt, in den Dritte nicht hineinreden dürfen, soll die neue Bezeichnung mehr den Inhalt der Elternverantwortung gegenüber dem Kind verdeutlichen.

Obwohl die 'elterliche Gewalt' bereits nach den Materialien zum BGB nicht mehr den Charakter eines eigennützigen Herrschaftsrechtes hatte, sondern überwiegend als ein pflichtgebundenes, dem Schutz des Minderjährigen dienendes Recht aufgefaßt worden ist, das moderne Erziehungsmethoden begrifflich nicht ausschließen muß, erscheint es dennoch zur Vermeidung von Mißverständnissen angebracht, diesen Begriff aufzugeben. Der juristische Laie, dem die rechtsschichtliche Entwicklung nicht gegenwärtig ist, könnte aus der bisherigen Bezeichnung den Schluß ziehen, die Eltern könnten die Beziehungen zu ihren Kindern durch einseitige Anordnungen gestalten, ohne Rücksicht auf deren Alter, Reife und Verstand" (Bericht, S. 36).

Der Ausschuß hat andere Bezeichnungen für Eltern-Kind-Beziehungen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, da sie entweder zu wenig den Pflichtcharakter betonen (wie 'elterliches Sorgerecht'), dem Verfassungsrecht angehören (wie 'Elternrecht'), zu eng sind (wie 'Erziehungsrecht'), zu sehr an andere Rechtsbereiche er-

innern (wie 'elterliche Fürsorge') oder zu umständlich sind (wie 'Elternrecht und Elternpflicht'). Der Begriff 'elterliche Sorge' trifft den rechtlichen Charakter der Eltern- Kind-Beziehungen am besten und bringt insbesondere den Pflichtcharakter der elterlichen Rechtsstellung zum Ausdruck. Im Vergleich zu den anderen möglichen Formulierungen sprechen für diesen Begriff außerdem seine Prägnanz und Kürze, er fügt sich in den Gesetzestext gut ein und ist ferner als Oberbegriff für die Begriffe 'Personensorge' und 'Vermögenssorge' sprachlich gut geeignet (Bericht, S. 43, 44)" (1).

In der erziehungswissenschaftlichen bzw. sozialpädagogischen Literatur sind weder Aussagen zum Inhalt der "elterlichen Gewalt" bzw. "elterlichen Sorge" noch zu dieser Entwicklung vorhanden. Lediglich Münder zeichnet die Entwicklung von der römischen "patrias potestas" über die germanische "munt" bis zum heutigen Familienrecht nach (2).

Mit der Legaldefinition der "elterlichen Sorge" in § 1626 Abs. 1 BGB ist über den Inhalt nichts gesagt. "Insbesondere ist durch diese Generalklausel weder geregelt, welche Bereiche des kindlichen Daseins der elterlichen (Für-)Sorge unterfallen, noch, wie diese Sorge auszusehen hat, in welcher Weise und nach welchen Maßstäben sie also auszuüben ist." (3)

(1) G. Belchäus, Sorgerecht, S. 38

(2) J. Münder, Kindererziehung

(3) L.M. Peschel-Gutzeit, Neuregelung, S. 89

Es fällt auf, "daß die elterliche Sorge wiederum im wesentlichen als Zusammenfassung von R e c h - t e n d e r E l t e r n g e g e n d a s K i n d...definiert ist" (1).

Wenn derzeit Einigkeit darüber besteht, daß grundsätzlich auch Kinder Träger von Grundrechten sind (2), so ist nicht zu erkennen, wo diese Rechtsposition der Kinder, "die das Grundgesetz ihnen mit Wirkung gegen jedermann, also auch gegenüber ihren Eltern gewährt" (3), im Recht der elterlichen Sorge kodifiziert worden ist (4).

Bei der Erörterung des Innenverhältnisses der elterlichen Sorge steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern gestalten bzw. "in wessen Interesse die elterliche Gewalt ausgeübt werden soll" (5).

Kinder unterstehen bis zu ihrer Volljährigkeit gemäß § 1626 BGB der elterlichen Sorge. Das bedeutet gemäß § 1626 Abs. 1 BGB die Pflicht für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen und beinhaltet nach § 1629 BGB das Recht, das Kind in jedem Handeln mit Rechtswirksamkeit zu vertreten.

(1) L.M. Peschel-Gutzeit, Neuregelung, S. 90

(2) vgl. f. viele: G. Zenz, Kindesrecht, S. 257

(3) L.M. Peschel-Gutzeit, Neuregelung, S. 91

(4) vgl. dazu grundsätzl. K. Rehbein, Jugendhilfe

(5) J. Münder, Kindererziehung, S. 16

Nahezu einig sind die Auffassungen darüber, daß die elterliche Sorge ein pflichtgebundenes Recht darstellt. In diesem "Fürsorge- oder Sorgeverhältnis" ist der leitende Gedanke, daß es Aufgabe der Eltern sein solle, Sachwalter des aus Art. 2 Abs. 1 stammenden Persönlichkeitsrechtes der Kinder zu sein ⁽¹⁾.

Diese Hervorhebung der Fremdnützigkeit der elterlichen Gewalt steht im Gegensatz zu einigen wenigen Rechtspositionen, bei denen die Stellung der Eltern stark hervorgehoben wird, wobei das Eltern-Kind-Verhältnis als besonderes Gewaltverhältnis angesehen wird ⁽²⁾.

Die hierbei auftauchenden Mißverständnisse entstehen durch den Bereich des öffentlichen Rechts, in dem besondere Gewaltverhältnisse ihren Platz haben und auch terminologisch festgelegt sind. Eine Zuordnung des Eltern-Kind-Verhältnisses zum öffentlichen Recht muß aber als falsch angesehen werden ⁽³⁾. Vielmehr soll wahrscheinlich ein Gewaltverhältnis besonderer Art gemeint sein.

Zwar wird die Ansicht elterliche Sorge sei ein Herrschaftsrecht in der Rechtslehre mit Überwieder der Mehrheit abgelehnt ⁽⁴⁾, dennoch lassen die Einschätzungen, die elterliche Sorge sei ein Relikt eines Rechts, in dem Personen über Personen herrschen ⁽⁵⁾ bzw. die elterliche Gewalt kennzeichne

(1) H. Krüger, Einleitung, R 279; Staudinger / Donau, § 1626, R 2

(2) Soergel/Siebert/Lange, BGB, 9. Aufl. § 1631, R 18

(3) vgl. dazu H. Maurer, Unterbringungsrecht, S. 470; Vermutlich um einem Mißverständnis vorzubeugen hat Lange den Terminus "bes. Gewaltverhältnis" in der 10. Aufl. nicht mehr verwendet.

(4) f. viele H. Engler, Einwilligung, S. 65; H. Dölle, Familienrecht, § 91 I Fn1

(5) L. Raiser, Recht, S. 470

Abhängigkeit und Fremdbestimmtheit des Kindes ⁽¹⁾, erkennen, daß die Ausübung der elterlichen Gewalt im Interesse des Wohl des Kindes stattzufinden habe ⁽²⁾.

Strikt fremdnützig wahrzunehmende Elternrechte haben die Aufgabe, für die Entwicklung der noch fehlenden Selbstbestimmung des Kindes, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen ⁽³⁾. "Ihre Befugnisse sind mithin ebenso vorläufig wie subsidiär" ⁽⁴⁾.

Simitis ist zuzustimmen, wenn er davon spricht, daß im Konflikt zwischen den Interessen der Eltern und denen der Kinder, letztere nicht nur vorrangig seien, sondern vielmehr durch das Elternprivileg auch zu akzentuieren seien ⁽⁵⁾. "Was den Bedürfnissen des Kindes entspricht, folgt deshalb keineswegs aus dem, was die Eltern wollen. Jede elterliche Entscheidung muß sich vielmehr am Kindeswohl legitimieren" ⁽⁶⁾.

Insofern ist auch die Bewertung, zwischen Eltern- und Kindesrechten bestehe eine Antinomie, nicht haltbar, da ein uneingeschränkt fremdnützig ausge-

(1) D. Schwab, Mündigkeit, S. 269

(2) vgl. dazu Palandt-Lauterbach, Einführung, §1626 Anm. 2

(3) vgl. dazu S. Simitis, Gewalt, S. 68

(4) ib.

(5) ib.

(6) ib.

übt es Elternrecht die Antithese von Anfang an ausschließt (1).

Versuche, dennoch zu einer Synthese zu gelangen, erweisen sich somit als überflüssig (2).

Es bleibt festzuhalten, daß zwischen den Begriffen "elterliche Gewalt" und "elterliche Sorge" und ihren Inhalten eine Differenz besteht.

Stellvertretend für die Absicht, "einen großen Teil des verfassungsrechtlich defizitären Familienrechts zu korrigieren" (3), kann die Begründung des Bundesministeriums für Justiz zu einem Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge genommen werden. Die Herauslösung des Begriffs des Kindeswohls "aus der Exklusivität elterlicher Interpretationen" (4) im Zusammenhang mit § 1 des Referentenentwurfs eines Jugendhilfegesetzes vom 31.10.1977 kennzeichnen die Ansicht, das Wohl des Kindes unzweideutig benennen und darüber bestimmen zu können.

Spätestens hier erscheint es notwendig, das Problem der Legitimität der Erweiterung staatlicher Interventionen in die Erörterung mit einzubeziehen. Eltern nehmen in Anspruch, ihre Kinder in bestmöglicher Form zu erziehen, dem Staat ist durch die Verfassung nur ein "Wächteramt" eingeräumt, den angesprochenen Bereich betrachten sie nach klassisch liberaler Auffassung als grundsätzlich der

(1) S. Simitis, Gewalt, S. 68 .

(2) stellvertretend dafür J. Gernhuber, Gewalt, S.92

(3) S. Simitis, Kindeswohl, S. 95

(4) ib., S. 102

Selbstregulierung überlassen. Dementsprechend verbietet sich ein Eingriff eines Gerichtes dort, "wo sich die Eltern an das vom Staat und Gericht akzeptierte Erziehungsmodell halten" (1). Die Gewißheit über die Bedeutung von "ordentlicher Erziehung" und "gesunden" Beziehungen läßt Interventionen nur über die Abweichung von dem vorausgesetzten Konzept der "richtigen Erziehung" zu.

Der Anspruch Kindeswohl - verstanden als Summe aller Kindesinteressen - (2) objektivierbar und justizierbar zu gestalten, verbunden mit der Ansicht, Auskunft über richtige Erziehung geben zu können, gibt vor, nicht nur akute Defizite beheben zu können, sondern auch langfristige Entwicklungen lenken zu müssen. "Der Eingriff wird im Hinblick auf einen erwünschten Endzustand vorgenommen." (3)

Mittlerweile ist allerdings nicht mehr zu übersehen, daß der prinzipielle Anspruch der Rechtsprechung, mithilfe von überwiegend physischen und materiellen Faktoren das Kindeswohl zu interpretieren, durch die gesellschaftliche Entwicklung seine Nichteinlösbarkeit erfahren hat. Allgemeine Unsicherheit und Skepsis weisen darauf hin, daß "die Kindeswohleuphorie einer resignativen Einstellung gewichen ist" (4).

Simitis spricht die Überzeugung aus, "daß menschliche Bindungen...zu komplex und empfindlich sind, um von einem unpersönlichen Instrument wie dem

(1) S.Simitis, Kindeswohl, S. 104

(2) Regierungsentwurf, Sorge, S. 14f

(3) S. Simitis, Kindeswohl, S. 104

(4) ib., S. 105

Gesetz in geeigneter Weise geregelt zu werden" und bezweifelt zu Recht die Eignung des Familienrechts sowie der, dieses Recht anwendende Institutionen als Garanten, die störungsfreie Entwicklung eines Kindes zu gewährleisten ⁽¹⁾.

Da "Schlüssel zu perfekten Verhaltensanweisungen" im Familienrecht nicht verfügbar seien, müssen Staat und Rechtsprechung "auf die Ambition verzichten, Wächter einer natürlichen Harmonie zu sein" ⁽²⁾.

Die Komplexität des Begriffs "Kindeswohl" hat Lempp denn auch von der Schwierigkeit einer positiven Bestimmung dieses Begriffs sprechen lassen ⁽³⁾. Simitis spricht in diesem Zusammenhang von einer Generalklausel, die Konflikte verschleiert "zwischen Normen, die immer wieder Gefahr laufen, sich als Durchgangsstation für Vorurteile zu entpuppen und einem auf Rationalität bedachten Familienrecht" ⁽⁴⁾. Weder die "Ohnmacht des Richters" ⁽⁵⁾ noch das Recht der Eltern auf "Selbstbestimmung über ihr Kind" ⁽⁶⁾ vermögen eine bedürfnisorientierte Bestimmung des Kindeswohls zu leisten.

Die Frage nach der möglichen Priorität der Kindesinteressen stellt sich im Familienrecht erst ein, wenn offensichtliche, in aller Regel materielle Bedürfnisse des Kindes vernachlässigt bzw. nicht gewährleistet werden. Diese "Unglücksfälle, die

(1) S. Simitis, Situation, S. 46

(2) ib., S. 50

(3) R. Lempp, Kindeswohl, S. 124ff

(4) S. Simitis, Situation, S. 49

(5) G. Zenz, Familienrecht, S. 98

(6) H.W. Strätz, Kindeswohl, S. 543

von der Rechtsordnung nun einmal nicht übergangen werden können" ⁽¹⁾, stellen "lärmende Fehlentwicklungen" ⁽²⁾ dar, die in geradezu klassischer Weise nach § 1666 BGB in Verbindung mit den Tatbestandsmerkmalen der mißbräuchlichen Ausübung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten den staatlichen Eingriff in Form der Entziehung des Personensorgerechts rechtfertigen ⁽³⁾.

(1) Simitis, Kindeswohl, S. 102

(2) G. Zenz, Zur Reform d. elterlichen Gewalt, S. 531

(3) Nach wie vor unklar ist, trotz der Neufassung der Vorschrift geblieben, "ob, wie nach früherem Recht, für Sorgerechtsmißbrauch und Kindesvernachlässigung zusätzlich ein Verschulden der Eltern festgestellt werden muß".
G. Belchus, Sorgerecht, S. 134;

Es kann eher davon ausgegangen werden, "daß das Verschuldenserfordernis letztlich nicht grundsätzlich beseitigt werden sollte, daß vielmehr mit dem unverschuldeten Versagen ein Auffangtatbestandsmerkmal für die Fälle geschaffen werden sollte, in denen nach bisherigem Recht das VormG trotz objektiver Gefährdung des Kindeswohls nicht eingreifen konnte, weil die Eltern nicht schuldhaft gehandelt hatten oder ihnen zumindest ein Verschulden nicht nachgewiesen werden konnte."
G. Belchus, Sorgerecht, S. 134

Es bedarf keiner Erörterung, daß bei allen Schwierigkeiten in der Bestimmung des Kindeswohls eine ungestörte, bedürfnisorientierte psychische Entwicklung des Kindes unbedingten Vorrang genießt.

In der jüngsten Entwicklung des Familienrechts hat diese Einschätzung dazu geführt, daß eine Loslösung von der Erziehung nach dem Modell des bürgerlichen Rechts stattgefunden hat ⁽¹⁾, zugunsten einer Selbstbestimmung jedes einzelnen Familienmitgliedes ⁽²⁾. Es darf allerdings dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß das radikale Mißtrauen gegenüber Eingriffen des Staates ebenso wie autoritäre familiäre Strukturen einer Selbstbestimmung entgegenstehen. Dennoch bleibt festzuhalten, daß "ohne die immer deutlicheren Eingriffe des Staates...Reflexionen über die Autonomie pure Spekulation" bleiben ⁽³⁾. "Jeder Schritt in Richtung auf das Kindeswohl ist zugleich eine staatliche Intervention in die bis dahin für unantastbar gehaltenen elterlichen Privilegien" ⁽⁴⁾.

Die Frage, ob durch die Mitwirkung des Staates an diesem Prozeß neue Abhängigkeiten erzeugt werden, kann nur dann verneint werden, wenn unterstellt wird, Gesellschaften bedürfen der Familie nicht als Mittel zur Umsetzung eigener Erwartungen. "Die Instrumentalisierung der Familie ist insofern ein sich

(1) vgl. dazu J. Münder, Kindererziehung

(2) S. Simitis, Situation, S. 39

(3) ib.

(4) ib.

permanent wiederholender Vorgang" ⁽¹⁾ in dem Sinne, in dem staatliche Politik immer auch Familienpolitik darstellt.

Weder die Untauglichkeitserklärungen gegenüber bestimmten Gesellschaftsformen noch der Verweis auf abstrakte Staatszielbestimmungen wie z.B. Sozialstaatlichkeit können auf ein bedeutsames Kriterium für das Kindeswohl als Ausdruck individueller Autonomie verzichten: "staatliche Interventionen müssen sich als Beitrag zur Selbstbestimmung der einzelnen Familienmitglieder legitimieren" ⁽²⁾.

Für die in Kraft getretene Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge hätte das bedeuten müssen, § 1626 BGB n.F. so zu gestalten, daß mit der Formulierung, Eltern haben bei der Ausübung der elterlichen Sorge "das Recht des Kindes auf Entfaltung seiner Persönlichkeit zu gewährleisten" ⁽³⁾, einen Maßstab für das "Kindeswohl" bereitzustellen, der neben Eltern auch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Praxis verpflichtet.

Die Problematik, der eine Bestimmung des "Kindeswohls" in den Entwürfen zu einer Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge ausgesetzt war und auch weiterhin bleibt, erschließt sich auch durch die Folgerung, daß der "Wille des Kindes (also) Indikator für das Kindeswohl" sei ⁽⁴⁾. Die vorhandenen Termini "Einvernehmen", "Neigung" und "Befolgen" können nur dann als dem Kindeswillen ent-

(1) S.Simitis, Situation, S. 41; vgl. dazu auch F. Neidhardt, Familienpolitik, S. 141-156

(2) S. Simitis, Situation, S. 41

(3) Arbeiterwohlfahrt, Reform, S. 3

(4) J. Gernhuber, Kindeswohl, S. 231

sprechend angesehen werden, wenn in ihnen ausdrücklich eine "Ausdrucksform des Kindeswillen" ⁽¹⁾ gesehen wird. Allerdings wäre es verfehlt anzunehmen, diese Art materiell-rechtlicher Interpretation reiche aus, um dem Anspruch, Mittel zur Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen, einzulösen. Notwendig sind vielmehr "verfahrensmäßige Garantien und institutionelle Konsequenzen" ⁽²⁾, die diesem Recht zugeordnet werden müssen.

Angesichts von Erkenntnis- und Interpretationsproblemen gegenüber der Generalklausel "Kindeswohl" wird aber gerade dadurch den Vormundschafts- bzw. Familiengerichten die Chance eröffnet, vom tradierten Familienbild abzuweichen, denn letztlich beziehen familienrechtliche Normen aus dem Verständnis "der" Familie ihr Selbstverständnis und die Rechtsprechung ihre Entscheidungsgrundlagen. Die "partikulare Provenienz und die Veränderbarkeit der Vorstellungen über die Familie" ⁽³⁾ müssen als Barrieren auf dem Weg zu einer Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Konfliktfall angesehen werden, denn "sie erweisen sich als der ideale Ansatzpunkt, um die subjektive Einstellung des Entscheidenden nicht nur in eine rechtlich verbindliche Aussage umzumünzen, sondern sie zugleich, soweit wie möglich, einer Überprüfung zu entziehen" ⁽⁴⁾.

Als notwendig erweisen sich nach der Maßgabe, Kinder und Jugendliche als Subjekte an der Rechts-

(1) M. Frommann, Wahrnehmung, S. 8

(2) G. Zenz, Reform, S. 536

(3) S. Simitis, Situation, S. 49

(4) ib.

findung im Konfliktfall beteiligt zu wissen, nicht nur Initiativ- und Kontrollrechte, "sondern ebenso...alle(n) anderen verfahrensrechtlichen Gewährleistungen..., die ihnen die Wahrnehmung ihrer Interessen im Verfahren sichern" ⁽¹⁾. In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, auf die unzureichende Ausbildung von Vormundschafts- bzw. Familienrichtern ebenso hinzuweisen, wie auf das Problem "der Kooperation von Gerichten und Behörden" und auch die "grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Beratung und Kontrolle..." sowie "das Problem der größtmöglichen Verfahrensbeschleunigung mit einzubeziehen" ⁽²⁾.

Die Gewährleistung dieser Initiativ- und Kontrollrechte kann nur dann erfolgen, wenn sich auch die korrespondierenden gesetzlichen Vorschriften wie vor allem im JHG, im BGB, des FGG und der ZPO als Beitrag zur Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen angesehen werden können. Es ist zu bezweifeln, ob es zum inzwischen in Kraft getretenen Recht der elterlichen Sorge "keine Alternative" gibt ⁽³⁾ bzw. ob nicht vielmehr durch vereinzelte und bruchstückhafte Reformen einzelner Rechtsvorschriften "zwanghaftes Schubladendenken" ⁽⁴⁾ gefördert und damit die Einsicht, "daß Familienrecht mehr sein muß als die schlichte Addition einzelner Normenkomplexe", verdrängt wird ⁽⁵⁾.

(1) M. Frommann, Wahrnehmung, S. 9

(2) G. Zenz, Reform, S. 536

(3) RegE, Sorge, S. 2

(4) S.Simitis, Kindeswohl, S. 99

(5) ib.

Die mangelnde Gesamtkonzeption des Familienrechts, konkret auch das Beispiel der Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge, die eingefahrene Bahnen nicht verläßt, vermag nicht, auch wenn sehr oft "das Kindeswohl" bemüht wird, "die Illusion, Kodifikationen setzten Maßstäbe, die gleichsam nur noch abgelesen werden müßten", aufrechtzuerhalten⁽¹⁾.

Da "sich in der Wirklichkeit der richterlichen Praxis schon lange abzeichnet", Entscheidungen nicht so zu präsentieren, "als gebe das Gericht vor, mit letzter Sicherheit bestimmen zu können, was denn das Wohl des Kindes verlange", müssen unter Berücksichtigung der "eigentümliche(n) Verschränkung legislativer und richterlicher Tätigkeit" Wege benannt werden, "die dem Kind eine Chance zur Verwirklichung seiner Interessen bieten"⁽²⁾. So lange das Problem der gesetzlichen Garantien nicht gelöst ist und auch über "Möglichkeiten und Begrenzungen sowohl der elterlichen wie...der Kindesentscheidungen" in diesem Zusammenhang keine Klarheit herrscht, scheint es geboten, in der Frage des Kindeswohls den Standpunkt der am "wenigsten schädlichen Alternative" einzunehmen⁽³⁾.

Die Einsicht, "keine problemlose, eine optimale Entwicklung garantierende Zukunft"⁽⁴⁾ für Kinder und Jugendliche bereitstellen zu können und die Absicht, eine bereits eingetretene "unvermeidliche Beeinträchtigung möglichst gering (zu) halten"⁽⁵⁾,

(1) S.Simitis, Kindeswohl, S. 100

(2) ib.

(3) G. Zenz, Reform, S. 530

(4) S.Simitis, Kindeswohl, S. 106

(5) ib.

müssen die Maßgabe darstellen, mit der richterliche Entscheidungen über das Kindeswohl getroffen werden. Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, Erziehungswissenschaft und Entwicklungspsychologie seien in der Lage, einen Katalog mit Problemlösungsverfahren anzubieten. Deren Möglichkeiten beschränken sich auf Überlegungen, eine Beeinträchtigung möglichst gering ausfallen zu lassen.

In dieser Überlegung ist der konstruktive Aspekt der Formel der am "wenigsten schädlichen Alternative" zu sehen, wobei hier herauszustellen ist, "daß der unbedingte Vorrang der Kindesinteressen ...durchaus realisierbarer Grundsatz ist" (1).

Mit der Absicht, die Entscheidungskriterien einer Revision zu unterziehen, nimmt zwangsläufig auch der Umfang und die Qualität der dann als erforderlich angesehenen Informationen zu. Als entscheidende Frage muß dann weniger das Problem der Darbietung und Anhäufung der Daten gesehen werden, als "vielmehr die Frage, inwieweit sich die modifizierte Information wirklich noch im Rahmen der bisherigen Entscheidungsstrukturen verarbeiten läßt" (2).

Sind bislang noch die Gerichte für ihre Entscheidungen allein verantwortlich, so wird dann "ihre Stellungnahme...ohne jene zusätzliche, zugleich aber völlig anders gestaltete Information nicht mehr legitimierbar" (3).

Eine derartige Abhängigkeit würde aber zu "einer vor allem im Rahmen der Anwendung von General-

(1) S.Simitis, Kindeswohl, S. 106f

(2) S.Simitis, Situation, S. 56;

vgl. dazu M. Frommann, Wahrnehmung, S. 63ff

(3) S. Simitis, Situation, S. 56

klauseln" ⁽¹⁾ folgenreichen Verlagerung des Entscheidungsprozesses "von der richterlichen auf die administrative Ebene" führen ⁽²⁾. Die Entscheidung über mögliche Maßnahmen fiel dann schon auf der Ebene, die Informationen sammelt und aufbereitet, und die Gefahr, die Intervention des Gerichts würde "sich mehr und mehr als bloße... Rezeption erweisen" ⁽³⁾, mit dem Ergebnis, daß die nach wie vor unentbehrliche Mitwirkung des Gerichtes unterlaufen würde.

Auch die Transparenz von verfahrensrechtlichen Prozessen einschließlich den anzustrebenden strukturellen Veränderungen bedeutete nicht, familienrichterliche Entscheidungen würden in dem, dann vorgegebenen Rahmen, durch die Kontrollmöglichkeit der Rechtsprechung den beschriebenen eingengten Wirkungsgrad verlieren. Jede in Aussicht genommene Kontrollmöglichkeit bedeutete eine Verzögerung von Entscheidungen und stände den Interessen des Kindes ebenso wie dem eigenen Anspruch entgegen.

Diese Überlegungen machen jedoch darauf aufmerksam, daß Familienrecht nicht nur die Aufgabe zu lösen hat, angemessene Verfahren zur Verfügung zu stellen, sondern vielmehr eine Umstrukturierung familienrechtlicher Entscheidungsprozesse auf Normen hinweist, die mit den Bereichen Konfliktprävention und -verarbeitung das herkömmliche familienrechtliche Verständnis überschreiten.

(1) S.Simitis, Situation, S. 57 .

(2) ib.

(3) ib.

Das Familienrecht wird aber "seine Aufgabe...nur dann erfüllen können", wenn es sich "der Multiplizität seiner Aspekte und Instrumente ebenso bewußt ist", wie seines beschränkten Wirkungsgrads und "des Wenigen, das geleistet werden kann, dennoch aber geleistet werden muß" (1) und die zentrale Kategorie des Kindeswohls nicht als vorgegebene unverrückbare Größe, sondern als Problem verstanden wird.

Abschließend sollen noch einmal die wesentlichen Veränderungen der neuen Rechtslage im Familienrecht dargestellt werden.

Neben der bereits schon erwähnten Neufassung der elterlichen Sorge gem. § 1626 BGB und § 1666 BGB - Gefährdung des Kindeswohls - ist § 1631 a zu erwähnen. In ihm wird auf die in § 1626 BGB ausgelagerten Berufs- und Ausbildungsfragen eingegangen. "In Angelegenheiten der Ausbildung und des Berufes nehmen die Eltern insbesondere auf Eignung und Neigung des Kindes Rücksicht. Bestehen Zweifel, so soll der Rat eines Lehrers oder einer anderen geeigneten Person eingeholt werden.

Nehmen die Eltern offensichtlich keine Rücksicht auf Eignung oder Neigung des Kindes und wird dadurch die Besorgnis begründet, daß die Entwicklung des Kindes erheblich beeinträchtigt wird, so entscheidet das Vormundschaftsgericht. Das Gericht kann erforderliche Erklärungen der Eltern oder eines Elternteils ersetzen" (2).

(1) S. Simitis, Situation, S. 58

(2) § 1631 a BGB

Im Vergleich zum vorhergehenden Fraktionsentwurf ist § 1631 b BGB präzisiert worden: "Eine Unterbringung des Kindes, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, ist nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zulässig. Ohne die Genehmigung ist die Unterbringung nur zulässig, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist; die Genehmigung ist unverzüglich nachzuholen. Das Gericht hat die Genehmigung zurückzunehmen, wenn das Wohl des Kindes die Unterbringung nicht mehr erfordert" (1).

Nach der Erfahrung mit Streitfällen um Pflegekinder ist in § 1632 (Herausgabeanspruch) eine wichtige Bestimmung aufgenommen worden: "Lebt das Kind seit längerer Zeit in Familienpflege und wollen die Eltern das Kind von der Pflegeperson wegnehmen, so kann das Vormundschaftsgericht von Amts wegen oder auf Anordnung der Pflegeperson anordnen, daß das Kind bei der Pflegeperson verbleibt, wenn und solange für eine solche Anordnung die Voraussetzungen des § 1666 Abs. 1 Satz 1, insbesondere im Hinblick auf Anlaß oder Dauer der Familienpflege gegeben sind" (2).

Das Vetorecht des mindestens 14-jährigen Kindes gegen die Umgangsbefugnis des nicht-sorgeberechtigten Elternteils ist in § 1634 BGB nicht mehr enthal-

(1) § 1631 b BGB

(2) § 1632, Abs. 4 BGB

ten ⁽¹⁾. Stattdessen ist in Abs. 1 angefügt:
"Der Elternteil, dem die Personensorge nicht zu-
steht und der Personenberechtigte haben alles zu
unterlassen, was das Verhältnis des Kindes zum
anderen beeinträchtigt oder die Erziehung er-
schwert" ⁽²⁾. Es wäre aber verfehlt anzunehmen,
"mit dieser Einschwörung den Kampf der geschie-
denen Eltern gegeneinander in der Person des Kin-
des beenden oder wenigstens auf faire Waffen be-
schränken zu können" ⁽³⁾.

(1) Vgl. dazu der Rechtsausschutz des Deutschen
Bundestages, G. Belchus, Sorgerecht, S. 116.

"Der Vorschlag des Entwurfs, wonach gegen den
Willen des Kindes, das das vierzehnte Lebens-
jahr vollendet hat oder das nach seinem Ent-
wicklungsstand zu einer selbständigen Beur-
teilung fähig ist, die Befugnis zum persön-
lichen Umgang nicht ausgeübt werden darf,
sollen nicht in das Gesetz aufgenommen werden. ...
Eine solche ausdrückliche Vorschrift könnte
den Sorgeberechtigten zu einer massiven Be-
einflussung des Kindes verleiten und damit
das Kind von dem für seine Entwicklung wich-
tigen Umfang mit dem anderen Elternteil als
Bezugsperson abschneiden." Vgl. dazu auch K.W.
Jans, G. Happe, Neuregelung, Kommentar, § 1632,
Anm. 3

(2) § 1634, Abs. 1 BGB

(3) P. Finger, Familienrecht, 1979, S. 269

Der reformierte § 1666 BGB (Gefährdung des Kindeswohls) unterscheidet sich von der früheren Gesetzeslage dadurch, "daß bei der Umschreibung des Kindeswohls nunmehr auch die seelische Komponente betont wird (weiterhin ist "leibliche" durch "körperliche" ersetzt worden, ohne daß in der Sache etwas hätte geändert werden sollen), daß das Tatbestandsmerkmal des ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens entfallen ist, daß als zusätzliche mögliche Gefährdungsursache neu hinzugenommenen worden sind das unverschuldete Versagen der Eltern sowie das Verhalten eines Dritten, und daß das VormG die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Maßnahmen nur treffen darf, wenn die Eltern nicht gewillt oder in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden.

Der frühere Satz 2, der dem VormG erlaubte, das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt unterzubringen, ist entfallen. Stattdessen bestimmt der neue Satz 2, daß das Gericht auch Maßnahmen mit Wirkung gegenüber einem Dritten treffen darf" ⁽¹⁾.

Verändert sind auch §§ 1671 Abs. 2 BGB - "Das Gericht trifft die Regelung, die dem Wohl des Kindes am besten entspricht; hierbei sind die Bindungen des Kindes, insbesondere an seine Eltern und Geschwister zu berücksichtigen" - und Abs. 3 in Fortsetzung von § 1634: "Von einem übereinstimmenden Vorschlag der Eltern soll das Gericht nur abweichen, wenn dies zum Wohle des Kindes erforderlich ist.

(1) G. Belchaus, Sorgerecht, S. 131

Dies gilt nicht, wenn ein Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, einen abweichenden Vorschlag macht" ⁽¹⁾.

Neuregelungen zur Vermögenssorge sind in §§ 1638, 1640, 1642ff und 1667f BGB vorgenommen.

Die Gesetzesreform zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge läßt sich auf die Schlagworte von der "elterlichen Gewalt" (§ 1626 BGB a.F.) zur "elterlichen Sorge" (§ 1626 BGB n.F.) verkürzen.

"Elternrechte sind reduziert, Kindesrechte aufgewertet; kindliche Selbstbestimmung als Mittel, sich frühzeitig - zunächst in Abhängigkeit und unter Kontrolle, später unbeschränkter - in Verantwortung und Handlungsautonomie, Konfliktbewältigung und Unabhängigkeit einzuüben, als Vorbereitung zum Erwachsenwerden, steht als Überzeugung (oder Bekenntnis) und Fixpunkt im Hintergrund..." ⁽²⁾.

(1) vgl. § 1671 BGB

(2) P. Finger, Familienrecht, S. 247

Innerhalb des Verhältnisses von Kindern und Eltern deckt die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge nur einen kleinen Aspekt ab. Sie ist nicht auf neue Erziehungskonzepte und Lebensformen, die sich um die Realisierung neuer Erziehungskonzepte bemühen, auf die Formulierung von Erziehungszielen und auf das Verhältnis von Autorität und Autonomie eingegangen, wobei solche familienrechtlichen Regelungen allerdings auch kaum einen grundlegenden Wandel zu leisten in der Lage wären.

Die mangelhafte Ausstattung an Mitwirkungs-, Mitsprache-, Mitbestimmungs- und Sperrechten ⁽¹⁾ vor dem Hintergrund der Aussage: "Elterlicher Einfluß wird erst einschätzbar vor dem Hintergrund der kindlichen Bedürfnisse" ⁽²⁾ ist ein "trauriges Beispiel gerade für Anspruch und verfehlte Wirklichkeit...der Erklärung der Rechte des Kindes durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1959" ⁽³⁾.

(1) Familienrechtskommission, Sorgerecht, S. 35

(2) P. Finger, Familienrecht, S. 249

(3) ib., S. 269

4.3. Die Rechtsstellung des jungen Menschen in einem neuen Jugendhilferecht

Die im Verlauf des Prozesses zur Schaffung eines neuen Jugendhilferechtes immer offensichtlicher gewordene Tendenz "der immer weiter zurückgeschraubten Entwürfe" ⁽¹⁾ für ein neues Jugendhilferecht, ist durch die in der Regierungserklärung ausgedrückte Absicht, die Reform weiterzuführen, durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Sozialgesetzbuches (SGB) - Jugendhilfe - vom 8. November 1978 in ein neues Stadium getreten.

Im folgenden soll ein wesentlicher Aspekt des Entwurfs, die Rechtsposition junger Menschen, dargestellt und kritisch bewertet werden.

Der dezidierte Anspruch des Gesetzentwurfs, Leistungsgesetz zu sein und, versehen mit Rechtsansprüchen, die Leistungen des Jugendhilfegesetzes stärker als bisher "allen jungen Menschen die erforderlichen Chancen für ihre emotionale, geistige und soziale Entwicklung unabhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit der Eltern zu sichern" ⁽²⁾ muß als Versuch angesehen werden, "die dominante Orientierung an der Familie und den Erziehungsberechtigten aufzufangen und auszugleichen" ⁽³⁾.

Als Rechtspositionen Jugendlicher bzw. junger Menschen sind im wesentlichen:

(1) E. Jordan, Referentenentwurf, S. 13

(2) ESGBJ, Begründung, S. 50

(3) E. Jordan, Referentenentwurf, S. 16

- das Antragsrecht auf Leistungen gem. § 7,3 ESGBJ
- das Einspruchsrecht gegen eine Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie gem. § 9 ESGBJ
- individuelle Beteiligungsrechte an der Entscheidung über Leistungen gem. § 10 ESGBJ (Sollvorschrift)
- Anrufungs- und Beschwerderechte gem. § 49 ESGBJ
- institutionalisierte Interessenvertretung bezogen aus Einrichtungen ⁽¹⁾

zu nennen.

Der vom Bundesverfassungsgericht hervorgehobene Subjektstatus ⁽²⁾ bedeutet für ein neues Jugendhilferecht die unzweideutige Verankerung von Mitbestimmungs- und Teilhaberechten. Die materiell-rechtlich konkrete Ausgestaltung dieser Rechtsansprüche ist im Regierungsentwurf allerdings mehr als unbefriedigend behandelt.

So ist das Antragsrecht auf Leistungen von Jugendhilfe zwar in § 7,3 ESGBJ formuliert, doch Abs. 1 des gleichen Paragraphen führt aus: "Hilfen zur Erziehung und die Beratung eines Minderjährigen nach den §§ 24, 30 und 40 dürfen vorbehaltlich der §§ 8, 69 und 70 nur mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten gewährt werden" ⁽³⁾.

(1) bzw. § 12, Abs. 5 der Vorschläge der Bundesregierung z. Straffung u. Vereinfachung des RegE, Ausschußdrucksache 8/112, 13. Ausschuß

(2) BVerfGE 27, 2 (6)

(3) ESGBJ, § 7,1.

Entsprechendes gilt auch für § 39a des gestrafften Entwurfs d. Bundesregierung nach dem die dort aufgeführten Beratungsangebote nur mit vorheriger Zustimmung der Personensorgeberechtigten geleistet werden darf.

Es sind keine Regelungen erkennbar, die verhindern, daß Leistungen der Jugendhilfe auf Antrag eines jungen Menschen unterbleiben bzw. nicht weiter geführt werden, wenn das dem Willen der Personensorgeberechtigten entgegensteht. Die Dominanz des Elternrechts verhindert auch hier einmal mehr die Grundrechtsausübung durch Kinder und Jugendliche.

Diese Tendenz setzt sich auch in § 10 ESGBJ fort, der individuelle Beteiligungsrechte junger Menschen behandelt, wobei klar zu erkennen ist, daß Interessen und Ansprüche junger Menschen ihre Grenze an der Einstellung der Personensorgeberechtigten finden⁽¹⁾.

Abgesehen von der Fiktion, daß innerhalb der betroffenen Klientel "Wünsche der Eltern und der jungen Menschen in der Regel nicht in Widerspruch zueinander stehen"⁽²⁾, geschweige denn Betroffenen auch nicht konzidiert wird, ihre Beteiligungsrechte auch ohne Beratung wahrnehmen zu können, läßt die Begründung zu § 10 ESGBJ erkennen, welche Rechtspositionen bei einer Interessenkollision zwischen Eltern und Kind wirksamer sind bzw. das anzustrebende Einvernehmen in Konfliktfällen nur unverbindliche Forderung bleiben kann⁽³⁾.

Der Anspruch auf institutionalisierter Mitbestimmung junger Menschen in Einrichtungen, behandelt

(1) § 10, 2 ESGBJ "Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Erziehungsberechtigten u. Minderjährigen ist Einvernehmen anzustreben. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist die Meinung des Personensorgeberechtigten maßgebend."

(2) ESGBJ, Begründung, S. 66

(3) ESGBJ, Begründung, S. 65f

in § 66 ESGBJ, ist unverbindlich gehalten und in seiner Reichweite unzureichend. Die hier erscheinende Forderung nach der Übernahme von Mitverantwortung durch junge Menschen in Einrichtungen, wird in der Begründung zu § 66 ESGBJ in doppelter Hinsicht eingeschränkt bzw. zurückgenommen.

Zum einen heißt es: "Der Begriff "Mitbestimmung" wird nicht verwandt, weil er vor allem hinsichtlich personalwirtschaftlicher und finanzieller Entscheidungen Erwartungen wecken könnte, die in der Realität nicht erfüllt werden können" ⁽¹⁾, und zum anderen ist mangelnde Konkretisierung der Formulierung "Alter und Entwicklungsstand der jungen Menschen" bezogen auf die davon abhängige Möglichkeit Jugendvertretungen bilden zu können, zu untauglich, um wirklich substantielle Mitbestimmungsrechte einlösen zu können ⁽²⁾.

Darüberhinaus soll die Ausgestaltung der Mitwirkungsmöglichkeiten im einzelnen jeweiligem Landesrecht überlassen sein ⁽³⁾. "Um aber sicherzustellen, daß Mindeststandards berücksichtigt werden und die Jugendvertretungen nicht zu formellen Gremien verkommen, ist bereits im JHG selbst zu regeln, welche Grundsätze bei der Mitwirkung der Minderjährigen in Einrichtungen auf jeden Fall zu beachten sind; nur darüber hinausgehende Regelungen sind dem Landesrecht zu überlassen" ⁽⁴⁾.

(1) ESGBJ, Begründung zu § 66, S. 117

(2) ib.

(3) § 66,2 ESGBJ

(4) J. Münder, Referentenentwurf, S. 195

Auch ist bei der Neuformulierung des § 91 ESGBJ, der die Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse regelt, darauf verzichtet worden, eine repräsentative Vertretung von Kindern und Jugendlichen, wie sie bereits im Referentenentwurf von 1974 vorgesehen war, zu gewährleisten.

Eine unmittelbare institutionell-formelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, "die mit einem Mandat eines Mitbestimmungsorgans der Jugend in einer Einrichtung der Jugendhilfe, in einer Schule oder einen Betrieb" ⁽¹⁾ versehen sind, ist in der Begründung zu § 91 ESGBJ ausgeschlossen worden, weil dies nicht einer repräsentativen Vertretung entspräche und die Gefahr der Vertretung von Gruppeninteressen beinhaltet ⁽²⁾.

Diese Begründung impliziert, daß die aufgeführten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses entsprechend § 91 ESGBJ repräsentativ für die durch das Jugendhilferecht angesprochenen jungen Menschen sind, sie kann aber "nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Gesetzgeber sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren darum bemühen muß, eine unmittelbare Einbeziehung der betroffenen Minderjährigen auch in den institutionellen Gremien des Jugendhilfeausschusses sicherzustellen" ⁽³⁾.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die im ESGBJ vorhandenen Antrags-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Konfliktfall immer mit den

(1) RefE 1974, § 107, 2

(2) ESGBJ, Begründung zu § 91, S. 128

(3) J. Mündler, Referentenentwurf, S. 195

Ansprüchen und Rechten der Eltern bzw. Personensorgeberechtigten kollidieren. Von maßgebender Bedeutung für das Ausbleiben qualifizierter Mit- und Selbstbestimmungsrechte ist gerade auch der Diskussionsstand bei der Reform des Rechts der elterlichen Sorge.

Das Gesetz zur Neuregelung der elterlichen Sorge - seit dem 1.1.1980 geltendes Recht - sieht ebenfalls nicht vor, jungen Menschen eigene, gegebenenfalls einklagbare Rechtspositionen wie z.B. ein Antragsrecht beim Vormundschaftsgericht bzw. Familiengericht oder Vetorechte bei Elternentscheidungen im Bereich der Schul- und Berufswahl zu schaffen. Es "betont lediglich die Pflichtgebundenheit der Eltern, auf die Wünsche, Interessen, Begabungen und Neigungen ihrer Kinder Rücksicht zu nehmen" ⁽¹⁾.

Die Änderung des § 1666 BGB, der auch eine Rechtsgrundlage für das Einsetzen öffentlicher Erziehung darstellt, "die vormundschaftliche Maßnahmen möglich machen soll, wenn das 'Wohl des Kindes' objektiv gefährdet ist (Abkehr vom Schuldprinzip), entspricht einer schon heute weitgehend durchgesetzten Praxis.

Eine Stärkung der Rechtspositionen von Kindern und Jugendlichen in einem Jugendhilferecht wird also entscheidend mitbestimmt durch die Qualität entsprechender Regelungen im Familienrecht" ⁽²⁾.

(1) E. Jordan, Referentenentwurf, S. 17

(2) ib.

4.4. Zum Verhältnis von Jugendhilferecht und Jugendgerichtsgesetz

Die Diskussion um eine Einbeziehung des Jugendstrafrechts in ein einheitliches Gesamtsystem von Jugendhilfe sowie das Bemühen um seine Entkriminalisierung "ist so alt wie die Praktizierung des Gegenteils" (1).

Der "erste Schritt zu einem eigenständigen Jugend-
erziehungsrecht" lag in der Schaffung des Reichs-
jugendwohlfahrtsgesetzes im Jahr 1922 und des Ju-
gendgerichtsgesetzes im Jahr 1923 (2).

Das Jugendgerichtsgesetz setzte die auch noch heute
angewandte, unterschiedliche Behandlung "verwahr-
loster" und "krimineller" Jugendlicher in Kraft,
"obschon die Forderung, beide Bereiche zu einem
einheitlichen Jugendgesetz zu verbinden, damals in
der Fachdiskussion eine große Rolle spielte" (3).

Die zu der Zeit fortschrittlichen Bemühungen, durch
die Schaffung eines eigenen Jugendstrafrechts eine
Loslösung vom Erwachsenenstrafrecht zu erreichen,
stellten zunächst sicher einen Schritt auf dem Weg
zu einem einheitlichen Jugendgesetz dar.

Neben der Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters
von 12 auf 14 Jahre, der Schaffung eines Jugendge-
richtes, der Möglichkeit, statt Strafen Erziehungs-
maßregeln anzuordnen, sollte auch der Strafvollzug
pädagogisch ausgerichtet sein. Der Kompromiß zwischen
Erziehung und Strafe, diese "Paradoxie in der Kon-

(1) E. Jordan, D. Sengling, Einführung, S. 187

(2) Arbeiterwohlfahrt, Jugendrechtskommission, Vor-
schläge, S. 268

(3) ib.

zeption der Jugendstrafe" (1) konnte aber nur bestenfalls eine "Pädagogisierung des Kriminalrechts" (2) bedeuten.

Karl Peters verweist in diesem Zusammenhang auf die beabsichtigte Einheit eines "Jugendgesetzes" und dessen tatsächliches, weitgehend zusammenhangloses Nebeneinander: "Es ist kein Zufall, daß in der Weimarer Zeit 1922/23 das JGG und das Jugendwohlfahrtsrecht annähernd gleichzeitig erlassen worden sind. Sie stellen eine Einheit dar, die leider völlig in Vergessenheit geraten ist" (3).

"Die Anlehnung des JGG an das Strafrecht, anstatt seiner Unterstellung unter die Grundgedanken des Jugendwohlfahrtsrechts hat nicht nur dazu geführt, daß das strafrechtliche Denken in der Jugendgerichtsbarkeit breiten Raum gewonnen hat" (4), sie läßt auch die Einschätzung zu, das JGG bleibe "ein Strafgesetz, das Handlungen Jugendlicher auch aus der Perspektive des öffentlichen Strafrechts und Strafanspruchs betrachtet und die Entscheidung einer staatlichen Instanz übereignet, die zunächst Strafgericht ist" (5).

Die Erkenntnis, daß die beiden hier angesprochenen Formen abweichenden Verhaltens "Verwahrlosung" und "Delinquenz" letztlich auf, für beide konstitutive Gegebenheiten zurückzuführen sind, hat "eindeutig

(1) H. Kupffer, Erziehung, S. 249

(2) E. Jordan, D. Sengling, Einführung, S. 188

(3) K. Peters, Jugendstrafrechtsreform, S. 290

(4) K. Peters, Grundlagen, S. 234

(5) E. Jordan, D. Sengling, Einführung, S. 188

die Richtigkeit des ursprünglichen Ansatzes eines einheitlicheren Jugendrechts bewiesen" ⁽¹⁾ und läßt "eine getrennte Behandlung von strafrechtlich relevanten und anderen Entwicklungsstörungen Jugendlicher (als) wissenschaftlich nicht mehr haltbar" ⁽²⁾ erscheinen.

Dementsprechend wird die Kritik an der Trennung von JWG und JGG insbesondere von der Überlegung getragen, daß es Zufälle sind, die den Ausschlag dafür geben, ob ein Straftatbestand erfüllt ist oder nicht. Da keine sozialwissenschaftlichen Kriterien zur Verfügung stehen, "durch das das Gros der Insassen der öffentlichen Erziehungsheime und das Gros der Insassen der Jugendstrafanstalten schlüssig voneinander unterscheidbar wären" ⁽³⁾, muß die Subsumtion von abweichendem Verhalten unter die Normierung des JWG oder des JGG als relativ willkürlich gelten.

Die im Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes teilweise vorgenommene Einbeziehung erzieherischer Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche, für die sich vor allem die Arbeiterwohlfahrt eingesetzt hat ⁽⁴⁾, ist bereits im darauf folgenden Referentenentwurf des BMJFG bis hin zum ESGBJ außer acht gelassen worden, obwohl eine beträchtliche Anzahl von Stellungnahmen in dem Versuch, die Dualität von JWG und JGG auf-

(1) Arbeiterwohlfahrt, Vorschläge, S. 22

(2) F. Barabas u.a., Jahrbuch 1976

(3) H. Schüler-Springorum, Jugendliche, S. 28

(4) Arbeiterwohlfahrt, Vorschläge, S. 20ff

zuheben, einen der "augenfälligsten Fortschritte" des Entwurfs gesehen haben ⁽¹⁾.

Gegenteilige Stellungnahmen machten geltend, daß die Einbeziehung von Maßnahmen aus dem Bereich des JGG dazu beitragen könne, die Randstellung der Jugendhilfe zu verstärken und den angestrebten Angebotscharakter der Leistungen zu beeinträchtigen ⁽²⁾.

Die Auflösung der seit den Jahren 1922/23 bestehenden Nebeneinander von Jugendwohlfahrts- und Jugendgerichtsgesetz, das nur als Übergangsregelung angesehen wurde, ist am konsequentesten durch die Arbeiterwohlfahrt in ihrer bereits angeführten Denkschrift vertreten worden ⁽³⁾.

Darüber hinaus wurden aus den Justizbehörden der Bundesländer erhebliche Einwände geltend gemacht, und innerhalb der Träger der öffentlichen Jugendhilfe wurden Einwendungen zusätzlich zur "repressiven Komponente" des JGG durch den Verweis auf finanzielle Aufwendungen für die dann zu schaffenden "sozialtherapeutischen Jugendheime" geltend gemacht ⁽⁴⁾.

Der im Diskussionsentwurf enthaltene Kompromiß enthielt eine nicht überzeugende Lösung der nur historisch zu erklärenden Unterscheidung von "Jugendverwahrlosung" und "Jugendkriminalität" ⁽⁵⁾,

(1) L. Böhnisch, V. Kuhlen, ; Kritikperspektiven, S. 12

(2) Deutscher Verein, Grundthesen, Nr. 30

(3) AW, Schrift 22, S. 188f

(4) vgl. dazu E. Jordan, D. Sengling, Einführung, S. 188

(5) Chr. Hasenclever, Heimerziehung, S. 4

der sich außerdem noch den Vorwurf der Verfälschung deswegen gefallen lassen mußte, weil in der Begründung des Diskussionsentwurfes auf die Denkschrift der Arbeiterwohlfahrt zurückgegriffen wurde (1).

"Die Vorschläge der AW gingen...von einem einheitlichen JHG aus, das das JGG für Minderjährige überflüssig machte, (und) von einheitlicher Behandlung aller in ihrer Entwicklung Gestörten und Gefährdeten unter dem ausschließenden Gesichtspunkt der Erziehungshilfe. Daraus wurde die Konzeption eines einheitlichen Gesetzes, eines einheitlichen Jugendgerichts - aus Vormundschaftsgericht und Jugendstraengericht - mit eigenem Verfahren entwickelt" (2).

Sowohl der RefE vom 31.10.1977 als auch der ESGBJ halten genauso wie ihre Vorgänger im Gegensatz zum DiskE eines Jugendhilfegesetzes am zweispurigen Aufbau von JHG und JGG fest. Dabei wird in Kauf genommen, daß gewichtige Argumentationen mit der Forderung, das gesamte Jugendstrafrecht zugunsten der Jugendhilfe einzuschränken, nicht berücksichtigt bzw. in ihr Gegenteil verkehrt werden (3).

Öffentliche Erziehung bzw. Hilfen zur Erziehung für die Erziehungsberechtigten geraten durch die Aussage "Der öffentliche Träger der Jugendhilfe soll vermehrt dort eingeschaltet werden, wo es um Hilfen zur Erziehung für straffällige Jugendliche

(1) B. Simonssohn, Fortschritt, S. 410f

(2) ib., S. 406

(3) vgl. dazu Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaftsjugend des DGB, SJD - Die Falken, Markierungspunkte, S. 203-206

geht" ⁽¹⁾, leicht in die Nähe einer Strafandrohung. Dementsprechend wird auch in der Begründung des RefE vom 31.10.1977 im Zusammenhang mit Jugendstrafe auch von "Erziehungsstrafe" gesprochen ⁽²⁾.

Der rechtssystematische und strafrechtsdogmatische Bezugsrahmen des geltenden Jugendgerichtsgesetzes ⁽³⁾ mit seiner "Herkunft vom allgemeinen Strafrecht" ⁽⁴⁾ gibt ihm die Funktion, entschiedenstes und umstrittenstes Mittel formeller Sozialkontrolle im Jugendalter darzustellen. Nur durch "Besonderheiten" vom allgemeinen Strafrecht und der übergeordneten strafrechtlichen Sichtweise unterschieden ⁽⁵⁾, wozu im wesentlichen "Stufen der Schuldfähigkeit" ⁽⁶⁾ oder "jugendgemäße Reaktionsmittel" ⁽⁷⁾ zählen, ist die Konzeption des JGG zunehmend mehr in Frage gestellt worden ⁽⁸⁾.

(1) Begründung zum RefE 1977, S. 137

(2) ib.

(3) R. Maurach, Jugendstrafrecht, S. 912-938

(4) K. Peters, Jugendstrafrecht, S. 455

(5) F. Schaffstein, Jugendstrafrecht, S. 11

(6) H.H. Jeschek, Strafrecht

(7) R. Maurach, Jugendstrafrecht

(8) f. viele: Arbeiterwohlfahrt, Vorschläge

Dabei wäre es verfehlt anzunehmen, es handle sich hierbei nur um einen Wandel von Auffassungen, Streit um Zuständigkeiten zwischen einzelnen Rechtsgebieten oder separate Problemlösungsversuche einzelner Berufsgruppen wie z.B. Sozialpädagogen oder Juristen.

Der bedeutsamste Aspekt der Kritik ist vielmehr das Bedürfnis nach Erneuerung und Umwandlung des Jugendstrafrechts, da Theorie und Praxis des Jugendstrafvollzugs die Vermittlung zwischen Straf- und Erziehungsgedanken mit "immer wiederkehrenden pädagogischen Leerformeln hergestellt" ⁽¹⁾ haben und auch für die "Misere des stationären Vollzugs" ⁽²⁾ verantwortlich gemacht werden müssen.

In diesem Zusammenhang fällt der Erziehungswissenschaft die Aufgabe zu, "die Überprüfung derjenigen Vorstellung über 'Erziehung' (vorzunehmen), die sich hier festgesetzt haben und in der Analyse ein höchst bemerkenswertes Syndrom ergeben würden" ⁽³⁾.

Der Anspruch, Jugendstrafe solle pädagogischen Charakter tragen, wird unterlaufen durch die Ausblendung des Problems von Erziehung und Strafe. Der im Bereich des Jugendstrafrechts vorherrschende Begriff von Erziehung "hat sich mit der Kriminalstrafe längst ausgesöhnt und strebt allenfalls symptomatische Verbesserungen im System an" ⁽⁴⁾. Das mit Erziehung Gemeinte tritt, weil Normabweichung als

(1) H. Giesecke, Jugendkriminologie

(2) G. Kaiser, Jugend, S. 121

(3) H. Giesecke, Jugendkriminologie

(4) ib., S. 584, vgl. dazu: M. Walter, Erziehungsbe-
griff, S. 18ff

Gesinnungsdefizit und nicht als Mangel an Lernergebnissen und Erfahrungswerten verstanden wird, "dem delinquenten Jugendlichen objektiv und subjektiv als eine Art von psychologischer Verdoppelung der Kriminalstrafe entgegen" (1).

Die Versuche, gerade auch das Verhältnis von JWG und JGG im Verlauf der Reformbestrebungen zu einem neuen Jugendhilferecht neu zu ordnen, müssen notwendig unzulänglich bleiben, weil es nicht behebbare Einzelmängel sind, die Reformen zu kurz greifen lassen, sondern der grundsätzliche Theorieansatz selbst. Obwohl nicht zu erkennen ist, in welcher konkreten Ausgestaltung der Verzicht auf ein Jugendkriminalrecht in einem Jugendhilferecht erscheinen kann, und ob diese nicht zu einem "wenngleich kaschiert(en) Sanktionsinstrument" (2) werden kann, bleibt zu monieren, "daß sich die Entwurfsverfasser nicht mit der...Streitfrage der Entkriminalisierung des Jugendrechts auseinandergesetzt haben" (3).

Die Forderung nach der Einheit von Jugendhilferecht und Jugendstrafrecht muß aber angesichts des, in Theorie und Praxis der Jugendstrafe bzw. des Jugendstrafvollzugs evidenten Dilemmas zwischen Erziehung und Strafe solange naiv bleiben, "solange nicht geklärt ist, was dabei mit 'Erziehung' gemeint ist" (4).

(1) H. Giesecke, Jugendkriminologie

(2) F. Barabas u.a., Jahrbuch 1978, S. 172

(3) W. Knapp, Referentenentwurf, S. 294. Dieser Vorhalt gilt dem RefE v.31.10.77. Er kann ungebrochen auch auf den ESGBJ übertragen werden.

(4) H. Kupffer, Erziehung, S. 249

Die Äquivalenz von Strafe und Erziehung wird durch das abgestufte System deutlich, in dem "Erziehungsmaßregeln" vor "Zuchtmitteln" und dann dem rangieren, was als "Jugendstrafe" ausgewiesen ist. Neben den "Weisungen" des § 10 JGG, deren Konzeption in der Reglementierung der Lebensführung des Jugendlichen liegt und dadurch seine Erziehung fördern und sichern soll und deren nachträglicher, meist sich verschärfender Änderung bei einer "Zuwiderhandlung", stellt auf der Ebene der "Zuchtmittel" als deren stärkster Bestandteil der Jugendarrest die nächste Stufe des Maßnahmenkatalogs des JGG dar ⁽¹⁾.

Eine "Erziehung" im Sinne von Erziehungsmaßregeln ist nur bei deren Einhaltung gegeben. Erweisen sich die "schädlichen Neigungen des Jugendlichen" ⁽²⁾ sowohl stärker als die Erziehungsmaßregeln oder die Zuchtmittel, tritt Jugendstrafe ein.

"Wo Erziehung Eingangsstufe der Strafe ist, dort wird umgekehrt auch S t r a f e z u r F u n k -
t i o n d e r E r z i e h u n g ." ⁽³⁾

So soll z.B. der Jugendarrest gemäß § 90 JGG "das Ehrgefühl des Jugendlichen wecken und ihm eindringlich zu Bewußtsein bringen, daß er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat" ⁽⁴⁾, wobei die inhaltliche Ausgestaltung durch die Jugendarrestvollzugsordnung, die "während des Vollzugs dieselben Anforderung" an ihn stellen will,

(1) vgl. dazu § 10 JGG

(2) vgl. dazu § 17 JGG

(3) H. Kupffer, Erziehung, S. 251

(4) vgl. dazu § 90 JGG

"die bei wirksamer Erziehung in der Freiheit an ihn gestellt werden müssen" ⁽¹⁾. Die "einfache, ordentliche(r) Lebenshaltung" ⁽²⁾ sowie "Leibesübungen" und "sinnvolle Freizeitgestaltung" ⁽³⁾ machen deutlich, daß "dieser Erziehungsbegriff... offenbar auf derselben Ebene wie der Strafbegriff (liegt), denn die pädagogische Strafe soll das leisten, was eine wirksame Jugenderziehung schon vorher hätte leisten müssen" ⁽⁴⁾.

Da Erziehung als Disziplinierung verstanden wird, "die Ordnung garantiert und den Jugendlichen davor bewahrt auffällig zu werden", kann Strafe "nicht pädagogisch werden, weil der Erziehungsgedanke selbst schon eine strafende Tendenz aufweist" ⁽⁵⁾. Ein an den Bedürfnissen von delinquenten Jugendlichen orientiertes Jugendrecht ist allerdings nicht durch ein differenzierteres Jugendstrafvollzugssystem zu erreichen, sondern nur durch eine zu verändernde rechtliche Stellung des jungen Menschen.

Das geltende JGG mit dem ihm innewohnenden Konkurrenzverhältnis zwischen Erziehungsanspruch und Strafrecht sowie dem, in seiner Konzeption angelegten Widerspruch der Äquivalenz von Erziehung und Strafe verdecken den Sachverhalt, daß es sich bei der Anwendung von Strafe um die Kriminalstrafe handelt. Da "sie in ihrer Zielrichtung auf den Sozialvorwurf und die Minderung der Sozialstellung

(1) JA VollzO, § 8

(2) JA VollzO, § 9

(3) JA VollzO, §§ 16 und 18

(4) H. Kupffer, Erziehung, S. 252

(5) ib.

gerichtet ist" ⁽¹⁾, kann eine in der Diskussion stehende Forderung nach der Ablösung von Strafe durch Erziehung nicht davon ausgehen, daß durch eine andere Gewichtung dieser Widerspruch aufgehoben werden könne. Die Absicht, das Jugendkriminalrecht neu zu ordnen, hat vielmehr zu berücksichtigen, "daß die Kriminalstrafe als solche schon auf einer grundsätzlich anderen Einschätzung des Delinquenten beruht" ⁽²⁾.

Ein anderer Widerspruch in der Konzeption des JGG ergibt sich durch den Sachverhalt, "daß das Verständnis von 'Erziehung' in den offiziellen Texten eine Funktion juristischen Denkens bleibt" ⁽³⁾. Dabei ist allerdings kaum zu verkennen, daß der "erzieherisch befähigt(e) und in der Jugend-erziehung erfahren(e)" ⁽⁴⁾ Jugendrichter sowohl mangels kaum genügender sozialwissenschaftlicher Qualifikation ⁽⁵⁾ als auch wegen seines geringen Status innerhalb der Rechtsprechung ⁽⁶⁾ überfordert ist, Erziehung im Rahmen des JGG über eine rechtstechnische Behandlung hinaus, als "aus dem Beziehungsgefüge einer wissenschaftlichen Pädagogik" ⁽⁷⁾ stammend, als Rechtsbegriff aufzufassen, der "die systematische Einheit des Erziehungsrechtes und der Erziehungsverpflichtung der Eltern und des Erziehungsrechtes und des Erziehungsanspruchs des Kindes als jeweils subjek-

(1) K. Peters, Grundlagen, S. 237

(2) H. Kupffer, Erziehung, S. 253

(3) ib.

(4) JGG, § 37

(5) J. Hellmer, Jugendkriminalität, S. 128

(6) H. Rottleuthner, Rechtswissenschaft

(7) K. Rehbein, Methodenfragen, S. 93

tives Öffentliches Recht" (1) zum Inhalt.
Da der Jugendrichter bei der Anordnung von Erziehungsmaßregeln nicht auf sozialwissenschaftliche Ausbildungselemente zurückgreifen kann, sondern eher "einer entrückt vor sich herspinnenden Lehrbuchkriminalität" (2) verhaftet ist, kann "Erziehung als inhaltlicher Bestandteil im Urteil vorkommen, ohne daß damit etwas über deren Begriff und praktische Durchführung gesagt ist" (3).

Sowohl das Qualifikationsniveau des Richters als auch das Verfahren in der Jugendgerichtsverhandlung, das dort zu irreversiblen Kommunikationsstrukturen beiträgt, machen darauf aufmerksam, daß innerhalb der beabsichtigten "Pädagogisierung der Jugendstrafe" qualifizierte sozialwissenschaftliche Konzepte wegen des "juristischen Rahmen(s)" in aller Regel "kaum eine Chance der Entfaltung" erhalten (4).

Zudem drückt das JGG Nähe zu einem idealisierten Menschenbild aus, da die explizite Gewährleistung z.B. der "seelsorgerischen Betreuung" (5) oftmals weniger in Verbindung mit konkreten Bedürfnissen des jugendlichen, als vielmehr im Zusammenhang solcher anthropologischer Konstrukte gesehen werden muß, mithilfe derer das Negativprofil des jugend-Delinquenten, juristisch eingeordnet als Straftat, dazu beiträgt, Jugendstrafvollzug als Sozialvorwurf

(1) K. Rehbein, Methodenfragen, S. 93

(2) H. Rodingen, Pragmatik, S. 153

(3) J. Hellmer, Jugendkriminalität, S. 128,
vgl. dazu K. Rehbein, Erziehung, S. 153

(4) H. Kupffer, Erziehung, S. 254

(5) JGG, § 91, 2

zu verstehen.

Die dritte Paradoxie des Jugendstrafrechts kommt "in dem Widerspruch von Personalisierung und Stereotypisierung zum Ausdruck" ⁽¹⁾. Ausgehend davon, daß "der in der Jugendstrafe angewendete Erziehungsbegriff dem Begriff der Straftat selbst entspricht" ⁽²⁾, ist festzustellen, daß die Straftat eines Jugendlichen, als aus ihrem sozialen und sozialpsychologischen Rahmen losgelöste Handlung begriffen wird.

An der Stelle, an der die Idealvorstellung einer mündigen Gesellschaft, in der Individuen selbstverantwortlich handeln, durch eine Straftat gestört wird und diese Straftat nur die Fiktion der idealen Gesellschaft beeinträchtigt und darum bestraft wird, wird deutlich, daß "Erziehung die ideale Gesellschaft gewährleisten (soll), während Kriminalität dieselbe ideale Gesellschaft stört. ...Esgilt im wesentlichen nur ein einziger Typus der Tat: die greifbare, vom Individuum ausgeführte und zu verantwortende Beschädigung von Personen oder Gütern" ⁽³⁾.

Diesem Ansatz steht entgegen, daß "der Delinquent zwar als Individuum behandelt (wird)", aber "als typischer Täter" ⁽⁴⁾ sowie wegen seiner Zugehörigkeit zu einer besonders benachteiligten Gruppe faktisch für die ungünstigen Verhältnisse, aus denen er abstammt, haftbar gemacht wird,

(1) H. Kupffer, Erziehung, S. 254

(2) ib.

(3) ib., S. 255

(4) ib.

"denn diese widersprechen dem Idealbild der Gesellschaft" (1). Der Zusammenhang dieser beiden, sich ausschließenden Ansätze bringt zum Ausdruck, daß zwar der delinquente Jugendliche einem Jugendgerichtsverfahren zugeführt wird, die Bedeutung des Verfahrens aber als eine Disqualifikation der sozialen Wirklichkeit, aus der das delinquente Verhalten hervorgegangen ist, bewertet werden muß.

Durch den Ausschluß der nicht zu vereinbarenden Synthese der "Prinzipien der persönlichen Schuld und der typenspezifischen Prädestination" (2) kann nicht der Aspekt jeweils individueller Verantwortlichkeit hinweggedacht werden, unabdingbar jedoch ist der Beurteilungsmaßstab, die delinquente Handlung "als Aktualisierung gesellschaftlich bedingter Möglichkeiten" zu sehen (3).

Der Erziehungsbegriff in der Jugendstrafe weist vergleichbare Widersprüche auf. Der Appell an die Einsichtsfähigkeit des Delinquenten in das Verwerfliche seiner Tat zielt nur auf das Individuum, "als handele es sich um eine Angelegenheit, die nur...mit seinem Gewissen" geklärt werden kann (4). Die Erziehung in der Jugendstrafe will ihn zwar "auf den rechten Weg" bringen, doch mit diesem Prozeß "sühnt er für die durch ihn verschuldete Schädigung des Ganzen", wobei der Nachweis von Unrechtsbewußtsein nur in Verbindung mit der Absicht, "darüber hinaus wieder ein rechtschaffendes

(1) H. Kupffer, Erziehung, S. 255

(2) ib.

(3) ib., S. 256

(4) ib.

Leben in der Gemeinschaft zu führen" (1) als Einlösung des Anspruches von Jugendstrafe angesehen wird.

Diese Auffassung von der Schuld des Individuums, "ein Fall von allgemeiner Bosheit gegen die als gut gedachte Gesellschaft", findet sich in dem Verständnis von Erziehung wieder, daß "die gleichen individuellen und allgemeinen Aspekte wie die Tat, auf die sie sich bezieht", enthält und "an einen übersichtlichen Unrechtsbegriff gebunden (ist), der für alle Menschen gelten soll" (2). Da allerdings tatsächlich aus der sozialen Wirklichkeit diese Klarheit nicht hervorgeht, ist, wenn der Unterschied zwischen dem jugendlichen Delinquenten und dem nicht in dieser Weise auffällig gewordenen Jugendlichen "nur darin besteht, daß er 'gekriegt' worden ist, er nicht einsehen (wird), warum er erzogen werden soll" (3).

Nachdem durch die dargelegte Personalisierung und Stereotypisierung der Jugendliche idealtypisch als delinquent beschrieben worden ist, ergibt sich ein anderer Widerspruch durch seine Zurückstufung in ein infantiles Stadium mit der Absicht, ihn vor Strafe zu schützen.

"Man erklärt, er könne seine Tat nicht voll verantworten, denn er sei zuvor noch gar nicht zu einem selbstverantwortlichen Menschen erzogen worden.

(1) vgl. dazu § 91, 2 JGG, sowie H. Kupffer, Erziehung, S. 256

(2) H. Kupffer, Erziehung, S. 256

(3) J. Hellmer, Jugendkriminalität, S. 120

Geboten sei daher nicht Strafe, sondern Hilfe. Da aber diese Hilfe 'pädagogisch' sein soll, kann sie sich in langwierigen und repressiven Erziehungsmaßnahmen ausdrücken" (1).

Eine sich daran anschließende "Nacherziehung" muß sich vorhalten lassen, die Identifizierung und die Aufarbeitung von Konflikten in der Form delinquenten Verhaltens, entwicklungspsychologische Aspekte oder familiäre Sozialisationsdefizite durch die Abtrennung ökonomischer, sozialer und politischer Bedingungen von Lebensumständen und Entwicklungschancen zu verkürzen (2).

Obwohl der delinquente Jugendliche von der Zuständigkeit der Justiz in die eines pädagogischen Jugendstrafvollzugs gerät, der auch der Justiz verantwortlich ist, kommt er "praktisch von einer Unfreiheit in die andere. Die Pädagogik macht sich jene Unfreiheit, die ihm im Hinblick auf die Tat bescheinigt wurde, zunutze und reklamiert ihn nun als unfreies Opfer der Erziehung. Indem er zunächst sozial, dann erzieherisch unfrei ist, bedingen beide Unfreiheiten sich gegenseitig" (3).

Selbst das Vorhandensein günstiger materieller Bedingungen zur Gestaltung eines pädagogischen Jugendstrafvollzugs ist nicht in der Lage, dessen Strukturen zugunsten eines unzweideutig formulierten Erziehungsbegriffs zu verändern.

(1) H. Kupffer, Erziehung, S. 256

(2) vgl. dazu: A.E. Brauneck, Minderjährigen, S. 257

(3) H. Kupffer, Erziehung, S. 257

Dennoch ist im Bereich des Jugendstrafvollzugs ein Verständnis im Umgang mit dem Begriff der Erziehung zu konstatieren, das vorgibt, durch konkrete Aussagen sowohl über den zeitlichen Ablauf als auch über die Erfüllung des Erziehungszweckes gleichzeitig auch über einen widerspruchsfreien Erziehungsbegriff zu verfügen ⁽¹⁾. Der in keiner Weise eindeutige Begriff von Erziehung im Jugendstrafvollzug scheint als so unstrittig zu gelten, "daß man sich sogar präzise Aussagen darüber, nach welcher Zeit der "Erziehungszweck" erfüllt ist, ohne weiteres zutraut ⁽²⁾.

Es gilt zu konstatieren, daß die Institutionen selbst auch schon ein Bestandteil von Strafe darstellt ⁽³⁾. Die Tatsache der Gefangenschaft, wie auch die Versuche, pädagogische Komponenten in den Jugendstrafvollzug einzubeziehen können nicht verdecken, daß die Absicht, den Vollzug pädagogisch zu gestalten, durch den Widerspruch von pädagogischer Absicht und der Rolle, den zu Erziehenden als "Vertreter der Obrigkeit" und "Gewährsleute der heil gebliebenen Gesellschaft" gegenüberzustehen, verhindert wird ⁽⁴⁾.

Das thematisierte, gleichwohl ungeklärte Verhältnis von Erziehung und Strafe, begriffen als Ideologie und Praxis, macht darauf aufmerksam, daß nicht die Betrachtung von Einzelaspekten wie z.B. eine "Öffnung" des Jugendstrafvollzugs das ange-

(1) F. Schaffstein, Jugendstrafe, S. 261

(2) H. Kupffer, Erziehung, S. 258

(3) vgl. dazu: E. Goffman, Asyl; P. Aich (Hrsg.), Verwahrlosung,

(4) H. Kupffer, Erziehung, S. 258

sprochene Verhältnis einer gelungenen Lösung zu-
führen kann. Vielmehr sind die Zwänge, denen ein
jugendlicher Delinquent dort unterworfen ist,
"wie auch die Versuche, diesen Komplex pädago-
gisch aufzubereiten...nur der extreme Ausdruck
der Rolle, die dem Jugendlichen immer schon zu-
gedacht ist" (1).

Versehen mit der Einschätzung, daß das Verhältnis
von Erziehung und Strafe im Jugendstrafvollzug
kein eigener Bereich, sondern Ausdruck gesell-
schaftlicher Verhältnisse und Vorstellungen von
Erziehung ist, kann eine, die Interessen der Be-
troffenen und der Gesellschaft berücksichtigende
Definition dieses Komplexes nur dann stattfinden,
"wenn eine Reflexion über die Jugendstrafe auf
den allgemeinen Erziehungsbegriff zurückstrahlt" (2).

Als ein notwendiger Schritt auf diesem Weg ist
eine neue Definition der formellen und informel-
len Mechanismen zu leisten, mithilfe derer De-
linquenz attestiert wird, wobei "Maximen und Prak-
tiken des geltenden Strafrechts notwendig als Aus-
druck gesellschaftlicher P a r t i k u l a r -
I n t e r e s s e n erkannt werden (müssen),
deren Überführung in g e s a m t g e s e l l -
s c h a f t l i c h e D i g n i t ä t erst
noch politisch zu leisten ist" (3).

Zum anderen muß ein neuer Begriff von Erziehung
gefunden werden, der der Eigenbestimmung des jungen

(1) H. Kupffer, Erziehung, S. 259

(2) ib.

(3) H. Giesecke, Jugendkriminologie, S. 585

Menschen Raum gibt und damit die zurechtweisende Fremdbestimmung überwindet, "die sowohl in der Jugendstrafe als auch in der Erziehung allgemein"⁽¹⁾ enthalten ist. Entscheidend dabei ist nicht die Ablösung und Differenzierung von Behandlungsmethoden, sondern ein grundlegender Wandel zwischen den, auf die Ansprüche und Bedürfnisse der Jugendlichen verpflichteten Erwachsenen selbst.

Die Widersprüche in der Konzeption der Jugendstrafe können nur durch einen Wandel aufgehoben werden, der verhindert, daß junge Menschen als Teil einer Veranstaltung begriffen werden, im Verlauf derer sie durch Erwachsene in einseitigem Zugriff geprägt werden.

Inzwischen liegt der Schlußbericht der Jugendstrafvollzugskommission vor ⁽²⁾ sowie auch ein "Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzugs und zur Eingliederung junger Straftäter" ⁽³⁾ und ein "Arbeitsentwurf einer Verordnung über den Vollzug der Jugendstrafe und die Eingliederung junger Straffälliger" ⁽⁴⁾.

Der Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzugs und zur Eingliederung

(1) H. Kupffer, Erziehung, S. 260

(2) Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Jugendstrafvollzugskommission

(3) Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Fortentwicklung

(4) Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Vollzug

junger Straffälliger "hat zusammen mit dem Entwurf einer Rechtsordnung für den Vollzug der Jugendstrafe und die Eingliederung junger Straffälliger die Aufgabe, die gesetzlichen Grundlagen für den Vollzug der Jugendstrafe zu ergänzen. Bisher ist der Jugendstrafvollzug nur durch einige im Jugendgerichtsgesetz enthaltenen Bestimmungen über die Aufgaben des Jugendstrafvollzugs (§ 91), die Jugendvollzugsanstalten (§ 92) und die Ermächtigung für den Erlass von Rechtsverordnungen (§ 115) sowie im Strafvollzugsgesetz durch die Bestimmungen über das Arbeitsentgelt (§ 176) und den unmittelbaren Zwang geregelt" ⁽¹⁾. Der Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzugs und zur Eingliederung junger Straffälliger "führt die aus rechtsstaatlichen Gründen notwendigen weiteren Bestimmungen ein, paßt die bisherigen Regelungen an gewandelte Auffassungen an und präzisiert den Ermächtigungsrahmen für Rechtsverordnungen der Bundesregierung über den Vollzug der Jugendstrafe, des Jugendarrestes und der Untersuchungshaft für junge Gefangene. Er hat davon abgesehen, den Jugendstrafvollzug in einem besonderen Abschnitt des Jugendstrafvollzugsgesetzes zu regeln.

Er hat vielmehr an der herkömmlichen Systematik des Gesetzes festgehalten, wonach alle jugendrechtlichen Sonderbestimmungen zum materiellen Strafrecht, dem Strafverfahren, der Gerichtsverfassung,

(1) Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Begründung Fortentwicklung, S. 1;
vgl. dazu auch die VV Jug

der Vollstreckung, dem Vollzug und der strafregisterlichen Behandlung als thematisch zusammenhängender Regelungskomplex im Jugendgerichtsgesetz zusammengefaßt sind" (1).

Sowohl die Aspekte zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzuges (2), als auch der "Arbeitse-
ntwurf einer Verordnung über den Vollzug der Jugendstrafe und die Eingliederung junger Straftäter" (3) stellen nur eine Fortschreibung der Systematik und der Inhalte des bisherigen Jugendstrafrechts dar.

Abgesehen von der Schaffung eines neuen Erziehungsbegriffes für den Bereich, der jetzt als Jugendstrafvollzug angesprochen ist, erscheint es unerläßlich, damit zusammenhängend "den Jugendstrafvollzug und die Untersuchungshaft an Jugendlichen und Heranwachsenden durch ambulante und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe und durch ambulante Maßnahmen der Jugendkriminalrechtspflege einzuschränken" (4).

Eine Jugendpolitik, die sich diesem Anspruch verpflichtet weiß, wird durch das geltende Jugendstrafrecht und die Jugendkriminalpolitik behindert. "Wie sonst auch gilt, vor allem bei Jugendlichen, daß ein strafrechtlich auffälliges Verhalten einen Konflikt des Handelnden mit seiner Umwelt anzeigt, der beide, den Handelnden

(1) Bundesminister der Justiz (Hrsg.),
Begründung Fortentwicklung, S. 1

(2) ib., S. 2

(3) Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Jugendstrafvollzugskommission, insbes. I 1 u. 3, S. 7

(4) vgl. dazu Schlußbericht d. Jugendstrafvollzugskommission insbes. I 1 u. 3, S. 7

und seine Umwelt, zu wechselseitigen Lernprozessen anstiften soll" (1).

Nicht der einseitige Zugriff, sondern wechselseitiges Lernen kann erreichen, daß Normbrüche zum Anlaß genommen werden müssen, "um die Lebensverhältnisse der Jugendlichen nach Einengungen, Beschränkungen, Benachteiligungen...abzusuchen und sie durch Hilfen real zu verbessern. Auf den Jugendlichen bezogen heißt das, er muß sein Verhalten daraufhin prüfen, ob er für sich mehr verlangt oder nur genausoviel, wie seinen Mitmenschen zusteht. Im ersten Fall hätte er aus gebotener Solidarität seine Ansprüche einzuschränken.

Diese Lernprozesse werden durch Strafrecht verstellt (Hervorhebung d.d. Verf.). Kriminalisierung zwingt den Kriminalisierten, bei sich einen Fehler zu suchen, auch wenn er keinen machte, und erspart es zu prüfen, ob dem Täter wirklich so gute Lebensmöglichkeiten zur Verfügung standen, wie sie zu einer vollen Selbstverwirklichung des Subjektes erforderlich sind... Strafrechtlich einschlägiges Verhalten muß als Alarmsignal dafür angesehen werden, daß defizitäre Lebensbedingungen gegeben sind. Es darf nicht Anlaß für Moralisierung, für Drohung oder Strafe sein" (2).

(1) K. Schumann u.a., Strafrecht, S. 11

(2) ib., vgl. dazu K. Rehbein, Erziehung, S. 115ff

Zerstörungen und Sachbeschädigungen von Jugendlichen weisen darauf hin, "daß die Lebenswelt der Jugendlichen heute total verbaut und von privatbesessenen Gegenständen zugestellt ist"; ...Plätze, "die Kinder und Jugendliche benutzen können, ohne die Rechte anderer einzuschränken, gibt es kaum mehr" (1).

"Der Rückzug des Strafrechts aus dem Leben der Jugendlichen", der hier als notwendige Perspektive aufgezeigt wird, "muß beginnen mit dem Verzicht auf die Verhängung von freiheitsentziehenden Maßnahmen gegen Jugendliche, gleichgültig, ob in Jugendgefängnissen, Jugendarrestanstalten oder in geschlossenen Heimen. Stationäre Unterbringung Jugendlicher gefährdet ihre psychische Entwicklung so stark, daß ein solcher Eingriff nicht zu rechtfertigen ist" (2).

Die Anhebung des Strafmündigkeitsalters auf 18 Jahre ist in diesem Zusammenhang unerlässlich, da eine Zäsur bei 16 Jahren nur die Willkürlichkeit verschärft, mit der das Jugendhilferecht durch das Jugendstrafrecht eingeschränkt werden kann.

Eine "schematische Festlegung von strafrechtlicher Verantwortlichkeit ist erfahrungswissenschaftlich überhaupt nicht, sondern nur normativ begründbar. Politischer Dezisionismus dieser Art könnte und sollte sich an folgendem Argument orientieren: Die zivilrechtliche Volljährigkeit eröffnet erst de jure alle Rechte auf die Gestaltung des eigenen Lebens; an diese Tatsache muß auch die straf-

(1) K. Schumann u.a., Strafrecht, S. 11

(2) ib.

rechtliche Verantwortlichkeit geknüpft sein. Sie kann nicht vorher beginnen, schon gar nicht in dem Sinne, daß freiheitsentziehende Strafen verhängt werden, die ja unauflöslich mit dem Vergeltungsdenken verknüpft sind" (1).

Für die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen bedeutet der Verzicht auf strafrechtliche Eingriffe nicht, daß "Normbrüche in das Belieben des Jugendlichen gestellt sein sollen" (2).

Sowohl die zivilrechtliche Haftung als auch die Einschränkung von Aufenthaltsrechten oder die Erteilung bestimmter Weisungen im Rahmen der Bestimmungen des Jugendschutzes bieten sich eher dazu an, "daß diese Maßnahmen vom Jugendlichen als gerecht wahrgenommen werden und ihm verständlich sein können. Nur dann ist Bereitschaft, aus diesen gesellschaftlichen Reaktionen zu lernen, möglich" (3).

Die Versuche, neue Interpretationsebenen für abweichendes jugendliches Verhalten zu schaffen, erfordern eine dogmatische Begründung und Rechtfertigung. Eine umfassende Erörterung und Darstellung kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, vielmehr soll hier nur in groben Zügen einer entsprechenden Argumentation nachgegangen werden.

Unabhängig davon wie Aufgaben und Anwendung von Strafrechtsnormen bestimmt werden (4), ist un-

(1) K. Schumann, u.a., Strafrecht, S. 11

(2) ib.

(3) ib.

(4) Zu d. Aufgaben des Strafrechts, vgl. J. Wessels, Strafrecht, S. 2

zweifelhaft, daß sie nie Selbstzweck sein können und dürfen. Wenn Recht sich im Rahmen eines "technokratischen Konfliktmanagement" (1) nur darauf beschränkt Konflikt zu verhindern, ist das ebenso zu kritisieren wie der konstatierte Strukturwandel der Rechtswissenschaft als "Wandel von der dogmatischen Jurisprudenz zur juristischen Planungs- und 'Leistungswissenschaft', die in fortschreitendem Maß über den strategischen Zielen der Konfliktabwehr bzw. Konfliktvermeidung die praktischen der menschlichen Emanzipierung und Individuierung aus den Augen verliert" (2).

Für den Bereich des Jugendstrafrechts muß das heißen: "Die Rechtsanwendung kann nie alleine das Ziel haben, den Jugendlichen 'ruhig zu stellen', seine 'Auffälligkeit' auszumerzen. Vielmehr muß immer im Sinne einer Folgediskussion überlegt werden, ob und in welchem Umfang eine Sanktion als Reaktion auf jugendliche Konflikte negative Folgen für den Jugendlichen hat oder haben kann (ist das der Fall, muß von dieser Sanktionierung abgesehen werden, selbst, wenn dies, 'zur Aufrechterhaltung der Rechtstreue der anderen Bürger' nötig erscheint), bzw. welche Reaktion für die weitere psychische und soziale Entwicklung des Jugendlichen als optimal angesehen werden kann" (3).

Zu diesem Aspekt, der insbesondere bei § 17 Abs. 2 JGG (Jugendstrafe wegen "Schwere der Schuld")

(1) T.v. Freyberg, Strafrecht, S. 185

(2) W. Paul, Die marx, Rechtstheorie - Wissenschaft oder Philosophie des Rechts; in: Rechtstheorie. Hrsg. v.C. Jahr und W. Maihofer, S. 219

(3) T. Feltes, Jugend, Konflikt u. Recht, S. 327f

bedeutsam wird sowie zum Nebeneinander von Erziehungs- und Vergeltungsgedanken und zum Tötungsdelikt ist das gegenwärtige Meinungsbild in der Literatur wenig ergiebig ⁽¹⁾.

Wenn Strafe und Bestrafung als letztes Mittel zur Erziehung des gewünschten Erfolges (Vermeidung weiterer Straftaten) gilt, ist die "Diskrepanz, die entsteht, wenn dieser gewünschte Erfolg auch ohne Bestrafung zu erreichen ist, die Strafe jedoch aus 'übergeordneten Erwägungen heraus' notwendig erscheint (z.B. aus generalpräventiven Gründen zur 'Verteidigung der Rechtsordnung') ist für das allgemeine Strafrecht immer noch ungelöst, auch wenn jetzt § 2 Abs. 1 des Strafvollzugsgesetzes deutlich das künftige 'Leben ohne Straftaten' als Vollzugsspiel hervorhebt (der Strafzweck bleibt davon offensichtlich unberührt)" ⁽²⁾.

Der Anspruch des Jugendstrafrechts auf einen Erziehungserfolg gerichtet zu sein, erlaubt die Bewertung, daß, tritt er auch ohne Freiheitsentzug ein, "ein Verzicht auf ihn mindestens nicht gegen den Zweck des Strafrechts" ⁽³⁾ angesehen werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Aussage von H. Henkel zu verweisen, daß "für die Sozietät keine absolute 'Strafpflicht' besteht; sie kann vielmehr auf die fällige Bestrafung unter kriminalpolitischen Zweckerwägungen verzichten, insbesondere, wenn eine Resozialisierung auch ohne Strafvollzug zu erhoffen ist" ⁽⁴⁾.

(1) vgl. dazu T. Feltes, Jugend, S. 328

(2) ib., S. 329

(3) J. Hellmer, Jugendstrafrecht, S. 8

(4) H. Henkel, Rechtsphilosophie, S. 317; vgl. auch T. Feltes, Jugend, S. 330 m.w.N.

Abgesehen von den Möglichkeiten, die nach § 47 Abs. 1 und § 56 Abs. 3 StGB einen Strafverzicht des Staates enthalten können sowie den Gründen, aus denen dieser Strafverzicht als nicht möglich dargestellt wird ⁽¹⁾, bezieht sich "die Aussage, daß in bestimmten Fällen die Bevölkerung die mildere Straftat als unangemessene Reaktion betrachten würde...nur scheinbar auf die soziale Realität; in Wahrheit ist sie eine pseudosoziologische Umschreibung dafür, daß diese Straftat nach der Auffassung des Urteilenden unter einer rechtlichen Bewertung unangemessen sei" ⁽²⁾.

Diese Begründung kann allerdings nicht für einen Strafverzicht im Bereich des Jugendstrafrechts herangezogen werden. Vielmehr dürfte bei Jugendlichen "eine solche Maßnahme eher toleriert werden als bei erwachsenen Tätern, da für Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft immer noch gewisse Spielräume bestehen, innerhalb derer abweichendes Verhalten als selbstverständlich und auch notwendig für die Jugendzeit angesehen wird" ⁽³⁾.

Dennoch wird es immer Konflikte geben, "für die Erwachsene kein Verständnis zeigen, sei es, weil sie diese tatsächlich 'nicht verstehen', d.h. nicht nachvollziehen können, oder weil die 'Schwere' des Konflikts Emotionen weckt" ⁽⁴⁾. Dennoch muß in diesen Fällen " S t r a f v e r z i c h t nicht R e a k t i o n s v e r z i c h t bedeuten, so daß das (rechtspolitische, nicht rechtsdogmatische) Problem lediglich darin be-

(1) Vgl. dazu T. Feltes, Jugend, S. 330f

(2) G. Grünwald, Hauptstrafen, S. 230

(3) T. Feltes, Jugend, S. 332

(4) ib.

steht, der Bevölkerung zu verdeutlichen, daß eine staatliche Reaktion, nicht unbedingt Strafe sein muß, daß gerade bei Jugendlichen 'die Einwirkungsmöglichkeiten ganz überwiegend den Alternativen zur Strafe und zu geschlossenen Anstaltseinrichtungen' zuzuweisen sind" (1).

Zur dogmatischen Absicherung genügt und ist umstritten, "daß sowohl die Auswahl und Ausgestaltung der Reaktionen auf jugendliches abweichendes Verhalten als auch das Eingreifen der Institutionen überhaupt immer an dem Kriterium des 'mildesten Mittels' auszurichten ist, daß solche Maßnahmen, die nicht als 'Strafe' anzusehen sind, auszuwählen sind, wenn sie geeignet erscheinen, dem Jugendlichen 'zu helfen'. Strafe und strafähnliche Maßnahmen sind, auch nach der jugendstrafrechtlichen Lehre, subsidiär gegenüber reinen Erziehungshilfen im weitesten Sinne" (2).

Auch der Einwand, das sich auf Art. 3 Abs. 1 GG stützende Gleichbehandlungsprinzip verbiete einen Sanktionsverzicht gegenüber Jugendlichen, ist abzulehnen.

Ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 Abs. 1 GG liegt nur vor, "wenn sich ein vernünftiger, sich aus der Natur der Sache ergebender oder sonstwie einleuchtender Grund für die gesetzliche Differenzierung nicht finden läßt,

(1) T. Feltz, Jugend, S. 332; vgl. dazu auch F. Sack, Kriminologie, S. 48

(2) ib., S. 335f

d.h. wenn es als 'willkürlich' bezeichnet werden muß, daß gerade auf die ungleichen Ebenen abgestellt wird. Daß Jugendliche und Erwachsene eben nicht gleich sind und daher unterschiedlich zu behandeln, war gerade die Grundlage für die Schaffung eines besonderen Jugendstrafrechts und zeigt sich auch in den verschiedensten anderen Rechtsbereichen, in denen Kindern und Jugendlichen Rechte vorenthalten werden" ⁽¹⁾.

Die laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Jugendhilferecht und zum Jugendstrafrecht ⁽²⁾ müssen sowohl die Einbeziehung des JGG in ein Jugendhilferecht als auch ein anderes Verständnis von Erziehung einschließlich der Bereitstellung von Rechten für junge Menschen beinhalten, wollen sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, gegen die Interessen der betroffenen jungen Menschen gerichtet zu sein.

(1) T. Feltes, Jugend, S. 336 .

(2) Eine Unterkommission der Kommission für Rechtspolitik beim Parteivorstand der SPD beschäftigt sich gegenwärtig mit der Reform des Jugendkriminalrecht

5. Zum Verhältnis von Erziehung und Sozialisation

Symptomatisch für die offenen Fragen und vorhandenen Mißverständnisse das Verhältnis von Erziehungswissenschaft und Sozialisationsforschung betreffend, scheint die Tatsache, daß "der" Sozialisationsbegriff häufig mit scheinbar universellem Anspruch verwendet wird, ohne daß damit eine eingehende Darlegung der Umstände seiner Entstehung, seines Inhaltes und seiner Bedeutung eihergeht ⁽¹⁾. Der Frage nach nicht explizierten theoretischen und praktischen Implikationen eines Sozialisationsbegriffs einschließlich der Ablehnung gegenüber solchen Positionen innerhalb der Erziehungswissenschaft, die einen komplexen Sachverhalt leichtfertig unter einen Begriff subsumieren ⁽²⁾, kann hier nicht näher nachgegangen werden, sie soll vielmehr auf den Problembereich aufmerksam machen, dessen Kern die Integration von Sozialisationsforschung in die Erziehungswissenschaft und die Sozialisation durch sozialpädagogische Institutionen darstellt.

Erste Ansätze von Sozialisationsforschung sind in den Arbeiten von E. Durkheim und S. Freud zu sehen, deren Arbeit auch dem Verhältnis von gesellschaftlichen Normen und deren individueller Internalisierung galt.

(1) vgl. dazu: M. Meinhold, W. Hollstein, Erziehung S. 306

(2) vgl. dazu die Dokumentation Erziehungswissenschaft, S. 317-426

Die Arbeiten zu einer empirischen Sozialisationsforschung, zunächst überwiegend psychoanalytisch beeinflusst, wurden später um die Komponenten der als abhängige Variablen betrachteten Persönlichkeitsmerkmale wie z.B. Verinnerlichung herrschender Normen, Konformität oder Leistungsmotivation ergänzt, wobei diese Auswahl auf ein Erkenntnisinteresse schließen läßt, das beabsichtigt, die Individuen umfassend in das je gegebene System zu integrieren ⁽¹⁾.

Durch das weiter verfeinerte forschungsmethodologische System wurde es möglich, "Forschungsdesigns mit einigen Dutzend Variablen anzusetzen, die genaueren Einblick in die Zusammenhänge zwischen bestimmten Momenten erzieherischen Verhaltens (meist von Müttern) und ihren psychischen Einwirkungen auf das Kind erlaubten" ⁽²⁾, ihnen aber gleichzeitig den Vorwurf eintragen mußte, "Erziehung und zu bildendes Subjekt (werden) in einem Wust von 'Variablen' aufgelöst" ⁽³⁾.

Allerdings ist auch die Abwendung der Sozialisationsforschung von den Ansätzen psychoanalytischer bzw. behavioristischer Psychologie, die Sozialisation als Aneignung von sozialen Rollen, Werten und Normen verstehen und die Hinwendung zu kognitiven und sprachlichen Bereichen der Persönlichkeitspsychologie nicht als Indiz dafür anzusehen, daß der disparate Stand der Forschungs-

(1) vgl. dazu: D. Geulen, Sozialisation, S. 97

(2) D. Geulen, Bemerkungen, S. 419

(3) ib.

entwicklung zugunsten einer umfassenden, die bisherigen Daten integrierende Sozialisationstheorie überwunden werden kann.

Wenn auch nicht bestritten werden kann, daß die Sozialisationsforschung "in einzelnen Fällen brauchbare Informationen und selbst theoretisch bedeutsame Aspekte eröffnete, hat sie insgesamt eher zu einer Atomisierung ihres Gegenstandes, des Subjekts, geführt und sich zunehmend vom alltäglichen Vorverständnis wie von möglicher Praxis entfernt" (1).

Dem leitenden Interesse bestehender Sozialisationsforschung, dargestellt in als repräsentativ einzuschätzenden Handbüchern, kann wegen der dort herausgestellten Bedeutsamkeit der Begriffe wie z.B. " 'Konformität' mit den geltenden 'Werten' und 'Normen' - als Gegenteil - 'Delinquenz' und 'Aggressivität', ferner 'Verinnerlichung' der geltenden Geschlechtsrollen, 'Leistungsmotivation', 'Intelligenz' " (2), eine kritische Funktion nicht zuerkannt werden. Die gleiche Einschätzung muß auch für die Rollentheorie gelten, die zwar in ihren Begriffen soziale Tatbestände der Gesellschaft aufnimmt, wobei aber Rollendistanz und Identität als kritisches Bewußtsein sozialen Handelns nicht ausblenden können, "daß das Individuum 'die Rolle spielt', der Rollenbegriff und das, wofür er steht...nicht transzendiert wird" (3).

(1) D. Geulen, Subjekt, S. 14

(2) ib.

(3) ib., S. 15

Nachdem in diesem kurzen Abriß herausgestellt werden konnte, "daß die bisherige Sozialisationsforschung keinen angemessenen Begriff vom vergesellschafteten Menschen entwickelt hat" ⁽¹⁾, bleibt jedoch festzuhalten, daß ihre unstrittige Bedeutung für die Erziehungswissenschaft in der neuer Erkenntnisse auf dem Gebiet frühkindlicher Erziehung mit ihren gesellschaftlichen und psychologischen Bedingungen liegt, deren "Konsequenzen nicht nur im Hinblick auf Interventionsstrategien im schulischen, vorschulischen und sozialpädagogischen Bereich (liegen), sondern auch das begriffliche-analytische und methodische Instrumentarium der Erziehungswissenschaft selbst" ⁽²⁾ zu erweitern in der Lage sind.

Aussagen über das Ausmaß der Integration der Sozialisationsforschung in die Erziehungswissenschaft scheinen dennoch ebenso wenig möglich wie die Formulierung eines eindeutigen Begriffs von Sozialisation. Die Verwendung des Begriffs Sozialisation als Oberbegriff für jeweils anzugebende sozialisationstheoretische Postulate, bei D. Geulen der "Prozeß der Persönlichkeitsgenese in Abhängigkeit von der Umwelt, die...stets historisch-gesellschaftlich vermittelt ist" ⁽³⁾, macht auf die Bedeutung des Verhältnisses von Sozialisationsbegriff und Subjektcharakter des Menschen aufmerksam. Ungeachtet der Einwände innerhalb der Sozialisationsforschung, die den Subjektcharakter des Menschen negiert sehen ⁽⁴⁾,

(1) D. Geulen, Subjekt, S. 15

(2) D. Geulen, Bemerkungen, S. 42o

(3) D. Geulen, Thesen, S. 87

(4) vgl. dazu D. Geulen, Bemerkungen, S. 42off

bleibt festzuhalten, "daß der Sozialisationsbegriff den Charakter des Menschen als Subjekt... faktisch ein(schließt)" ⁽¹⁾.

Die Annahme, "daß die bisherige Sozialisationsforschung versäumt hat, einen im Hinblick auf noch anzugebende Postulate angemessenen Begriff vom Menschen als sozialisiertem zu explizieren, daß aber ein solcher Begriff expliziert werden muß, bevor überhaupt spezifischere Hypothesen über Bedingungen und Mechanismen der gesellschaftlichen Genese des Menschen formuliert werden können" ⁽²⁾, muß daher auch zugleich bedeuten, "daß die in einer Sozialisationstheorie angesetzten Ziele bzw. abhängige Variablen das psychologische Subjekt, die Persönlichkeit in einem einheitlichen Zusammenhang und prinzipiell vollständig re-präsentieren müssen" ⁽³⁾.

Die Thematisierung der Konstituierung eines Individuums durch bestimmte Sozialisationsbedingungen, das Problem also der empirischen Erforschung der menschlichen Subjektivität, macht im Zusammenhang mit Widersprüchen innerhalb der Sozialisationsforschung auf die Fragen "nach der Art der Beziehung zwischen Umwelt und lernendem Subjekt... und die Frage, wie Sozialisationstheorie dem Phänomen individueller Einmaligkeit des Menschen gerecht wird" ⁽⁴⁾, aufmerksam.

(1) D. Geulen, Bemerkungen, : S. 423

(2) D. Geulen, Subjekt, S. 13

(3) D. Geulen, Thesen, S. 95

(4) D. Geulen, Bemerkungen, S. 423

Das Vorhandensein von Begriffen und Mechanismen, die die Aneignung von "Welt" auf psychologischer und sozialisationstheoretischer Ebene behandeln, ist nicht ausreichend dieser "Einmaligkeit" gerecht zu werden, fehlt doch z.B. für den Prozeß der Aneignung sozialer Regelsysteme eine angemessene Begrifflichkeit. Die Begriffsbildung empirischer Untersuchungen läßt darüber hinaus den Eindruck entstehen, daß, in diesem Rahmen vorgenommene Klassenbildungen, menschlicher Individualität nicht gerecht zu werden vermögen.

Die Vermutung allerdings, daß die "Vernachlässigung des Individuell-Einmaligen...in den Vorannahmen des sozialisationstheoretischen Ansatzes als solche(m) präjudiziert ist" ⁽¹⁾, erweist sich durch die Erkenntnis, "daß die Bildung des Subjekts durch kumulative Verarbeitung konkreter - und das heißt räumlich, zeitlich und psychologisch kontingenter - Erfahrungen geschieht" ⁽²⁾, mithin "jede Biographie in gewissem Maße 'einmalig' ist" ⁽³⁾, als unzutreffend.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Erörterung des Praxisverständnisses der empirischen Sozialisationsforschung steht die Betrachtung einer sich als wertneutral verstehenden Forschungspraxis, der ein erheblicher Teil der älteren Sozialisationsforschung erlegen ist. Zwar ist "eine ideologiekritische Sichtweise der auf der Persönlichkeitsseite herrschenden Begrifflichkeit eingeleitet worden und hat zu der Forderung geführt, daß So-

(1) D. Geulen, Bemerkungen, S. 424

(2) ib.

(3) ib.

zialisationsforschung vorrangig die Bedingungen einer Erziehung zur "Mündigkeit und Handlungsfähigkeit zu untersuchen habe" ⁽¹⁾, doch auch die Annahme, "daß der Sozialisationsforschung wenigstens das Problem bewußt geworden ist" ⁽²⁾, hat nicht ausblenden können, daß das normative Problem in der Erziehungswissenschaft, die Frage also, nach der Entstehung und Legitimierbarkeit pädagogischer Begriffe unbefriedigend behandelt ist.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß sowohl die Ablehnung des Sozialisationsbegriffes wie auch seine vorschnelle und unkritische Rezeption auf Sachverhalte hinweist, deren Beschreibung geeignet scheint, das Verhältnis von Erziehungswissenschaft und Sozialisationsforschung weiter zu charakterisieren.

Als "Gründe für die eilfertige Rezeption des Sozialisationsbegriffes seitens der Pädagogik" ⁽³⁾ läßt sich seine Eignung nennen, "unreflektierten Zweifel an der Formalisierbarkeit des Erziehungsgeschehens aufzufangen" ⁽⁴⁾ und "angesichts der wachsenden Erziehungskomplikationen zur Verdrängung (bzw. Rationalisierung) einer pädagogischen Resignation" zu dienen ⁽⁵⁾.

Auch die Annahme, daß "der Sozialisationsbegriff einer universalistischen Ambition des pädagogischen

(1) D. Geulen, Bemerkungen, S. 426

(2) ib.

(3) A. Schäfer, Bericht, S. 398

(4) ib.

(5) ib.

Denkens" ⁽¹⁾ entgegenkommt, weil "er verspricht, das Ganze der Veränderungsprozesse interpretierbar zu machen" ⁽²⁾, muß ebenso als charakteristisches Element des Verhältnisses von Erziehungswissenschaft und Sozialisationsforschung angesehen werden, wie das Problem des "Selbstbegründungsinteresse(s)" der Erziehungswissenschaft, "die bei der Lösung ihres Konstitutionsproblems nicht sehr erfolgreich gewesen ist" ⁽³⁾.

Die Affinitäten der Erziehungswissenschaft zum Sozialisationsbegriff liegen im engeren Sinn auch in ihrer Hoffnung, inbeschadet die Normenproblematik überwinden und mit dem Anspruch normativer Neutralität arbeiten zu können. Diese Fehleinschätzung ⁽⁴⁾ ist aber nicht in der Lage, die Chance des Sozialisationsbegriffs zu einer "ideologiekritischen Kompetenz" ⁽⁵⁾, die ihm ermöglicht, "die soziokulturelle Vermittlungsstruktur des Erzieherischen (einschließlich der korrespondierenden Denkmuster) dingfest zu machen" ⁽⁶⁾, zu unterlaufen.

Auch in der Beurteilung der Praxisrelevanz scheinen "Sozialisationstheoreme als Instrumente der

(1) A. Schäfer, Bericht, S. 398

(2) ib.

(3) ib.

(4) vgl. dazu auch H. Beck, Normativität, insbes. S. 235ff

(5) A. Schäfer, Bericht, S. 399

(6) ib.

Komplexitätsreduktion" (1) sich als Modelle anzubieten, die Erziehung organisierbar und legitimierbar gestalten können, wobei die Nachfragbarkeit der Kriterien dieser Reduktion als überflüssig angesehen wird, "weil darüber ja bereits - so wird 'naiv' unterstellt - in anderen Disziplinen nachgedacht worden ist" (2).

H. v. Hentig ist zuzustimmen, wenn er angesichts der mit "wissenschaftlichen Begriffen einhergehenden Selbstdefinition" gegenüber den "sozialwissenschaftlichen Zuweisungen besorgte Skepsis" (3) empfiehlt, genauso wie gegenüber der Forderung, daß Wissenschaft bei der "trügerische(n) Komplexitätsreduktion" (4) die "Kritik der falschen Generalisierung" (5) als ihre eigene Funktion ernstnehmen" (6) sollte.

Eine sicher notwendige wissenschaftliche Terminologie darf jedoch nicht außer acht lassen, daß neben der notwendigen Funktion von Begriffsbildungen bei sozialwissenschaftlichen Phänomenen, Problemverständnis und Problemlösungsstrategien in der Weise festgeschrieben werden, daß "dem Erkenntnisgewinn, der sich ihnen verdankt...auch

(1) A. Schäfer, Bericht, S. 401

(2) ib.

(3) H.v.Hentwig, zit. in A. Schäfer, Bericht, S.402

(4) G. Bittner, zit. in A. Schäfer, Bericht, S.402

(5) H.v.Hentwig, zit. in A. Schäfer, Bericht, S.402

(6) A. Schäfer, Bericht, S. 402

ein spezifischer Erkenntnisverlust" (1) entspricht.

Trotz angebrachter Skepsis gegenüber den Sozialisationstheorien begründende Bezugssysteme, scheint die Aussage vertretbar, daß ein nicht hinweg zu denkendes Interesse an einer Sozialisationstheorie darin zu sehen ist, daß "schon in der Alltagserfahrung...ein Interesse für Sozialisationstheorie" (2) durch die Bemühung zur "Klärung der eigenen Psychogenese" (3) vorhanden ist.

Die spezifische "Erfahrung psychisch manifestierter gesellschaftlicher Zwänge" (4) weist darauf hin, daß bei den ersten Theorien über Sozialisation, deren Absicht darin gelegen hat, "die Gründe für die subjektiv erfahrenen Zwänge aufzudecken" (5). Demgemäß kann gesagt werden, daß gesellschaftlich vermittelte Zwänge Herrschaftscharakter haben, mithin "eine Theorie, die sie als gesellschaftliche identifiziert und den Mechanismen ihrer Genese nachgeht, Aufklärung ist" (6),

Dabei muß allerdings auch unverzichtbar die Ebene der Aufschließung von "globalen gesellschaft-

(1) A. Schäfer, Bericht, S. 402

(2) D. Geulen, Subjekt, S. 23

(3) ib.

(4) ib.

(5) ib.

(6) ib.

lichen Prozessen" (1) hinzukommen, denn daran verdeutlicht sich, "daß eine Sozialisationstheorie nicht nur in Richtung auf das Individuum fragen kann, sondern umgekehrt von diesem ausgehend auch in Richtung auf die Gesellschaft und ihre strukturellen Mechanismen. Sie ist sozusagen eine Brücke, über die man von dem Punkt aus, wo der Schmerz fühlbar ist, fortschreiten kann zur Analyse seiner gesellschaftlichen Ursachen" (2).

Wenn Sozialisation als Prozeß verstanden wird, der an der "Genese des Ich" (3) maßgebend beteiligt ist, so müßte sie auch die Chance bieten können, statt eines defizienten ein mündiges Ich zu bilden.

Unter dieser Perspektive erscheinen Gesellschaft und Sozialisation nicht mehr primär als Herrschaft, sondern als eine Bedingung der Möglichkeit, Herrschaft aufzuheben" (4).

Sozialisationstheorien, die gesellschaftliche Bedingungen ausschließlich als repressive begreifen "und implizit die Dichotomie von Gesellschaftlichem und Individuellem mit der von Zwang und Freiheit zusammenfallen" (5) lassen, begeben sich der Möglichkeit "ihre Intention ganz zu er-

(1) D. Geulen, Subjekt, S. 24

(2) ib.

(3) ib., S. 25

(4) ib.

(5) ib.

füllen" (1) und "über eine nachträgliche und private Relativierung hinaus - die p o s i - t i v e n B e d i n g u n g e n einer emanzipatorischen Sozialisation an(zu)geben" (2).

Die konkreten inhaltlichen Zielsetzungen einer Sozialisationstheorie sind allerdings, wie oben angeführt, untrennbar mit einer Gesellschaftstheorie verbunden, wobei berücksichtigt werden muß, daß diese Zielsetzungen auch der Einschränkung unterliegen, das "die hermeneutische Interpretation der im Bewußtsein gesellschaftlichen Erfahrungen...seine Grenze an d e n gesellschaftlichen Ereignissen und Prozessen (findet), die keine Spuren im individuellen Bewußtsein hinterlassen haben oder sich einer hermeneutischen Interpretation nicht mehr erschließen" (3).

Die Erkenntnis, "daß eine Sozialisationstheorie über die systematische Interpretation der eigenen Psychogenese einen methodischen Zugang zu globalen gesellschaftlichen Prozessen, also zu einer Gesellschaftstheorie öffnet, daß sie eine solche jedoch nicht vollständig begründen kann" (4), sowie die Tatsache, "daß eine Gesellschaftstheorie, die alle Desiderate erfüllte, überhaupt nicht in Sicht ist" (5), nötigen zu der Annahme, "daß gegenwärtig jeder Versuch zu einer Sozialisationstheorie prinzipiell provisorisch ist" (6).

(1) D. Geulen, Subjekt, S. 23

(2) ib.

(3) ib.

(4) ib., S. 26

(5) ib.

(6) ib.

An dieser Stelle der Erörterungen kann festgestellt werden, daß zwar die kritischen Anmerkungen zu einigen Zielen herkömmlicher Sozialisationstheorie im Hinblick auf eine zureichende Konzeption von Sozialisationszielen wesentliche Gesichtspunkte erbracht haben, diese aber nicht hinreichend zu begründen sind. Dabei muß sich auch ein Begriff wie z.B. "Mündigkeit" vorhalten lassen, daß er "eher den Anspruch als die Lösung" ⁽¹⁾ bezeichnet und "gegenwärtig auch den Anspruch bereits verschleiern zu helfen" ⁽²⁾ scheint.

Die Erziehungswissenschaft, "die aus konstitutionellen Gründen auf die Rezeption sozialwissenschaftlicher Begriffe und Modelle nicht verzichten kann" ⁽³⁾, muß sich in erheblichem Maß einer Skepsis verpflichtet wissen, die in der Praxis auf Verantwortlichkeiten insistiert und verhindert, daß die Erziehungswissenschaft "sich im Windschatten 'großer Theorie'...davonschleicht" ⁽⁴⁾. Eine Kritik an herkömmlicher Sozialisationstheorie, "die die vorschnell prätendierte Identität von Begriff und Sache bestreitet und so deren unabschließbare Vermittlung immer wieder thematisiert" ⁽⁵⁾, muß dabei aber auch "reflektiertes Engagement für das pädagogische Phänomen, das Sozialisationstheorie allzu rasch auf den Begriff gebracht hat" ⁽⁶⁾, zu leisten in der Lage sein.

(1) D. Geulen, Thesen, S. 98; vgl. dazu auch Punkt 5.2.

(2) ib.

(3) A. Schäfer, Bericht, S. 402

(4) ib. S. 403

(5) ib.

(6) ib.

Zentrale Bezugsgröße in der Bearbeitung der Gesamtproblematik unter dem Aspekt, Aussagen über das Verhältnis von Erziehung und Sozialisation zu treffen, ist die Sozialisation durch sozialpädagogische Institutionen. Dabei erscheint es von großer Bedeutung, das Verhältnis von der Arbeit sozialpädagogischer Institutionen und sozialpädagogischer Literatur und gesellschaftlicher Entwicklung der Sozialpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen exemplarisch am Beispiel des sozialpädagogischen Arbeitsfeldes Heimerziehung darzustellen.

Unabhängig von ihrem gesetzlichen Auftrag ⁽¹⁾ sind Institutionen der Jugendhilfe auch "anderen Funktionszusammenhängen verpflichtet, die nicht durch eine erzieherische Definition sozialpädagogischer Leistungen, sondern durch ordnungs-, sozial- und verwaltungspolitische Definitionen geprägt sind" ⁽²⁾. Sozialpädagogische Institutionen müssen auch unter dem Aspekt "der Bearbeitung sozialer Probleme, der Kontrolle abweichenden Verhaltens, des Ausgleichs von 'Erziehungsdefiziten' und der Versorgung mit sozialen Denkleistungen definiert" ⁽³⁾ werden .

Wenn auch Jugendhilfe und ihre Institutionen nicht mehr den kriminal- und ordnungspolitischen Charakter den aus dem traditionellen Kernbereich "Fürsorgeerziehung" stammenden Problemdefinitionen und Handlungsspielräumen unterliegt (Befriedung und

(1) Für den Bereich der öffentlichen Erziehung, insb. der Heimerziehung, vgl. Kap. 5.3 der Arbeit

(2) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 552

(3) ib.

Kontrolle von abweichendem Verhalten), so hat doch eine Definitionsverschiebung stattgefunden, nach der die "Interventionsanlässe...zwar heute noch großteils über abweichendes Verhalten, die fachlichen Indikationen aber zunehmend über personale Problemstrukturen der betroffenen Kinder und Jugendlichen - also im weitesten Sinne 'sozialisatorisch' definiert" (1) werden.

Das institutionelle Korrelat dieser Definitionsverschiebung liegt darin, "daß heute abweichendes Verhalten und Auffälligkeit bei Kindern und Jugendlichen in erster Linie als Indikatoren für Erfolge oder Mißerfolge der Erziehungsträger Familie und Schule gewertet werden" (2) .

Durch eine wachsende "sozialstaatliche Inpflichtnahme der sozialpädagogischen Institutionen" erfahren diese "im Rahmen der Ausweitung und Ausdifferenzierung" (und einer, in Veränderung begriffenen Rechtsanspruchslage, EG) eine "Funktionserweiterung im Kontext der Entwicklung des öffentlichen Erziehungssystems", zu der auch zunehmend Funktionen der "sozialen Reproduktion" (3) kommen.

Da eine Verständigung innerhalb der Sozialpädagogik über den Begriff der Sozialisation im Sinne vorfindlicher Theorien der Sozialisationsforschung (z.B. Rollentheorie, Lerntheorie) und deren Instrumentalisierung nicht möglich ist, ist das

(1) L. Böhnisch, W.Schefold, Sozialisation, S. 552

(2) ib.

(3) ib.; vgl. dazu auch A. Gärtner, Ch. Sachße, Sozialarbeit

Konzept "Sozialisation" vielmehr "für die Thematisierung historischer Veränderungen (z.B. auf der Ebene des Konzepts der 'sozialisierten Person', des Verhältnisses von öffentlicher und privater Sozialisation etc.) offenzuhalten. Es hat hier (dann) eher die Funktion eines Paradigmas denn eines Zuganges zu partiellen Theoriestücken, mit denen Teilelemente des sozialpädagogischen Problemhorizonts in der Regel sichtbar gemacht werden sollen" (1).

Das aus der Zeit reformpädagogischer Initiativen (2) stammende, mittlerweile überkommene Paradigma "Eingriff versus Erziehung" reduziert "das Verhältnis von Problem- und Interventionsstrukturen auf die Ebene institutioneller und normativer Definitionen und kann den historischen Prozeß der realen Problementwicklung öffentlicher Erziehung im Kontext der Veränderung gesellschaftlicher Definitionen nicht erfassen.

Allerdings wird mit einer sozialisationsbezogenen Analyse nur die Veränderung der Problemstrukturen, auf die sozialpädagogische Interventionen bezogen sind, deutlich" (3).

Der andere Aspekt sozialpädagogischer Interventionen, die Entwicklung und Merkmale ihres Interventionscharakters sind auch mit "einem historisch gewendeten Paradigma Sozialisation nicht hinreichend

(1) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 553

(2) vgl. dazu H. Nohl, Jugendwohlfahrt, G. Bäumer, Sozialpädagogik,

(3) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 553; vgl. dazu auch Punkt 5.3.

erklärbar" (1). Wenn auch innerhalb der Sozialpädagogik Handlungsfelder zunehmend mehr unter sozialisationstheoretischen Aspekten definiert und legitimiert werden (2) und auch die "sozialpädagogische Professionalisierung...von dieser Orientierung geleitet" ist, bleibt dennoch "der intendierte Zweck sozialpädagogischer Institutionen vorrangig anderen Definitionen und Funktionszuweisungen unterworfen" (3).

Wurde bis jetzt nur auf den allgemeinen Kontext, innerhalb dessen sozialpädagogische Institutionen im Erziehungsbereich angesiedelt sind, eingegangen, so soll im folgenden zum Sozialisationsbezug der sozialpädagogischen Institution Heimerziehung Stellung genommen werden.

"Anders als bei den übrigen sozialpädagogischen Institutionen scheint das Erziehungsheim durch die Totalität seines Erziehungsspektrums auf den ersten Blick einer an Prinzipien der Sozialisationsforschung orientierten Rekonstruktion zugänglich" (4). Obwohl die Verweildauer der eingewiesenen Kinder und Jugendlichen im Heim bei einem Drittel zwei bis fünf Jahre, bei einem Siebentel über 5 Jahre liegt (5), läßt sich Heimerziehung nur schwer in ihrem Sozialisationsbezug konstruieren.

(1) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 554
vgl. dazu auch H. Asperger, F. Haiger (Hrsg.),
Familie, Das Werden sozialer Einstellungen in
Familie, Schule und anderen Sozialformen,
Wien 1974

(2) So zuletzt im 5. Jugendbericht der Bundesregierung

(3) vgl. dazu auch A. Murswieck (Hrsg.), Sozial-
sektor; insbes. F. Tennstedt, Sozialsektor, in:
A. Murswieck, Sozialsektor

(4) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 556

(5) IGfH, Indikationen, MS ISS, 1978, zit. n. L.
Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 556

Das unvollständige Bild über die sich dort konkret ereignenden sozialisatorischen Entwicklungs- und Interaktionsprozesse kommt zustande, weil "das Erziehungsheim als Agentur öffentlicher Kontrolle, als Station einer 'devianten Karriere', als stigmatisierende Instanz den betroffenen Jugendlichen in dem Maße sozial etikettiert, als es seine subjektiven Entwicklungs- und Bewältigungsprobleme, seine authentische Subjektleistung unterdrückt und verformt" ⁽¹⁾. Insofern existieren mehr Informationen über den spezifischen Interventionscharakter von Heimerziehung, wobei in diesem Zusammenhang auch das Fehlen einer eindeutigen sozialisatorischen Indikation konstatiert werden muß. Die bisher gebräuchliche, als verwaltungsbezogen zu qualifizierende Legitimation "allein die Heimerziehung garantiere bei abweichendem Verhalten durch Abschirmung negativer Einflüsse und Bereitstellung eines besonderen sozialen Lernfeldes eine fachlich-pädagogische Einflußnahme, welche die Familie nicht leisten kann, ist durch alternative Erfahrungen mit Pflegefamilien und Wohngemeinschaften überholt" ⁽²⁾.

Die negativen Folgen dieser "verwaltungsbezogenen Legitimation" sind denn auch oft im Zentrum sozialpädagogischer Kritik ⁽³⁾.

Selbst wenn diese Bedingungen und Effekte einer typischen "Heimsozialisation" zunehmend durch eine

(1) L. Böhnisch, W.Schefold, Sozialisation, S. 556; vgl. dazu auch H.Rosenbaum (Hrsg.), Familie

(2) ib.

(3) vgl. dazu H. Wenzel, Kritik; : B. Gutenberger, V. Sprau-Kuhlen, Erziehungshilfen, K. Rehbein, Erziehung

verstärkte therapeutische Ausrichtung der Heimerziehung verändert werden, "ist die Definition dessen, was als behandlungsbedürftiges Problem zu gelten hat, bei den vor allem sozial- und lebensgeschichtlich induzierten Problemkonstellationen der Heimbewohner noch wesentlich schwieriger und widersprüchlicher als im klinisch-therapeutischen Bereich. Auch wenn es gelingt, über vom Heimalltag isolierte Einzel- und Gruppentherapieangebote hinaus zu einer Abstimmung und Verzahnung von Heimalltag und Therapieangeboten im geplanten 'therapeutischen Milieu' zu kommen, bleiben die strukturellen Probleme der Heimerziehung bestehen: Die institutionelle Abgeschlossenheit des Heimes verschränkt sich in problematischer Weise mit der arrangierten Geschlossenheit therapeutischer Lebenswelten" ⁽¹⁾.

Durch fehlende, zum herkömmlichen Angebot der Heimerziehung, alternierende Angebote ⁽²⁾, bleibt diese auch mit therapeutischer Ausrichtung nur die Fortschreibung sattem kritisierten Verhältnisse.

Insofern müssen auch Untersuchungen zum Wirkungsgrad von Heimerziehung fragwürdig erscheinen, wenn diese sich nur auf die "Legalbewährung" konzentrieren "und damit die personale Komponente der Lebensbewältigung übergangen wird."⁽³⁾ Ebenso kann ein langer Heimaufenthalt "Beleg für eine hohe Konfliktbelastung zur Zeit der Heimeinweisung wie

(1) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 557

(2) vgl. dazu z.B. den Beitrag von H. Kéupp, Sozialisation, S. 575-602

(3) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 557

vgl. dazu L. Pongratz, O. Hübner, Lebensbewährung;
H.J. Martikke, Fürsorgeerziehung,

ein Indiz für die Eigendynamik der Heimerziehung sein, die aufgrund ihrer Strukturbedingungen den Heimaufenthalt verlängert" (1).

Ansätze zu einer sozialisationsbezogenen Bearbeitung der Indikationen von Heimerziehung, die diese "widersprüchliche Eigendynamik" ausblenden will und darum den biographischen und institutionellen Kontext der Heimeinweisung einbezieht (2), stößt dann wieder auf andere Probleme, "weil Heimeinweisungen als die biographisch wohl einschneidendsten Maßnahmen in der Regel nicht sozialisatorisch definiert, sondern in den meisten Fällen als bloße Verwaltungsakte des Jugendamts oder Anordnungen des Vormundschaftsrichters ohne persönliche Verständigung mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen erfolgen" (3).

Die Heimeinweisungen stützen sich vielmehr auf Kategorien, "die in ihrem fachlichen Indikationswert eigentlich unbrauchbar sind (in der Hälfte der Fälle werden 'Erziehungsmängel' und 'Erziehungsunfähigkeit der Eltern' angegeben),...dienen vielfach dazu, die lange aktenkundige Verfolgung einer 'Problemfamilie' mit dem Heimeinweisungsakt zu legitimieren und reduzieren den Problemkontext der Betroffenen auf die Definitionen, die der Jugendhilfe im Rahmen ihrer administrativen Interventionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen" (4).

Für den Gesamtbereich Sozialisation durch sozialpädagogische Institutionen ist festzuhalten, "daß in der Forschung über sozialpädagogische Institutionen kaum Arbeiten zu finden sind, die sozialpädagogische Arrangements als Sozialisationskontexte so begreifen, daß eine empirische Nachprüfbarkeit von Sozialisationswirkungen über alltagssprachlich

(1) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 557

(2) vgl. dazu J. Rumpff, Heimerziehung

(3) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 557

(4) ib. S. 557f

festgestellte Funktionszuschreibungen hinaus möglich wird. Das Konzept Sozialisation taucht in den meisten Erfahrungsberichten über Modelle, Methoden, Konflikte zwar auf, es erscheint jedoch als Rahmenkonzept, das die gesellschaftliche Wirkung von sozialpädagogischem Handeln allgemein umschreiben soll und nur von Fall zu Fall theoretisch ausgewiesen und methodisch operationalisiert wird" (1).

Wenn z.B. "Autonomie, Kreativität, Sexualität und Sozialität als fundamentale Leitkategorien der Sozialisation" (2) dargestellt werden, dienen solche Zielvorstellungen so eher einer "intersubjektiven Verständigung über die Intention von Maßnahmen, nicht aber als analytische Konstrukte, die gerade die Wirksamkeit dieser Intentionen infrage stellen könnten", bzw. "der Vergewisserung von professionellem Selbstverständnis, der Legitimation der Institution nach außen" (3).

Der 'Sozialisation' als "realer Prozeß verstanden, wird unterstellt: in für die sozialpädagogische Literatur charakteristischen Formulierungen wie 'Beiträge zur Sozialisation', 'Sozialisationseinflüsse' und 'Sozialisationsleistungen' als Effekt sozialpädagogischen Handelns postuliert."

'Sozialisation' hat offenbar die Funktion einer für die Prozeßion identitätsstiftenden gesellschaftlichen Ortsbestimmung gewonnen, eine Modernisierung des mit negativen Konnotationen beladenen Begriffs 'Erziehung'. Die analytische und damit gegenüber pädagogischer Normativität kritische Intention des Sozialisationsbegriffs, die mehrfach herausgestellt worden ist, scheint in der sozialpädagogischen Verständigung verloren gegangen zu sein" (4).

(1) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 565

(2) BMJFG (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 32

(3) L. Böhnisch, W. Schefold, Sozialisation, S. 565

(4) ib.

5.1. Die Gewährleistung des Rechts auf Erziehung durch die Jugendhilfe

Im Regierungsentwurf zur Schaffung eines neuen Jugendhilfegesetzes wird, wie auch in allen vorangehenden Entwürfen und dem noch gültigen JWG, das staatliche Selbstverständnis öffentlicher Erziehung durch den Programmsatz des § 1 deutlich, Kindern und Jugendlichen gleichermaßen "ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit" ⁽¹⁾ zu gewährleisten. Als Bezugsrahmen dafür gilt die Maßgabe, daß der "demokratische(n) Rechtsstaat...die Staatsform mit dem größten Freiheits- und Gestaltungsraum" ⁽²⁾ darstellt und dieser wird "identifiziert mit der Garantie einer optimalen Persönlichkeitsentfaltung" ⁽³⁾.

Die Annahme dieses "Kompatibilitätstheorems" ⁽⁴⁾ versetzt denn auch die Verfasser des JHG-RegE von 1978, mit dem Anspruch Kinder und Jugendliche zu befähigen, "ihre eigenen Rechte und Interessen unter der Achtung der Rechte anderer wahrzunehmen" ⁽⁵⁾ einerseits und ihre "Pflichten gegenüber Mitmenschen, Familie, Gesellschaft und Staat zu erfüllen" ⁽⁶⁾ andererseits in die Lage, eine scheinbar homogene und widerspruchsfreie Erziehungsstrategie darzubieten.

(1) § 1, 1 JWG

(2) JB-SH, 1976, S. 7, zit. nach W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 38

(3) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 38

(4) ib.

(5) § 1 ESGBJ

(6) ib.

Demgegenüber ist aus der Erörterung der Funktion der Jugendhilfe deutlich geworden, daß pädagogisches und politisches Bezugssystem einander widersprechen ⁽¹⁾. Als in verantwortlicher Weise daran beteiligt, lassen sich dafür drei Bereiche beschreiben:

- Die Darstellung eines widerspruchsfreien Systems bezogen auf pädagogische und politische Aufgabenstellungen in der Jugend- und Familienpolitik läßt den Schluß zu, daß bei Problemdefinitionen und Lösungsperspektiven "eine primäre Orientierung an den erzieherischen Bedürfnissen und Problemen der (Kinder und; E.G.) Jugendlichen nicht stattfindet" ⁽²⁾.
- "Die Diskrepanz zwischen den hehren pädagogischen Zielen der Jugendpolitik und der permanenten Mißachtung von elementaren Voraussetzungen eines 'Rechts auf Erziehung' für alle Jugendlichen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit...wirft notwendig die Frage auf, ob denn Jugendpolitik auf eine Überwindung dieser Diskrepanz hin angelegt ist bzw. ihre (immer begrenzten) Möglichkeiten ausgeschöpft hat" ⁽³⁾.
- Erklärungsversuche zum "Effektivitätsproblem" der Jugendpolitik sehen "staatliche Jugendpolitik unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen in dem grundsätzlichen Dilemma, das 'Wohl der Jugend' sichern zu wollen ,

(1) vgl. dazu Kap. 2.1

(2) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 62

(3) ib.

ohne dies - infolge staatlicher Verantwortung für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses mit allen dazugehörigen 'Folgeproblemen' - auch tatsächlich tun zu k ö n n e n " (1).

Unter Berücksichtigung dieser Einschätzungen läßt sich für den Bereich der konzeptionellen Selbstdarstellungen staatlicher Jugendpolitik sagen, daß sie " n i c h t p r i m ä r der Entfaltung der jugendlichen Persönlichkeit, sondern der Bewältigung aktueller Probleme der Sicherung der allgemeinen und äußeren Voraussetzungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses" dient, "insofern diese Probleme einen spezifischen Bezug zu Bedürfnissen, Interessen und Verhaltensweisen Jugendlicher in ihrem Verursachungs- und/oder Bewältigungszusammenhang aufweisen" (2).

Die integrationspolitische Orientierung, die sich durch den Widerspruch aus ihrer offiziellen Aufgabenstellung einer Persönlichkeitsförderung und ihrer faktischen Aufgabe der sozialen Integration und Kontrolle ergibt, läßt im Zusammenhang mit der "Analyse der Begründungen für staatliche Jugendpolitik" erkennen, "daß Maßnahmen nicht primär aus Sorge um die Entfaltung der jugendlichen Persönlichkeit und zur Sicherung der Rechte, Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen befürwortet und begriffen werden" (3).

(1) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 62

(2) ib., S. 63

(3) ib., S. 99;

Vielmehr muß als Motiv für derartige Bemühungen ein integrationspolitisches Motiv angenommen werden, das "im Hinblick auf die subjektiven Funktions- und Stabilitätsanforderungen des bestehenden ökonomischen und politischen Systems" (1) als "Versuch der Bearbeitung als dringlich empfundener Qualifikations- und Legitimationsprobleme" (2) anzusehen ist.

Die Beschreibung der Daseinsform junger Menschen als "Jugend" stellt denn auch eine Abstraktion dar, "die 'Jugend' zum Forschungsobjekt stilisiert" und außer acht läßt, daß Jugend "keine in sich geschlossene Gruppe (bildet), die empirisch in Erscheinung tritt" (3).

Wenn "Jugend" aber keine bestimmbare Größe darstellt, scheint deren Beschreibung offenbar auch die Aufgabe zu erfüllen, den Benutzern dieser Kategorie ein Gefühl der Sicherheit zu gewähren.

Entsprechend der Definition von P. Kroepe:

"Lernziele sind Aussagen, die k ü n f t i g e Verhaltensweisen Lernender v e r b i n d - l i c h festlegen" (4), gelten Erziehungsziele als "eine Art Investition, die in der Erwartung geschieht, zu gegebener Zeit den vorausberechneten Ertrag empfangen zu können" (5).

(1) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 99

(2) ib.

(3) H. Kupffer, Jugend, S. 11

(4) P. Kroepe, Theorie, S. 65

(5) H. Kupffer, Jugend, S. 12

Dabei ist das "Denken in den Kategorien von Zwecken und Mitteln, Ursachen und Wirkungen" aber in der Pädagogik und für den Bereich Sozialwissenschaften kaum brauchbar, ist doch aus dem Verhalten von Kindern und Jugendlichen "nicht ohne weiteres auf die ihm als 'Ursache' vorausliegende Erziehung zurückzuschließen, da alle Erziehung, die mehr sein will als Dressur, mehrere Möglichkeiten des Verhaltens offen läßt" (1).

Inhaltlich bedeutet diese Aussage, daß ein Erziehungsziel wie z.B. "Mündigkeit" durch eine Beibehaltung des traditionellen, "durch Zweckhaftigkeit, Zwang und Herrschaft gekennzeichneten Erziehungsbegriff(s)" (2) ausgeschlossen bzw. durch Erziehung, die dem naturwissenschaftlichen Schema von Ziel, Mittel und Erfolg verhaftet ist, nicht zu erreichen ist.

Der traditionelle Erziehungsbegriff, in dem sich Kinder und Jugendliche in einer Objektstellung befinden, findet seine Entsprechung in der offiziellen Pädagogik. Sie stellt sich als der Ort dar, an dem "jede Gesellschaft ein Idealbild ihrer selbst" (3) entwirft. Das Ziel, "das Kind vor den Konflikten der Erwachsenen zu bewahren, läßt im Erwachsenen den Abstand zwischen seinem Leben als Kind und seinem Leben als fertiger Mensch nur desto stärker hervortreten" (4).

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 13

(2) ib.

(3) ib., S. 15

(4) M. Foucault, Psychologie, S. 122f

Die pädagogische Entfremdung, die zum einen als Hervorhebung des Auftrages, der Stellung und der Zielsetzung des Erziehenden beschrieben werden kann, ⁽¹⁾ drückt sich auch darin aus, "daß die offizielle Erziehung immer mehr die Merkmale industrieller Produktion annimmt" ⁽²⁾.

H. Kupffer charakterisiert diesen Prozeß in vier Bereichen als

- "den Vormarsch des technologischen Denkens, das zwar "als Gegengewicht zu idealistischer Überhöhung und ungeprüfter Meinung verstanden werden kann" ⁽³⁾, aberkennt, wie am Beispiel des Überweisungsverfahrens für Sonderschüler zu verdeutlichen ist, daß diese "höchst problematische Einteilung" ⁽⁴⁾ darauf hinausläuft, "die Funktionstüchtigkeit des Kontrollsystems zu erhalten, anstatt seine kritische Potenz auszuschöpfen und diesen ganzen Vorgang infrage zu stellen..." ⁽⁵⁾,

- die U m k e h r u n g v o n Z i e -
l e n u n d M i t t e l n " , bei der
"laufend Erziehungsziele produziert (werden),
um die Maschinerie des pädagogischen Betriebes in Bewegung zu halten" ⁽⁶⁾.

Insbesondere muß betont werden, daß Erziehungsziele "de facto nicht als Ziele, sondern als

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 16; vgl. dazu auch Punkt 5.1
und K. Rehbein, Jugendhilfe

(2) ib., S. 17

(3) ib.

(4) ib., S. 18; vgl. dazu auch I. Abé u.a., Kritik

(5) ib.

(6) ib.

Mittel wirken" (1), weil sie die Funktion haben, immer neuen Bedarf zu wecken. Die "pädagogischen Produktionsmittel" (2), mit denen Normen gesetzt und Institutionen organisiert werden, stehen in der Erziehungswirklichkeit nicht zur Verfügung.

Zwar stellen Bereiche wie "persönliche Zuwendung, ausgefeilte Unterrichtsmethode (oder) kooperatives Verhalten" (3) pädagogische Mittel im engeren Sinn dar, doch der Zugang zu den "wirklichen Produktionsmitteln" wie "Institutionen, Gesetzen, Verordnungen (oder) sozio-ökonomisch begründeten Erziehungszielen" (4) liegt außerhalb jeder pädagogischen Praxis, in der ein dort Tätiger um den Nachweis bemüht sein muß, "Arbeits- und Lernkapazitäten...auszuschöpfen, meßbare Erziehungserfolge vorzuweisen und das technologische Instrumentarium zu nutzen" (5).

Somit "wirkt er im Mechanismus der offiziellen Pädagogik und muß dort den Jugendlichen als Erziehungsobjekt verwerten, agiert aber dabei keineswegs als Subjekt, sondern als Objekt des Apparates" (6).

Dementsprechend kann festgestellt werden, daß "der herkömmliche Erziehungsbegriff und die ihm zugrunde liegende gesellschaftliche Struktur notwendig ein Element der Entfremdung ent-

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 19

(2) ib.

(3) ib.

(4) ib.

(5) ib., S. 20

(6) ib.

halten" (1), an dem auch "Erziehungsziele wie Emanzipation, Selbstbestimmung und Mündigkeit nichts ändern" (2).

Weder das Beharren auf einer strukturellen Ordnung noch bestimmte Ziele und Mittel führen zur Entfremdung, vielmehr ist es der charakteristische, sich in doppelter Distanz präsentierende Erziehungsbegriff, bei dem "die Erziehungspartner nicht nur voneinander distanzieren" (3), sondern jeweils auch noch in höhere Zwecke eingespannt sind.

Die Versuche, Angebote an Erziehung zu verteilen, gleiche Chancen herzustellen und "jedem einen gerechte(n) Anteil am pädagogischen Gesamtprodukt" (4) zuzuweisen, der Versuch also, "Erziehung unter dem Gesichtspunkt des Konsums zu regeln, ließen den Produktionssektor unberücksichtigt. Was als Ziel ausgegeben wurde, war in Wirklichkeit nur Mittel" (5).

Die spätestens an dieser Stelle der Erörterung auftauchenden Fragen nach den Produzenten von Erziehung, deren Interessen, den Verhältnissen, in denen die Produktion stattfindet, sowie nach der Möglichkeit einer eigenen Entscheidung bisher nur betroffener Objekte, die in der Lage sind, "die gesellschaftliche Dimension des pädagogischen Ziel - Problems sichtbar werden" (6)

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 20

(2) ib.

(3) ib.

(4) ib.

(5) ib.

(6) ib.

zu lassen.

- stillschweigende Verpflichtung jedes Erziehers "über seine Berufspflicht hinaus zusätzlich... jene unmeßbare Leistung" zu erbringen, die als "sein sachliches Engagement, seine Beschäftigung mit jungen Menschen" oder als "sein persönlicher Einsatz in der Institution" (1) beschrieben werden kann. Obwohl er "innerhalb der sozioökonomischen Struktur nur als ausführendes Organ wirkt, wird ihm nahegelegt, sein Handeln mit dem alten pädagogischen Idealismus zu umkleiden" (2), der, wie auch "der in der Reformpädagogik beschworene 'pädagogische Bezug' " dazu beiträgt, Harmonie vorzutäuschen, "in Wirklichkeit aber Interessen Außenstehender artikuliert" (3).

- Fixierung auf bestimmte Rollen. Als Grund dafür ist die Vorstellung anzusehen, daß menschliche Beziehungen nur durch "einen begrenzten Bestand an konstanten Grundmustern" (4) repräsentiert werden können. Dieser Ansatz, in dem beide Erziehungspartner gezwungen sind, "sich mit dem offiziellen Gesamtsystem zu identifizieren" (5), beinhaltet eine Verteilung, bei der "der eine das Gute als eine selbständige Qualität schon 'hat' und damit umgehen kann,

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 20

(2) ib., S. 21

(3) ib.

(4) ib.

(5) ib.

während der andere diesem Guten gegenüber noch blind ist" ⁽¹⁾. Der Zwang des Erziehers "als Vermittler des Guten zu operieren" , setzt voraus, "daß das Gute außer ihm selbst liegt und also nur durch Weisung entgegengenommen werden kann" ⁽²⁾.

In der, "dem Erzieher angesonnenen Herrschaft" ⁽³⁾ über Kinder und Jugendliche manifestiert sich die Herrschaft der Gesellschaft über die Erzieher. Wenn sich aber "das Gute in der unverstellten Kommunikation realisieren (könnte), dann hätte dieser Begriff von (entfremdeter, E.G.) Erziehung keinen Ort mehr" ⁽⁴⁾.

Bei der Erörterung der Gewährleistung des Rechts auf Erziehung durch die Jugendhilfe findet die pädagogische Entfremdung ihren spezifischen Ausdruck in theoretischen Deutungsversuchen von Ursachen und Bedingungen von Konflikten sowie deren Entsprechung durch die Jugendhilfe im Kindes- und Jugendalter.

Die traditionelle Sichtweise dieser Konflikte stellt als Ursache von Anpassungskonflikten einmal die "Reifungskrisen" der individuellen biologisch-psychischen Entwicklung heraus, zum anderen werden "Orientierungsprobleme", verstanden

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 21

(2) H. Kupffer, Herrschaft, S. 21

(3) ib.

(4) ib., S. 22

als widersprüchliche soziale Rollenmuster bzw. Wertorientierungen für die "Verhaltensunsicherheit" verantwortlich gemacht (1).

Mit der Feststellung, daß "Unruhe, Krisenhaftigkeit und Ungebändigkeit des Jugendalters etwas Natürliches, Entwicklungsbedingtes (sei)" (2), werden dieser individualpsychologischen Betrachtungsweise zufolge, Kinder und Jugendliche selbst für die Konflikte im Sozialisationsprozeß verantwortlich gemacht.

Die als naturnotwendig angesehenen "endogenen Reifungskrisen" werden mit der Bereitstellung von "Freiraum" und psychologischem Verständnis von Erwachsenen als am besten gelöst, bzw. als den geringsten Schaden anrichtend, gesehen. Dabei werden weder in der Erörterung der Ursachen noch in den Vorschlägen zur Lösung von Konflikten im Jugendalter soziale Bedingungen berücksichtigt.

Zwar schien die soziologische Variante dieses Verständnisses die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen pädagogischen Handelns mit einzubeziehen, wenn festgestellt wurde, daß die "industriell-bürokratische Sozialstruktur" (3) die Autonomie der Jugendphase nicht abstütze. Problematisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die industriell veränderte Produktions- und Gesellschaftsverfassung und sich daraus er-

(1) vgl. zum jugendpsychologischen Aspekt dieser Position, E. Spranger, Psychologie; H. Nohl, Jugendwohlfahrt, E. Weniger, Jugendpflege

(2) H. Giesecke, Jugendarbeit, S. 134

(3) vgl. dazu H. Schelsky, Generation, S. 18

gebende neue Formen des Übergangs zum Erwachsenenstatus, "die sowohl 'sichernde' als auch 'verunsichernde' Faktoren enthielten" (1).

Dennoch muß festgestellt werden, daß trotz des von Schelsky eingebrachten Zusammenhangs von Konflikten im Kindes- und Jugendalter und der Sozialstruktur "letztlich nur die Jugendlichen selbst" (2) problematisiert wurden.

Beiden dargestellten Positionen kann mithin keine Eignung im Hinblick auf die Weiterentwicklung einer Jugendpolitik zuerkannt werden, "die fortwährend Entscheidungen in Reaktion auf soziale Bedingungen trifft" (3). Jedoch bleibt festzuhalten, daß diese Deutungsmuster ein spezifisches Praxisverständnis in der Sozialpädagogik bewirken konnten (4).

Diese Ansätze sind für die Jugendhilfe über einen langen Zeitraum wirksam gewesen und ihre Bedeutung gipfelt in der jugendpolitischen Diskussion strapazierten Aussage, daß der aus "seelischer Zerrissenheit und Ambivalenz von Heranwachsenden äußerlich gezeigte Protest...als ein i n n e r ... Konflikt gedeutet" (5) wird. "Es wird so das Problem der jugendlichen Unruhe auf die Forderung nach gewissen pädagogischen Hilfestellungen der Erwachsenen reduziert, damit

(1) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 105

(2) ib.

(3) ib., S. 106

(4) vgl. dazu W. Hornstein, Aspekte, S. 12

(5) G. Hartfiel, Generation, S. 129

dieser psychisch-naturgesetzmäßige Protest glimpflicher...abläuft...,und sein mitunter auch nach außen hin in Erscheinung tretender Verhaltensmodus als Quelle sozialer Unruhe minimal gehalten werden kann" (1).

Eine, diesen Ansatz relativierende Konfliktsichtweise geht davon aus, "daß Sozialisationsprozesse in einer sich rapid wandelnden Gesellschaft nicht naturwüchsig belassen werden können" (2). Begründet wird dieses mit der Zunahme von Konflikten im Sozialisationsprozeß und der Annahme, daß " 'Mündigkeit' als Erziehungsziel nur durch die Organisation von komplexen Lernprozessen erreichbar sei" (3).

Diese Diskussion nahm Forderungen auf, in denen die "Thematik, die weit über Inhalt, Fragestellungen, Kategorien und Modelle der Schulpolitik

(1) G. Hartfiel, Generation, S. 129

(2) W. Hornstein, Jugendhilfeforschung, S. 46

(3) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 107; vgl. dazu auch C.W. Müller, Jugend; K. Mollenhauer, Sozialpädagogik; H. Giesecke, Sozialpädagogik, S. 359;

hinausgeht" (1), in der Weise verstanden wurde, "den breiten Hintergrund gesellschaftlicher Tatsachen mit einzubeziehen" (2), als eine wichtige Voraussetzung für eine "zielgerichtete jugend- und sozialisationspolitische Einflußnahme" (3).

Mit der Frage nach den gesellschaftspolitischen Interessen und Bedingungen, unter denen Jugendhilfe und Jugendpolitik geschieht, sind dann auch die "Ergebnisse der Sozialisations- und Begabungsforschung, die auf den Zusammenhang von wirtschaftlich-beruflicher Situation der Eltern und deren Erziehungsverhalten und die Bedeutung des sozialen Milieus für die Begabungs- und Sprachentwicklung" (4) hingewiesen haben, eingebracht worden.

Dennoch muß, trotz eines von H. Giesecke eingebrachten Versuchs, für subjektive Konflikte einen gesamtgesellschaftlichen Bezugsrahmen zu schaffen und dementsprechend dieser Position eine stärkere gesellschaftskritische Akzentuierung zu verleihen, diesem, und dem Ansatz von W. Hornstein, eine ungenügende Reichweite zur Problemerkfassung bescheinigt werden. Beide reihen die Faktoren, die nach ihrer Meinung für das Entstehen von Konflikten im Kindes- und Jugendalter verantwortlich sind nur aneinander, wie z.B. "ökonomische Interessengruppen, Milieuunterschiede, Industrialisierung ... (aber) nirgendwo eine theoretisch auch nur halbwegs konsistente Gesellschaftsanalyse sichtbar" (5).

(1) W. Hornstein, Perspektiven, S. 310

(2) W. Hornstein, Jugendforschung, S. 12

(3) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 108

(4) ib.

(5) ib., S. 109

Als Folge davon wird "Jugendhilfe von vornherein auf eine Strategie der individuellen Konfliktbearbeitung verwiesen" ⁽¹⁾, wobei durch sozialpädagogische Angebote an junge Menschen die Funktionsfähigkeit des Bildungswesens nicht gefährdet werden soll, damit aber gleichzeitig der Anspruch aufgegeben werden muß, dann, als Theorie einer Intervention, noch gesellschaftspolitische Ansprüche vertreten zu können ⁽²⁾.

Eine in diesem Zusammenhang stehende "Forderung nach der Berücksichtigung der 'sozialen Realität der Betroffenen' in der Bildungsplanung und die Warnung vor einer 'technologisch reduzierten, auf organisatorische, finanzielle und verwaltungsmäßige Gesichtspunkte zusammengeschrumpften' Bildungsplanung konkretisiert sich als Planung einer pädagogischen Bearbeitung und Kompensation zwar subjektiv empfundener, aber objektiv bedingter Sozialisationskonflikte" ⁽³⁾.

Es ist zu bezweifeln, ob "eine sozialpädagogische Anpassungshilfe für Jugendliche, die (als solche, E.G.) durch die Einbeziehung gesellschaftlicher Bedingungsfaktoren in ihrer quantitativen wie qualitativen Notwendigkeit überhaupt erst erkannt und damit als Gegenstrategie planbar werden kann" ⁽⁴⁾, ein Bezugsrahmen für eine betroffen-orientierte Sichtweise von Ursachen von Konflikten im Kindes- und Jugendalter darstellen kann.

(1) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 109

(2) vgl. dazu W. Hornstein, Perspektiven, S. 287

(3) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 109

(4) ib. ;

Auch der Versuch von H. Giesecke, trotz seines auf eine "sozialpädagogische Korrektur der Sozialisation" ⁽¹⁾ beschränkten Ansatzes eine politische Veränderung der sozialpädagogisch relevanten Konflikte in der Jugendhilfe nicht explizit auszuschließen, sie vielmehr dem, solche Konflikte erfolgreich bearbeitet habenden Individuum zu überlassen ⁽²⁾, ist als Versuch einzuschätzen, "aus der Not konfliktbeladener Sozialisationsprozesse die Tugend eines erweiterten 'Autonomiespielraums' für Heranwachsende" ⁽³⁾ werden zu lassen.

Sowohl in der traditionellen wie auch der revidierten Konfliktsichtweise sind neben aufgewiesenen Unterschieden bedeutsame Gemeinsamkeiten enthalten, die verhindern, daß die teilweise auch als eigener Anspruch herausgestellte Frage "nach gesellschaftlichen Interessen und Herrschaft im Sozialisationsprozeß" sowie die Absicht, "gesellschaftliche Bedingungen aus der Sicht des Heranwachsenden zu kritisieren" ⁽⁴⁾, unterbleibt.

Der fehlende gesellschaftliche Bezugsrahmen gerinnt bei H. Schelsky, G. Wurzbacher und F. Pöggeler ⁽⁵⁾ zu einer "unproblematische(n) bzw.

(1) H. Giesecke, Sozialpädagogik, S. 359;
RE vom 27.3.1974

(2) vgl. dazu H. Giesecke, Jugendarbeit, S. 154

(3) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 110

(4) ib., S. 111

(5) vgl. dazu H. Schelsky, Generation; G. Wurzbacher, Situation; F. Pöggeler, Erziehungswissenschaft

nicht änderbare(n) (ärgerliche(n) Randbedingunge(n) "

(1) bzw. wird bei W. Hornstein, H. Giesecke und K. Mollenhauer "als Konglomerat unterschiedlicher Faktoren einbezogen" (2), wobei aber nur die "subjektiven Folgen für den Einzelnen (seelische Belastung, Ängste, Handlungsunfähigkeit u.ä.) problematisiert, d.h. auf Veränderungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten mittels Jugendhilfe befragt" (3) werden.

Versehen mit dieser eingeschränkten Wahrnehmung bezogen auf die Analyse der Entstehung von Konflikten "wird eine jugendpolitische Konfliktstrategie entwickelt, die eine pädagogisch-psychologische Hilfestellung zur (individuellen) Bewältigung der Konflikte für ausreichend bzw. in ihrer revidierten Form eine stärker geplante und auf die konventionellen Sozialisationsinstitutionen bezogene sozialpädagogische Korrektur/Kompensation einer 'defizitären' Persönlichkeitsentwicklung (mangelnde Anpassungs-, Umlern- und Konfliktfähigkeit) für 'pädagogisch vertretbar' (Hornstein) erachtet" (4).

Eine, an den Bedürfnissen der betroffenen jungen Menschen orientierte Jugendhilfe muß, unter Berücksichtigung der unverzichtbaren Analyse sozialisationstheoretischer Bedingungen, eine systematische Konzeption des Verhältnisses von Konflikten im Kindes- und Jugendalter einerseits und den gesellschaftlichen Widersprüchen andererseits zu leisten, in der Lage sein.

(1) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 110

(2) ib.

(3) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 110f;
vgl. dazu W. Hornstein, Perspektiven; H. Giesecke, Sozialisation; K. Mollenhauer, Sozialpädagogik

(4) W. Baetcke, S. 111

Demgegenüber muß aber konstatiert werden, daß kein Ansatz einer zusammenhängenden Jugendtheorie vorhanden ist, in der "Jugend als historische, mit den veränderten Produktions- und Lebensbedingungen der Gattung Mensch eng zusammenhängende neuartige Kollektiverscheinung" ⁽¹⁾ verstanden wird. Zwar herrscht Einigkeit darüber, daß eine Analyse von Jugend angewiesen sei auf "Grundprozesse der Gesellschaft, die mächtig genug sind, das Lebensschicksal der Betroffenen zu bestimmen" ⁽²⁾ sowie daß "die ökonomischen Prozesse (samt ihrer Widersprüche) nicht herausfallen dürften, vielmehr stärker als bisher einzubringen seien..." ⁽³⁾.

Dennoch ist "die Phase der Verunsicherung und Deorientierung" ⁽⁴⁾ in der Jugendforschung nicht überwunden, und ihr Schwerpunkt, eine "sozial-technologisch an Sozialisationsaufgaben orientierte Jugendforschung" ⁽⁵⁾ betont die Relevanz der empirischen Bearbeitung von Einzelbereiche(n), von Jugend (z.B. Arbeitslosigkeit, politische Einstellungen, Einfluß der Massenmedien, Interaktionsbeziehungen etc.) und verhindert damit die umfassende Theoriediskussion" ⁽⁶⁾.

Die Vergesellschaftung von pädagogischen Subsystemen "im Sinne einer versuchten Funktional-

(1) H.M. Griesse, Jugendtheorien, S. 11

(2) F. Neidhardt, Bemerkungen, S. 178

(3) ib.

(4) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 112

(5) H.M. Griesse, Jugendtheorien, S. 169

(6) ib.

lisierung der Sozialisationsqualifikationen für die Erfordernisse des Verwertungsprozesses und im Sinne einer versuchten Rationalisierung selber" (1) kann nicht ausblenden, daß ein "objektivierte(r) Jugendbegriff als Herrschaftsmoment der Erwachsenen" dient (2), und "die Diskrepanz zwischen der offiziellen Pädagogik und der vom jungen Menschen erfahrenen Wirklichkeit" (3) immer größer wird. Dementsprechend verhält es sich mit "den Lebensinteressen der zu Erziehenden und den 'pädagogischen Inhalten' " (4) offizieller Jugenderziehung.

Die von Institutionen "produzierte und von den Betroffenen rezipierte Isolierung der Lebensinteressen von den offiziellen 'pädagogischen Inhalten' " (5) stört die Identifikationsmöglichkeiten betroffener junger Menschen mit diesen Inhalten und trägt darüber hinaus dazu bei, das "Schwinden der 'Fähigkeit', sich mit dem politischen System zu identifizieren" (6), zu begünstigen.

"In dieser Situation, in der sich die wachsende Legitimationsschwäche des politischen Systems (einschließlich seiner Erziehungsinstitutionen) und sinkender Motivationsgrad scherenförmig auseinanderzuentwickeln drohen, erlangen die wissenschaftlichen Disziplinen der Jugendforschung ...eine (affirmativ intendierte oder ideologie-

(1) T. Ziehe, Pubertät, S. 1

(2) ib.

(3) H. Kupffer, Jugend, S. 177

(4) T. Ziehe, Pubertät, S. 1

(5) ib., S. 2

(6) vgl. dazu die Kritik von U. Preuß-Lausitz an affirmativer politischer Sozialisationsforschung in ders., S. 19-24, S. 44-48

kritisch analysierte) Klammerfunktion. 'Allgemeine' und 'politische' Pädagogik gewinnen an Aktualität; das Problem ihrer Wirkung wird zum Politikum" (1).

Die nachgewiesene Subjekt-Objekt-Trennung ist, unabhängig von ihrer jeweils erkenntnistheoretischen Position, "durchgängiges (und häufig 'verstecktes') Merkmal der meisten erziehungswissenschaftlichen...Entwürfe" (2).

In diesem Jugendbegriff sind Gleichsetzungen enthalten, die als Bestandteil konventioneller Pädagogik darauf hinweisen, daß diese ihre wissenschaftliche und soziale Legitimation verloren hat (3).

Es sind dies:

- "Gleichsetzung von Lebensalter und Lebenskompetenz, was eine hierarchische Ausgrenzung der Jugend aus der Erwachsenenwelt bedeutet;
- Die "Gleichsetzung von formuliertem Ziel und erlebter Wirklichkeit, was ein teleologisches Verständnis der Pädagogik bedeutet";
- Die "Gleichsetzung zwischen menschlicher Prozesse mit beobachtbaren Naturvorgängen, was einen empirischen Wahrheitsbegriff impliziert" (4).

(1) T. Ziehe, Pubertät, S. 3

(2) vgl. hierzu H. Kupffer, Jugend, mit einem kritischen Überblick über Erklärungsmodelle der Jugendforschung, insbes. S. 52-65

(3) T. Ziehe, Pubertät, S. 6

(4) ib.

Für den erziehungswissenschaftlichen Zusammenhang die "Probleme" von Kindern und Jugendlichen betreffend, bedeutet diese "qualitative Trennung von Erziehern und Jugendlichen" ⁽¹⁾, die "Aufrechterhaltung eines Herrschaftsverhältnisses, welches wiederum der welt-orientierenden und affektiven Stabilisierung der Erwachsenen förderlich ist" ⁽²⁾.

Insofern diese spezifische Definition des Jugendbegriffs der Identitätssicherung der Erwachsenen dient - der Erwachsene "bedarf...des Jugendlichen, um seine eigene Identität nicht völlig zu verlieren" ⁽³⁾ - kommt es "mit der sich beschleunigenden Veränderung der gesellschaftlichen Realität und der durch sie produzierten Verfahren...demgemäß auch zu einer Intensivierung dieses Stabilisierungsbemühens auf dem Wege der Formulierung immer neuer Erziehungsziele" ⁽⁴⁾.

Von entscheidender Bedeutung muß dabei das Grundverhältnis von Produzent und Konsument angesehen werden. "Wie auf allen anderen Lebensgebieten auch, so müssen sich die Herrschenden auch auf dem Erziehungsfeld laufend Geltung verschaffen. Ihr Herrschaftsanspruch könnte sonst dadurch, daß er nicht wahrgenommen wird, rasch verfallen" ⁽⁵⁾.

(1) H. Kupffer, Jugend, S. 130

(2) T. Ziehe, Pubertät, S. 7f

(3) H. Kupffer, Jugend, S. 47

(4) T. Ziehe, Pubertät, S. 8

(5) H. Kupffer, Jugend, S. 23

Die Beschreibung des herkömmlichen Erziehungsbegriffes und die Darstellung seiner Funktion macht auf Modellvorstellungen und Zusammenhänge aufmerksam, die als Grundannahmen eben dieses Erziehungsbegriffes kritisch zu bewerten sind.

Unter der Voraussetzung, daß "die umfassende Umwälzung aller Lebensbereiche im Zuge der kapitalistischen Vergesellschaftung tendenziell a l l e gleichermaßen zu Bewohnern eines 'unbekannten Landes' (macht)" ⁽¹⁾, kann die Vermittlung "des je gültigen Wissenstandes...kaum mehr an eine generationsspezifische Kompetenz gebunden" ⁽²⁾ sein". "Sie ist nicht Weitergabe eines kulturell unbefragten Bestandes und sie ist auch nicht prognostische Zielformulierung für den erwünschten Erziehungsverlauf der jungen Generation" ⁽³⁾.

Vielmehr müßte, wollte man eine Kritik unter Zuhilfenahme einer Modellvorstellung leisten, der Bereich der öffentlichen Erziehung als politisches Modell begriffen werden. "Ältere und jüngere Menschen müßten dann erforschen, welche Interessen ihnen gemeinsam sind und sich solidarisieren, um sie wahrzunehmen. Als strukturierendes Prinzip wirkten nicht mehr die Altersunterschiede, sondern die an der Sache orientierte politische Willensbildung" ⁽⁴⁾.
Erziehung wäre dann vielmehr ein "Orientierungs-

(1) T. Ziehe, Pubertät, S. 14

(2) ib.

(3) ib.

(4) H. Kupffer, Jugend, S. 17

Erkenntnis- und Verstehensversuch aller Beteiligten" und stünde auf dem Boden "kollektiver Selbstreflexion" (1).

Dem vorausgesetzt, müßte sich Erziehungswissenschaft "von dem Ehrgeiz freimachen, die Zwecke und Methoden der Erziehung immer genauer zu definieren. Erziehungswissenschaft kann der Erziehung nur dadurch helfen, daß sie es ihr ermöglicht, den eigenen Standort zu erkennen und die bewegenden Kräfte auf dem Erziehungsfeld realistisch einzuschätzen" (2).

Es ist offensichtlich, daß die, vor allem in Anlehnung an H. Kupffer, erörterten Aspekte eines neuen Erziehungsbegriffes, ihn als "konkret-utopisch(er)" (3) kennzeichnen. Für eine Jugendhilfe und eine Jugendpolitik, "die neben den direkten (sozialpädagogischen) Strategien auch indirekte (politische)" (4) sich zu eigen machen will und der "Verbesserung der Entwicklungschancen der Kinder und Jugendlichen wie auch der Entfaltung ihrer sozialen, humanen und solidarischen Verhaltensweisen dienen soll" (5), ist es unverzichtbar, sich mit den beschriebenen Beziehungszusammenhängen der Konflikte im Kindes- und Jugendalter auseinanderzusetzen.

Ansatzpunkt zur Aufarbeitung gesamtgesellschaftlicher Widersprüche im Kindes- und Jugendalter

(1) T. Ziehe, Pubertät, S. 14

(2) H. Kupffer, Jugend, S. 23

(3) T. Ziehe, Pubertät, S. 14

(4) W. Baetcke, Jugendpolitik, S. 117

(5) E. Jordan, D. Sengling, Jugendhilfe, S. 15

in emanzipatorischer Absicht ist "die Frage nach der Legitimation der herrschenden Produzenten von Erziehung" ⁽¹⁾.

Der Legitimationsschwund, "dem diejenigen Instanzen unterliegen, die den Vergesellschaftungsprozeß administrativ zu steuern oder zu sichern suchen, ist nicht nur Wunsch, sondern realer gesellschaftlicher Prozeß" ⁽²⁾ und insofern ein damit zusammenhängender Problembereich konstituiert wird, eine eigenständige Jugendpolitik ihre Berechtigung findet.

(1) T. Ziehe, Pubertät, S. 15

(2) ib.

5.2. Leistungen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie

Bei einer Bewertung der Sozialisationsproblematik von Kindern und Jugendlichen in der Familie ergäbe sich ein unzutreffender Eindruck, wenn dieser Bewertung nur das Verhältnis Elternrecht-Kindesrecht zugrunde gelegt werden würde. Zwar ist in der Begründung zur Neuregelung des Gesetzes zur elterlichen Sorge davon die Rede, daß das Kind nicht mehr "Objekt elterlicher Fremdbestimmung" sein soll, sondern als "Grundrechtsträger", "der mit zunehmendem Alter grundrechtsmündig wird" ⁽¹⁾, zu akzeptieren sei, dennoch ist zu vermuten, daß entsprechend dem Versuch, durch das neue Ehegesetz das bestehende Leitbild der "bürgerlichen" Ehe aufzuheben und durch das neue Leitbild der "partnerschaftlichen" Ehe zu ersetzen, nicht offengelegte Interessen vorhanden sind, mit der Absicht, einen Wandel von der "bürgerlichen" zur "partnerschaftlichen" Familie einzuleiten.

Abgesehen von diesem Aspekt der Einschätzung von Familie, finden auch neben den innerfamiliären defizienten Prozessen auch solche statt, die ebenfalls, wenn nicht sogar tiefgreifender, fak-

(1) vgl. dazu Kap. 4.1 und 4.2

tische Familienzusammenhänge beeinflussen (1).

Zur Einschätzung der entsprechenden Bestimmungen des RegE, insbesondere der §§ 27-33 RegE, ist es unumgänglich, auf das Verständnis des Familienbegriffs in dafür relevanter Gesetzgebung sowie in Jugend- und Familienpolitik einzugehen.

Grundsätzlich ist dazu festzustellen, daß in Art. 6 GG nicht die Institution Familie mit einem festgelegten Status geschützt wird (2). Auch die Tatsache, "daß öffentliche Erziehung nicht als statischer Begriff, sondern als ein sich im historischen Prozeß verändernder verstanden wird, weist darauf hin, daß das Verhältnis zwischen familialer Sozialisation und öffentlicher Erziehung

(1) Die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf das 18. Lebensjahr, die Neuregelung der Ausbildungsförderung unter dem Aspekt, die Hilfe weitgehend familienunabhängig zu gestalten, Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule greifen ebenso, wie die rechtliche und ökonomische Gleichstellung der Frau - konkret der Aspekt des Erziehungsgeldes - in die Binnenstruktur der Familie ein, wobei die "Nach-, Rück- und Nebenwirkungen auf den familialen Sozialisationszusammenhang" (vgl. dazu M. Heinemann, Familie, S. 255) gegenwärtig kaum einzuschätzen sind.

(2) vgl. dazu das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 31.3.1977, BverwG V C 22.76, in dem es heißt: " 'Familie' im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes ist jedenfalls herkömmlich mehr als nur der Eltern und Kinder umfassender Personenkreis ('Kleinfamilie')...Der für das Jugendwohlfahrtsgesetz maßgebliche Begriff 'Familie' wird jedenfalls nicht dadurch gesprengt, daß er im Einklang mit Überkommenen, noch lebendigen und gerade neuerdings (bei Berufstätigkeit von Ehefrauen und Müttern) wieder vielfach bewährten Vorstellungen auch die Großeltern einschließend verstanden wird; dies selbst dann, wenn ein Großelternanteil mit dem Enkelkind nicht verwandt, sondern infolge der Eheschließung mit dem anderen (leiblichen) Großelternanteil nur im 2. Grade in

einer permanenten Entwicklung unterliegt" (1).

Im Verlauf der, durch die Ausweitung des gesellschaftlichen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital begründeten Schrumpfung der Groß- zur Kleinfamilie und des damit verbundenen Wegfalls von Produktionsaufgaben ist die damit verbundene Desintegration der Familie auch als Ausgangspunkt für Veränderungen in den Bereichen Erziehung und Ausbildung anzusehen. Entsprechend der Ausdehnung des Fabriksystems in der kapitalistischen Entwicklung mit seinen zunehmenden Qualifikationsanforderungen wuchs, nachdem eine nicht öffentliche Regelung nicht absehbar war, die Herausbildung öffentlicher Sozialisationsinstanzen, "was sich rechtlich in der gesetzlichen Regelung der schulischen und der beruflichen Ausbildung niederschlug" (2).

Fortsetzung Anm. (2) von S. 199:

gerader Linie verschwägert ist. Dadurch erfährt 'Familie' nicht eine Ausweitung zur 'Großfamilie'. Ein für die Entscheidung dieses Rechtsstreits so verstandener Begriff 'Familie' war und ist nicht unvereinbar mit Art. 6 GG, der von der Lebensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern ausgeht (vgl. BverfGE 24, 119). Der Begriff 'Familie' braucht in der Rechtsordnung kein einheitlicher zu sein. Auch der Familienbegriff des bürgerlichen Rechts ist nicht der des Art. 6 GG..."

(1) J. Münder, Erziehung, S. 65

(2) ib., S. 65f

Nach der Konstituierung dieser Bereiche war "weitgehend nur noch das Verhältnis zwischen öffentlicher Erziehung in ihrer heutigen Struktur und familialer Sozialisation unbestimmt. Hier schuf das RJWG formell Klarheit, in dem es, nach Auseinandersetzungen im Reichstag über diese Frage, den Erziehungsprimat der Familie statuierte" (1).

Obschon § 1 Abs. 1 RJWG programmatisch das Recht des Kindes auf Erziehung proklamierte, wurde in seiner Begründung hervorgehoben, daß öffentliche Erziehung "nur für die Familie ergänzend und ersetzend ein (-tritt), insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird" (2).

Der Grundsatz des Nachrangs der öffentlichen Erziehung im Verhältnis zum Erziehungsrecht der Eltern beansprucht auch weiterhin Geltung, darstellt als "herrschende Meinung" zu § 1 Abs. 1 JWG sowie in der herrschenden Kommentierung und Rechtsprechung zum bürgerlichen Recht (3).

Die Berechtigung des Vorrangs familialer Erziehung scheint nun auch durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen zu sein (4).

Ihre Bedeutsamkeit für die "basale Sozialisation" und die "zweite, sozio-kulturelle Geburt" (5)

(1) J. Münder, Erziehung, S. 66

(2) zit. nach Bundestagsdrucksache III, 2226, S. 14

(3) vgl. dazu Kap. 4.2 und 4.3

(4) vgl. dazu D. Claessens, Familie, S. 179ff; F. Neidhardt, Sozialisation, in: G. Lüschen, E. Lupri (Hrsg.), Familie, S. 144-165; R. König, Familie

(5) D. Claessens, Familie, S. 179ff

wird als wichtigste Aufgabe angesehen. Die Fähigkeit der Familie, die psychische, physische und emotionale Entwicklung des Kindes in besonderem Maß fördern zu können, sowie Kindern mithilfe der Strukturmerkmale wie Stabilität, Konsistenz, Intimität ein konsistentes Verhaltensrepertoire zu erwerben ermöglichen, versetzen sie in die Lage, "gesellschaftliche Werte und Normen zu mißachten, ohne Sanktionen ausgesetzt zu sein" ⁽¹⁾.

Zum anderen bewirken die familialen Strukturbedingungen auch eine loyale Einstellung gegenüber dem gesellschaftlichen System ⁽²⁾.

Die Voraussetzungen für die beiden beschriebenen Wirkungsebenen familialer Sozialisation sind jedoch schichtspezifisch ungleich verteilt. Insofern erscheint es notwendig, die Wirkung familialer Sozialisation unter dem Aspekt familialer und öffentlicher Erziehung unter besonderer Berücksichtigung eines subjektiven Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Erziehung anhand der Faktoren zu untersuchen, die für die Erziehungsleistung von Familien von besonderer Bedeutung sind.

Unter der Einschränkung, daß "ausführlichere aktuelle Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Faktoren und Erziehung fehlen

(1) J. Münder, Erziehung, S. 69

(2) vgl. dazu bereits 1936 M. Horkheimer, Allgemeiner Teil, in: E. Fromm, M. Horkheimer, H. Meyer, H. Marcuse u.a. (Hrsg.), Familie, S. 77-135;

und es außerdem aufgrund der noch nicht allzu breit entwickelten wissenschaftlichen Diskussion in diesem Bereich generell schwierig ist, über ökonomische Grundlagen und Erziehungsleistung der Familie Aussagen zu treffen" (1), lassen sich in Anlehnung an J. Münder anhand der sozio-ökonomischen Faktoren F a m i l i e n - e i n k o m m e n , E r w e r b s t ä t i g - k e i t der Mutter und der W o h n u n g s - s i t u a t i o n , Folgerungen für die familialen Sozialisationsbedingungen ziehen.

- Für den Bereich Familieneinkommen gilt festzustellen, daß zwar das Einkommen der Familie "in allen Einkommensschichten mit wachsender Größe der Familie steigt, das Pro-Kopf-Einkommen aber sinkt", wobei "diese allgemeine Erscheinung... sich negativ bei den sog. 'Arbeiterhaushalten'" (2) verstärkt.

Das bedeutet, daß der "Vergleich des absoluten und relativen Einkommens bei Veränderung des Familienstandes und der Familiengröße ergibt, daß gerade bei Kindern in Arbeiterfamilien die Relation am ungünstigsten ist: Während etwa das Bruttoerwerbseinkommen des Hauhaltsvorstandes in der niedrigsten Einkommengruppierung bei Verheirateten ohne Kinder nur um ca. 67 DM, zwischen Beamten einerseits und Arbeitern/Angestellten andererseits differiert, beträgt der

(1) J. Münder, Erziehung, S. 70

(2) ib; J. Münder weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf die verschleiernenden Funktionen der Schichteinteilungen in amtlichen Statistiken hin.

Unterschied bei 3 Kindern ca. 190 DM und auch die Einkommensstufenaufschlüsselung je Person in DM nach Art des Haushalts und Anzahl der Kinder ergibt, daß die Lage der Kinder in Arbeiterhaushalten signifikant schlechter ist als die von Kindern in Angestellten/Beamtenhaushalten. Somit sind die ökonomischen Bedingungen bei Arbeiterkindern entschieden schlechter als bei anderen Kindern" (1).

- Für den Bereich der Erwerbstätigkeit der Mutter gilt, daß gerade in Arbeiterfamilien eine Steigerung des Haushaltseinkommens durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau vorgenommen wird, "was besonders unter dem Gesichtspunkt der Dauerpflegeperson (die in der Regel ja in den Ausführungen der Familiensoziologie mit der Mutter gleichgesetzt wird und es zu einem erheblichen Teil auch ist) für die Sozialisationsbedingungen der Kinder sehr wichtig ist" (2). Es sind "ganz überwiegend finanzielle Gründe, die die Ehefrau zur Berufsaufnahme veranlassen, in erhöhtem Maße dann, wenn ihr eigenes Berufsprestige niedrig ist" (3).

Zweifellos ist es das Verdienst von Heinsohn/Knieper, die "Einordnung der zunehmenden Verbreitung von weiblicher Lohnarbeit in einen größeren gesellschaftstheoretischen Rahmen" (4)

(1) J. Münder, Erziehung, S. 70f

(2) ib., S. 73

(3) ib.

(4) J. Münder, Erziehung, S. 76; vgl. dazu auch G. Heinsohn, R. Knieper, Theorie, S. 111f

vorgenommen zu haben, zumal sie für den hier angesprochenen Zusammenhang zeigen, "daß die Wirkungen, die der familialen Sozialisationsleistung zugesprochen werden, für einen nicht unerheblichen Teil von Kindern und Jugendlichen aufgrund deren Familiensituation nicht gegeben sind" (1).

Da aber "der archimedische Punkt, von dem man aus völlig interessenlos die familienpolitische Landschaft sichten und dann 'objektiv' in den Griff bekommen kann" (2), nicht existiert, ist das Interesse, "den Funktionsverlust der Familie möglichst groß darzustellen", (3) sowie den "Bankrott, Untergang oder Tod der Familie" (4) festzustellen, das Ergebnis "monokausale(r) Interpretationsketten", (5) die erhebliche Zweifel an der Gültigkeit dieser Ergebnisse aufkommen lassen.

Zwar ist die Bedeutung ökonomischer Faktoren für familiäre Sozialisationsbedingungen oft bestätigt (6), doch ist zu bezweifeln, ob ausschließlich wirtschaftliche Faktoren wie z.B. die Kinderzahl in der Familienplanung bestimmend sind. Vielmehr ist die monokausale Inter-

(1) J. Münder, Erziehung, S. 76

(2) St.H. Pfürtnner, Familienforschung, S. 445

(3) St.H. Pfürtnner, Familienforschung, S. 445

(4) G. Heinsohn, R. Kniper, Theorie, S. 9

(5) St.H. Pfürtnner, Familienforschung, S. 453

(6) vgl. dazu f. viele: H. Rosenbaum, (Hrsg.), Familie

pretation von Heinsohn/Knieper, deren Beweisführung behauptet, daß "durch die Massierung des Kapitals in immer weniger Händen immer mehr...Ehefähige produktionsmittellos" (1) werden, und durch diese Massierung des Kapitals "die Überwiegende Bevölkerungsmehrheit" (2) zu "Lohnarbeitern" werde, wozu auch "Beamte, Arbeiter (und) Angestellte, die in der Bundesrepublik Deutschland fast 90% der Erwerbstätigen ausmachen" (3), "mangels eigener Produktionsmittel und deren Vererbbarkeit" sich ein "wirtschaftliche(s) Desinteresse an eigenen Kindern und schließlich der totale Motivationsverlust für die Familie überhaupt" (4) ergebe, wissenschaftlich nicht zu belegen.

Hieran wird jedoch deutlich, daß mit dieser selektiven Wahrnehmung Realitätszusammenhänge innerhalb der Familienforschung nicht erfaßt werden, über die gerade auch in den Gesellschaften, deren Produktionsverhältnisse, den von Heinsohn/Knieper kritisierten weitestgehend entsprechen, der Nachweis über gelingende familiäre Sozialisationsleistungen geführt werden konnte.

So wurde "für die Verhältnisse der angelsächsischen Länder, speziell der USA...ebenfalls empirisch gut begründet aufgewiesen, daß die Familie trotz allen gesellschaftlichen Wandels

(1) G. Heinsohn, R. Knieper, Theorie, S. 9

(2) ib., S. 10

(3) ib.

(4) St.H. Pfürtner, Familienforschung,
S. 452f

einige geradezu simpel erscheinende, tatsächlich aber höchst gravierende Funktionen für die meisten behalten hat: die Reproduktion, die biologische Erhalten des Individuums zum mindestens im Kindesalter, seine (erste) wirtschaftliche Absicherung, die primäre (und wichtige Anteile der sekundären) Sozialisation des Kindes, bestimmte soziale Kontrollen, die emotionale Entwicklung und Erhaltung des Individuums" (1).

Die Gefahr der Instrumentalisierung der Familie in dem Sinn, "ihre eigenen Mitglieder zu 'Produzenten der Arbeitskraft' zugunsten der Staatsinteressen zu machen, ist für die Familie eine bleibende Entfremdungsdrohung seitens des Staates" (2). Gerade auch, weil "keine Gesellschaft und kein Staat...bislang darauf verzichtet (haben), sich der Familie um der eigenen Zwecke willen zu bedienen" (3), ist es "ebenso legitim wie unerlässlich, die Sozialisationsleistungen der Familie unter politischen Wertprämissen und entsprechenden Erkenntnisinteressen zu untersuchen, die den multifaktoriellen Bedingungen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse besser gerecht zu werden vermögen" (4).

So hat, bezogen auf die Erwerbstätigkeit von Müttern, J. Münder den Nachweis erbracht, daß

(1) St.H. Pfürtner, Familienforschung, S. 454

(2) ib., S. 455

(3) S. Simitis, Situation, S. 40

(4) St.H. Pfürtner, Familienforschung, S. 455

durch die "aufgrund der ökonomischen Familiensituation notwendige Mitarbeit der Mutter, speziell in außerhäuslicher abhängiger Form, in hohem und zunehmenden Maße die Kinder und Jugendlichen der Arbeiterklasse betroffen (sind)" ⁽¹⁾. Sozialisationsleistungen einer Familie wirken bei Kindern und Jugendlichen aus Arbeiterfamilien "bedingt durch die ökonomische Situation nur in beschränktem Umfang. Somit ist die familiäre Erziehungswirkung für Arbeiterjugendliche zu einem Teil nur Fiktion" ⁽²⁾.

Auch der Ort familialer Sozialisation, die Wohnung und die Wohnungsumgebung mit seinen bedeutsamen Faktoren "Belegungsdichte, Ausstattung, bautechnische Qualität der Wohnung, Siedlungsstruktur, Wohnumgebung" ⁽³⁾ lassen nach den Untersuchungsergebnissen von Münder ⁽⁴⁾ die Bewertung zu, daß die genannten Faktoren "nicht nur eine additive, sondern progressive Verstärkung des negativen Sozialisationsfeldes von Arbeiterfamilien" ⁽⁵⁾ bewirken.

Da die "Umstände, die den Sozialisationsprozeß negativ beeinflussen", innerhalb des angesprochenen Rahmens" stets bei Arbeiterfamilien auftreten, müßten Aussagen über familiäre Sozialisationsleistungen diesen Komplex wesentlich zentraler behandeln, wenn sie den An-

(1) vgl. dazu J. Münder, Erziehung, S. 73-77

(2) ib., S. 77

(3) ib., S. 77-81

(4) ib., S. 81

(5) ib.

spruch erheben wollen, über - in ihrer Generalisierung vielleicht - allgemein richtigen Aussagen hinaus gesellschaftlich konkrete Sachverhalte zu erfassen" (1).

Die dargelegten ökonomischen Rahmenbedingungen familiärer Sozialisation einschließlich deren wesentlicher Einfluß auf den Sozialisationsprozeß "bis hin zu der Tatsache, daß die der Familie zugeschriebene Sozialisationsleistung zum Teil gar nicht erbracht wird" (2), haben Konsequenzen für das Recht des Kindes auf Erziehung.

Die Einschränkungen, die mit der familialen Sozialisation für dieses Recht wirksam werden, bedeuten, daß gerade im Vergleich zu Kindern und Jugendlichen aus anderen sozialen Schichten, der Anspruch auf Erziehung nicht gesichert ist. Zwar statuiert § 1 Abs. 3 JWG bei einem nicht erfüllten Anspruch des Kindes auf Erziehung den Einsatz öffentlicher Jugendhilfe, doch ist dieses Einsetzen abhängig vom Vorliegen sozial auffälligen oder abweichenden Verhaltens, nicht aber abhängig unter dem Aspekt mangelhafter Sozialisationsleistungen innerhalb der familialen Situation. Gerade aber auch der juristisch festgelegte Vorrang der Familienerziehung mit seiner Maßgabe, öffentliche Jugendhilfe erst dann tätig werden zu lassen, wenn alle Möglich-

(1) J. Münder, Erziehung, S. 81

(2) ib.

keiten, die Erziehung der Kinder und Jugendlichen in der Familie sicherzustellen, erschöpft sind, trägt dazu bei, direkte Sozialisationshilfen der Jugendhilfe zu verhindern ⁽¹⁾ und "hat denn auch zu weiteren, umfangreichen sozialpolitischen Aktivitäten Anlaß gegeben" ⁽²⁾.

So unterstreichen der zweite und der dritte Familienbericht die, durch besondere rechtliche und moralische Normen stark sanktionierte Institution Familie, und vor dem Hintergrund, daß "Familienpolitik als Gesellschaftspolitik" ⁽³⁾ zu gestalten sei, werden Maßnahmen weitgehend "sozialpolitischer Art zur Lösung des genannten Problems vorgeschlagen" ⁽⁴⁾, wobei deren Schwerpunkt im "Bereich der primären Einkommensverteilung und des sekundären Verteilungsprozesses" ⁽⁵⁾ angesiedelt wird.

J. Münder ist jedoch zuzustimmen, wenn er der Absicht, "die über das Mittel der Einkommensverteilung die Rahmenbedingungen für die Sozialisationsleistung verbessern will" ⁽⁶⁾, einen nur sehr geringen Wirkungsgrad konzidiert. Sowohl der Bereich der sekundären Umverteilung mit den, in diesem Zusammenhang angesprochenen Mitteln der Lohn- und Einkommenssteuerprogression ⁽⁷⁾, als auch im Bereich primärer Einkommensverteilung

(1) vgl. dazu Friedeberg, Polligkeit, Giese, JWG, § 1, Anm. 11a bb

(2) J. Münder, Erziehung, S. 82

(3) Zweiter Familienbericht, S. 73

(4) J. Münder, Erziehung, S. 82

(5) ib.

(6) ib.

(7) vgl. dazu Erster Familienbericht, S. 109ff

"erscheint eine Verringerung der gravierenden Einkommensunterschiede nicht möglich, da dadurch an dem Weiterbestehen der privaten Aneignung nichts geändert wird...wie sich an der gleichgebliebenen Lohnquote trotz gestiegener Arbeitnehmereinkommen zeigt" ⁽¹⁾, bzw. müssen die durch sekundäre Umverteilungen freiwerdenden Geldmittel als sehr gering eingeschätzt werden.

Auch direkte materielle Anreize, wie etwa die Gewährung von Erziehungsgeld bzw. Mutterschaftsgeld ⁽²⁾ können nur begrenzt als zur Verbesserung der familialen Erziehungsleistung geeignet angesehen werden, da "die strukturelle Knappheit öffentlicher Mittel" eine "Rangordnung staatlicher Maßnahmen" erfordert ⁽³⁾, die unter der Maßgabe, daß "staatliche Maßnahmen wesentlich zur Herstellung optimaler Kapitalverwertungsbedingungen (dienen)", ihr Stellenwert "deswegen entscheidend bestimmt (wird) durch ihre 'Nähe zum ökonomischen Zentrum' " ⁽⁴⁾.

Da aber die "gegebene Ferne der familialen Sozialisation zum ökonomischen Zentrum" ⁽⁵⁾ die Annahme rechtfertigt, daß mit dem verstärkten Einsatz monetärer Mittel in diesem Bereich nicht zu rechnen ist, und auch die Mittel im Bereich der primären und sekundären Einkommensverteilung angemessene Wirkung nicht versprechen, müssen für den Erziehungsanspruch des Kindes "die Konsequenzen, die sich aus den Rahmenbedingungen un-

(1) J. Münder, Erziehung, S. 83

(2) vgl. dazu den Gesetzentwurf der CDU zur "Gewährung von Erziehungsgeld", BTDrS VII/2031 oder den SPD-Entwurf zur "Einführung eines Muttergeldes"

(3) J. Münder, Erziehung, S. 85

(4) ib.

(5) ib.

terschiedlicher Sozialisation...ergeben, in eine andere Richtung gehen: der Erziehungsanspruch des Kindes muß gesellschaftlich anerkannt und abgesichert werden - durch Verankerung der Erziehungspflicht des Staates durch Festlegung von Rechtsansprüchen des Jugendlichen" (1).

Zwar deuten in diesem Zusammenhang die Reformbestrebungen anderer Sozialisationsfelder wie auf dem Gebiet der beruflichen Bildung z.B. das Berufsbildungsgesetz von 1969 und die Auszubildereignungsverordnung von 1972, auf dem Gebiet der schulischen Bildung landesrechtliche Reformen wie z.B. die Gesamtschulreform, Oberstufenreform und die Rahmenrichtlinien, sowie im Bereich der Jugendhilfe vor allem die besondere Förderung des Kindergartenbereiches und auf dem Gebiet familialer Sozialisation die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters und die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge darauf hin, "daß die Sozialisation, Erziehung und Ausbildung zunehmend zu einer gesellschaftlichen Aufgabe wird" (2), doch erscheint es angesichts der Bestimmungen des RegE eines JHG insbesondere des Kapitels 4 "Förderung der Erziehung in der Familie" mehr als fraglich, ob diese Bestimmungen geeignet sind, dem eigenständigen Sozialisationsauftrag der Jugendhilfe gerecht zu werden.

Vielmehr ist auch in diesem Regierungsentwurf der

(1) J. Mündler, Erziehung, S. 85; vgl. dazu auch Kapitel 5 dieser Arbeit sowie K. Rehbein, Erziehung, S. 51ff und K. Rehbein, Jugendhilfe

(2) J. Mündler, Der Referentenentwurf, S. 197

Bereich "Förderung der Erziehung in der Familie"⁽¹⁾ stark ausgeweitet. Dabei stellen die Bestimmungen der §§ 31, 32, 33, 36 im Gegensatz zu den übrigen Bestimmungen dieses Kapitels des RegE insofern eine bemerkenswerte Veränderung dar, da in ihnen ein Rechtsanspruch klar artikuliert wird. Die Bestimmungen ohne Rechtsanspruch werden, abgesehen davon, schon gegenwärtig durch die Anwendung von §5 des geltenden JWG abgedeckt.

Grundsätzlich ist jedoch neben der Voraussetzung einer mehr oder weniger ausgeprägten Störung oder Gefährdung der Entwicklung eines jungen Menschen unverkennbar der RegE in diesem zentralen Bereich auf "die" Familie hin orientiert. Die diesem Kapitel in § 27 ESGBJ vorgegebenen "Grundsätze"⁽²⁾ sind an die Eltern und die Erziehungsberechtigten gerichtet und § 27 Abs. 3 stellt die Familienerziehung in den Vordergrund, geht aber nicht auf Bedürfnislagen betroffener junger Menschen ein.

So sind denn auch die Vorschriften der §§ 28, 31, 32 an Eltern und Personensorge- bzw. Erziehungsberechtigte gerichtet und auch die Formulierung der §§ 29 und 30 ESGBJ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß vorrangig die Familienerziehung vor der Interessenlage des jungen Menschen angesprochen ist. Im Mittelpunkt der legislatorischen Bemühungen steht demnach nicht die Verwirklichung des

(1) vgl. dazu den RegE eines JHG, Kap. 4 und 5

(2) vgl. dazu § 27 ESGBJ

Grundrechts auf Erziehung für den jungen Menschen ⁽¹⁾, sondern die Stützung der Familie. Das an keiner Stelle der RE und des RegE explizierte Verständnis von Familienerziehung ist jedoch gleichsam als Vorverständnis vorhanden und hat zu einer entsprechenden Prägung der Entwürfe beigetragen.

Die Bewertung Münders zum Verständnis von Familienerziehung im Referentenentwurf vom 31.10.77 kann, da entsprechende Veränderungen im ESGBJ vom 8.11.78 nicht auszumachen sind, inhaltlich voll übernommen werden. Der ESGBJ "begreift die Kleinfamilie...nicht als Resultat bestimmter gesellschaftlicher Bedingungen, die aufgrund der ökonomischen Entwicklung die Großfamilie abgelöst hat und die in der bürgerlichen Rechtsordnung (so vornehmlich im Familienrecht des BGB, dessen Strukturen noch vom JWG übernommen worden sind) ihren spezifischen Niederschlag gefunden hat: denn während die bürgerliche Rechtsordnung grundsätzlich die einzelnen Personen als individuelle Rechtssubjekte behandelte, blieben die Familienmitglieder für den Familienvater 'die Seinen' " ⁽²⁾.

Vor einem konkret ökonomischen Hintergrund führte der "Familienvater der bürgerlichen (und d.h. der besitzenden) Familie...im Rahmen von Erziehung, Sozialisation, Ausbildung den (männlichen)

(1) vgl. dazu K. Rehbein, Grundgesetz

(2) J. Münder, Referentenentwurf, S. 199

Nachwuchs in das elterliche Unternehmen ein" (1). Das Ausmaß der gelungenen Erziehung zur Nachfolge, d.h. zur Fähigkeit, in gleichem Umfang zur Existenzsicherung der Familie während seiner Krankheit oder im Alter beitragen zu können, wurde ausschließlich privat getragen, so daß sich "in dieser Vorstellung für staatliches Handeln allenfalls Unterstützungsaufgaben für die Familie, nicht aber die Verpflichtung, eigenständige Leistungen und Angebote für den Minderjährigen bereitzustellen" (2) ergeben.

Obwohl dieses, "auf den Bürger als Vermögensinhaber zugeschnittene schichtenspezifische Konzept von Familienerziehung...bereits zum Zeitpunkt seiner gesetzlichen Fixierung für die Mehrzahl der Bevölkerung nicht relevant" (3) war, und gegenwärtig, zu einem Zeitpunkt, an dem der Besitz von Produktionsmitteln bei noch weniger Personen konzentriert ist und die Anzahl der abhängig Erwerbstätigen steigt, muß dieses Verständnis von Familienerziehung, soziale Wirklichkeit nicht beachtend, als untauglich angesehen werden, den an Jugend- und Familienpolitik herangetragenen Anspruch einzulösen.

Der Ausgangspunkt der ESGBJ wie seiner Vorläufer von der Familie, als einer "im Grunde intakten und funktionstüchtigen, allen Stürmen des Lebens trotzenden idealisierten Durchschnittsfamilie" auszugehen, berücksichtigt nicht die un-

(1) J. Münder, Referentenentwurf, S. 199f

(2) ib., S. 200

(3) ib.

terschiedlichen familialen Sozialisationsbedingungen und muß dementsprechend außer acht lassen, daß "ein großer Teil der Klientel der Jugendhilfe an und in Familien gescheitert ist" (1).

Zwar erscheint es durchaus berechtigt, gerade auch im Hinblick auf eine Ausweitung der Vergesellschaftung von Erziehung der "Durchschnittsfamilie" ein Angebot an Jugendhilfe anzubieten. Doch erscheint im Zusammenhang damit die überbewertete Familienorientierung und die Begründung, daß damit der schwindenden Sozialisationskraft Rechnung getragen werden sollte, als nicht hinreichend, ist sie doch nicht in der Lage, deutlich zu machen, warum der ESGBJ keine direkten materiellen Erziehungsleistungen für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt.

Vielmehr muß angenommen werden, daß ein wichtiger Grund für die Beibehaltung der Familienorientierung, auch im ESGBJ, auf legislatorischer Ebene in der Ignorierung moralwissenschaftlicher Reflexionen zur Familienforschung (2) und in der "Kostengünstigkeit einer solchen 'Lösung' " (3) zu sehen ist.

(1) J. Münder, Referentenentwurf, S. 200

(2) vgl. dazu den Beitrag von St.H.Pförtner, Familienforschung

(3) J. Münder, Referentenentwurf, S. 200

5.3. Leistungen im Bereich der Erziehung außerhalb der eigenen Familie

Wesentliches Kriterium öffentlicher Erziehung ist, gemäß ihrer Herkunft aus dem StGB und der dort vorgesehenen Zwangserziehung, die durch das RJWG aufgegriffene und durch das noch geltende JWG weitergeschriebene Orientierung "am Modell eines Polizeiaufgabengesetzes" ⁽¹⁾. Indem öffentliche Erziehung durch die Beschäftigung mit dem aus dem Polizeirecht stammenden Pflegekinderschutz, dem aus der Armenfürsorge stammenden Vormundschaftswesen und der Fürsorgeerziehung, ihrer Tradition und ihrem Verständnis nach, an individuellen Auffälligkeiten interessiert war und diese als Anlaß zum Eingriff nahm ⁽²⁾, kann es nicht verwundern, daß nach herrschender Meinung im noch gültigen JWG keine Rechtsansprüche auf Erziehung bestehen. Entsprechend diesem Verständnis begreift sich Jugendhilfe nicht als eigenständiger Bereich mit dazugehörigen, kodifizierten materiellen Rechtsnormen für junge Menschen, sondern vielmehr als Einrichtung, die dann, wenn familiäre Erziehung sich als nicht leistungsfähig erweist, als "Ausfallbürge" aufzutreten beabsichtigt ⁽³⁾.

Die traditionelle Erziehungskonzeption der bürgerlichen Gesellschaft, in der die Organisation von Erziehung als private Erziehung in der Familie stattfindet, kann dennoch nicht auf öffent-

(1) H. Schneider, Jugendhilfe, S. 181

(2) ib., S. 104

(3) vgl. dazu § 1 Abs. 3, § 3 JWG

liche, d.h. staatliche Erziehungsmaßnahmen verzichten. Allerdings sind sie bisher noch "gleichsam negativ auf Familienerziehung bezogen" (1). Die bestehende "Organisation öffentlicher Erziehung als repressive und diskriminierende betont den Vorrang der Familienerziehung" und "soll keine attraktive Alternative zur Familie bieten, sondern gewährleisten, daß die Familie die ihr gesellschaftlich zugewiesenen Aufgaben auch erfüllt" (2).

Die bereits dargestellte Erziehung nach dem Modell des Bürgerlichen Rechts (3) und ihre Entsprechung in den Rechtsnormen, die die rechtliche Grundlage von Erziehungsprozessen darstellen, insbesondere der Hervorhebung der Familienerziehung durch Art. 6 GG, einschließlich ihres Freiraums, der "nicht nur soziologisch, sondern auch juristisch eine Art 'black box' " (4) darstellt, gibt zu erkennen, welche grundsätzliche Bedeutung das Konzept der Familienhilfe auch in Bezug auf Leistungen eines Jugendhilfegesetzes für junge Menschen außerhalb der eigenen Familie aufweist.

Die Tatsache, daß der junge Mensch Grundrechtsträger ist, mithin Anspruch auf Achtung seiner Menschenwürde und auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit gemäß Art. 1 und 2 GG hat, bedeutet nun aber nicht, daß dieser Anspruch aus-

(1) Chr. Sachße, Jugendhilfe, S. 106

(2) ib.

(3) vgl. dazu Kap. 4 dieser Arbeit

(4) Chr. Sachße, Jugendhilfe, S. 108

schließlich durch elterliche Erziehung gemäß Art. 6 Abs. 2 GG geltend gemacht werden kann. Zwar nimmt die elterliche Erziehung eine besondere Stellung ein, doch die pflichtgemäße Bindung der Grundrechtsnorm von Art. 6 Abs. 2 GG an das "Wohl" des Kindes einschließlich des vom Staat ausgeübten Wächteramtes und den entsprechenden Regelungen im Recht der elterlichen Sorge ⁽¹⁾, machen erneut darauf aufmerksam, daß "eine entsprechende rechtliche Gestaltung der Grundrechte des Kindes fehlt" ⁽²⁾.

Wenn oberstes Ziel aller Förderung in der öffentlichen Erziehung die Erlangung der Fähigkeit zur Inanspruchnahme ihrer Grundrechte sein soll, also der "selbstbewußte und verantwortliche Umgang mit den in Art. 1-17 GG verankerten gesellschaftlichen Grundnormen" ⁽³⁾, dann muß die Erkenntnis, "daß weder der enge Erfahrungsbereich der Kleinfamilie noch die leistungsorientierten und formalisierten Bildungsbereiche instrumentellen Lernens in der Schule für sich allein in der Lage sind" ⁽⁴⁾, zur Erfüllung dieses Anspruchs beizutragen, Auswirkungen auf das Verständnis von Art. 74 Nr. 7 GG und im engeren für den Bereich der öffentlichen Erziehung mit sich bringen ⁽⁵⁾.

Die zunehmend unzulänglicher wahrgenommene Aufgabe öffentlicher Fürsorge, hier der Jugendhilfe, durch die Bereitstellung "direkter, indirekter

(1) vgl. dazu das am 1.1.80 in Kraft getretene Recht der elterlichen Sorge

(2) D. Greese, Jugendförderung, S. 87; vgl. dazu grundsätzlich K. Rehbein, Erziehung, insb. S.51ff

(3) D. Greese, Jugendförderung, S. 88

(4) ib.

(5) vgl. dazu K. Rehbein, Jugendhilfe, insb. S. 7ff

und politische(r) Leistungen die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen zur vollen Entfaltung ihrer sozialen, humanen und solidari-schen Verhaltensweisen (zu) verbessern" ⁽¹⁾, ver-dankt sich auch "der offensichtlich gewordenen Hilflosigkeit gegenüber dem Vorrang familiärer Erziehung und den kompetenzbedingt schwer zu-gänglichen Bereichen schulischer und beruflicher Bildung" ⁽²⁾.

Wenn die Reform des Jugendwohlfahrtsgesetzes eine neue rechtliche Gestaltung derjenigen Bereiche zu leisten beabsichtigte, die von Eltern und nach-geordneten Sozialisationsinstanzen nicht oder nicht befriedigend wahrgenommen werden können, ergäbe sich auch daraus die Berechtigung zur Ko-difizierung konkreter materieller Rechtspositionen für junge Menschen.

Die Zielvorstellung, Jugendhilfe als einen "not-wendigen und unverzichtbaren Erziehungsträger neben Elternhaus, Schule und Berufsausbildungs-stätte" ⁽³⁾ zu verstehen und sie zu einem eigen-ständigen Sozialisationsbereich, auch mit origi-nären Erziehungs- und Bildungsaufgaben zu erwei-tern ⁽⁴⁾, sollte in diesem Zusammenhang "durch den Ausbau eigenständiger Erziehungsangebote und den Abbau der Ergänzungs- und Hilfsfunktion der Jugendhilfe gegenüber der familialen Soziali-sation" ⁽⁵⁾ erreicht werden.

(1) D. Greese, Jugendförderung, S. 88

(2) ib.

(3) Begründung zum RE vom 27.3.1974, S. 2

(4) Begründung RE vom 27.3.74, S. 13

(5) J. Münder, Erziehung, S. 112

Die inzwischen abgeschlossene Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge ⁽¹⁾, die den Ausbau der Rechtsstellungen von Kindern und Jugendlichen zu verwirklichen versuchte, wird allerdings dem oben angegebenen Anspruch nicht gerecht, und da diese Neuregelung auf die Formulierung eigener substantiellen Rechtspositionen von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich verzichtet hat ⁽²⁾, kann somit von einer Verstärkung und einem Ausbau der Rechte junger Menschen kaum die Rede sein.

Zwar ist die diesbezügliche Zurückhaltung des Gesetzes mit Art. 6 GG zu rechtfertigen versucht worden, doch "dieser als 'erratischer Block' und 'ständiger Stein des Anstoßes' beschworene Artikel scheint dabei nur als willkommener Anlaß zum Verzicht auf den konsequenten Ausbau jugendlicher Rechtsstellung zu dienen" ⁽³⁾.

Vielmehr trifft Art. 6 Abs. 2 GG "nur darüber eine Aussage, wer von den möglichen Erziehungsträgern, insbesondere von Eltern und Staat, in erster Linie zur Erziehung berufen ist. Da aber bei einer Erweiterung der Rechtsstellung der Minderjährigen sich der Staat nicht an die Stelle der Eltern setzt, sondern Entscheidungen und Maßnahmen, die zum Teil nach bisheriger Meinung den Eltern zustanden, nunmehr den Kindern überlassen werden, ist Art. 6 GG in dieser Frage nicht tangiert und

(1) BGBl I S. 1061 vom 18.7.1979

(2) So die Begründung des Gesetzentwurfs, vgl. dazu BtDrS 7/2060, S. 29

(3) J. Münder, Erziehung, S. 115

für diesbezügliche gesetzgeberische Maßnahmen völlig irrelevant" (1).

Von weit größerer Bedeutung für den "Abbau der Ergänzungs- und Hilfsfunktion von Jugendhilfe für die Familienerziehung, der neben der Neugestaltung des innerfamiliären Verhältnisses zwischen Eltern und Kindern notwendig ist, um die öffentliche Erziehung zu einem eigenständigen Sozialisationsfeld und damit zu einem gegenüber der Familienerziehung selbständigen Bereich auszubauen" (2) als die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge, ist dagegen der Bereich der Jugendhilfegesetzgebung selbst.

So wurde auch in Ansätzen der Absicht Rechnung getragen, den Erziehungsprimat der Familie in den Reformentwürfen zu einem neuen Jugendhilfrecht abzubauen (3). Als Schwerpunkt dieser Bestrebungen ist der Bereich der Elementarerziehung anzusehen.

Für den Großteil der anderen Erziehungsangebote ist jedoch eher eine gegenläufige Tendenz zu konstatieren. So ist der Bereich der "Förderung der Erziehung in der Familie" (4) "gegenüber den Regelungen des geltenden Rechts wesentlich er-

(1) J. Münder, Erziehung, S. 115f

(2) ib., S. 117f

(3) Hier sind in erster Linie § 35 RE II und § 36 RegE zu nennen, wobei die Fixierung eines Anspruchs auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab dem vollendeten 3. Lebensjahr als Schwerpunkt eines neuen JHG angesehen wurde; vgl. dazu DE, S. 110; DVET, Nr. 39

(4) vgl. dazu RegE, Kap. 4

weitert" ⁽¹⁾ worden, wobei der Ansatz dieser Konzeption "aus der Ablehnung bisheriger Therapieüberlegungen der Jugendhilfe heraus" entstanden ist, "die individuell beim Kind und Jugendlichen ansetzen und primär auf ihn gemünzt waren" ⁽²⁾. Da diese Veranstaltungen nur an die Betroffenen selbst gerichtet waren, die Familie aber ausgeblendet blieb, "(wies) das weitgehende Versagen dieses Ansatzes den Weg über das Individuum hinaus, man begriff das Kind als Teil der Familie und setzte von daher an einer Therapie der Familie an" ⁽³⁾.

Die im Verlauf dieser Bemühungen eingerichteten und geförderten Institutionen wie z.B. Ehe- und Familienberatungsstellen, Elternbildungseinrichtungen oder sozial-psychiatrische Dienste weisen als gemeinsames Charakteristikum auf, daß sie "von den Betroffenen nicht selbst gefordert wurden, sondern von offizieller Seite eingerichtet wurden. Dies weist auch auf das inhaltliche Manko dieser Institutionen hin: an Stelle der individuellen Therapie der Integration des Einzelnen, geht es nun um die innere Funktionstüchtigkeit der Familie.

Unberücksichtigt bleibt nach wie vor der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Struktur und struktureller Familienkrise, zwischen den ökonomischen und politischen Verhältnissen, die auf das soziale System Familie einwirken. Familie wird als losgelöstes System betrachtet" ⁽⁴⁾.

(1) RegE, Begründung, S. 79

(2) J. Münder, Erziehung, S. 119

(3) ib.

(4) ib.

Insoweit läßt sich zu den konzeptionellen und inhaltlichen Vorgaben der Reformentwürfe zu einem neuen JHG sagen, daß sie zwar mit der Absicht, die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken, durchaus die herrschende offizielle Auffassung von Familienpolitik aufnehmen ⁽¹⁾, letztlich aber Konsequenzen für das R e c h t des jungen Menschen auf Erziehung nicht mit sich bringen ⁽²⁾.

Bei den Leistungen zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie beanspruchen alle Entwürfe eine "Ablösung der Jugendhilfe aus dem historischen Kontext der Strafe und damit der Beseitigung der diskriminierenden Funktion öffentlicher Erziehung", wobei "vor der Erarbeitung der einzelnen Reformentwürfe hauptsächlich die Unterstellung allen abweichenden (dissozialen und delinquenten) Verhaltens Jugendlicher unter dem Erziehungsge-
danken und Veränderungen des Charakters der Maßnahmen, die auf abweichendes Verhalten reagieren, in offene, halboffene (und) präventive" ⁽³⁾ als sinnvoll erachtet wurden.

Dennoch ist gerade innerhalb des oben angesprochenen Zusammenhangs die sich als am gravierendsten bemerkbar machende Tatsache in Gestalt des Dualismus von Jugendhilferecht und Jugendstrafrecht beibehalten worden. Trotz der intensiven Auseinandersetzungen und Bemühungen um die Einbeziehung des Jugendstrafrechts in ein zu kodifi-

(1) Vgl. dazu M. Wingen, Familienpolitik; K. Lüscher (Hrsg.), Sozialpolitik

(2) vgl. dazu auch Kap. 5.2

(3) J. Münder, Erziehung, S. 126

zierendes Jugendhilferecht ⁽¹⁾ wird nur lapidar zur Kenntnis gegeben, daß "eine Reihe grundlegender Vorfragen noch weiterer Klärung bedürftig erscheinen" ⁽²⁾, bzw. in keiner Weise weiter ausführte "rechtsstaatliche Bedenken" ⁽³⁾ dem entgegenstünden.

Die von "Wissenschaft und Praxis geforderte und vom Diskussionsentwurf teilweise realisierte Aufhebung der Trennung in der Behandlung von dissozialen und delinquenten Jugendlichen" ⁽⁴⁾ ist in weiter keinem anderen Entwurf für ein neues Jugendhilferecht realisiert worden.

Leistungen der Jugendhilfe gerade im Bereich der "Erziehung außerhalb der eigenen Familie" behalten demnach bei diesem Stand der Konzeption "ihren Repressions-, Abschreckungs- und Disziplinierungscharakter, denn Sanktionen für abweichendes, nicht an herrschenden Normen orientiertes Verhalten bleiben bestimmend für den Eingriffscharakter der Jugendhilfe" ⁽⁵⁾ und sind somit entscheidend für das Ausbleiben eigener Rechtspositionen und konkreter Rechtsansprüche auch im RegE eines Jugendhilfegesetzes.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß im Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes erstmals Leistungen formuliert worden sind, die ihre Inanspruchnahme nicht an abweichendes Verhalten ge-

(1) vgl. dazu Punkt 4.3 dieser Arbeit

(2) vgl. dazu die Begründung zum RE I, S. 230

(3) O. Fichtner, Referentenentwurf, S. 73

(4) J. Münder, Erziehung, S. 128

(5) ib.

bunden hatten. Insbesondere sind an dieser Stelle die allgemeinen Erziehungshilfen in besonderen Sozialisationslagen ⁽¹⁾, die Förderung sozial besonders benachteiligter Kinder und Jugendlicher ⁽²⁾ und die Formulierung eines Rechtsanspruches zur Aufnahme in einen Kindergarten bzw. ähnlichen Einrichtung vom 3. Lebensjahr an bis zum Schuleintritt ⁽³⁾ zu nennen.

Die sich anschließenden Referentenentwürfe sowie der RegE weisen für den hier erörterten Zusammenhang auf, daß "entscheidend vorrangig (nur, E.G.) der Ausbau der Elementarerziehung" ⁽⁴⁾ angestrebt wird, der beabsichtigte Leistungscharakter der Jugendhilfe sich zunächst nur hierin und in der Förderung der Erziehung in der Familie in besonderem Maße ausweist.

Ob die in Aussicht genommene Neugestaltung der besonderen Leistungen der Jugendhilfe den Repressions- und Strafcharakter öffentlicher Erziehung abbauen kann, muß bezweifelt werden, da nur der Übungs- und Erfahrungskurs (§ 42 RegE) eine neue Form ambulanter Hilfe darstellt.

(1) wie z.B. unvollständige Familien (§§ 38-41 DE) oder behinderte Kinder und Jugendliche (§§ 42-46 DE)

(2) vgl. dazu § 26 DE sowie J. Minder, Erziehung, S. 129

(3) vgl. dazu § 28 DE

(4) J. Minder, Erziehung, S. 130

Nachdem das geltende JWG mit der Erziehungsbeistandsschaft (§§ 55-61 JWG), der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung (§§ 62-77 JWG) auf Sozialisationsstörungen reagiert, wurde in den Reformentwürfen zu einem neuen Jugendhilfegesetz der Bereich der ambulanten Hilfen vom DE über die Referentenentwürfe bis hin zum RegE zunehmend mehr abgebaut. Sah der DE für den Bereich der ambulanten Hilfen außer der Bestellung eines Erziehungsbeistandes, den sämtliche Entwürfe trotz vorgetragener substantieller Kritik beibehalten haben ⁽¹⁾ noch sozialpädagogische Einzel- und Gruppenarbeit, heilpädagogische Behandlung, Einzel-, Gruppen- oder Familientherapie (§ 48 Abs. 1 DE), Empfehlungen und Weisungen an Jugendliche (§ 48 Abs. 2 DE), Auferlegung besonderer Pflichten (§ 49 DE) und Erziehungskurse (§ 50 DE) vor, so sind im RegE nur Erziehungsberatung (§ 40 RegE), offene pädagogische und therapeutische Hilfe (§ 41 RegE) und Übungs- und Erfahrungskurse (§ 42 RegE) übrig geblieben.

Der Anspruch, im Bereich der Erziehung außerhalb der eigenen Familie den tatsächlichen Vorrang der Heimerziehung innerhalb der öffentlichen Erziehung abzubauen, ist im RegE auf die Hilfe zur Erziehung in Familienpflege (§ 44 RegE) und auf die "Hilfe zur Erziehung in einem Heim, einer entsprechenden Einrichtung, einer pädagogisch betreuten Wohn-

(1) vgl. dazu L. Böhnisch, U. Dickerhoff, M. Grieser, Konzept, S. 16

gruppe oder anderen Wohnform" (§ 45 RegE) und die "geschlossene Unterbringung" geschrumpft. Zwar handelt es sich bei den Entwürfen, Wohngemeinschaften (§ 56 DE, § 62 RE I, § 61 RE II, § 45 RegE) und das sozial-therapeutische Jugendheim (§ 57 DE, § 64 RE I, § 62 RE II, § 45 RegE) betreffend, um gesetzliche Neuformulierungen, doch ist in der Praxis die Erziehung in Wohngemeinschaften seit einigen Jahren unter entsprechender Auslegung von § 69 Abs. 3 praktiziert worden ⁽¹⁾.

Die zu Beginn der Diskussion um die Schaffung eines neuen Jugendhilferechts sich deutlich abzeichnende Wendung, Erziehung außerhalb der eigenen Familie "halboffener" und "offener" zu gestalten, ist in den Referentenentwürfen und im Regierungsentwurf zunehmend eingeschränkt worden. Ein an Deutlichkeit nicht zu übertreffender Beleg dafür stellt § 46 RegE dar, der die "geschlossene Unterbringung" bei der Erziehung außerhalb der eigenen Familie regelt ⁽²⁾.

Der Anspruch legislatorischer Bemühungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe, Verbesserungen für Kinder und Jugendliche zu erreichen, insbesondere "vordringlich und stärker als bisher" die "Selbstbestimmung und Mitwirkung an Entscheidungen über das eigene Lebensschicksal und an den hierfür relevanten gesellschaftlich-politischen Prozessen" ⁽³⁾ zu fordern und als vorrangiges Reformziel zu er-

(1) § 69 Abs. 3 JWG

(2) vgl. dazu die Dokumentation der JGfH sowie grundsätzlich K. Rehbein, Erziehung

(3) Fünfter Jugendbericht, S. 207

klären ⁽¹⁾, muß an den konkreten Gesetzesvorlagen überprüft werden. Bei allen Reformentwürfen zeigt sich gerade auch für den hier angesprochenen Bereich der "unaufhaltsame Abstieg eines Reformgesetzes" ⁽²⁾.

Die in den RE I und II teilweise vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen auf individueller Ebene ⁽³⁾ geben Anlaß zu Kritik, die in weit größerem Umfang auch den RegE betrifft.

Da sich "einerseits die Klientel der Jugendhilfe und andererseits der Repräsentant der Jugendhilfeorganisation in der Regel der Sozialarbeiter" gegenüberstehen, "ist die individualisierte Beziehung zwischen Jugendlichen und Sozialarbeiter von ausgeprägter Ungleichheit geprägt. Hinzu kommt, daß die Einbeziehung des Jugendlichen in die Jugendhilfe häufig kein freiwilliger Akt ist, sondern häufig über die Selektionsmechanismen der Jugendhilfe geschieht, die das Verhalten des Jugendlichen bereits als auffälliges oder abweichendes interpretiert haben. Diese strukturelle extreme Ungleichheit zwischen Klientel und Sozialarbeiter hat zur Folge, daß Mitwirkungsrechte der Jugendlichen über formale Abläufe hinaus durch den Jugendlichen selbst kaum realisiert werden können" ⁽⁴⁾.

Selbst wenn in einzelnen Fällen substantielle Mitwirkung stattfände, so wäre sie "entscheidend von dem konkreten Vertreter der Institution abhängig.

(1) Fünfter Jugendbericht, S. 207

(2) So F. Barabas, Chr. Sachße, Jugendhilfereform, S.135

(3) vgl. dazu J. Mündler, Erziehung, S. 141

(4) ib., S. 141f

Inhaltliche Realisierung von Mitbestimmung oder gar Selbstbestimmungsrechten steht somit zur Disposition des Sozialarbeiters bzw. der Jugendhilfeorganisation. Damit haben die Träger der Jugendhilfe über die individuellen Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen Verfügungsmacht" (1).

Das allen Entwürfen zugrunde liegende Konzept der Mitwirkung ist "nicht Strukturelement, schon gar nicht wesentliches, um emanzipatorische Prozesse zu ermöglichen - Emanzipation verstanden als Möglichkeit, sich aus Abhängigkeiten zu lösen, insbesondere aufgrund der ökonomischen Bedingtheit solcher Abhängigkeiten in kollektiver Weise" (2). Es hat vielmehr die Aufgabe, "reibungsloser und 'besser' die von den Trägern gesetzten Ziele zu erreichen" (3).

Gerade aber dieser Aspekt der Jugendfürsorge macht "die Entwicklung kollektiver Selbstbestimmungsmöglichkeiten wichtig" (4) und da es "weitgehend sozio-ökonomische Faktoren und nicht individuelle Gründe (sind), die einen Minderjährigen zum Klienten der öffentlichen Erziehung werden lassen" (5), wird eine Therapie, die nur individuell ansetzt, "damit die Gründe also beim Einzelnen sucht...die Ursachen für das Einsetzen der Jugendhilfe nicht in den Griff bekommen. Eine grundlegende Veränderung dieser Faktoren ist nur durch einen kollek-

(1) J. Münder, Erziehung, S. 142

(2) ib.

(3) ib., S. 142f

(4) ib., S. 143

(5) ib.

tiven, solidarischen Prozeß möglich" (1) .

Mit Recht weist Münder darauf hin, daß bei der Regelung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auch das "Legitimationsinteresse des Staates zum Ausdruck (kommt)" (2) . War noch der DE und später der RE I Ort deutlicher Mit- und Selbstbestimmungsregelungen, so wurden im RE II und im RegE diese Regelungen während einer Zeit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise diese Regelungen "gerade im kollektiven Bereich - wieder beseitigt. Das zeigt gleichzeitig, daß die Reform der Jugendhilfe kein gradlinig verlaufender Prozeß ist, sondern daß er vielmehr widersprüchlich abläuft...und daß die gesetzlichen Regelungen...entscheidend abhängen von den konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen" (3) .

Die gegenwärtigen Tendenzen innerhalb der Reformentwicklung zu einem neuen Jugendhilferecht konzentrieren sich auf den Bereich der vorschulischen Sozialisation (4) und den der öffentlichen Erziehung unter besonderer Hervorhebung ihres Interventionscharakters.

So verlangen veränderte Arbeitsbedingungen insbesondere die Fähigkeit, "sich neue Kenntnisse und Fertigkeiten unproblematisch und rasch anzueignen, Disponibilität und Mobilität, ein steigendes Maß an geistiger und sozialer Flexibilität, gestiegene Eigenverantwortlichkeit - insgesamt gesehen

(1) J. Münder, Erziehung , S. 143; vgl. dazu K. Rehbein, Erziehung, S. 11ff

(2) J. Münder, Erziehung , S. 143

(3) ib., S. 143f

(4) vgl. dazu J. Münder, Erziehung, S. 155

ist also keine Erhöhung aktueller spezifischer Qualifikationen, sondern polyvalenter Qualifikationen nötig. Das bedeutet, notwendig ist eine Erhöhung der allgemeinen Grundqualifikation, um eine ausreichende Basis für die Herausbildung der von neuen Arbeitskraftanforderungen verlangten Qualifikationen, die über den Bereich der 'Fabrikutugenden' hinausgehen, zu schaffen" ⁽¹⁾. Dem entspricht auch die Aussage im Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung: "Die Zuständigkeit für die Curricula im Elementarbereich wird den Kultusministerien zugewiesen. Die Beteiligung der für die Jugendhilfe zuständigen Ressours ist sichzustellen" ⁽²⁾.

Auch der Anstieg der Kindergartenplätze von 953000 im Jahr 1965 bis zu 1.463.000 im Jahr ...1976 ⁽³⁾, unabhängig vom Stand der Entwicklung der Jugendhilfe-rechtsreform, muß in Zusammenhang mit der Nachfrage nach veränderten Arbeitskraftqualifikationen gesehen werden. Zum anderen sind die Versuche, im Bereich der Jugendhilfe beschränkte Mitwirkungsrechte zu installieren, auch als Versuch anzusehen, mitverantwortliche Individuen für das Ziel einer erhöhten Funktionalität als veränderte Arbeitskraftqualifikation heranzubilden.

Strukturelle Mängel der Jugendhilfe (abgesehen vom Bereich der vorschulischen Sozialisation) haben sie ihre Funktion, auch gesellschaftliche Integrations-

(1) J. Münder, .Erziehung, S.155

(2) Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung:
S. II A 5

(3) Statistisches Bundesamt, Kinder, S. 132

hilfe zu sein, nicht wahrnehmen lassen. Mit einem umfangreichen Interventions- und Planungsinstrumentarium "soll die Effektivität der Jugendhilfe gesteigert werden. Effektivität bedeutet dabei, daß gewährleistet werden soll, daß Jugendhilfe dazu beiträgt, Jugendliche in die Gesellschaft einzugliedern, mögliche Probleme integrierbar zu machen, um Konflikte zu entschärfen. Somit soll öffentliche Erziehung in ihrer ideologischen Funktion wieder funktionabel gemacht werden" (1).

Die Aspekte der Gesellschaftsstabilisierung bei der Reform der Jugendhilfe sind allerdings keine ausreichende Begründung für den dargestellten Charakter der Reformmaßnahmen. So haben gerade die am häufigsten betroffenen Familien unterer Einkommensschichten auch ein Interesse am Ausbau der vorschulischen Sozialisation. Zum einen kann "durch die hierdurch vermittelte bessere Arbeitskraftqualifikation als Verkäufer der Ware Arbeitskraft hierfür "ein höherer Preis erzielt" und durch eine höhere Grundqualifikation im besondern die Abhängigkeit(en) von konkreten Arbeitsplätzen verringert" (2) werden.

Andererseits ist es durch die Anerkennung eines allgemeinen Rechtsanspruchs jedes drei- bis sechsjährigen Kindes auf einen Kindergartenplatz möglich, daß gerade die in Arbeiterfamilie, weit-

(1) J. Münder, *Erziehung*, S.158

(2) *ib.*, S. 159

gehend aufgrund ökonomischer Faktoren, bestehenden im Vergleich schlechteren Sozialisationsbedingungen eher ausgeglichen werden können" (1).

Da aber die Vergesellschaftung der öffentlichen Erziehung in staatlicher Form so stattfindet, "daß sie zunächst nicht erhöhte Einflußnahme der Betroffenen bedeutet" (2), wird für die Beurteilung der Jugendhilferechtsreform entscheidend sein, inwieweit die Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft über den Bereich der vorschulischen Erziehung hinaus verbessert wird und "der Prozeß der Vergesellschaftung von Erziehung über die Ebene der staatlich bornierten Form hinausgeht und zu einer Angelegenheit der Betroffenen selbst wird" (3).

"Die Entscheidung hierüber fällt jedoch nicht auf der gesetzgeberischen Ebene der Jugendhilferechtsreform, sondern sie ist abhängig von der konkreten gesellschaftlichen Machtkonstellation. Die Reformmaßnahmen können nur Modalitäten innerhalb dieser Auseinandersetzungen bessere oder schlechtere Bedingungen setzen" (4).

(1) J. Münder, Erziehung, S. 159

(2) ib.

(3) ib., S. 160

(4) ib.

6. Jugendhilferechtsreform - Ansätze zu einer offensiven Jugendhilfe

Die Reformarbeiten an dem in seinen Grundzügen über 50 Jahre alten Jugendwohlfahrtsgesetz stoßen, wie gezeigt worden ist, auf erhebliche Probleme und Schwierigkeiten. Es handelt sich dabei nicht nur um das grundsätzliche Problem Erziehungsprozesse rechtssystematisch zu regeln, vielmehr erschweren die differierenden Interessen und der desolate Forschungsstand innerhalb der Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft ⁽¹⁾ sowie "politisch-ideologische Überlegungen" ⁽²⁾ den Konsens über die bestmögliche gesetzliche Absicherung des Rechtsanspruchs auf Erziehung für Kinder und Jugendliche ⁽³⁾.

Auch wenn der RegE in einzelnen Teilbereichen Neuerungen und Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht beinhaltet, so ist doch zu konstatieren, daß die weitergehenden Reformansätze des Diskussionsentwurfs für ein Jugendhilfegesetz und die ihn initiiierenden oder ergänzenden Beiträge in Vergessenheit zu geraten scheinen oder aus der Diskussion ausgeblendet sind. An den nicht eingelösten Forderungen und fortgeschriebenen Defiziten aus diesem Diskussionszusammenhang zeigt sich deutlich, daß die offizielle Jugendpolitik auf

(1) vgl. dazu z.B. H. Lukas, Sozialpädagogik, insbes. S. 221f

(2) J. Münder, Jugendhilferechtsreform, S. 252

(3) vgl. dazu zuerst in diesem Zusammenhang W. Pollick, Recht, S. 1-86

die Entwicklung und Einlösung neuer Ziele und Programme verzichtet.

Schon 1974 wurden die auch schon damals auf schmaler Basis operierenden Entwürfe nicht weiterverfolgt. In der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage zur Situation der Kinder in Deutschland wird ausgeführt: "Mit Rücksicht auf die Haushaltssituation der Gebietskörperschaften und ihre zur Zeit nicht genau abschätzbaren Entwicklung hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ministerpräsidenten der Länder und dem Deutschen Städtetag die Vorlage eines Regierungsentwurfs zunächst zurückgestellt" (1).

Da mit "Investitionskosten von rund 1,5 bis 1,8 Milliarden in den ersten acht bis zehn Jahren und jährlichen Folgekosten von rund 800 Millionen gerechnet wurde", konnten bei der "größer werdenden Bindung öffentlicher Mittel an Investitionen in den ökonomischen Prozeß (unter Beibehaltung tradierter gesellschaftspolitischer Prioritäten)... die aus den anvisierten materiellen Verbesserungen sich ergebenden Mittelanforderungen...politisch nicht durchgesetzt werden" (2).

Die vorliegende Kritik an der Jugendhilferechtsreform hat deutlich gemacht, daß insbesondere auch rechts- und jugendpolitische Fundierungen bzw. sozialpädagogische Konzepte notwendig sind, um auf dem Hintergrund der Diskrepanz zwischen Aufgaben-

(1) Antwort der Bundesregierung, S. 21

(2) E. Jordan, D. Sengling, Jugendhilfe, S. 276

stellung und Ressourcen die Instrumente sozialpädagogischen Handelns in der Jugendhilfe neu zu ordnen, zu ergänzen und zu erweitern.

Angesichts der Tatsache, daß nicht nur die traditionellen "wunden Punkte" der Jugendhilfe, sondern auch neu entstandene Probleme eine veränderte Lage im Bereich von Erziehung und Sozialisation geschaffen haben, muß von daher die Prüfung angemessener Kriterien für Handlungsformen und Handlungsmöglichkeiten erfolgen. Im Zusammenhang mit einer "kritischen Reflexion der Frage nach den Konstitutionsbedingungen und -mechanismen von Problemlagen" kann sich die Jugendhilfe die kritische Distanz verschaffen, "die für die selbständige Beurteilung ihres eigenen Handelns unerläßlich ist. Es würde damit folgendes gesichert:

- Von einem solchen Standpunkt aus nimmt die Jugendhilfe Probleme nicht einfach als gegeben hin, sondern begreift sie als Ergebnis interessen- und machtbezogener Definitions- und Thematisierungsvorgänge. Sie reflektiert dabei stets die Frage mit, für wen und aus welcher Interessenslage heraus ein Sachverhalt als Problem gilt, und hängt sich nicht einfach an vorgegebene Problemdefinitionen an, sondern bemüht sich selbst kritisch um eine eigene Problemsicht.
- Die Jugendhilfe wird so auch davor bewahrt, sich vorschnell und unbesehen um alle ihre angetragenen und vordefinierten Problemlagen zu kümmern.

- Mit der Reflexion der angedeuteten Fragen verschafft sie sich weiterhin die notwendigen Kenntnisse über die Qualität der von ihr zu bearbeitenden Problemlagen, also auch der Kriterien für die Beurteilung der Frage, welche Probleme wichtig, welche neuartig, welche zentral sind, sowie welche Problemfelder im Sinne einer Sozialisationsstrategie besonders günstige und erfolgsversprechende Ansatzpunkte für Interventionen der Jugendhilfe bieten.
- Darüber hinaus klären sich ihre Handlungs- und Entscheidungsalternativen: es wird möglich, sich rational für bestimmte Zielsetzungen und damit Handlungsorientierungen zu entscheiden.
- Schließlich wird von daher die Frage der Handlungsbedingungen diskutierbar und entscheidbar, die Frage also, ob die vorhandenen Ressourcen der verschiedensten Art für die Erreichung der geplanten Zielsetzung ausreichen" (1).

Die Bemühung um kritische Distanz ist für die Jugendhilfe vor allem durch den auf sie ausgeübten Druck hinsichtlich der Übernahme neuer Aufgaben notwendig. Dieser Druck kann sich z.B. geltend machen "in Form positiver Erwartungen, daß bestimmte Aufgaben in einem dafür offenstehenden Feld z.B. in der Eltern- und Familienarbeit, von der Jugendhilfe übernommen werden" oder daß sie Aufgaben "innerhalb eines Gesamtkonzepts übernehmen soll" (2).

(1) 5. Jugendbericht , S. 130

(2) ib., S. 131

Gegenwärtig scheint für die Jugendhilfe charakteristisch, daß sie "bereitwillig die anfallenden zusätzlichen Aufgaben übernimmt und damit ihrerseits dem...Muster gesellschaftlicher Problemlösung folgt, auftauchende Probleme nicht durch Beseitigung der strukturellen Ursachen zu lösen, sondern durch Etablierung zusätzlicher Institutionen zur Bewältigung der Folgeprobleme unzureichender und prekärer Strukturen. ...

Indem die Jugendhilfe so mit ihren Mitteln die Probleme...zu lösen versucht, verhindert sie zugleich, daß diese Probleme öffentlich werden. Gerade weil sie durch die Jugendhilfe therapeutisch oder sozialpädagogisch behandelt werden, haben strukturelle Probleme keine Chance mehr, als solche öffentlich thematisiert zu werden. Sie bleiben so letztlich erst recht der privaten Bewältigung überlassen. Diese institutionelle Reaktionsform hängt im übrigen nicht zuletzt damit zusammen, daß in unserer Gesellschaft nur Institutionen anerkannt sind, nicht Funktionen; deshalb müssen alle Prozesse institutionalisiert werden, um öffentliche Anerkennung und Förderung zu erfahren" (1).

Dem entgegen steht die Forderung, daß Jugendhilfe als eigenständiger Sozialisationsbereich verstanden werden muß, "der als solcher eine unersetzliche und originäre Funktion innerhalb des Sozialisations- und Erziehungsfeldes wahrzunehmen habe" (2). Wenn aus der Forderung, "daß Jugendhilfe über die Mittel zur Beseitigung, zumindest zur Veränderung der

(1) 5. Jugendbericht, S. 132

(2) ib.

gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Verursachungsfaktoren der ihr zur Bearbeitung zugewiesenen Problemlagen verfügen müsse, daß sie offensiv an die Ursachenkonstellationen herangehen müsse und sich nicht darauf beschränken dürfe, Folgeerscheinungen zu mildern", und innerhalb einer damit zusammenhängenden Diskussion der Versuch gemacht wird, "die Vielfalt der Aufgabenstellungen, die der Jugendhilfe in ihren verschiedenen Institutionen, Trägern und Programmen zugewiesen wird, zugunsten einer Aufgabendefinition aufzulösen, die ein- für allemal und für den gesamten Bereich, unbeschadet seiner historischen Wandlungen, gelten soll" ⁽¹⁾, liegt darin die Gefahr, angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturbedingungen den Bezug zu realisierbaren Zielsetzungen zu verlieren.

Entsprechend dem Anspruch, Jugendhilfe als originäre Aufgabe im Sinne eines eigenen Sozialisationsfeldes zu begreifen, ergeben sich Maßstäbe für Entwicklungen und Handlungsformen der Jugendhilfe: "sie sind daran zu messen, ob und in welcher Weise sich in ihrem Selbstverständnis und Handeln ein Bewußtsein davon abzeichnet, daß die veränderte Qualität der Sozialisationsproblematik eine neue Strategie öffentlich organisierter Sozialisation (einschließlich kodifizierter Rechtsansprüche, E.G.) erfordert" ⁽²⁾; innerhalb eines so neu strukturier- ten Handlungsfeldes muß dann die Aufgabe der Jugend-

(1) 5. Jugendbericht , S. 133

(2) ib.

hilfe neu bestimmt werden. "Jugendhilfe kann also in ihrer Struktur und Verfassung gemessen werden an der Art, wie sie sich Handlungsspielräume sichert und in Anspruch nimmt, also an ihrem strategischen Verhalten gegenüber Entwicklungen und Problemen im Sozialisationsbereich" ⁽¹⁾, vor allem auch gegenüber jugend- und rechtspolitischen Defiziten in der Jugendrechtsgesetzgebung.

Insbesondere zeigt die Analyse des Bereiches "Erziehung außerhalb der eigenen Familie" ⁽²⁾, daß durch so eine Verbesserung und Erweiterung des Jugendhilferechts, sowie durch punktuelle Reformen, die Veränderung grundsätzlicher struktureller Probleme der Jugendhilfe nicht zu erreichen ist.

"Der zentrale Trend des letzten Jahrzehnts, die alleinige Optimierung des bestehenden Leistungssystems auf professioneller, administrativer und (begrenzt auch, E.G) finanzieller Ebene hat in den letzten Jahren durchaus zu sichtbaren optischen Veränderungen geführt, zu prinzipiellen Änderungen des Funktionsverständnisses von Erziehungshilfe des Status' der Kinder und Jugendlichen in ihr und der rein administrativ-rechtlich geregelten Zugangsproblematik jedoch konnte es...nicht kommen" ⁽³⁾.

Ein bloßer Ausbau der Jugendhilfe als verbesserter Teil von Leistungsverwaltung mit einer größeren Differenzierung und Spezialisierung von Einrich-

(1) 5. Jugendbericht, S. 133

(2) vgl. dazu §§ 44ff ESGBJ sowie Kap. 5.3 dieser Arbeit

(3) 5. Jugendbericht, S. 206

tungen und Angeboten, technisch-effizienten Reglungen, erhöhter Fachlichkeit und Professionalisierung wäre aber angesichts der Analyse der Funktion und Wirkungsweise von Jugendhilfe ⁽¹⁾ nur "schleichende Selbstverständlichkeit, mit der immer wieder die gleichen unzureichenden Lösungsmöglichkeiten wiederholt werden" ⁽²⁾.

Ein solcher bloßer Ausbau bedeutete auch keine verbesserten Möglichkeiten für die gesellschaftlich-politischen Grundstrukturen der Jugendhilfe. Vielmehr bedeutete das: "Je mehr die Jugendhilfe krisenhafte Folgeerscheinungen an den Nahtstellen zwischen öffentlich organisierter Sozialisation und privater Lebenswelt innerhalb solcher institutionell vorgeprägter Lösungsmuster übernimmt, mildert oder therapeutisch löst, desto mehr verhindert sie, daß diese Probleme sich öffentlich artikulieren und Lösungen in den Ursachenbereichen erzwingen können. Jugendhilfe wird so zu einer Art Pannenhilfe, die dazu beiträgt, daß im Interesse der heranwachsenden Generation dringend notwendige Änderungen z.B. in der Prioritätensetzung der Stadtplanung, in den Entscheidungen über Klassenstärken, Änderung des Bodenrechts zur Schaffung familiengünstiger Wohnungen, Beschränkungen einer nur profitorientierten Beschäftigungspolitik zugunsten des Ausbildungsanspruchs Jugendlicher aufschiebbar erscheinen oder ganz unterbleiben" ⁽³⁾.

(1) vgl. dazu exemplarisch W. Schefold, Sozialisationspolitik, insbes. S. 76ff

(2) 5. Jugendbericht, S. 206

(3) ib.

Angesichts des Standes der Jugendhilferechtsreform - der RegE eines Jugendhilfegesetzes ist am Ende der 8. Legislaturperiode in 3. Lesung verabschiedet worden, am Einspruch des Bundesrates aber gescheitert - darf die Entwicklung der Jugendhilfe nicht verstellt werden, "die Selbstorganisationsmöglichkeiten der Betroffenen offenhält, institutionalisierte Perfektionierung beschränkt zugunsten von demokratischer Interessenartikulation und soziale(r) und politische(r) Partizipation" ⁽¹⁾ gewährleistet.

Insbesondere zu fordern ist für eine derartige Weiterentwicklung der Jugendhilferechtsreform die

- "Verstärkung von Partizipation im Sinne von Selbstbestimmung und Mitwirkung an Entscheidungen über das eigene Lebensschicksal und an den hierfür relevanten gesellschaftlich-politischen Prozessen.
- Verstärkung und Unterstützung von Selbstorganisations- und Selbsthilfeinitiativen, sozialer Mobilisierung der Interessenvereinigungen von Betroffenen anstelle von professionalen Lösungen mit der Gefahr der Entmündigung der Experten.
- Lebensweltorientierte, gemeinwesenbezogene sowie demokratisch offene Arbeitsformen und Einrichtungen gegenüber primär administrativ bestimmten Formen der Problemlösung" ⁽²⁾.

Der Forderung, Möglichkeiten für alternative Ent-

(1) 5. Jugendbericht, S. 206; vgl. dazu auch K. Rehbein, Erziehung, S. 115ff sowie M. Sauer, Heimerziehung, S. 168ff

(2) 5. Jugendbericht, S. 207

wicklungen bereitzustellen, korrespondiert "die Bereitschaft zu ständiger Überprüfung der Angemessenheit dieser Strategien..., die Bereitschaft zu arbeitsfeldinterner und arbeitsfeldübergreifender Verständigung und Diskussion über Erfahrungen, Aufgaben und Strategien der Jugendhilfe" und die "Schaffung der personellen und institutionellen Mindestvoraussetzung für eine solche Verständigung durch Einrichtung von Freiräumen und Entlastung von Handlungsdruck" (1).

Analysen zu den gegenwärtigen Bedingungen in Politik und Jugendhilfe stellen ungünstige Bedingungen für die Verwirklichung des hier Geforderten sowie eine generelle Veränderung des jugendpolitischen Klimas heraus. In einer Epoche der "Rücknahme von Reformansätzen, der Stagnation oder des Widerrufs von Reformprogrammen", werden in der öffentlichen Diskussion "die Ansätze konzeptionellen Umdenkens von der Jugendhilfe als einem Straf- und Kontrollorgan zu einem Hilfs- und Emanzipationsbereich im Gefolge von Krisenangst und Radikalenfurcht wieder zurückgedrängt" (2).

Als Mindestvoraussetzungen für das Aufholen des dargestellten Entwicklungsrückstandes ist der Ausbau und die Aktivierung "von Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zu kritischer Diskussion in der Jugendhilfe", das "Offenhalten von Experimentier- und Spielräumen" und eine "kritische Distanz

(1) 5. Jugendbericht, S. 207; vgl. dazu auch
Chr. Marzahn (Hrsg.), Sozialpädagogik,
S. 11 und 20

(2) ib.; vgl. dazu L. Böhnisch, Analyse, S. 52ff

gegenüber ungerechtfertigten Leistungsansprüchen", die im Zusammenhang mit "ständig wechselnde(n) Prioritäten und Leistungsanforderungen,...je nach der aktuellen Lage tagespolitischer Vordringlichkeiten an sie herangetragen werden" (1).

Generell ist zu fordern, daß im Anschluß an die begründeten Zweifel, daß die Institutionalisierung der Jugendhilfe gleichbedeutend sei mit der angemessenen und wirksamen Lösung der ihr aufgegebenen Probleme, eine grundsätzliche Überprüfung der vorfindlichen Institutionalisierungsformen vorgenommen werden muß. Der 5. Jugendbericht nennt als Beispiel dafür die "infolge zunehmender Etablierung und zunehmender Selbstverständlichkeit wachsende Abkapselung der Einrichtungen im Elementarbereich von dem sie umgebenden Gemeinwesen, die Verkürzung der Elternmitarbeit auf die Gremienebene; der Zwang zu einrichtungskonformer Freizeitbetätigung im Bereich der kommunalen Jugendpflege; Gefahren der Instrumentalisierung der Elternarbeit für die Bewältigung von Anforderungen öffentlicher Sozialisation durch ihre Insitutionalisierung innerhalb von Kindergarten, Schule oder Jugendhilfeeinrichtungen." Er sieht Gefahren der "Etablierung von Tages- und Dauerpflegestellen statt Verbesserung der Bedingungen in den Familien der Kinder und Jugendlichen; Gefahren der Psychologisierung und Pathologisierung von Problemjugendlichen durch die In-

(1) vgl. dazu 5. Jugendbericht, S. 207f

stitutionalisierung therapeutischer Heime anstelle einer Beeinflussung der sozialen Gegebenheiten in der Familien- und Gemeinschaftssituation" ⁽¹⁾.

Wenn Jugendhilfe, verstanden als Selbstbestimmung Betroffener und ihrer lebenswelt- und gemeinwesenorientierten Mobilisierung nicht den "problematistischen Folgen ihrer unkritischen weiteren Institutionalisierung geopfert werden soll", müssen "offene Institutionalisierungsformen entwickelt und erprobt werden, die lokal und kleinräumig operieren können, alltagsnah und gemeinwesenorientiert ausgerichtet sind; die auch mit größtmöglichen Mitbestimmungsmöglichkeiten demokratisch organisiert sind und in der Lage sind, Öffentlichkeitsfunktionen für Problemgruppen zu übernehmen, anstatt Probleme durch die Etablierung institutioneller Lösungen der öffentlichen Diskussion zu entziehen" ⁽²⁾.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, "ob die Betroffenen selbst ihre Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge in der Institution zur Sprache bringen und wirkungsvoll vertreten können, oder ob sie sich der institutionalisierten Definitionsmacht und den etablierten Regelungen und Verfahrensweisen unterwerfen müssen. Das im Jugendhilfegesetzentwurf der Bundesregierung stellenweise vorgesehene Anhörungsrecht der Entscheidungsbetroffenen - §§ 10; 66 - weist in die richtige Richtung. Es kann jedoch wegen seiner strikten Individualisierung, d.h.

(1) 5. Jugendbericht, S. 209 m.w.N.; vgl. dazu Chr. Marzahn (Hrsg.), Sozialpädagogik

(2) 5. Jugendbericht, S. 210; vgl. dazu M. Sauer, Heimerziehung sowie Chr. Marzahn, Sozialpädagogik

Fallbezogenheit und seiner mangelhaften Durchsetzungsmöglichkeit für die Betroffenen keineswegs die strukturell notwendige Wirkung und korrektive Funktion entfalten" (1).

In diesem Zusammenhang erscheint der Erwerb sozialpädagogischer Handlungskompetenz im Rahmen der Forderung nach einer Professionalisierung der Jugendhilfe dringend geboten. Obschon diese Forderung bis in die Zeit vor der Schaffung des RJWG zurückreicht, ist der Professionalisierungsgrad der Jugendhilfe defizitär. Auch sind in der Entwicklung der Professionalisierung Tendenzen erkennbar, die im Hinblick auf eine kritische Bestandsaufnahme hinsichtlich ihrer Wirkung als problematisch angesehen werden müssen (2).

So stellen z.B. die "professionellen Prozesse der Pädagogisierung der Jugendarbeit oder Therapeutisierung der Erziehungshilfe" Hinweise "auf wachsende Verständigungsprobleme zwischen Professionellen und ihrem Klientel" dar, "die ihrem Charakter nach strukturell(e) sind" (3) und dem erklärten Leistungsanspruch von Professionalität und Fachlichkeit widersprechen. Auch eine Professionalisierung, die sich nur im Bereich technischer und institutioneller Vorgaben bewegt, gerät in die Situation, "die konkreten Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen zu vernachlässigen, zu mißachten oder sie gar als

(1) 5. Jugendbericht, S. 210;

(2) vgl. dazu Chr. Marzahn, Sozialpädagogik

(3) 5. Jugendbericht, S. 210

Stör- und Problemfall ihres auf Erfolg drängenden Handelns wahrzunehmen" (1).

Insofern müssen alle Initiativgruppen und Selbsthilfvereinigungen im Bereich der Jugendhilfe wie z.B. Jugendzentrumsinitiativen, Eltern-Kind-Gruppen, Stadtteilgruppen als "praktische Kritik an einer sich zunehmend von der Lebenswelt der Betroffenen entfernenden und bevormundend erlebten Professionalität" (2) bewertet werden.

Von daher muß auch neben einer Auseinandersetzung mit dieser Kritik eine Entwicklung eingeleitet werden, die organisatorische, anstellungs- und arbeitsrechtliche Modelle erprobt, in denen "die Fachkräfte weniger den Institutionen" als vielmehr den "Vereinigungen von Gruppen von Betroffenen (mit Informations-, Unterstützungs- und Aktivierungsfunktion" (3) zugeordnet werden. "Zu fordern ist also eine Professionalität und Fachlichkeit, die sich als Handeln im Alltag der Betroffenen versteht, Kooperationsfähigkeit mit Laien und Kommunikationsbereitschaft mit Betroffenen anstrebt, die sich also als Hilfe zur Initiierung von Selbsthilfe versteht und deshalb die Trennung von Institution, d.h. Einrichtung, und Lebenswelt, d.h. Alltag, durchbricht" (4).

Im Bereich der Arbeitsfelder der Jugendhilfe bedeutet dieser Anspruch, daß o f f e n e P r a x i s - f o r m e n geschaffen werden müssen, die nicht

(1) 5. Jugendbericht, S. 210; vgl. dazu T. Kunstreich, Konflikt, sowie H. Thiersch, A. Frommann, D. Schramm, Beratung, S. 105ff

(2) 5. Jugendbericht, S. 211

(3) ib.

(4) ib.; vgl. dazu auch H. Thiersch, Sozialpädagogik, S. 19ff

dazu beitragen, vorhandene Handlungskompetenz und alltägliche Problemlösungsversuche zu verhindern, bzw. nicht an der "pragmatisch-bürokratischen Logik von Institutionen - wie z.B. Flächendeckung, Anzahl der bearbeiteten Fälle, Wachstum der verausgabten Mittel, geleistete Stunden usw." (1) orientiert sind.

Vielmehr ist eine "stärkere Entinstitutionalisierung der Arbeitsmethoden der Jugendhilfe". (2) zu fordern. "Dies bedeutet unter anderem Verzicht auf die Koppelung von Heimerziehung und Therapie, die Gewährleistung von Freiwilligkeit bei der Inanspruchnahme von Hilfen, Sicherung der Anonymität des Klienten etwa bei Beratungsstellen und Informationszentren, wie dies in vielen Jugend- und Drogenberatungsstellen bereits der Fall ist, Verzicht auf aktenmäßige Erfassung der Klientel, Sicherung der Verschwiegenheitspflicht der Fachkräfte gegenüber der Verwaltung und des Zeugnisverweigerungsrechts. Die sicher notwendig therapeutisch-technischen Verfahren müssen aus ihrer einrichtungsfixierten Lokalisierung herausgenommen und in einen offenen und flexiblen Verbund von Maßnahmen mit Angebots- anstelle von Kontrollcharakter eingebracht werden. Therapeutisch-resozialisierende Verfahren sollten durch pädagogische Strategien ergänzt werden, die auf die Entwicklung alternativer Lebens- und Arbeitsformen zielen und die erlauben, die berechnete Kritik an der durchschnittlichen gesell-

(1) 5. Jugendbericht, S. 212

(2) ib.

schaftlichen Normalität zu artikulieren" (1).

Eine solche Neugestaltung der Jugendhilfe und der öffentlichen Erziehung (2), unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der Familie (3) stattfindet, ist abhängig von den tatsächlich vorhandenen Rechten für Kinder und Jugendliche. Wenn auch die Vorstellung, daß Kinder und Jugendliche Rechte haben, weder im öffentlichen Bewußtsein, noch in der Gesetzgebung befriedigend Platz gefunden hat, so gibt es dennoch Überlegungen zu den "Bedürfnissen" des Kindes, "die mit seiner Gesundheit, seinem Lernen und seiner Sozialisation verbunden sind...Aber die Kenntnis und Erfüllung von Bedürfnissen ist nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung dafür, daß dem Kind sein Recht zuteil wird" (4).

Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind auch insofern von der Rechtslage abhängig, als ein neues Jugendhilferecht auch Bezug zu nehmen hätte auf tatsächlich vorhandene Bedürfnisse. "Wird etwa ein längerer Schulbesuch, eine bessere Ausbildung, eine von den Eltern unabhängige Selbstbestimmung zum Recht" (5), dann ist nur die Form des öffentlich-rechtlichen Anspruchs sinnvoll.

Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und das dem entsprechende Recht "stehen in einem dialektischen Bezug und treiben einander voran.

(1) 5. Jugendbericht, S. 212f

(2) vgl. dazu K. Rehbein, Erziehung, S. 115ff

(3) kritisch dazu H. Kupffer, Aufgabe, S. 38ff

(4) H. Kupffer, Aufgabe, S. 42

(5) ib.

Dennoch liegen sie auf verschiedenen Ebenen und lassen sich nicht aufeinander zurückführen.

Recht folgt niemals aus der 'Natur' des Menschen, sondern ist eine politische Errungenschaft, die konzipiert und durchgesetzt werden muß" (1).

(1) H. Kupffer, Aufgabe, S. 43

Literaturverzeichnis

- Abé, J. u.a., Kritik der Sonderpädagogik, 1973
- Abendroth, W. (Hrsg.), Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, 1975
- Abendroth, W., Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats, in: W. Abendroth (Hrsg.), Verfassung, 1975, S. 64-69
- Aich, P. (Hrsg.), Da weitere Verwahrlosung droht, 1973
- Anders, J., Freiheitsentziehung durch den Inhaber der elterlichen Gewalt, in: FamRZ 1960, S. 475-478
- Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage zur Situation der Kinder in Deutschland, BTDRs S 7/3340
- Arbeiterwohlfahrt (Jugendrechtskommission), Vorschläge für ein erweitertes Jugendhilferecht, in: B. Simonsohn (Hrsg.), Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik, 1969, S. 266-339
- Arbeiterwohlfahrt, Vorschläge für ein erweitertes Jugendhilferecht, 1970³
- Arbeiterwohlfahrt, Vorschlag zur Reform des Rechts der elterlichen Sorge, in: RegE, Sorge, S. 3
- Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaftsjugend des DGB, SJD - Die Falken, Markierungspunkte zur Reform des Jugendhilferechts, in: TuP, 1977, S. 203-206
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge, Leitsätze für ein neues Jugendhilferecht, AGJJ-Mitteilungen, 1970, 60, S. 35-37

- Baetcke, W., Widersprüche staatlicher Jugendpolitik,
1978
- Bäumer, G., Die historischen und sozialen Voraussetzungen
der Sozialpädagogik und die Entwicklung ihrer
Theorie, in: H. Nohl, I. Pallat (Hrsg.),
Handbuch, S. 8-17
- Barabas, F., Chr. Sachße, Jugendhilfereform oder der
unaufhaltsame Abstieg eines Reformgesetzes,
in: KJ, 1975, S. 135-141
- Barabas, F. u.a., Jahrbuch der Sozialarbeit 1976, 1975
- Barabas, F. u.a., Jahrbuch der Sozialarbeit 1978, 1977
- Baumann, J., Jugendstrafrecht, AT, 1975⁶, S. 753-766
- Beck, U., Objektivität und Normativität. Die Theorie-
Praxis-Debatte in der modernen deutschen
und amerikanischen Soziologie, 1974
- Belchaus, G., Elterliches Sorgerecht, 1980
- Belke, W., Gedanken zu einer Reform der Bestimmungen
über die elterliche Gewalt (§§ 1626-1698 b
BGB), in: FamRZ, 1969, S. 72-74
- Bettermann, K.A., H.C. Nipperdey, U. Scheuner,
Die Grundrechte, 1972²
- Bloch, E., Naturrecht und menschliche Würde,
Frankfurt/M. 1961
- Böhnisch, L., Bedingungen sozialpädagogischen Handelns
im Jugendamt, in: ZfP, 1972, H. 2,
S. 187-202

- Böhnisch, L. (Hrsg.), Jugendarbeit in der Diskussion, 1973
- Böhnisch, L., U. Dickerhoff, V. Kuhlen, Das neue Jugendhilfegesetz - Eine Chance für eine "emanzipatorische Jugendhilfe?", in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Reform, S. 17-147
- Böhnisch, L., H. Lösch, Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination, in: H.U. Otto, S. Schneider (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 2, S. 21-40
- Böhnisch, L., V. Kuhlen, Kritikperspektiven für die Beurteilung eines neuen Jugendhilferechts, in: NP, Sonderheft 1973, S. 9-22
- Böhnisch, L., Sozialarbeit und Staat, in: NP 74, S. 291-301
- Böhnisch, L., U. Dickerhoff, M. Grieser, Der Referentenentwurf hat kein sozialpädagogisches Konzept, in: NP, Sonderdruck 1974 - Gegen den Referentenentwurf eines Jugendhilferechts, S. 13-20
- Böhnisch, L., Perspektiven zur Entstigmatisierung im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpolitik, M. Brusten, J. Hohmeier, Stigmatisierung, S. 145-171
- Böhnisch, L., Politische Dimensionen sozialpädagogischer Analyse, Diss., Tübingen, 1979
- Böhnisch, L., W. Schefold, Sozialisation durch sozialpädagogische Institutionen, in: K. Hurrelmann, D. Ulich (Hrsg.), Sozialisationsforschung, S. 551-573
- Bohnsack, R., Handlungskompetenz und Jugendkriminalität, 1973
- Bohnstedt, Ch., Organisierte Verfestigung abweichenden Verhaltens, 1972

- Brauneck, A.E., Die kriminell gefährdeten Minderjährigen, in: B. Simonsohn, Jugendkriminalität, S. 144-170
- Breitbach, M., F. Hase, Die neuen Rechte im Verfassungsrecht, in: Demokratie und Recht, 1975, H. 2, S. 137-147
- Brusten, M., J. Hohmeier (Hrsg.), Stigmatisierung, Bd. 2, 1975
- Brusten, M., Prozesse der Kriminalisierung, in: H.U. Otto, S. Schneider (Hrsg.), Kriminalisierung, Bd. 2, S. 85-126
- Bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug (VVJug)
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (Hrsg.), Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in Deutschland, (Erster Familienbericht), 1968
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (Hrsg.), Mehr Chancen für die Jugend, 1974
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) (Hrsg.), Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes, 1973
- Bundesminister für Familie und Sozialisation, Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation, (Zweiter Familienbericht), 1975
- Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzugs und zur Eingliederung junger Straftäter, 1980
- Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Begründung zum Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Jugendstrafvollzugs und zur Eingliederung junger Straftäter, 1980

- Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Arbeitsentwurf einer
Verordnung über den Vollzug der Jugend-
strafe und die Eingliederung junger Straf-
täter, 1980
- Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Begründung zum Ar-
beitsentwurf einer Verordnung über den
Vollzug der Jugendstrafe und die Einglie-
derung junger Straftäter, 1980
- Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Schlußbericht der
Jugendstrafvollzugskommission, 1980
- Claessens, D., Familie und Wertsystem, 1972³
- Colla, H.E., Der Fall Frank, 1973
- Deutscher Verein für Öffentliche und private Fürsorge,
Einzelthesen zu einem neuen Jugendhilfe-
recht, in: Arbeitshilfen, 1972, H. 8
- Deutscher Verein für Öffentliche und private Fürsorge,
Grundthesen zu einem neuen Jugendhilfe-
recht, in: NDV 71, S. 145-156
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Zur Reform der Jugend-
hilfe. Analysen und Alternativen, 1973
- Dölle, H., Familienrecht, Bd. II, 1965
- Dokumentation der Arbeitstagung der Deutschen Gesell-
schaft für Erziehungswissenschaft in Salz-
burg vom 8.-10.4.1974, in: Neue Sammlung,
1974, H. 3, S. 317-426
- Dolls, M., U. Hammeter, Gedanken zur Veränderung behörd-
licher Jugend- und Sozialarbeit, in: TuP,
1973, S. 203-209
- Dombois, H., Das Problem der Institutionen und die Ehe,
in: Recht und Institution, 1956, S. 55-59

- Dreisbach, D., Zur bürokratischen Organisation der Sozialarbeit, in: H.U. Otto, S. Schneider, Sozialarbeit, Bd. 2, S. 41-53
- Dürig, G., Grundrechte und Zivilrechtssprechung, in: Festschrift für H. Nawiasky, 1956, S. 157-190
- Dürig, G., Kommentar Art. 1, in: Maunz, Dürig, Herzog, Scholz, Grundgesetz
- Dürig, G., Kommentar Art. 19, in: Maunz, Dürig, Herzog, Scholz, Grundgesetz
- Engler, H., Zur Erfordernis der elterlichen Einwilligung in die Adoption, in: FamRZ 1969, S. 63-69
- Familienrechtskommission des Juristinnenbundes (Hrsg.), Neues elterliches Sorgerecht, 1977
- Feltes, T., Jugend, Konflikt und Recht, 1979
- Festschrift für F. Schaffstein, (Hrsg.) G. Grünwald, O. Miehe, H.J. Rudolphi, H.L. Schreiber, 1975
- Fichtner, O., Zum Referentenentwurf eines neuen Jugendhilferechts, in: Schriften des Deutschen Instituts für Vormundtschaftswesen, Bd. 6, Jugendhilfe vor neuen Strukturen, 1974, S. 66-82
- Finger, P., Familienrecht mit familiensoziologischen und familienpolitischen Schwerpunkten, 1979
- Fluk, E., Jugendarbeit und Jugendhilfe im Spiegel der Fachliteratur, 1972
- Forsthoff, E., Zur Problematik der Rechtserneuerung, in: Zeitwende, 1948, S. 679-680

- Forsthoff, E., Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, in: VVDStR, 1954, H. 12, S. 8-33
- Forsthoff, E., Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd. I, 1956⁷, 1959
- Foucault, M., Psychologie und Geisteskrankheit, 1970³
- Freyberg, T.v., Sexualität und Strafrecht, in: KJ 1970, S. 185-198
- Friedeberg, E., W. Polligkeit, D. Giese, Das Gesetz für Jugendwohlfahrt, 1972³
- Froese, L., Zehn Gebote für Erwachsene - Texte für den Umgang mit Kindern, 1979
- Fromm, E., M. Horkheimer, H. Meyer, H. Marcuse u.a. (Hrsg.), Studien über Autorität und Familie, Bd. 1, 1936¹
- Frommann, Matthias, Die Wahrnehmung der Interessen Minderjähriger im vormundschafts- bzw. familiengerichtlichen Erkenntnisverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Diss. jur., 1977
- Fünfter Jugendbericht, Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 8/3685 vom 20.2.1980
- Funk, H., H. Lösch, Jugendhilfeplanung, Kritikperspektiven für die Beurteilung von Planungsinteressen in der Jugendhilfe, in: TuP, 1976, Teil I: S. 416-429, Teil II: S. 463-469
- Gaertner, A., Ch. Sachße, Politische Produktivität der Sozialarbeit, 1978
- Gernhuber, J., Elterliche Gewalt heute, in: FamRZ, 1962, S. 89-96

- Gernhuber, J., Lehrbuch des Familienrechts,
1971², S. 85
- Gernhuber, J., Kindeswohl und Elternwille, in: FamRZ,
1973, S. 229-244
- Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Sozial-
gesetzbuches (SGB) - Jugendhilfe vom 8.11.78,
zit.: ESGBJ
- Gesetzentwurf des Bundesrates, Entwurf eines Gesetzes zur
Verbesserung der Jugendhilfe vom 1.6.1979,
BtDrS 8/3108
- Geulen, D., Thesen zur Metatheorie der Sozialisation, in:
H. Walter (Hrsg.), Sozialisationsforschung,
S. 85-101
- Geulen, D., Bemerkungen zum Verhältnis von Sozialisations-
forschung und Erziehungswissenschaft, in:
Neue Sammlung, 1974, S. 417-426
- Geulen, D., Das vergesellschaftete Subjekt. Zur Grundle-
gung der Sozialisationstheorie, 1977
- Giese, D., Zum Subsidiaritätsprinzip und Wahlrecht in der
öffentlichen Fürsorge, in: ZfS, 1976, H. 1,
S. 1-4
- Giesecke, H., Das Dilemma der Jugendkriminologie, in:
Deutsche Jugend, 1970, S. 571-586
- Giesecke, H., Die Jugendarbeit, 1971
- Giesecke, H., Pluralistische Sozialisation und das Ver-
hältnis von Schule und Sozialpädagogik, in:
Deutsche Jugend, 1973, H. 8, S. 351-360
- Göppinger, H., Das Jugendwohlfahrtsgesetz vom 11.8.1961,
in: FamRZ, 1963, S. 21-30

- Goldstein, J., A. Freud, A.J. Solnit, Jenseits des Kindeswohl, 1974
- Goode, W.J., Soziologie der Familie, 1971⁴
- Greese, D., Recht auf Erziehung und Bildung, in: E. Jordan (Hrsg.), Jugendhilfe, S. 129-133
- Greese, D., Jugendförderung ist nicht Familienhilfe, in: RdJB, 1978, S. 87-93
- Griese, H.M., Sozialwissenschaftliche Jugendtheorien, 1977
- Grieser, M., Zur Kritik des JHG-Entwurfs unter rechtlichen Aspekten, in: DJ (Hrsg.), Reform, S. 203-234
- Grieser, M., Neues Recht auf altem Fundament, in: TuP, 1974, S. 325-334
- Groell, R., Organisationsmodelle im Bereich der kommunalen Sozial- und Jugendhilfe, 1972
- Gröll, J., Grenzen der Qualifikationsbestimmung, in: Ästhetik und Kommunikation, 1974, H. 18, S. 33-40
- Grünwald, G., Offene Fragen im System der Hauptstrafen, in: Festschrift für F. Schaffstein, S. 219-239
- Gutenberger, B., V. Sprau-Kuhlen, Erziehungshilfen, Materialien zum 5. Jugendbericht, 1980
- Haag, F., Projektorientierte Sozialarbeit, in: H.U. Otto, S. Schneider (Hrsg.), Sozialarbeit, Bd. 2, S. 187-215

- Habermas, J., Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, 1973
- Häberle, P., Grundrechte im Leistungsstaat, in: VVDStR, 1972, H. 30, S. 43-141
- Häberle, P., Die Grundrechte im demokratischen Staat, in: P. Häberle, Verfassung als öffentlicher Prozeß, 1978, S. 579-588
- Haensch, D. Repressive Familienpolitik, 1969
- Haferkamp, H., G. Meier, Sozialarbeit als Instanz sozialer Kontrolle, in: KrimJ, 1972, H. 2, S. 100-114
- Hampel, H., Rechtliche Probleme der Heim- und Anstaltsunterbringung Minderjähriger in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: FamRZ, 1963, S. 537-551
- Hartfiel, G., Das Unbehagen der jungen Generation, 1969
- Hartwich, H.H., Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status-quo, 1970
- Hasenclever, Chr., Zur Reform des Jugendhilferechts, in: UJ, 1960, H. 8, S. 343-349
- Hasenclever, Chr., Derzeitiger Stand der Diskussion um ein neues JHG im Zusammenhang mit Fragen der Heimerziehung, in: TuP, 1972
- Hasenclever, Chr., Fünfzig Jahre Jugendwohlfahrtsgesetz, in: TuP, 1972, H. 3, S. 97-106
- Hasenclever, Chr., Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900, 1978

- Heinemann, M., Die Familie - Sozialisation und Leistung wiederentdeckt?, in: Bildung und Erziehung, 1977, H. 4, S. 255-260
- Heinsohn, G., R. Knieper, Theorie des Familienrechts, 1974
- Hellmer, J., Die Strafaussetzung im Jugendstrafrecht, 1959
- Hellmer, J., Jugendkriminalität, Arbeitsmittel, 1969
- Henkel, H., Einführung in die Rechtsphilosophie, 1964
- Henrich, F., R. Bleistein (Hrsg.), Jugend zwischen Schonraum und Emanzipation, 1972
- Hesse, K., Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1976⁹
- Hirsch, J., Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, 1971
- Horkheimer, M., Allgemeiner Teil, in: E. Fromm, M. Horkheimer, H. Meyer, H. Marcuse u.a. (Hrsg.), Studien über Autorität und Familie, Bd. I, 1936, S. 77-135
- Hornstein, W., Aufgaben der Jugendforschung, in: Mitteilungen der AGJJ 49-50, 1967, S. 10-15
- Hornstein, W., Aspekte und Dimensionen erziehungswissenschaftlicher Theorien zum Jugendalter, in: F. Neidhardt u.a., Jugend, S. 151-202
- Hornstein, W., Bildungsplanung ohne sozialpädagogische Perspektiven, in: ZfP, 1971, H. 3, S. 285-314

Hornstein, W., Bezugspunkte einer pädagogischen Theorie des Jugendamtes, in: ZfP, 1972, H. 2, S. 153-185

Hornstein, W., Einleitung zu: Zur Reform der Jugendhilfe. Analysen und Alternativen, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Reform, S. 7-16

Hurrelmann, K., D. Ulich (Hrsg.), Handbuch der Sozialisationsforschung, 1980

Ibsen, H.P., Gleichheit, in: K.A. Bettermann, M.C. Nipperdey, U. Scheuner, Die Grundrechte, S. 111-190

Internationale Gesellschaft für Heimerziehung (IGfH), Materialien, 1973, H. 3

Isensee, J., Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht, 1968

Jahr, C., W. Maihofer (Hrsg.), Rechtstheorie - Beiträge zur Grundlagendiskussion, 1971

Jans, K.W., G. Happe, Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge, Kommentar, 1980

Jeschek, H.H., Lehrbuch des Strafrechts, AT, 1972²

Jordan, E. (Hrsg.), Jugendhilfe, 1973

Jordan, E., J. Markmann, R. Osswald, D. Wagner, Staatliche Sozialverantwortung oder "Verstaatlichung der freien Liebestätigkeit?", in: TuP, 1974, S. 442-450

Jordan, E., D. Sengling, Einführung in die Jugendhilfe, 1977

Jordan, E., Zum Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: Deutsche Jugend, 1978, S. 13-21

Kaiser, G., Gesellschaft, Jugend, Recht, 1977

Kaufmann, A., Die ontologische Begründung des Rechts, 1965

Keupp, H., Sozialisation in Institutionen der psychosozialen Versorgung, in: K. Hurrelmann, D. Ulich (Hrsg.), Sozialisationsforschung, S. 575-602

Klunker, Chr., Der Erziehungsgedanke im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, 1927

Knapp, W., Der Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes - nur alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Soziale Arbeit, 1978, H. 7, S. 293-301

König, R., Die Familie der Gegenwart, 1974

König, C., E. Pelster, Reform im Ghetto, 1978

Krope, P., Entwurf einer Theorie von Lernzielen, in: Blickpunkt Hochschuldidaktik, 1972, H. 23

Krüger, H., Grundrechtsausübung durch Jugendliche (Grundrechtsmündigkeit) und elterliche Gewalt, in: FamRZ, 1956, S. 329-335

Krüger, H., Einleitung zu: H. Krüger, E. Breetzke, K. Nowack, Gleichberechtigungsgesetz, S. 1-222

Krüger, H., Kommentar zu § 1632 BGB, R. 8, in: H. Krüger, E. Breetzke, K. Nowack, Gleichberechtigungsgesetz

- Krüger, H., E. Breetzke, K. Nowack, Gleichberechtigungsgesetz, Kommentar, 1958
- Küchler, M., Vorwort, in: C.H. Weiss (Hrsg.), Evaluierungsforschung, S. 11-18
- Kühn, E. u.a., Selbstbestimmungsrecht des Jugendlichen, 1978
- Kuhn, G., Grundrecht und Minderjährigkeit, Berlin 1965
- Kupffer, H., Erziehung als Strafform?, in: KrimJ, 1974, S. 249-260
- Kupffer, H., Jugend und Herrschaft, 1974
- Kupffer, H. (Hrsg.), Öffentliche Erziehung als Aufgabe der Gesellschaft, 1980
- Larenz, K., Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 1969²
- Leinweber, A., Gibt es ein Naturrecht? Beiträge zur Grundlagenforschung der Rechtsphilosophie, Berlin 1970
- Lemert, E.M., Human Deviance, Social Problems and Social Control, Prentice Hall, New York 1967
- Lempp, R., Kindeswohl und Elternrecht, in: ZblJR, 1974, S. 124-138
- Leuschner, A., Das Recht der Schülerzeitung, Berlin 1966

Lüdersen, K., F. Sack (Hrsg.), Vom Nutzen und Nachteil
der Sozialwissenschaften für das Strafrecht,
Bd. 1, 1980

Lüschen, G., E. Lupri (Hrsg.), Soziologie der Familie,
KZfSS, Sonderheft 14, 1970

Lüscher, K. (Hrsg.), Sozialpolitik für das Kind,
1979

Luhmann, N., Rechtssoziologie, Bd. 1, 1972

Lukas, H., Sozialpädagogik /Sozialarbeitswissenschaft,
1979

Malinowski, B., Bronislaw, Geschlecht und Verdrängung
in primitiven Gesellschaften, 1962

Malinowski, B., U. Münch, Soziale Kontrolle, 1975

Mangoldt, H.v., F. Klein: Vorbemerkung B XV,
in: Mangoldt/Klein, Grundgesetz, 1957⁹

Mangoldt, H.v., F. Klein: Das Bonner Grundgesetz,
1957⁹

Martikke, H.J., Jugend in der Fürsorgeerziehung,
1971

Marzahn, Chr. (Hrsg.), Sozialpädagogik - Institution,
Partizipation, Selbstorganisation, 1978

Matthes, J., Gesellschaftliche Konzeptionen im Sozial-
hilferecht, 1964

Mauntz, Th., G. Dürig, R. Herzog, Grundgesetz, Kommentar, 1975⁵

Maurach, R., Das Einwirkungssystem des Jugendstrafrechts, in: Deutsches Strafrecht, AT, 1971⁴, S. 912-938

Maurer, H., Das privatrechtliche Unterbringungsrecht und Art. 104 des Grundgesetzes, in: FamRZ, 1960, S. 468-474

Mayntz, R., Bürokratische Organisation, 1968

Meinhold, M., W. Hollstein, Erziehung und Veränderung. Entwurf einer handlungsbezogenen Sozialisationstheorie, 1975

Millhofer, P., Familie und Klasse, 1973

Mollenhauer, K., Die Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft, 1968⁴

Mollenhauer, K. u.a., Die Familienerziehung, 1975

Mollenhauer, P., Wie Gesetze gemacht werden. Zwischenbericht zum Stand der Jugendhilferechtsreform, in: NP, 1972, H. 3, S. 346-354

Müller, C.W., Jugend - Soziologische Aspekte, 1967, in: L. Böhnisch (Hrsg.), Jugendarbeit, S. 18-30

Müller, S., Das Aktenleben des Peter S., in: Vorgänge, 1973, H. 1, S. 90-98

Müller-Freienfels, W., Zur Kodifikation des Familienrechts, in: S. Simitis, G. Zenz (Hrsg.), Familienrecht, Bd. 1, S. 126-131

Murswieck, A. (Hrsg.), Politik im Sozialsektor, 1976

Münder, J., Die Kindererziehung in der Familie nach dem Modell des bürgerlichen Rechts und ihre gesellschaftliche Bedeutung, Diss. jur., Regensburg 1972

Münder, J., Die Kosten von Erziehung und Aufzuehung, in: RdJB, 1978, H. 1, S. 29-42

Münder, J., Das Recht des Minderjährigen auf Erziehung im Jugendwohlfahrtsgesetz - Subjektives Recht oder Programmsatz?, in: TuP, 1977, S. 217-224

Münder, J., Der Referentenentwurf des Jugendhilfegesetzes - eine Reform?, in: NP, 1978, S. 193-202

Münder, J., Der sozio-ökonomische Rahmen rechtlicher Regelungen öffentlicher Erziehung und deren Reform. Gesellschaftlicher Kontext der Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen, in: E. Kühn u.a., Selbstbestimmungsrecht, S. 33-171

Münder, J., Jugendhilferechtsreform, in: D. Kreft, J. Mielenz (Hrsg.), Soziale Arbeit, 1980, S. 251-252

Münder, J., Familien- und Jugendrecht, 1980

Narr, W.D., Leistungen, Grenzen und Probleme der pluralistischen Gesellschaft am Maßstab der Demokratie, in: F. Nuscheler, W. Steffani (Hrsg.), Pluralismus, S. 253-279

Neidhardt, F. u.a., Jugend im Spektrum der Wissenschaften, 1970

Neidhardt, F., Strukturbedingungen und Probleme familialer Sozialisation, in: G. Lüschen, E. Lupri (Hrsg.), Familie, S. 144-165

Neidhardt, F., Einige Bemerkungen zur Mannheimer Diskussion, in: Deutsche Jugend, 1973, H. 4, S. 177-179

Neidhardt, F., Entwicklungen und Probleme der Westdeutschen Familienpolitik, in: Gegenwartskunde, 1978, H. 2, S. 141-156

Niclaß, K.H., Der parlamentarische Rat und das Staatspostulat, in: Politische Vierteljahresschrift, 1974, H. 1, S. 33-52

Nohl, H., Jugendwohlfahrt, 1927

Nohl, H., I. Pallat (Hrsg.), Handbuch der Pädagogik, Bd. 5, 1929, Nachdruck 1966

Noll, P., Gesetzgebungslehre, 1973

Nuscheler, F., W. Steffani (Hrsg.), Pluralismus - Konzeptionen und Kontroversen, 1972

Ossenbühl, F., Die Interpretation der Grundrechte in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: NJW, 1976, S. 2100-2107

Otto, H.U., Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung - zur Transformation des beruflichen Handelns in der Sozialarbeit, in: NP, 72, S. 416-228

Otto, H.U., S. Schneider, Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 2, 1973

Palandt, Lauterbach, Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, München 1970²⁹

- Paul, W., Die marxistische Rechtstheorie - Wissenschaft oder Philosophie des Rechts, in: C. Jahr, W. Maihofer (Hrsg.), Rechtstheorie - Beiträge zur Grundlagendiskussion, 1971, S. 175-223
- Peschel-Gutzeit, L.M., Ausgewählte Probleme der Neu-
regelung der elterlichen Sorge, in:
Familienrechtskommission, Sorgerecht,
S. 89-119
- Peters, F., Thesen zum besseren Verständnis von "Er-
ziehung" und "sozialer Kontrolle" in öffent-
licher Erziehung (Jugendhilfe). in: NP,
1977, H. 1, S. 41-51
- Peters, H., Elternrecht, Erziehung, Bildung und Schule,
in: K.A. Bettermann, H.C. Nipperdey, U. Scheu-
ner, Grundrechte, Bd. II, S. 369-445
- Peters, H., Moderne Fürsorge und ihre Legitimation,
1968
- Peters, K., Tendenzen der Jugendstrafrechtsreform, in:
UJ, 1965, S. 289-298
- Peters, K., Jugendstrafrecht, in: Handwörterbuch Krimi-
nologie, Bd. 1, 1966², S. 455-472
- Peters, K., Die Grundlagen der Behandlung junger Rechts-
brecher, in: B. Simonsohn (Hrsg.), Jugend-
kriminalität, S. 224-247
- Pförtner, St.H., Morawissenschaftliche Reflexionen zur
Familienforschung, in: E. Kühn u.a., Selbst-
bestimmungsrecht, S. 427-483
- Pöggeler, F., Die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Ju-
gendverbände im Blickfeld der Erziehungswissen-
schaft, in: Deutsche Jugend, 1964, H. 7,
S. 266-278

- Polligkeit, W., Das Recht des Kindes auf Erziehung,
in: Jahrbuch der Fürsorge, 1907, Jg. II,
S. 1-86
- Pompe, G., M. Walter, Ambulante Behandlung junger Straftäter, 1980
- Pongratz, L., O. Hübner, Lebensbewährung nach öffentlicher Erziehung, 1959
- Preuss-Lausitz, U., Vom Schwinden der "Fähigkeit", sich mit dem politischen System zu identifizieren, in: betrifft: Erziehung, 1973,
H. 2 und 3, S. 19-24, 44-48
- Raiser, L., Der Stand der Lehre vom subjektiven Recht im Deutschen Zivilrecht, in: JZ, 1961,
S. 465-473
- Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes, BMJFG (Hrsg.) vom 27.3.1974
- Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes, BMJFG (Hrsg.) vom 31.10.1977
- Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der elterlichen Sorge, BTDrS 2060 vom 2.5.1974
- Rehbein, K., Methodenfragen der Kriminalwissenschaft, 1969
- Rehbein, K., Öffentliche Erziehung im Widerspruch, 1980
- Rehbein, K., Jugendhilfe als Verfassungsproblem, Ms. Marburg 1980
- Rehbein, K., Jugendhilfe und Grundgesetz, in: ZfS, 1979, S. 268-274

- Rendtorff, T., Kritische Erwägungen zum Subsidiaritätsprinzip, in: Der Staat, Bd. 1, 1972, S. 406-430
- Reuter, D., Kindesgrundrechte und elterliche Gewalt, Berlin 1968
- Reuter, D., Die Grundrechtsmündigkeit - Problem oder Scheinproblem?, in: FamRZ, 1969, S. 622-625
- Ridder, H., Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, 1975
- Rodingen, H., Pragmatik der juristischen Argumentation, 1977
- Rosenbaum, H. (Hrsg.), Familie und Gesellschaftsstruktur, 1974
- Rottleuthner, H., Rechtswissenschaft als Sozialwissenschaft, 1973
- Rumpff, J., Wer wünscht Heimerziehung, in: UJ, 1977, H. 8, S. 106-111
- Sachße, Chr., Offensive Jugendhilfe: Reformkonzept oder Reformillusion, in: TuP, 1978, S. 105-116
- Sachße, Chr., F. Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, 1980
- Sack, F., Definition von Kriminalität als politisches Handeln, in: KrimJ 1972, H. 2, S. 3-31
- Sack, F., Die Kriminologie auf fremdem Boden, in: K. Lüderssen, F. Sack (Hrsg.), Sozialwissenschaften, Bd. 1, S. 35-68

- Sauer, M., Heimerziehung und Familienprinzip, 1979
- Schäfer, A., Bericht über die Arbeitsgruppe Bittner
(4) anlässlich der Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
"Pädagogische Institutionen und Sozialisation",
in: Neue Sammlung, 1974, H. 4, S. 397-403
- Schaffstein, F., Jugendstrafrecht, 1975⁵
- Schaffstein, F., Die Bemessung der Jugendstrafe, in:
B. Simonsohn, Jugendkriminalität, S. 248-265
- Scheffler, E., Ehe und Familie, in: K.A. Bettermann,
H.C. Nipperdey, U. Scheuner, Grundrechte,
Bd. IV/1, S. 245-323
- Schefold, W., Sozialisationspolitik, Soziologische Aspekte
der Organisation und Integration des Systems
staatlich gewährleisteter Sozialisation, Diss.,
Tübingen 1980
- Schelsky, H., Die skeptische Generation, 1957
- Schelsky, H. (Hrsg.), Zur Theorie der Institution, 1970
- Scherpner, H., Geschichte der Jugendfürsorge, 1966
- Schmitz, I., Institutionelle und rechtliche Bedingungen
des Jugendamts - Grenzen für die Verwirklichung
des Rechtsanspruchs auf Erziehung, in:
H. Lukas, I. Mees-Jacobi, I. Schmitz, E.G. Skiba
(Hrsg.), Sozialpädagogik /Sozialarbeit - Eine
Einführung, 1977, S. 103-139
- Schneider, H., Die Öffentliche Jugendhilfe zwischen Eingriff und Leistung, 1964
- Schneider, S., Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 2, 1973
- Schüler-Springorum, H., Sozial auffällige Jugendliche,
1970³

- Schumann, K. u.a., Wenn Lernprozesse durch das Strafrecht verstellt werden, in: Frankfurter Rundschau vom 13.12.1979, S. 10-11
- Schwab, D., Mündigkeit und Minderjährigenschutz, in: AcP, 172, 1972, S. 266-290
- Seibert, U., Kann die Öffentliche Jugendhilfe klientenzentriert arbeiten?, in: NP, 1974, H. 4, S. 301-310
- Simitis, S., Zur Situation des Familienrechts - über einige Prämissen, in: S. Simitis, G. Zenz (Hrsg.), Seminar: Familie und Familienrecht, Bd. 1, 1975, S. 15-61
- Simitis, S., Zur Situation der elterlichen Gewalt, in: S. Simitis, G. Zenz (Hrsg.), Familienrecht, Bd. 2, S. 66-77
- Simitis, S., Das "Kindeswohl" - neu betrachtet, in: J. Goldstein, A. Freud, A.J. Solnit, Kindeswohl, S. 93-124
- Simitis, S., Spiro, G. Zenz (Hrsg.), Seminar: Familie und Familienrecht, Bd. 2, Frankfurt/M. 1975
- Simonsohn, B. (Hrsg.), Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik, 1969
- Simonsohn, B., Wieviel Fortschritt? Grundsätzliche Bemerkungen zum DE eines Jugendhilferechts, in: TuP, 1973, S. 406-420
- Soergel, Siebert, Lange, Kommentar zum BGB, 1971⁹
- Soergel, Siebert, Lange, Kommentar zum BGB, 1975¹⁰
- Spiegelhalter, F., Das Geld der freien Wohlfahrtspflege, in: NDV, 1972, H. 9, S. 229-234

- Spranger, E., Psychologie des Jugendalters, 1960²⁶
- Stallberg, F.W., Bemerkungen zur Rezeption des Labeling-Ansatzes in der westdeutschen Kriminalsoziologie, in: KrimJ, 1975, H. 3, S. 161-171
- Statistisches Bundesamt, Die Situation der Kinder in Deutschland, 1979
- Staudinger, Göppinger, Kommentar zum BGB, Vorbemerkung, § 1666 R, 1970
- Staudinger, Donau, Kommentar zum BGB, § 1666 BGB, 1970
- Staudinger, Donau, Kommentar zum BGB, § 1626 BGB,
- Stein, E., Die rechtsphilosophischen und positiv-rechtlichen Grundlagen des Elternrechts, in:
E. Stein, W. Joest, H. Dombois, Elternrecht, 1958
- Steinvorth, G., Diagnose: Verwahrlosung, 1973
- Strätz, H., W., Elterliche Personensorge und Kindeswohl, vornehmlich in der zerbrochenen Familie, in: FamRZ, 1975, S. 541-550
- Tennstedt, F., Zur Ökonomisierung und Verrechtlichung im Sozialsektor, in: A. Murswieck, Sozialsektor, S. 139-165
- Thieme, W., Verwaltungslehre, 1969²
- Thiersch, H., Interaktionistische Aspekte der Jugendhilfe, in: BMJFG (Hrsg.), Mehr Chancen für die Jugend, 1974, S. 238-270

- Thiersch, H., Abweichendes Verhalten - Definitionen und Stigmatisierungsprozesse, in: Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 51, Bildungsforschung, Probleme-Perspektiven-Prioritäten, 1976
- Thiersch, H., Zum 3. Jugendbericht, in: ZfP, 1972, H. 2, S. 245-254
- Thiersch, H., Alltagshandeln und Sozialpädagogik, in: NP, 1978, S. 6-25
- Vogel, M.R., Rückfragen zum 3. Jugendbericht, in: Deutsche Jugend, 1972, H. 6, S. 260-264
- Vorschläge der Bundesregierung zur Straffung und Vereinfachung des Regierungsentwurfs, Deutscher Bundestag, 13. Ausschuß, Ausschußdrucksache 8/112
- Walter, M., Sanktionsmuster der jugendrichterlichen Praxis oder über den jugendrichterlichen Umgang mit dem Erziehungsbegriff des Jugendgerichtsgesetzes, in: G. Pompe, M. Walter, Behandlung, S. 16-54
- Walter, H. (Hrsg.), Sozialisationsforschung, Bd. 1, 1973
- Wegener, R., Staat und Verbände im Sachbereich Wohlfahrtspflege, 1978
- Weiss, P., Keine neue Subsidiaritätsdebatte heraufbeschwören, in: E. Jordan (Hrsg.), Jugendhilfe, 1975, S. 159-164
- Weiss, C.H. (Hrsg.), Evaluationsforschung. Methoden zur Einschätzung von sozialen Reformprogrammen, 1974
- Weniger, E., Jugendpflege und Jugendführung als sozialpädagogische Aufgaben, in: Die Erziehung, 1927, S. 144

- Wenzel, H., Fürsorgeheime in pädagogischer Kritik,
1970
- Wessels, J., Strafrecht, AT, 1974⁴
- Wingen, M., Familienpolitik, Ziele, Wege und Wirkungen,
1965²
- Wingen, M., Zur Veränderung der demographischen Rahmen-
bedingungen familialer Sozialisation, in:
Bildung und Erziehung, 1977, S. 276-288
- Wohlert, F., Jugendhilfe und Organisation, 1980
- Wohlert, F., Vorüberlegungen zu einer soziologischen
Theorie des Jugendamts, in: TuP, 1973,
S. 250-262
- Wolf, E., Kritik der institutionellen Rechtsauffassung,
in: H. Schelsky (Hrsg.), Institution,
S. 77-89
- Wolf, A., Zur Geschichte der Sozialpädagogik im Rahmen
der sozialen Entwicklung, 1977
- Wolff, H.J., Verwaltungsrecht, Bd. II, 1971
- Württemberg, Th., Das Naturrecht und die Philosophie
der Gegenwart, in: JZ, 1955, S. 1-5
- Wurzbacher, G., Situation und Sozialisationsprobleme der
Jugendlichen in einer industriellen Gesell-
schaft, in: F. Henrich, R. Bleistein (Hrsg.),
Emanzipation
- Zacher, H.F., Freiheit und Gleichheit in der Wohlfahrts-
pflege-Rechtsgutachten, 1964

Zenz, G., Familienrecht, in: A. Görlitz (Hrsg.), Handlexikon zur Rechtswissenschaft

Zenz, G., Zur Reform der elterlichen Gewalt, in:
AcP, 1 73, S. 527-546

Zenz, G., Elterliche Sorge und Kindesrechte, in:
StAZ, 1973, S. 257-270

Ziehe, T., Pubertät und Narzißmus, 1978²

Zeitschriftenverzeichnis

AcP	Archiv für die civilistische Praxis
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
KrimJ	Kriminologisches Journal
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
NP	Neue Praxis
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
StAZ	Das Standesamt
TuP	Theorie und Praxis der sozialen Arbeit
UJ	Unsere Jugend
Zbl JugR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
ZfP	Zeitschrift für Pädagogik
ZfS	Zeitschrift für Sozialhilfe

